Montag, 4. Juni 1984 - D * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 129 - 23.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark [illegible] dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schwebezustand: Die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau befinden sich nach Einschätzung des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion, Rühe, derzeit in einer „Art Schwebezustand". (S. 4)

Reagan in Irland: Der US-Präsident ist in der westirischen Stadt Galway aus Anlaß des 500. Stadtjubiläums mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet und anschließend in der Universität von Galway zum Ehrendoktor der Rechte ernannt worden. (S. 5)

Botha bei Thatcher: Als „umfassend, offen und teilweise frostig" wurden die ersten Gespräche der Regierungschefs von Großbritannien und Südafrika seit 23 Jahren bezeichnet. Proteste gegen Apartheid-Politik. (S. 5)

Golfkrieg: Iran sei entschlossen, den Krieg gegen Irak bis zur Vernichtung der Regierung in Bagdad fortzusetzen, erklärt Premier Musavi. (S. 8)

Scheidungsrecht: Das neue Folgerecht für Ehescheidungen wird gravierende Veränderungen bringen: Es stellt bei der Unterhaltsverpflichtung die „Einzelfallgerechtigkeit" stärker in den Mittelpunkt. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner, fordert in einem WELT-Gespräch, daß die Reform am 1. Januar 1985 in Kraft treten solle. (S. 4)

Urabstimmung: In Großbritannien sollen gewerkschaftliche Streiks künftig erst nach Urabstimmungen möglich sein; die Regierung Thatcher will ein entsprechendes Gesetz vorlegen. (S. 5)

Niederlande: Der neuerliche Aufschub der Stationierungsentscheidung wird in der NATO als geschickt verpackte endgültige Absage an die Stationierung angesehen. (S. 8)

Heute: US-Präsident Reagan setzt Besuch in Irland fort. – Südafrikas Premier Botha in Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Mir läuft es eiskalt den Rücken runter, wenn ich daran denke, wie die Grünen unsere Wirtschaftskraft beschneiden wollen «

Der wegen des Bündnisses der SPD mit den Grünen zurückgetretene hessische Finanzminister Heribert Reitz in einem Interview der BILD-Zeitung
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Leere Wohnungen: Bis zu einer Million Wohnungen stehen derzeit leer, meinen die Hauseigentümer. Bonn hält diese Zahlen für stark überhöht. Die Überversorgung führt bereits zu sinkenden Mieten (S. 9)

Frankreich: Der französische Pkw-Export hat sich im April etwas erholt; plus 1,5 Prozent gegen 1983. Gleichzeitig schrumpfte der Inlandsabsatz um 15,6 Prozent; allein im April um 23,7 Prozent. Der Zulassungsanteil von Importautos hat inzwischen einen Rekordstand von 38 Prozent erreicht.

Arbeitslose in USA: Nach dreimonatiger Stagnation ist in den USA die Arbeitslosenrate wieder gesunken, und zwar im Mai von 7,8 auf 7,5 Prozent. Sie hat damit das Niveau erreicht, das Präsident Reagan bei seinem Amtsantritt im Januar 1981 vorfand. (S. 9)

KULTUR

Olympia-Kulturfest: Mit einer Gala-Vorstellung des Wuppertaler Tanztheaters unter Leitung von *Pina Bausch* wurde das *olympische* Kunstfestival von Los Angeles eröffnet. Bis zum 12. August geben Künstler aus 18 Ländern über 400 Vorstellungen und veranstalten 24 Ausstellungen.

Sacharow-Manuskript: Erstmals seit der Verbannung des Regimekritikers und Physikers nach *Gorki vor vier Jahren ist jetzt* wieder eine seiner wissenschaftlichen Arbeiten an die Stanford-Universität in Kalifornien geschmuggelt worden. Thema: Das „Imaginäre" in Zeit und Raum.

WELT-Serie: Hinter der „DDR"-Fassade

Sein gesellschaftspolitischer Weg schien vorgezeichnet: Nach Funktionen in der Staatsjugend und Armeedienst beim Geheimdienst in die Fußstapfen des Vaters treten. Warum Jörg Hejkal mit fünf anderen Ausreisewilligen mit einem Hungerstreik in der US-Botschaft in Ost-Berlin die Ausreise erzwang, schildert er auf einem Tonbandprotokoll. S. 7

SPORT

Military: Die 24 Jahre alte Sonja Sterzinger starb nach einem Sturz bei der deutschen Meisterschaft in Achselschwang. (S. 14)

Leichathletik: Der Russe Sergej Bubka stellte mit 5,88 m einen Weltrekord im Stabhochsprung auf. „DDR"-Meisterschaften: 4 X 400 m: Weltrekord Frauen 3:15,92 min. und ER Männer 3:00,07 min. (S. 15)

Tennis: Claudia Kohde schied bei den internationalen Meisterschaften von Frankreich gegen Wimbledonsiegerin Martina Navratilova mit 0:6, 1:6 im Achtelfinale aus.

Olympia: 132 Länder haben schriftlich für die Sommerspiele in Los Angeles gemeldet. Äthiopien ist das 14. Land, das die Olympischen Spiele boykottiert. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Gesunde Kinder: Zur allgemeinen Beunruhigung über die Gesundheitsentwicklung der Jugend bestehe trotz Meldungen über Umwelterkrankungen schon bei Babies kein Grund, erklärt Professor Palitzsch vor dem Berufsverband der Kinderärzte: „Unsere Kinder sind gesünder denn je." (S. 18)

Prinzen-Schelte: Der britische Thronfolger Prinz Charles hat die Architekten verärgert. Er bezeichnete ein modernes Gebäude am Trafalgar Suqare als „Furunkel" – in einer Rede vor dem „Royal Institute of Architects". (S. 18)

Wetter: Wechselnd wolkig; im Süden regnerisch.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA spielen Blitz-Besuch von Shultz in Nicaragua herunter

Washington will sich von Junta nicht für Propaganda mißbrauchen lassen

THOMAS KIELINGER, Dublin

Mit einer ungewöhnlich lakonischen Erklärung signalisierte das Weiße Haus am Wochenende in Irland, daß es das Treffen zwischen Außenminister George Shultz und den nicaraguanischen Junta-Führern Ortega und D'Escoto vom vergangenen Freitag nicht überbewertet sehen will. Shultz und die Sandinista-Vertreter hatten sich auf dem Flughafen von Managua getroffen, eine vorab geheimgehaltene Begegnung, die nach ihrem Bekanntwerden in der Weltöffentlichkeit großes Aufsehen erregte. Der amerikanische Außenminister begleitet inzwischen wieder Präsident Reagan in Irland.

Die deutliche Absicht, die Begegnung zwischen Shultz und den Sandinista-Führern herunterzuspielen, geht auf die große Vorsicht zurück, mit der Washington diplomatische Beziehungen zu Managua angeht. Man möchte sich weder zu Propagandazwecken der Junta mißbrauchen lassen, noch ist man sicher, wie ernsthaft Managua an einer friedlichen Lösung des Zentralamerika-Konflikts interessiert ist.

In dem nur vier Absätze langen offiziellen Statement teilte das Presseamt des Weißen Hauses mit, Shultz sei zu den Feierlichkeiten zur Inauguration Präsident José Napoleon Duartes nach El Salvador geflogen. Dort habe er unter anderem mit den Außenministern der Contadora-Gruppe konferiert, deren Staaten einen Verhandlungsfrieden in Zentralamerika suchen, und habe einer friedlichen, stabilen Zukunft El Salvadors seinen Zuspruch gegeben. Der Text schloß mit dem Satz: „Nach den Inaugurationsfeierlichkeiten und Begegnungen kehrte Außenminister Shultz in die Vereinigten Staaten zurück, mit einer Zwischenlandung in Managua, wo er auf dem Flughafen mit dem Junta-Führer Daniel Ortega und Außenminister D'Escoto zusammentraf. Das Treffen war offen und lohnend."

Nach den Gepflogenheiten der diplomatischen Sprache ist ein „offenes" Gespräch der Ausdruck für harte Meinungsverschiedenheiten. „Lohnend" grenzt an das Eingeständnis, daß die Begegnung ergebnislos verlief. Aus Kreisen der Präsident Reagan begleitenden Berater wurde kein Versuch unternommen, dieser Interpretation entgegenzusteuern.

Trotz großer Vorbehalte gegen ein Treffen dieser Art hat sich Präsident Reagan von Mexikos Präsident De la Madrid bei dessen kürzlichem Staatsbesuch in Washington davon überzeugen lassen, daß ein amerikanisches Signal der Gesprächsbereitschaft willkommen sei und auf hoher politischer Ebene demonstriert werden solle. Mexiko ist prominentestes Mitglied der Contadora-Gruppe.

Noch ein anderer Grund lag für das Weiße Haus vor, die Lateinamerika-Thematik nicht hochzuspielen. Reagan befindet sich mitten auf einer in Amerika sehr populären Reise durch Irland, das Land seiner Vorfahren, und die Planer dieses sehr farbigen und nostalgiegesättigten Auftritts wollen die Aufmerksamkeit der Zuschauer nicht durch einen politischen Nebenschauplatz abgelenkt sehen. Offensichtlich war es Zweck des Shultz-Besuches in Nicaragua, dem Präsidenten eine vorübergehende Entlastung für seine sehr umstrittene Zentralamerika-Politik zu liefern.

DER KOMMENTAR

Guter Wille

THOMAS KIELINGER

Wir streben Verhandlungen mit den Sowjets an, aber leider bleibt der Platz unseres Gegenübers leer." Dies sagte der frisch gewählte Ehrenbürger von Galway und Ehrendoktor der örtlichen Universität, Ronald Reagan, auf der Festfeier am ersten Tag seines Irland-Besuches. Ein nützlicher Hinweis, den man zuvor schon in Fairbanks (Alaska) gehört hatte. („Wir können nicht mit leeren Stühlen verhandeln.") Nützlich, weil er die wackeren Anti-Reagan-Demonstranten daran erinnerte, daß zum Frieden in Zentralamerika und zum Verhandlungsergebnis bei Abrüstungsgesprächen natürlich zwei Spieler gehören. Auf den einen einzuschimpfen, während man den anderen, der nicht mitspielt, mit Protesten verschont, ergibt ein schiefes Bild, aus dem viel demokratisches Recht auf Meinungsfreiheit, aber wenig Gerechtigkeit des Urteils spricht.

Gut, daß Reagan sich weder durch Demonstrationen noch durch sowjetische Njet-Diplomatie von seinem Ruf nach Verhandlungen abbringen läßt. Heute in Dublin und am Mittwoch in der Normandie wird er die Sowjets dringender denn je auffordern, aus ihrem unzeitgemäßen Winterschlaf aufzuwachen und sich den Belangen des Weltfriedens zu widmen. Es muß dem Präsidenten und seinen Beratern im übrigen aufgefallen sein, daß im Falle Nicaragua die USA den leeren Stuhl demonstriert hatten, auf dem bis dato niemand von Karat saß, mit dem die Sandinisten hätten sprechen können. Also machte sich Außenminister Shultz auf den Weg, um in Managua mit Junta-Führer Daniel Ortega ein erstes Spitzentreffen abzuhalten. Solche Begegnungen vollbringen keine Wunder, aber sie sind unverzichtbare Versuche, die Möglichkeiten der Diplomatie in einem Konflikt auszuloten, in dem sonst nur die Waffen sprechen würden.

Wenn die Sowjets verhindern wollen, daß Ronald Reagan die Wiederwahl gewinnt, dann ist das, was sie nicht tun, und das, was Reagan zur Zeit tut, der beste Weg, just diese Wiederwahl zu sichern. Wo die andere Seite nicht kooperiert, macht sie es Reagan sogar besonders leicht: Er muß nur guten Willen demonstrieren und braucht sich nicht einmal durch wirkliche Verhandlungen auf die Probe stellen zu lassen.

FDP kontert die „Streikpartei SPD" Genscher: Aufschwung wird zerschlagen

„Kämpferischer" Europa-Appell zum Abschluß des Parteitages in Münster

HEYDECK/PHILIPPS, Münster

Zwei Wochen vor der Europawahl hat der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher für seine Partei die Parole ausgegeben: „Kämpferischer Aufbruch für Europa." Genscher, der auf dem Parteitag in Münster von gerade 60 Prozent der Delegierten für eine letzte Amtszeit wiedergewählt worden war, versuchte zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Ende eines über lange Strecken zerstrittenen Parteikongresses, wieder Einigkeit und Aufbruchstimmung zu suggerieren.

Hauptgegner der Freien Demokraten sollen jetzt angesichts des Arbeitskampfes die „Streikpartei" SPD sowie die „IG Druck und Zensur" und die IG Metall sein. Genscher betonte, wenn nicht die Europawahlen bevorstünden und die SPD noch in der Regierungsverantwortung wäre, gäbe es keinen Streik gegen den wirtschaftlichen *Aufschwung. In einem* Interview mit Radio Luxemburg sprach er davon, daß dieser Streik den „Aufschwung zu zerschlagen beginnt". Die SPD bringe durch ihre Unterstützung „dieses arbeitnehmerfeindlichen Streiks die Steuerentlastung in Gefahr". Genauso wie Genscher sprach sich auch Lambsdorff für eine Verbändegesetz aus. Der Hinweis darauf, daß bei der IG Druck und Papier keine Urabstimmung vor Ausrufung eines Streiks mehr notwendig ist, sagte der Wirtschaftsminister, es gehe darum, mit einem solchen Gesetz in diesem Bereich ein „Minimum an Demokratie" zu sichern.

SEITE 2:
Scherben und Hoffnung
SEITE 3:
Ein strahlender Star

Zum Abschluß des dreitägigen FDP-Kongresses in Münster verabschiedeten die 400 Delegierten mit großer Mehrheit neben einem zehn Thesen umfassenden „Aufruf zur Europawahl" zwei Dringlichkeitsanträge, *die den „Koalitionssprengsatz"* Amnestie noch einmal aufgreifen: Darin stellt sich die Partei ausdrücklich hinter Erklärungen ihrer Bundestagsabgeordneten, „wonach es mit der FDP auch auf einem anderen Wege eine Wiederholung dieses Vorhabens nicht geben wird". Außerdem wird „allen Überlegungen" in der Union eine klare Absage erteilt, „in diesem Zusammenhang Grundgedanken des angelsächsischen Prozeßrechtes zu übernehmen, soweit öffentliche Vorverurteilungen zur Verfahrenseinstellung führen können". An diesem Punkt fanden die Delegierten zu der Geschlossenheit zurück, die in den Tagen zuvor durch heftige Kontroversen verhindert worden war. Dies hatte bereits bei den Wahlen der Parteiführung begonnen. Genscher selbst so wie seine drei Stellvertreter Wolfgang Mischnick, Jürgen Morlok, Gerhart Rudolf Baum sowie sein „politisches Ziehkind", der NRW-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann, hatten wegen ihrer Alleingänge und „Basisferne" in wichtigen Fragen deutliche Denkzettel der Delegierten erhalten. Dabei wurde auch keine Rücksicht darauf genommen, daß Möllemann als Spitzenkandidat die FDP in den Düsseldorfer Landtag zurückführen soll. Dieser Unmut setzte sich bei den weiteren

● **Fortsetzung Seite 8**

Minister Reitz verläßt Hessens Regierung

D.GURATZSCH, Wiesbaden

Als Konsequenz des Votums der hessischen SPD für eine Zusammenarbeit mit den Grünen hat der geschäftsführende Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz seinen Rücktritt angekündigt. Die hessische SPD hat sich auf einem Sonder-Parteitag in Wiesbaden mit der überwältigenden Mehrheit von 203 gegen 17 Stimmen für die Annahme der Vereinbarung mit den Grünen ausgesprochen, die die Grundlage für die Tolerierung eines SPD-Minderheiten-Kabinetts durch die Umweltpartei bilden soll. Da die Grünen die Verhandlungsergebnisse mit der SPD bereits auf einer Landes-Delegiertenversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt hatten, ist damit das erste rot-grüne-Bündnis in einem Bundesland praktisch perfekt.

Am Mittwoch wollen die Fraktionen gemeinsam den Landeshaushalt 1984 verabschieden. Am folgenden Tag könnte dann Holger Börner, der vor 18 Monaten zurücktrat und seither als geschäftsführender Ministerpräsident amtiert, mit den Stimmen von SPD und Grünen zum neuen Regierungschef gewählt werden.

Börner hatte den Delegierten in einem Grundsatzreferat empfohlen, der Zusammenarbeit mit den Grünen zuzustimmen, auch wenn damit keine „Liebesheirat" zustande komme. Reitz, der als Exponent des rechten Parteiflügels gilt, hob dagegen hervor,daß er das angestrebte Bündnis für „verhängnisvoll" halte. Die Regierung setze sich damit der Gefahr „permanenter Erpressung" aus.

Seite 3: Reitz geht

Presseberichte: Sacharow ist angeblich tot

dpa / DW. London/Berlin

Der sowjetische Atomphysiker und Nobelpreisträger Andrej Sacharow ist nach einem Bericht der Londoner Zeitung „Sunday Times" vermutlich am Donnerstag abend in einem Krankenhaus der für Ausländer verbotenen Stadt Gorki gestorben. Die Zeitung berief sich in einem aus Moskau datierten Bericht auf „zuverlässige, aber inoffizielle Quellen" in der sowjetischen Hauptstadt.

Damit seien Gerüchte bestätigt worden, schrieb das Blatt, die sich aus einem Telefongespräch von Sacharows Frau Jelena Bonner mit der italienischen Journalistin Giovanna Giubelli ergeben hätten. Frau Bonner habe am Freitag gesagt: „Eine Krankenschwester kam zu mir und sagte, daß Andrej nicht länger unter uns ist." Das Gespräch sei kurz darauf abrupt unterbrochen worden. Die „Sunday Times" zitierte in ihrem Bericht auch den Vorsitzenden der Andrej-Sacharow-Kampagne in Großbritannien, Allan Wynn, mit den Worten: „Ich glaube jetzt, daß er tot ist."

Dissidentenkreisen in Moskau war am Samstag nichts über einen Tod Sacharows bekannt. Sie bezweifelten, daß der Tod hätte geheim gehalten werden können.

Am Grenzübergang Checkpoint Charly in Berlin haben Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ein Solidaritätsfasten für Sacharow und seine Frau begonnen. Eine Sprecherin der Gesellschaft sagte, damit solle die Öffentlichkeit in ihrem Einsatz für Sacharow weiter mobilisiert werden.

Kohl hofft auf „Regelung der Vernunft"

Stuttgarter Metallverhandlungen gehen heute weiter / ÖTV droht mit Solidaritätsstreiks

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit scharfen Worten haben führende Gewerkschafter der ÖTV und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) eine Verschärfung des Tarifkonflikts angekündigt. Im Arbeitskampf der IG Metall, der heute in die vierte Woche geht, ließ die Entscheidung des Gewerkschaftsvorstands für die Wiederaufnahme der vergangene Woche abgebrochenen Verhandlungen ohne Ausweitung des Streiks in zwei Tarifgebieten Hoffnungen auf eine Lösung des Konflikts wachsen. Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte die Hoffnung, daß bereits „in den nächsten Tagen eine Regelung der Vernunft" gefunden werde. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher sprach sich für ein Verbändegesetz aus, um die Demokratie in den Gewerkschaften auch bei der Meinungsbildung über einen Streik zu wahren.

Die Tarifverhandlungen in der bestreikten Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden sollen am Dienstagabend weitergehen. Der Termin wurde gestern von Arbeitgebern und IG Metall bestätigt. Die Gewerkschaft hatte zunächst auf Verhandlungen noch am Montag gedrängt, doch war wegen anderer Verpflichtungen des Stuttgarter Arbeitgeber-Verhandlungsführers Hans Peter Stihl kein früherer Termin möglich. Ebenfalls heute wird das Landesarbeitsgericht Hessen über die Berufung des dortigen Arbeitgeberverbandes gegen das vom Arbeitsgericht Frankfurt verhängte Aussperrungsverbot befinden. Sowohl in Hessen als auch in Baden-Württemberg haben die Metall-Arbeitgeber auf die Streiks der IG Metall mit Abwehr-Aussperrungen reagiert. Die Arbeitgeber im Druckgewerbe schließen dagegen trotz der Ankündigung der IG Druck und Papier, sie werde ihren Arbeitskampf ab Montag durch unbefristete Streiks beträchtlich verschärfen, eine Abwehr-Aussperrung zunächst noch aus. Diese Haltung könne sich aber aufgrund des Verhaltens der IG Druck „jederzeit" ändern.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulff-Mathies, hat sich – 14 Tage vor dem ÖTV-Gewerkschaftstag, der über diese Frage befinden soll – für den Einstieg auch des öffentlichen Dienstes in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgesprochen. In einem Zeitungsinterview sagte sie: „Wenn es knallhart wird, werden wir Seite an Seite mit den Kollegen in der Metall- und Druckindustrie bundesweit streiken". Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) erklärte sich am Wochenende „kampfbereit" und solidarisch mit den streikenden Metallern und Druckern. Der baden-württembergische Landesleiter Klaus Rücker drohte: „Wenn die Arbeitgeber einen harten Tarifkampf für die Bereiche Banken, Einzelhandel und Versicherungen haben wollen, wird auch die HBV diesen Kampf führen." Wie IG Metall und IG Druck will auch die HBV einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverzicht erzwingen.

Die Metall-Arbeitgeber lehnten am Wochenende erneut den Versuch der IG Metall ab, einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer über einen Stufenplan zu errei-

■ **Fortsetzung Seite 8**

Führerlose Mirage abgeschossen

dpa/DW. Bonn

Das führerlose französische Kampfflugzeug vom Typ Mirage F 5, das am Freitag bei Obererdingen in der Nähe von Karlsruhe abgestürzt ist, wurde nach Angaben der französischen Militärbehörden von einem anderen Flugzeug abgeschossen. In einem gestern im Metz veröffentlichten Kommuniqué der taktischen französischen Luftstreitkräfte heißt es, der Pilot der Mirage habe die in Colmar im Elsaß gestartete Maschine wegen technischer Schwierigkeiten aufgegeben und sich mit dem Schleudersitz gerettet. Aus dem Triebwerk seien Flammen geschlagen. Da das Flugzeug nicht sofort abstürzte, sei eine alarmbereite Maschine gestartet, um die defekte Mirage abzuschießen.

Die Maschine war ohne den Piloten, der noch auf französischem Gebiet ausgestiegen war, etwa 150 Kilometer weit geflogen. Der Pilot der zweiten Maschine wartete nach Darstellung der Militärbehörden so lange, bis die führerlose Mirage unbewohntes Gebiet erreicht hatte, bevor er sie abschoß. Sie stürzte dann in einen Geräteschuppen am Ortsrand von Obererdingen. Kurz zuvor hatten dort nach Augenzeugenberichten noch Kinder gespielt.

Die Mirage F 5 war von einem erfahrenen Unteroffizier mit mehr als 3000 Flugstunden gesteuert worden. Bei der Rückkehr von einem Übungsflug zum Stützpunkt Colmar-Meyenheim mußte er sich nach mißglücktem Landeversuch mit dem Schleudersitz retten. Die defekte Maschine setzte im Zickzack ihren Weg über das Rheintal und das Nordelsaß fort.

Die deutschen Behörden waren sofort gewarnt worden. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, für einen solchen Fall gebe es keine „stehenden" Befehle. Grundsätzlich gelte aber, daß begleitende Maschinen bei dem führerlosen Flugzeug zu bleiben und ständig Positionsmeldungen durchzugeben hätten, damit der übrige Luftverkehr gewarnt werden könne. Sei die Maschine allein geflogen, so müsse – wie dies im Fall der Mirage nach französischer Mitteilung geschah – ein regelrechter Abfang-Einsatz geflogen werden.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Lage in Holland

Von Bodo Radke

Das erneute Verschieben einer Entscheidung der Niederlande über ihre Beteiligung am Nachrüstungsprogramm der NATO kann nur jene überraschen, die mit dem Verlauf der Diskussion unter den Holländern nicht vertraut sind. Schon eine Woche vor dem Brüsseler NATO-Doppelbeschluß vom 13. Dezember 1979 hatte der damalige christdemokratische Regierungschef Dries van Agt erleben müssen, daß im Parlament zehn seiner eigenen Parteifreunde einer sozialistischen Resolution gegen Produktion und Installierung neuer Atomwaffen zur Mehrheit verhalfen. Seither war van Agt und seinem späteren Nachfolger Ruud Lubbers nichts übriggeblieben, als mit bisweilen akrobatisch anmutenden Zaubertricks zwischen dem Verlangen der liberal-konservativen Koalitonspartner nach klarem Bekenntnis zur NATO-Solidarität und den Vertretern des linken Flügels der eigenen Partei zu lavieren.

Bei der Formulierung des Kabinettsbeschlusses vom letzten Freitag für einen weiteren Aufschub der Entscheidung bis zum 1. November 1985 ging es in erster Linie um das Überleben einer Mitte-Rechts-Koalition, die bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 1986 auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie bei der Sanierung der Staatsfinanzen noch große Dinge vorhat. Die zu erwartende negative Reaktion der NATO-Partner erschien dagegen zweitrangig.

Angesichts der vielen Widersprüchlichkeiten im Kabinettsbeschluß erscheint es allerdings fraglich, ob Premier Lubbers wenigstens das Ziel erreicht hat, ein Zerbrechen der Koalition mit den Liberal-Konservativen zu vermeiden. Leidtragender der Situation ist auf jeden Fall das westliche Bündnissystem. Wobei man sich in diesem darüber klar sein sollte, daß ein Regierungssturz in Den Haag Hollands Sozialisten als rigorosen Nachrüstungsgegnern zweifellos den Weg an die Macht öffen würde.

Optimismus abgekühlt

Von Peter Gillies

Man drücke die Taste „Aufschwung" und lehne sich in Erwartung steigenden Wohlstandes beruhigt zurück – so oder ähnlich lauten naive Vorstellungen über konjunkturelle Zyklen. Das Auf und Ab einer Volkswirtschaft ist jedoch kein mechanistischer Vorgang, sondern das Ergebnis von Millionen von Verbraucher- und Unternehmensentscheidungen (und -unterlassungen). Und wenn sich dieses Geflecht in Statistiken niedergeschlagen hat, ist es schon wieder Vergangenheit.

Gleichwohl deuten mehrere Indikatoren darauf hin, daß die wirtschaftliche Belebung an Tempo verloren hat. Im März und April sank die Produktion um rund 3,5 Prozent gegenüber den beiden Vormonaten. Auch der Auftragseingang ließ zu wünschen übrig. Die Bautätigkeit gab unerwartet kräftig nach. Die Verbraucher, deren Konsumfreude vor kurzem noch alle Experten überraschte, halten sich neuerdings zurück. Der Handel antwortet bereits mit lockenden Sonderangeboten.

Auch in den Führungsetagen der Unternehmen hat sich der Optimismus etwas abgekühlt. Obwohl ein Spätindikator, vermag auch die Beschäftigungslage wenig Erfreuliches auszustrahlen. Bereinigt man die Arbeitslosenzahlen um saisonale Einflüsse, dürften sie sogar leicht gestiegen sein (wenngleich die Jahreszeit ständig geringere Arbeitslosenzahlen ausweist). Auf der Habenseite der Bilanz stehen andererseits der lebhafte Export, eine relativ starke Investitionstätigkeit und eine wieder gesunkene Inflationsrate.

Es wäre zu einfach, den Arbeitskampf als Alleinverursacher der Abkühlung darzustellen, zumal da der konjunkturelle Aufschwung schon lange vor den Streiks einen Dämpfer erhielt. Andererseits hat sich diese überflüssige Selbstgefährdung wie Mehltau auf das Wirtschaftsklima gelegt. Jede scharfmacherische Rede macht die Verbraucher noch vorsichtiger.

Noch ist das relativ stolze Wachstumsziel 1984 nicht in der Substanz gefährdet, aber jeder weitere Streiktag nagt an der Prognose. Für die Konjunktur entscheidend ist, welche Kosten die Tarifrunde mit sich bringt. Mehr als der Produktionsausfall einiger Wochen bestimmt die Fernwirkung eines Abschlusses das konjunkturelle Geschehen. Ein Schicksal, das wie eine biblische Plage über alle kommt, ist es jedoch nicht. Die unverkennbaren Schwächesymptome sind eher ein Wetterleuchten, dem bei Vernunft und Augenmaß kein Rezessionsgewitter zu folgen braucht.

Apartes zur Diktatur

Von Enno v. Loewenstern

Honeckers bevorstehender Besuch hat große Erregung ausgelöst. Die SPD will die Unterdrückung der Freiheit in der „DDR" öffentlich diskutieren; alle möglichen Gruppen wenden sich auf Plakaten und in Resolutionen wider die „Aufwertung" Ost-Berlins. Die „Frankfurter Rundschau" erklärte unter der Überschrift „Ein unwillkommener Gast": „Es kommt darauf an, wie deutlich Bundeskanzler, Außenminister, aber auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Honecker die Meinung sagen", und wies zornig darauf hin, daß Bonn nicht nur einen blühenden Handel privater Firmen mit der „DDR" zulasse, sondern sogar Bürgschaften stelle und zu allem Überfluß auch noch hartnäckig an einem Kulturabkommen mit der Diktatur festhalte. „Wem nützt das in alle Welt gesendete Händeschütteln mit Erich Honecker und wem schadet es eher?", schüttelte sich die Zeitung.

Verzeihung, das war jetzt alles falsch. Der als unwillkommen apostrophierte Gast ist nicht Honecker, sondern der südafrikanische Regierungschef Botha.

Selbstverständlich gibt es bei diesen Kritikern keine Bedenken gegen einen Empfang Honeckers; da ist man sich vollkommen im klaren darüber, wem dessen Aufwertung nützt und wem sie schadet, und man billigt es. Wehe, die Bundesregierung wagte es, Honecker zu mahnen. Wehe, ihre Vorgängerin hätte es gewagt, den Ehrengast Breschnew zu mahnen.

Dabei wissen alle, daß, so berechtigt jede Kritik am Apartheid-Regime ist, die Regierung Botha doch immerhin Schritte zur Lockerung der Verhältnisse unternommen hat, während in Mitteldeutschland und im ganzen Osten nicht das Geringste an Lockerung zu spüren ist. Und zweitens: Würden diese heldenmütigen Kritiker vor die Wahl gestellt, sich für das Leben in einem Land zu entscheiden, entweder „DDR" oder Südafrika – jeder weiß, was sie ohne Zögern wählen würden.

Aber sie sind hier, und so fordern sie, dem Schießbefehlerteiler die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter als Gastgeschenk zu überreichen. Selig sind die Einäugigen, denn ihrer ist, wenn nicht das gute Gewissen, dann jedenfalls die größte Unbeschwertheit.



„Du wirfst mich nicht ab – ich springe!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Scherben und Hoffnung

Von Herbert Kremp

Nach dem Parteitag der Liberalen in Münster, der ebenso viele Journalisten wie Delegierte angezogen hat, bleibt die Frage übrig, in welchem Maße und auf welchen Gebieten die FDP noch ein zuverlässiger Partner in der Regierungskoalition sein kann. Ein reiner Mehrheitsbeschaffer in jeder Situation wird die Partei in Zukunft nicht sein. Mit geballter Eigenwilligkeit oder gar mit Widerständen bei jeder Gelegenheit hat der Bundeskanzler aber auch nicht zu rechnen. Münster offenbarte Existenzangst und eine handfeste Führungskrise, die lange andauern wird. Sie machen das Regieren in Bonn schwieriger. Grundsätzliche Zweifel am Bestand des Regierungsbündnisses ergeben sich daraus jedoch nicht.

Über den Rand des eigenen Nabels blickten die 400 Delegierten in der Halle Münsterland selten hinaus. Nach dem Berliner Wende-Kongreß vom November 1982 und nach der kurzen Spanne scheinbarer Erholung seither ist die FDP im Augenblick auf die siebte Sohle der Selbstbeschäftigung gesunken. Die Stimmung ist miserabel. Die Partei macht bis in die Tiefe ihrer Gliederungen die Erfahrung, daß der Regierungswechsel ihr bis jetzt kein Honorar eingebracht hat, daß der Wende jedoch das Moment der Unumkehrbarkeit innewohnt. Über die Grünen wurde während der drei Tage in Münster selten gesprochen, aber jeder Delegierte weiß, daß diese „vierte Partei" der FDP das Männlichkeitszeichen der „Dritten Kraft" geraubt hat. Die liberale Partei ist zum Einweg an der Seite der Union verurteilt. Daraus erklärt sich die hohe innere Spannung.

Sie entlud sich über Stunden in massiver Kritik an der Führung. Die Pfeile flogen weder gegen die Opposition noch gegen die Union (auch nicht gegen Strauß), sondern gegen den eigenen Parteivorsitzenden, der, so hatte es den Anschein, wie Winkelried seine Brust darbot. Die Frage, warum Genscher seine Verzichtsankündigung kurz vor den kritischen Parteitag gesetzt hat, blieb in der Debatte unklar und daher fast beliebig deutungsfähig. Tatsache ist jedoch, daß er mit diesem Schritt vor die Front das Gewitter von umstrittenen Regierungs-Unternehmen wie der Spendenamnestie auf sich gelenkt hat. Die Personenfrage, die bis auf den Knochen zerkaut wurde, erwies sich während des Parteitags als ein Fraß, den der Parteivorsitzende bewußt, gleichsam zur circensischen Beschäftigung, in die Arena geworfen hat.

Den Blutdurst mit dem eigenen Blute zu stillen, nachdem man ihn selbst erst so richtig entfacht hat, bleibt freilich ein verwegenes, in die Irrationalität führendes Unternehmen. Niemand vermag zu sagen, ob Genscher die zwei Jahre, für die er mit schwacher Mehrheit im Vorsitzendenamt bestätigt wurde, durchhalten kann (und will). Das Vorhaben bleibt undurchsichtig. Die Mehrheit der Delegierten würde schon heute einen anderen Chef wählen, hätte sie ihn denn. Somit scheint vorgesorgt, daß die für die geschwächte Partei besonders kritischen Wahlen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Berlin 1985 auf das Konto Genschers geschrieben werden.

Möglicherweise will sich Genscher für den Fall neuer Niederlagen dem unausweichlichen Scherbengericht rechtzeitig entziehen. Es träfe ihn so ungerecht wie einst so viele bedeutendere Männer in Athen. Seine Leistung für die Partei ist unbestreitbar groß. Die Verantwortung für Niederlagen liegt bei der Partei selber. Sie ist nicht geistesklar. Die Delegierten debattierten besonders bei den Personenfragen auf betrüblich niedrigem Niveau. Was soll man von Leuten halten, die den Vorsitzenden des größten Landesverbandes, Nordrhein-Westfalen, der sich für eine spielentscheidende Landtagswahl rüstet, an den Rand der Lächerlichkeit votieren? Möllemann mag schlechte Zensuren verdienen, aber in diesem Fall wurde er doch nur deshalb so hart angepackt, weil er wie ein Zinnsoldat zu seinem Vorsitzenden steht. Dann gab es aber wieder Lichtblicke: Graf Lambsdorff bekam erstaunlich gute Noten, auch Frau Adam-Schwaetzer, deren politisches Format in der Krise sichtbar wird.


Die Brust den Pfeilen dargeboten: Genscher FOTO: SVEN SIMON

Aber so schwankt eben das Charakterbild der Partei. Sie wird es sehr schwer haben, sich nach den Wiedertäuferstunden der konkreten Arbeit an der politischen Sache und der Klärung des Geistes zuzuwenden. Die Riege der begabten jüngeren Landesvorsitzenden kann sich an dieser Aufgabe bewähren. Die FDP sucht nicht mehr und nicht weniger als eine neue Begründung für ihre Existenz. Da sie das berühmte Zünglein an der Waage nicht mehr ist, sondern wohl für immer in der Waagschale bleiben wird, in die sie sich nun hineingewendet hat, muß sie eine Idee fassen, die wahrscheinlich in der Übersetzung des ausgewaschenen Adjektivs „liberal" in das deutsche Hauptwort „Freiheit" besteht. Unter diesem Stichwort genügt dann ein knappes, durch Klarheit und Konsequenz sich auszeichnendes Programm.

Daß die Hoffnung für die FDP nicht verloren ist, zeigte die Schlußbekundung am gestrigen Tag. Sie galt Europa, den bevorstehenden Europa-Wahlen, dem Kampf gegen eine sozialistische, gewerkschaftsstaatliche Vision, die es gibt und die man deutlich darstellen muß. Darin war man sich in Münster wieder einig nach all der Uneinigkeit.

IM GESPRÄCH Renate Hellwig

Europäerin von Beruf

Von Eva Jentsch

Ich bin überzeugt davon, daß eine neue europäische Epoche begonnen hat, mit Frankreich und Deutschland als Schlüsselstaaten", meint Renate Hellwig, die am 27. Januar 1984 einstimmig zur Vorsitzenden der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

Die 44jährige CDU-Bundestagsabgeordnete hat einen bewegten beruflichen und politischen Werdegang hinter sich. In Beuthen in Oberschlesien geboren, wuchs sie in München auf, wo sie Abitur machte, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft studierte, ihr Assessorexamen ablegte und 1967 zum Dr. jur. promovierte.

Zum ersten Mal kam sie mit „Europa" in Berührung, als sie ihr Praktikum bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ablegte. Es folgten Tätigkeiten beim Bundesarbeitsministerium in Bonn, beim Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart, ehe sie Helmut Kohl, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, und Heiner Geißler, damals Sozialminister in Mainz, als Staatssekretärin ins Sozialministerium von Rheinland-Pfalz holten. 1980 kandidierte sie für den Bundestag im Wahlkreis Neckar-Zabern in Baden-Württemberg und gewann ihn für die CDU. Sie ist auch in ihren Wahlkreis, nach Bietigheim bei Stuttgart, gezogen. Im Vorsitz der Europa-Kommission ist sie Nachfolgerin des CDU-Politikers Carl-Otto Lenz, der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg wurde.

Beschlossen wurde die Europa-Kommission im Juni 1983. Ihre konstituierende Sitzung fand im Oktober vorigen Jahres statt. Sie entstand auf Drängen europäisch engagierter Abgeordneter aller Parteien und hat die Aufgabe, Empfehlungen für europapolitische Entscheidungen auszuarbeiten. Sie besteht aus je elf Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages.


Vorsitzende der Europa-Kommission: Renate Hellwig FOTO: UDO GIESEN

Stellvertretender Vorsitzender ist Rudi Arndt (SPD). Die Vorstellung von Frau Hellwig ist, nicht nur einmal im Jahr einen großen Bericht vorzulegen, sondern hin und wieder kürzere, überschaubarere, an ein Thema gebundene. So wurden bisher drei Berichte mit Empfehlungen dem Deutschen Bundestag vorgelegt: über den Europa-Paß, den europäischen Binnenmarkt und die Europäische Union.

„Personen und Strukturen sind wichtig für politische Entscheidungen", meint Renate Hellwig. Sie will das so interpretiert wissen, daß Helmut Kohl und François Mitterrand die richtigen Personen sind, um die Einigung Europas voranzutreiben. Dazu gehört nicht nur mehr Macht für das Europäische Parlament, sondern es müsse auch mehr Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat geben.

Diese Europa-Kommission ist bisher die einzige dieser Art in einem EG-Land. So plant Renate Hellwig, die anderen nationalen Parlamente der EG aufzusuchen, um die Gründung ähnlicher Gremien anzuregen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Über die Shultz-Reise nach Nicaragua heißt es hier:

Den in Nicaragua regierenden marxistischen Sandinistas scheint das Wasser buchstäblich bis zum Halse zu stehen. Anders ist es nicht zu erklären, daß Junta-Chef Daniel Ortega beim überraschenden Besuch von US-Außenminister George Shultz in Managua sogar den „dringenden Wunsch" äußerte, so schnell wie möglich mit Präsident Reagan „ein persönliches Gespräch" zu führen ... Die spärlichen Nachrichten, die aus Nicaragua bekanntwerden, zeigen, daß die Sandinistas im Kampf gegen die Contras in den letzten Wochen sehr hohe Verluste zu verzeichnen hatten. Auch das Attentat auf den Guerrillaführer Eden Pastora, das Managua der CIA anlasten will, beweist die Unsicherheit der im Lande selbst zunehmend ungeliebten marxistischen Machthaber.

Aachener Volkszeitung

Hier heißt es zu Grass und Jens im Arbeitskampf:

Ohne Rücksicht auf die Millionenverluste unserer Industrie und die Streikziele nennt Jens die Aussperrung den „Versuch der ökonomisch Mächtigen, die Mehrheit des Volkes in brutalster Weise zu disziplinieren". Rhetorik Note Eins. Aber er liest keine Meinungsumfragen, in denen die Mehrheit des Volkes eindeutig gegen diesen Streik ist. Er erfährt nicht, wie die IG Druck ungeniert die Zensur verkündet. Er stand auch vermutlich noch vor keinem Werktor, wo Arbeitswillige in ungesetzlicher Weise behindert oder gar gedemütigt wurden. Diesen Terror kennt er wahrscheinlich nur aus der Literatur. Das intellektuelle Protestkartell hat bei den polnischen Schriftstellern oder bei Sacharow völlig versagt. Seine tarifpolitischen Krokodilstränen kann es sich sparen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Blatt kommentiert den FDP-Parteitag:

Das Wahlergebnis für die Spitze kommt einer Ohrfeige gleich: ähnlich niedrige Werte wie vor zwei Jahren in Berlin. Aber inzwischen sind rund ein Viertel der Wende-Gegner gegen Befürworter des Wechsels ausgetauscht worden. Entsprechende Steigerungen wären normal gewesen. Da müssen Genscher und die Seinen in den Augen der Delegierten schon viel mehr als nur „ein paar Affären" gemacht haben. Es ist jedenfalls festzustellen: Die Partei traut ihren drei Spitzenleuten nicht mehr viel zu.

REUTLINGER GENERALANZEIGER

Zur Kanzlerkritik an der Schule meint die Zeitung:

Gerade weil sie im Geflecht der gegensätzlichen Interessen steht, lebensnah bleiben muß, ist die Schule und sind die Lehrer zu peinlicher Zurückhaltung in der Bewertung von Sachverhalten verpflichtet, die im Meinungsstreit des Tages stehen und um deren Einschätzung der öffentliche Meinungskampf geführt wird. Lernziel ist nicht die Meinung des Lehrers, sondern die Kenntnis von Fakten. Dabei tun sich viele Schulen allerdings schwer. Das Lernziel Friedenspflicht wird nicht in allen Klassenzimmern heute erreicht. Nicht nur der Kanzler hat Grund zur Beunruhigung, auch viele Eltern sind besorgt.

Der weltweite Schrecken um Manufacturers Hanover Trust

Jemand wird bei der lateinamerikanischen Schuldenkrise draufzahlen / Von Claus Dertinger

Ein Zittern hat die internationalen Finanzmärkte diesseits und jenseits des Atlantik befallen, als die viertgrößte Bank der USA, die zu den feinsten Adressen zählende Manufacturers Hanover Trust, ins Gerede kam. Ein Kurssturz der Bankaktien an der Wall Street war die Begleitmusik dazu. Zwar sind die Gerüchte über angebliche Liquiditätsschwierigkeiten der im hochverschuldeten Lateinamerika stark engagierten Bank sofort energisch und glaubwürdig von allen kompetenten Stellen dementiert worden. Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl.

Man machte es sich zu einfach, täte man den Vorgang damit ab, daß sich nur ein paar Börsianer hätten nervös machen lassen. Hier entstand ein Klima, in dem Vertrauenskrisen gedeihen. Die amerikanischen Bankbehörden haben die Brisanz zum Glück sofort erfaßt und entsprechend gehandelt. Mit starken Worten haben der Notenbankvizepräsident, der Finanzminister und Bankenaufseher versichert, sie würden keinerlei Gefährdung der Stabilität des Bankensystems zulassen und jeder großen Bank im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten helfen. Eine solche Garantieerklärung überrascht in einem Land, in dem jedes Jahr viele Banken – allerdings kleinere und kleinste – Pleite machen. Ihre Feuerprobe hat die Stützungsbereitschaft schon bestanden, als es vor gut zwei Wochen darum ging, die Continental Illinois Bank, die achtgrößte Bank der USA und mit einer Bilanzsumme von mehr als vierzig Milliarden Dollar fast so groß wie die Deutsche Bank ohne ihre Konzerntöchter, nach einem Run der Einleger vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Es ist zu hoffen, daß sich die Gemüter wieder beruhigen. Dennoch wird volles Vertrauen in die finanzielle Stärke der amerikanischen Großbanken möglicherweise so lange nicht wiederkehren, wie Unfälle und Kurzschlußreaktionen an der lateinamerikanischen Schuldenfront nicht ausgeschlossen werden können. Denn dort liegen die Schwachstellen amerikanischer Großbanken. Nach jüngsten offiziellen Veröffentlichungen waren neun große Institute in den vier größten Schuldnerländern Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela mit 128 Prozent ihres Eigenkapitals engagiert, eine erschreckende Größenordnung, wenn man bedenkt, daß die US-Banken praktisch keine nennenswerten stillen Reserven haben und auch keine Wertberichtigungen auf ihre Forderungen an diese Länder vorgenommen haben.

Zwei Jahre eher als erwartet ist das lateinamerikanische Schuldenthema wieder voller Brisanz. Der seit Januar wider alle Erwartungen eingetretene Dollarzinsanstieg von knapp zehn auf zwölfeinhalb Prozent hat jene Kalkulationen über den Haufen geworfen, nach denen für die nächste Zeit, wenn auch keine Kredittilgungen, so doch wenigstens pünktliche Zinszahlungen zu erwarten wären. Jeder Prozentpunkt Zinsanstieg erhöht die jährliche Zinsbelastung immerhin um vier Milliarden Dollar, haben Experten ausgerechnet. Diese zusätzliche Belastung ist einfach zu groß. Das empfinden nicht nur die Betroffenen selber, sondern auch die Verantwortlichen in den Gläubigerländern. Sie denken laut über Erleichterungen nach. Experten diskutieren, wie die Zinsbelastung gekappt werden kann.

Aber was man sich auch immer einfallen lassen mag: Irgendjemand muß die Rechnung schließlich bezahlen. Die Banken machten Verluste, wenn sie den Schuldnern einen Teil der Zinsen erließen, was vor allem den US-Banken zu schaffen machte und nicht gerade vertrauensfördernd wirkte. Verluste erlitten die Banken auch, wenn die Schuldner Zinsen in Form von Anleihen kapitalisierten, weil solche Titel wohl kaum den aufgedruckten Betrag wert wären. Außerdem würde die Lösung des Zinsenproblems ebenso wie des Schuldenproblems selber lediglich in die Zukunft verlagert.

Es zeichnet sich jedenfalls ganz klar ab, daß der Druck auf die Banken größer wird, und das erst recht, wenn die hohen US-Zinsen auch noch die Weltkonjunktur abwürgen und dem Protektionismus neuen Auftrieb geben sollten. Wird sich das gefürchtete Schuldnerkartell nicht doch noch etablieren? Die von den US-Behörden ausgesprochene Garantie für die Stabilität des amerikanischen Bankensystems ist geradezu eine Einladung an die Schuldner, Zugeständnisse von den Banken zu erpressen.

So haben sich die Gewichte verlagert. Die Banken werden draufzahlen müssen. Das würde gefährlich, wenn es an die Substanz ginge, weil dann eine Erosion des Vertrauens nicht ausgeschlossen werden könnte. Vertrauen ist jedoch die Existenzgrundlage eines intakten Bankensystems. Die deutschen Banken sind da dank mehr oder weniger großer Risikovorsorge weniger verwundbar. Aber ein wenig unbedenklich war man quer durch das weltweite Bankensystem.

Ein rot-grüner Minister will Reitz nicht sein

Das rot-grüne Bündnis in Hessen ist beschlossen. Doch der Pakt begann mit einem Paukenschlag. Auf dem SPD-Landesparteitag in Wiesbaden verkündete Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz seinen Rücktritt. Er will keinem von den Grünen tolerierten Kabinett angehören. Eine Ohrfeige für Holger Börner.

Von D. GURATZSCH

Viele von den 221 Delegierten in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle mochten geahnt haben, was auf sie, was auf die hessische SPD zukam, als weit außen am Präsidiumstisch der *kleine Mann mit den* kurzgeschorenen weißen Haaren und der hohen Stirnglatze aufstand. Es war unmittelbar nach dem Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden und geschäftsführenden Ministerpräsidenten von Hessen, Holger Börner, in dem der wendige Taktierer und Jongleur der hessischen Politik seinen Parteigenossen zugeredet hatte, das Bündnis mit den Grünen zu schließen.

Sein Parteifreund dort draußen auf der Seite, der amtierende Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz, war kein Freund dieses Bündnisses, das wußte man seit langem. Er hatte Börner mit der für ihn typischen stoischen Miene zugehört, die manchmal von ironischem Lächeln durchbrochen wird. Als er jetzt mit festen Schritten als erster Debattenredner an das große Pult ging, *hinter* dessen gierigen Mikrophonen er fast verschwand, da mag vielen klar gewesen sein, daß es nun zur Nagelprobe für diesen Sonderparteitag kommen würde.

Reitz hatte, ganz zu Recht, als ein Exponent des rechten Flügels in seiner Partei gegolten. Vielen war er in Börners Kabinett der windungs- und verwandlungsfähigen Gestalten als ein Fels gegen die Erosion der Begriffe von Demokratie, Wirtschaftsfreiheit und technologischem Fortschritt erschienen. Reitz hatte zwar den „Börnapartismus", das 18monatige Regieren mit dem Notstandsparagraphen der hessischen Verfassung, mitgetragen, aber durch Erarbeitung der Vorschaltgesetze und Haushaltspläne die Voraussetzung geschaffen, die unzureichend legitimierte Regierungsmacht wenigstens unmittelbar durch Umsetzung in praktischen wirtschaftspolitischen Nutzen, sozusagen im nachhinein, zu rehabilitieren. Damit war er zum eigentlichen Trumpf und „Superminister" der Börnerschen Übergangskabinette geworden.

Aber nun erklärte der kleine, knorrige Herr, der am Vortag gerade seinen 54. Geburtstag gefeiert hatte, es sei genug. Der Eindruck, daß er die eingeschlagene Richtung für „verhängnisvoll" halte, bestehe zu Recht. Und dann zählte Reitz alle jene Bedenken auf, die so oft im hessischen Landtag gegen die rot-grüne Zusammenarbeit vorgebracht worden waren, aber noch nie von einem SPD-Politiker, erst recht nicht von einem Minister. Seine Worte klangen wie eine Standpauke – aber wurden sie gehört?

Solange die Grünen ihr Verhältnis zur Gewalt nicht geklärt hätten, so lange drohe aus dem Bündnis mit ihnen ein „Dauerkonflikt über Rechtsstaat und rechtsstaatliches Handeln", sagte Reitz.

Zum Beleg zitierte er aus dem grünen Landesprogramm: Beteiligung *an sogenannten „gewaltfreien"* Widerstandsaktionen, gezielte Arbeitsverweigerung bis zum politischen Streik gegen demokratisch legitimierte Regierungen, Steuerstreik zur Verhinderung nicht gewünschter politischer Entwicklungen – das alles sei nach seinem Verständnis mit dem demokratischen Rechtsstaat nicht in Einklang zu bringen.

Die Verweigerungshaltung der Grünen gegenüber dem modernen Industriestaat könne, so Reitz, allzuleicht dazu führen, daß das wirtschaftsstarke Land Hessen auf eine zweitrangige Position abrutsche. Wenn Haushalte weiterhin mit grünen „Wunschpaketen" überfrachtet und diese mit hohen Kreditaufnahmen (wie im Haushalt 1984) bezahlt werden müßten, so werde bald das Vertrauen in eine solide Finanzpolitik zerstört.

In seiner abgelesenen Sieben-Punkte-Erklärung machte Reitz keinen Hehl daraus, daß er von der Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten durch die Grünen alles andere als eine Entlastung der SPD vom grünen Druck erwartet. Mit dem Satz, er sehe die Gefahr einer „permanenten Erpressung", spielte er auf das Instrument des Mißtrauensvotums an, mit dem die Grünen in Abstimmung mit CDU und FDP operieren könnten, sobald Börner den schützenden Status eines nur „geschäftsführend" amtierenden Regierungschefs verlassen hat und zum ordentlichen Ministerpräsidenten gewählt ist. Diese Gefahr sei umso ernster zu nehmen, als die Grünen keine harmonische Zusammenarbeit, sondern ausdrücklich ein „Konfliktbündnis" wollten.

Zum Schluß stellte der streitbare Minister auch noch die ganze Börnersche Philosophie von Sinn und Zweck der rot-grünen Zusammenarbeit in Frage. Er befürchte, daß die Grünen auf diesem Weg „erst richtig politisch hoffähig gemacht" würden und daß durch die Einbindung der Alternativen in politische Verantwortung keineswegs (wie Börner immer wieder proklamiert hatte) neue gesellschaftliche Schichten, „was immer das sei", integriert werden könnten. Als Reitz dann seinen Satz ausrief: „Auf die Mitte kommt es an, wenn die SPD eine Volkspartei bleiben will", da rührten sich in dem großen Saal viele Hände zum Zwischenapplaus.

In der verantwortlichen Position eines Ministers, *zog* Reitz die Summe seiner Ausführungen, könne er das *rot-grüne Bündnis nicht vertreten*, einem Kabinett, das von den Grünen toleriert wird, wolle er nicht angehören. Die letzten Worte sagte er mit Bewegung: „Der SPD Hessen, meiner SPD, wünsche ich für die Zukunft Glück und Erfolg."

Börner hatte unbeweglich, mit *hochgezogenen Augenbrauen* zugehört, den Kopf in die linke Hand gestützt. Jetzt stand er auf und umarmte Reitz, den dienstältesten Minister seines Kabinetts und zugleich dienstältesten Finanzminister der Bundesrepublik. Aber in der Sache kam er ihm keinen Zoll breit entgegen.

Später, in seinem Schlußwort nach der Debatte (in der nur zwei von knapp 20 Rednern auf die Seite von Reitz getreten waren), ging der SPD-Landesvorsitzende noch einmal auf die Erklärung seines alten Mitstreiters ein. Zunächst mit einem Lob für die Grünen: Die Unterstützung des hessischen Vorschaltgesetzes und des Haushalts für 1983 sei „von denen gekommen, die man hier so hart kritisiert hat, und nicht von der CDU und der FDP". Natürlich gehe es um die Mitte. Aber man müsse auch den gewaltigen Umbruch in der Gesellschaft draußen sehen. So hätten in Tübingen, einer Stadt ohne Startbahn, 20 Prozent der jungen Leute grün gewählt. Die sozialistische Heilsgewißheit des 19. Jahrhunderts sei vorbei. Um die Fragen der jungen Menschen zu beantworten, komme es auf praktisches Handeln an. Von „noch so guten Programmen" hätten sie noch längst keinen Arbeits- und Ausbildungsplatz. Aber hatte das Reitz überhaupt bestritten?

Als 14.35 Uhr zur offenen Abstimmung gerufen wurde, war in Sekunden klar, daß der kleine energische Mann in seiner Partei auf verlorenem Posten gekämpft hatte. Von 221 Stimmberechtigten lehnten nur 17 die Zusammenarbeit mit den Grünen ab. Der rechte Flügel in der hessischen SPD ist zermahlen. Börner, der jahrelang einer Spaltung seiner Partei entgegenrudern mußte, präsentiert sich heute als der große Wunderheiler. „Du hast an Statur gewonnen", lobte Kultusminister Krollmann.

Börner selbst hatte etwas anderes gesagt: Er habe einen Teil seiner persönlichen Glaubwürdigkeit geopfert.



Heribert Reitz (rechts) verläßt nach 12 Jahren das hessische Kabinett
FOTO: AP/HELMUT FRICKE



Gruppenbild mit Dame: Frau Adam-Schwaetzer, Hans-Dietrich Genscher, Walter Scheel und Wolfgang Mischnick.
FOTO: SVEN SIMON

Über verblassenden Sternen strahlt ein weiblicher Star

Sie war die große Überraschung des FDP-Parteitags in Münster: Irmgard Adam-Schwaetzer. Sie hatte freiwillig auf den Posten des Generalsekretärs verzichtet. Trotzdem avancierte sie mit dem besten Wahlergebnis als Hoffnungsträger ins Präsidium.

Von STEFAN HEYDECK

Hans Dietrich Genscher saß sichtbar betroffen in der Halle Münsterland. Die Delegierten auf dem FDP-Parteitag in der Westfalen-Metropole hatten ihm gerade einen „Denkzettel" wegen des Taktierens in wichtigen Sach- und Personalentscheidungen verpaßt. Nur 241 von 390 Delegierten hatten ihm ihre Zustimnmung für eine letzte zweijährige Amtszeit mit auf den Weg gegeben.

Doch damit nicht genug: Den Unmut über ihn brachten sie auch mit der Wahl von Irmgard Adam-Schwaetzer zur Schatzmeisterin zum Ausdruck. Sie erhielt mit 322 Stimmen das beste Ergebnis des neunköpfigen Präsidiums. Lediglich 46 Delegierte verweigerten ihr die Zustimmung. 17 enthielten sich. Sie war damit sichtbar fast über Nacht zum „Liebling der Partei" geworden. Denn vom 35-köpfigen Vorstand übersprang lediglich noch der Berliner Landesvorsitzende Walter Rasch (304 Stimmen) die 300-Stimmen-Hürde.

Dabei hatte Irmgard Adam-Schwaetzer nach nur 19-monatiger Amtszeit als Generalsekretärin das Handtuch geworfen. Doch das verübelte ihr der Parteitag in keiner Weise. Denn Spannungen zwischen ihr und FDP-Genscher waren kein Geheimnis geblieben. Sie waren aufgrund von Zeitungsmeldungen im Mai letzten Jahres über eine „Amtsmüdigkeit" Genschers entstanden. Der mißtrauische FDP-Chef hatte ihr unberechtigterweise vorgeworfen, *diese Information in die Presse* lanciert zu haben.

Dabei hatte auf dem „Wende"-Parteitag im November 1982 in Berlin alles so schön harmonisch zwischen ihnen begonnen. Denn Genscher hatte sie zum Nachfolger des aus Protest zur SPD übergewechselten Günter Verheugen gemacht, weil sie als einzige Frau in der Bundestagsfraktion damals den Partnerwechsel von der SPD zur CDU/CSU mitgetragen hatte.

Die 42jährige wirkte am Anfang ihrer Laufbahn, nachdem sie quasi im Hauruck-Verfahren in die erste FDP-Reihe katapultiert auf Beobachter, blaß. Nach dem selbstbewußten Verheugen schien sie nur noch Genschers verlängerter Arm in der Parteizentrale zu sein. Doch dieser Eindruck wurde schon nach kurzer Zeit auch von ihren Skeptikern revidiert.

Das hat jetzt auch der Parteitag in Münster bewiesen. Ihr Stil ist nüchterner als der ihres Vorgängers, ihre Sprache knapper und schärfer. Keine Rede mehr von „historischen Bündnissen" mit Koalitionspartnern. Statt dessen spricht sie von „Zweckbündnissen auf Zeit".

Bei Reden erweckt sie stets den Eindruck, daß sie auch voll hinter ihren Worten steht. Das hat sich jetzt auch gezeigt, als sie als bisherige Vorsitzende der über 30 Mitglieder starken Programmkommission sprach. Bei der Einbringung des Leitantrags zur Bildungs- und Gesellschaftspolitik brachte sie es fertig, den notwendigen „Blick nach vorn" mit der Auflistung von Pannen und Versäumnissen der Vergangenheit zu verbinden: Profil müsse in der Koalition gezeigt werden. Die FDP müsse von den Bürgern „wiedererkannt" werden können. Die Liberalen wollten nicht die „Wende total". Das sei nicht der Wählerauftrag vom 6. März, der „noch lange nicht erfüllt" sei.

Auch wenn ihre Rede am 2. Tag des Kongresses nach den vorausgegangenen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kritikern und Befürwortern Genschers nur auf mäßige Räsonanz stieß, tat es der Liebe des Parteitages zu ihr keinen Abbruch. Dahinter steht auch, daß sie und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einen wesentlichen Anteil am Erfolg der Freien Demokraten bei den Neuwahlen im letzten Jahr hatten.

Heute wird ihr „Rückzug" auf den Posten des Schatzmeisters nicht als Resignation verstanden. Irmgard Adam-Schwaetzers weitere erfolgreiche Politlaufbahn scheint programmiert.

Sie gehört zur „jungen Garde" derjenigen, die Genscher bei seinem Rückzug als FDP-Chef ablösen könnte. In Münster sind es zwar noch Spekulationen, aber Delegierte meinten nicht nur hinter vorgehaltener Hand, daß die Apothekerin aus Düren mindestens für eine Übergangszeit bei einem Abtritt Genschers in die Bresche springen müßte. Habe sie doch auch den notwendigen bundesweiten und wählerwirksamen Bekanntheitsgrad. Sie selber aber winkt bisher energisch ab.

Genauso hat sie dieses bereits wiederholt bei Fragen gemacht, ob sie statt des NRW-Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann ihre Partei in die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen führen könnte. Doch nicht ausgeschlossen wird mehr, daß im Falle eines erneuten Scheiterns der FDP an Rhein und Ruhr am 12. Mai nächsten Jahres der neue Vorsitzende des mitgliederstärksten Landesverbands der Liberalen Irmgard Adam-Schwaetzer heißen könnte. Ob sie will oder nicht: Sie ist zum „Hoffnungsträger" und „Libero" für Spitzenämter in der Partei geworden.

Dabei fällt es schwer, eine eindeutige Erklärung für dieses „Phänomen" zu finden. Es scheint diese Mischung aus erfrischender Offenheit, Intelligenz und Härte in der sachlichen Auseinandersetzung zu sein. Hinzu kommt, natürlich, daß sie in der Männerwelt der Politik als attraktive Frau *einen zusätzlichen Aufmerksamkeits*wert erreicht. Den hat sie auch selbst zum Beispiel ganz bewußt bei Wahlkampfeinsätzen und in Diskussionen ausgespielt.

Aber wenn es sein muß, kann sie auch „knallhart" sein: Gerade als Schatzmeisterin in Münster gewählt, *drückte sie ganz im kompromißlosen* Stil eines Grafen Lambsdorff eine seit Jahren verschleppte Änderung der Finanz- und Beitragsordnung mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit durch.

WIE WAR DAS?

Als Israel in Libanon eingriff

Von ROLF TOPHOVEN

Am 3. Juni 1982 wird der israelische Botschafter in London bei einem Attentat der Palästinenser lebensgefährlich verletzt. Drei Tage später, am 6. Juni 1982, stößt Israels Armee gegen die Basen der PLO in Libanon vor. Drei Hauptziele peilten die Israelis mit dem Einmarsch in Libanon an:

- Israelische Siedlungen (in Galiläa) sollen aus der Reichweite der palästinensischen Raketen gebracht werden;
- Zerstörung der militärischen Infrastruktur der PLO.
- Errichtung einer „PLO-freien" Pufferzone von circa 45 bis 50 Kilometern.

In drei Tagen erreichen Israels Panzerspitzen die südlichen Vororte von Beirut. Dann beginnt die Einkesselung der PLO im westlichen Teil der Stadt. Arafat und seine Kommandos weigern sich abzuziehen und nehmen Hunderttausende als Geiseln. Heftige Angriffe der israelischen Luftwaffe sollen die Terroristen mürbe bomben. Bei alledem lähmt massiver Druck der US-Diplomatie die Aktionen der Israelis. Denn ursprünglich sahen die militärischen Planungen vor, alle in Libanon konzentrierten syrischen und PLO-Einheiten entscheidend zu schlagen und sie aus dem Lande zu treiben. Die Stunde für eine syrische Präsenz in Libanon war nach der vernichtenden Niederlage der Syrer vor allem im Bekaa-Tal und im Großraum Beirut selten günstig.

Heute betrauern die USA die verpaßte Chance, dem Libanon nach dem Gesamtrückzug der Syrer aus dem Land eine neue politische Ordnung zu geben. Statt dessen unterlag man damals der Hinhaltetaktik der eingeschlossenen PLO-Führung. Erst am 21. August begannen die Verbände der Palästinenser (circa 9000) und die noch in Beirut stationierten circa 1000 syrischen Soldaten ihren Abzug aus dem Kessel von Beirut.

Kurz darauf wird der neugewählte Präsident Beshir Gemayel, ein Freund Israels, durch den syrischen Geheimdienst ermordet. Sein Bruder Amin folgt ihm auf den Präsidentenstuhl. Er wird ein schwacher Präsident.

Als Reaktion auf den Präsidentenmord rücken am 15. September 1982 israelische Truppen in den Westteil Beiruts ein und besetzen strategische Punkte der Hauptstadt. Das weitere Schicksal des Libanon liegt nun in den Händen der internationalen Krisendiplomatie.

Doch deren Bilanz nimmt sich nach zwei Jahren mehr als dürftig aus: Hoffnungen auf eine politische Neuordnung in Libanon sind zerplatzt. Das Engagement der multinationalen Friedenstruppe ist gescheitert; Gemayel kündigte das Truppenrückzugsabkommen mit Israel auf; Syrien hat den Satellitenstatus des Landes fester zementiert denn je; im Bekaa-Tal formieren sich neue Terrorkader; die Israelis haben sich auf *die Linie am Awali-Fluß zurückgezogen* und spähen nach einer Chance für einen totalen Rückzug ihrer Truppen; die christliche Minderheit Libanons sieht sich erneut von ihren arabischen Feinden bedroht.

Umfrage: 3,5 Prozent für die FDP

DW. **Hamburg**

Die FDP würde gegenwärtig bei bundesweiten Wahlen nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie, die gestern in der Zeitung „WELT am SONNTAG" veröffentlicht wurde, nur 3,5 Prozent der Stimmen erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl am 6. März vergangenen Jahres waren 7,0 Prozent auf die Freien Demokraten entfallen.

Nach Angaben der „WELT am SONNTAG" war die Umfrage von der Bundesregierung bis zum gegenwärtig in Münster stattfindenden FDP-Bundesparteitag zurückgehalten worden, damit die angeschlagene Position des Vorsitzenden der Liberalen, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, nicht noch weiter geschwächt werde.

Die Chefin des Allensbacher Instituts, Elisabeth Noelle-Neumann, bezeichnete gegenüber der Sonntagszeitung die 3,5 Prozent der Wähler, die sich in der Umfrage für die FDP ausgesprochen hatten, als „Kerngruppe" der Partei. Das Überleben der Freien Demokraten hängt nach ihren Worten nunmehr davon ab, ob die FDP auch von den Wählern anderer Parteien Stimmen abziehen könne. Frau Nölle-Neumann: „Wenn sie (die FDP) noch ein paar Sachen falsch macht, dann ist es bestimmt außerordentlich unwahrscheinlich, daß jemand zu ihr ausweichen will."

Frauen sollen freiwillig dienen

*dpa, **Timmendorfer Strand***

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Würzbach (CDU), hat sich erneut für den Dienst von Frauen in der Bundeswehr ausgesprochen. Auf einer sicherheitspolitischen Fachtagung der schleswig-holsteinischen CDU sagte Würzbach am Freitagabend in Timmendorfer Strand (Kreis Ostholstein), Voraussetzungen dafür müßten die absolute Freiwilligkeit, Dienst ohne Waffen und gleiche Beförderungschancen wie für Männer sein.

Würzbach versicherte erneut, daß die gegenwärtige Mann-Stärke der Bundeswehr von 495 000 Soldaten gehalten werden müsse, auch wenn jetzt schon bekannt sei, daß 1988 aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge nicht mehr genug junge Männer zur Bundeswehr gerufen werden könnten.

Gegen Kasernen für Zivildienst

dpa, **Frankfurt**

Kasernen oder sogenannte Einsatzlager für Zivildienstleistende hat der Beauftragte für den Zivildienst, Peter Hinze, nachdrücklich abgelehnt. Im Hessischen Rundfunk sagte Hinze gestern, solche Vorstellungen liefen dem Auftrag des Zivildienstes zuwider. Er denke allerdings daran, außerhalb von Ballungsgebieten Unterkunftsplätze einzurichten, um soziale Angebote auch in dünnbesiedelten Landstrichen aufrechtzuerhalten oder ins Leben zu rufen.

Hinze kündigte ferner einen Ausbau der Struktur des Zivildienstes an, damit bei einem Rückgang der Jahrgangsstärken die direkten sozialen Dienste möglichst nicht betroffen würden. Der Bedarf der Gesellschaft an solcher Arbeit im sozialen Bereich sei „ungeheuer groß". Die Bundesregierung beabsichtige die ambulanten Dienste flächendeckend auszubauen, damit Menschen bei Behinderungen oder Altersgebrechen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben könnten.

SPD Niederrhein gegen Hans Schwier

dpa, **Duisburg**

Der SPD-Bezirk Niederrhein hat sich in der Auseinandersetzung um die Notengebung an den nordrhein-westfälischen Gesamtschulen gegen Kultusminister Hans Schwier (SPD) gestellt. Bei nur fünf Gegenstimmen verabschiedeten am Wochenende die Delegierten des Bezirksparteitages in Duisburg einen Initiativantrag, in dem die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird, „sich dafür einzusetzen, daß an den Gesamtschulen das Benotungssystem nach der Achter-Skala beibehalten wird".

Der drittgrößte SPD-Bezirk wirft Schwier vor, er wolle mit seiner neuen Ausbildungs- und Versetzungsordnung für alle Schulformen der Sekundarstufe I „ohne Not" Teile der SPD-Bildungsreform aufgeben. Schwiers Rechtsverordnung sieht unter anderem vor, daß an den Gesamtschulen des Landes künftig statt des bisher üblichen achtstufigen Bewertungssystems die in anderen Schulformen gebräuchlichen Noten „Eins" bis „Sechs" zur Beurteilung schulischer Leistungen gegeben werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Norddeutsche Konferenz mit einer neuen Qualität

Von C. GRAF SCHWERIN

„Das Trennende ist geringer, das Gemeinsame größer geworden", dieses sei die „neue Qualität" in den Beziehungen zwischen den vier norddeutschen Küstenländern, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht am Freitag abend nach der gemeinsamen Konferenz der norddeutschen Regierungschefs in Hannover. „Wir sind uns seit längerer Zeit bewußt, daß die Probleme Norddeutschlands so groß sind, daß wir hier enger zusammenrücken müssen, unbeschadet der verschiedenen politischen Zusammensetzungen der Regierungen, und wir haben deshalb heute beschlossen, unsere Zusammenarbeit zu straffen."

In jedem Kalenderjahr werden die Bürgermeister Hans Koschnik und Klaus von Dohnanyi der SPD-regierten Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit den CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und Uwe Barschel aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein einmal zu dieser „Konferenz Norddeutschland" unter dem Vorsitz eines der vier Länder – in diesem Jahr Niedersachsen, in den



folgenden Jahren Schleswig-Holstein und dann Bremen – zusammentreten. Diese „neue Form der Zusammenarbeit" sei ein Schritt voran und habe zu konkreten Einzelbeschlüssen geführt, meinte Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi, „aber die Probe aufs Exempel wird gemacht werden, wenn wir in verstärktem Umfang versuchen müssen, uns auch abzustimmen zwischen den Interessen der Länder". Es werde dann darauf ankommen, „daß wir in der Lage sind, eine Politik der Abstimmung und der Konzentration zu betreiben".

Unter den zwölfeinhalb Millionen Einwohnern Norddeutschlands könne jedes der vier Bundesländer nicht „alles das an Vielfalt haben, was die großen süddeutschen Länder an Vielfalt in einem einzigen Bundesland aufbringen können". Die Konferenz richte sich aber nicht gegen Süddeutschland, sondern habe zum Ziel, die spezifischen Schwächen und Probleme des Nordens auszugleichen.

Die Regierungschefs bekundeten erneut ihre gemeinsame Entschlossenheit, den Rückstand Norddeutschlands auf dem Gebiet der Forschung aufzuholen und appellierten an die Bundesregierung, bei der Verteilung von Aufträgen der besonderen Situation Norddeutschlands Rechnung zu tragen. Geprüft werden müsse auch, ob nicht der Luftfrachtverkehr stärker als bisher von norddeutschen Flughäfen abgewickelt werden könne. Es sei nicht einzusehen, sagte Albrecht, daß praktisch die gesamte Luftfracht erst nach Frankfurt gebracht und von dort weiter verteilt wird. Wenn die Fracht direkt von Norddeutschland auch ins Ausland abgehen würde, erschiene ihm das „rationeller und sinnvoller".

Wichtigster Beschluß der Konferenz war, daß jede Ausbildungsstätte Norddeutschlands für einen jeden jungen Menschen offen stehe, unabhängig aus welchem der vier Länder er stamme. Die SPD-Bürgermeister Koschnik und von Dohnanyi wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß bei der Schwäche des Arbeitsmarktes im Norden mit Überkapazitäten ausgebildet werden müsse, wenn auch die Ausgebildeten nicht in allen Fällen in den Unternehmen, die sie ausgebildet haben, übernommen werden können.

Angesichts der schlechten Auftragslage an den deutschen Werften forderte Barschel eine Initiative der Küstenländer beim Bund, „eine ausreichende und funktionstüchtige" deutsche Handelsflotte „sicherzustellen", die zwar (auf Platz 2) mit zehn Prozent am Welthandel beteiligt sei, deren Anteil an der Welthandelsflotte aber nur 1,8 Prozent betrage. Der Bund wurde weiterhin aufgefordert, durch eine Beseitigung der Nachteile im Hinterlandsverkehr der deutschen Seehäfen deren Wettbewerbsposition gegenüber den Häfen der Rheinmündung zu verbessern.

Die Bundesregierung wurde gemahnt, bald über die Zeichnung des internationalen Seerechtsübereinkommens zu entscheiden. Denn wenn die Bundesregierung sich dazu entschließen sollte, dann müsse sie dies schnell tun, da sonst die Chance vertan werde, daß Hamburg der Sitz des Seegerichtshofes wird.

Der Vorschlag Barschels, Berlin in die Beratungen der „Konferenz Norddeutschland" einzubeziehen, wird in einem Gespräch zwischen Albrecht, als Präsident der Konferenz, und Bürgermeister Diepgen erörtert werden. Barschels Überlegung, daß die norddeutschen Länder ein eigenes Informationsbüro in Brüssel eröffnen, sei „andiskutiert" worden, man sei jedoch nicht „zu einer endgültigen Lösung gekommen, wie ein solches Modell aussehen soll".

Reform schon am 1. Januar 85?

WELT-Gespräch mit Karl Miltner (CDU) zum neuen Scheidungsfolgenrecht

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Das neue Scheidungsfolgenrecht, über das sich CDU/CSU und FDP weitgehend einig sind, wird gravierende Veränderungen bringen: Zum einen stellt es im Bereich der Unterhaltsverpflichtung die „Einzelfallgerechtigkeit" stärker in den Mittelpunkt und zum anderen soll es rückwirkende Gültigkeit ab 1977 haben. Das bedeutet zumindest theoretisch, daß alte Scheidungsfälle wieder aufgerollt werden können, zumindest dann, wenn im Unterhaltsrecht und im Versorgungsausgleich durch Urteile entschieden worden ist. Allerdings soll generell für solche „Neuauflagen" eine Frist von ein bis zwei Jahren gesetzt werden

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, vertrat gestern in einem WELT-Gespräch die Auffassung, daß der Gesetzestext bis zur Sommerpause vorliegen und die Reform dann am 1. Januar 1985 in Kraft treten muß. Auch Bundeskanzler Kohl hat sich in diesem Sinne geäußert. Miltner verwies jedoch darauf, daß es sich um einen „Kompromiß" mit der FDP handeln wird. Aber es herrsche Übereinstimmung darüber, daß sich das Scheidungsrecht zum Teil als „ungerecht und sozial unausgewogen" erwiesen habe.

Das Zerrüttungsprinzip wird zwar im Kern nicht angetastet, jedoch tragen vorgesehene Neuregelungen auch „Schuldfragen" beziehungsweise der Dauer der Ehe Rechnung. Miltner betonte, es sei zum Beispiel unvertretbar, daß ein Mann, dessen Frau ihn schon nach kurzer Ehe verlassen habe, über Jahrzehnte hinweg Unterhaltszahlungen leisten müsse, wenn die Frau keinen Arbeitsplatz bekomme. Unabhängig von einem solchen speziellen Fall trage der Mann nach geltendem Recht für die von ihm geschiedene Frau das „volle Arbeitsplatzrisiko". Hierfür wäre aber eher die Bundesanstalt für Arbeit zuständig. Deshalb ist in der Neuregelung vorgesehen, daß Unterhaltsansprüche in solchen Fällen zeitlich begrenzt werden.

Auch beim Zugewinnausgleich wird es Veränderungen geben. Bisher ist festgelegt, daß nach der Scheidung die während der Ehe erworbenen Vermögensanteile auf die Partner zu gleichen Teilen aufgeteilt werden. Das hat in nicht wenigen Fällen dazu geführt, daß ein Ehegatte den Zugewinnausgleich geradezu provozierte, in dem er eine ohnehin schon angeschlagene Ehe zur Scheidung brachte. Der Partner, der die Zugewinnforderungen zu erfüllen hatte, mußte in solchen Situation häufig aus einer Notsituation heraus das Haus oder Grundstücke und zwar unter Wert verkaufen. Hier soll jetzt die Möglichkeit eröffnet werden, daß auf Antrag die Ausgleichsforderungen gestundet werden können, „wenn dies mit Rücksicht auf die Umstände, die zur Zerrüttung der Ehe geführt haben" oder aus Billigkeitsgründen erforderlich ist.

Bisherige Bestimmungen sehen vor, daß bei „grober Unbilligkeit" eine Unterhaltsverpflichtung gänzlich entfallen kann. Hier soll eine Präzisierung erfolgen. Zum Beispiel soll der Unterhalt entfallen, wenn ein Ehepartner während der Ehe seine Verpflichtungen gegenüber dem Ehegatten gröblich vernachlässigt oder wenn er nach der Scheidung auf gewichtige Interessen des zum Unterhalt verpflichteten früheren Partners nicht die gebotene Rücksicht genommen hat. Die Ausfüllung solcher Leitlinien im Gesetz wird den Gerichten zufallen. Aber gerade in diesem Bereich hat sich die FDP weitergehenden Forderungen widersetzt. So ist zum Beispiel nicht einmal der sogenannte „Konkubinats"-Fall festgehalten, der dann gegeben ist, wenn ein Partner den anderen verläßt und mit Freund oder Freundin im gleichen Haus zusammenzieht.

Bei den Beratungen in der Koalition sind die Experten auch zu der Auffassung gelangt, daß das bisherige Scheidungsfolgenrecht zu „Onkelehen" verführt. Bisher erlöscht der Unterhaltsanspruch nur mit der Wiederheirat oder dem Tod des Berechtigten. In den Fällen, in denen ein Partner wieder ein dauerhaftes und eheähnliches Verhältnis mit einem anderen eingeht, soll nach diesen Überlegungen kein Unterhalt gezahlt werden. Denn ansonsten würden Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft besser gestellt als in der Ehe.

„Kirche von unten" contra Katholikentag

PETER SCHMALZ, **München**

Wie schon der Katholikentag in Düsseldorf vor zwei Jahren wird auch der 88. Deutsche Katholikentag, der vom 4. bis 8. Juli in München stattfindet, von einer Gegenveranstaltung begleitet sein. Unter dem Motto „Kirchentag von unten" planen 56 meist linksorientierte Gruppen, die sich in der „Initiative Kirche von unten" zusammengeschlossen haben, ein weitgehend von Themen der Friedensbewegung beeinflußtes Programm. Dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken werfen die Initiatoren vor, das offizielle Kirchentags-Programm stelle „weiterhin einseitig gesellschaftlich vorherrschende Positionen dar".

Dem Düsseldorfer Treffen ähnlich, will die „Kirche von unten" auch in München die Friedensthematik zum Schwerpunkt machen. Die „Friedenswerkstatt" des offiziellen Programms wird abgelehnt, weil hier von 40 Podiumsteilnehmern „nur" drei zur „Friedensbewegung" zu zählen seien. Auch die zeitgeschichtliche Vortragsreihe, die die Situation der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus behandelt, stößt auf Widerspruch der innerkirchlichen Opposition: Sie veranstaltet eine Diskussion zum Thema „Rüstung und Menschenverachtung im Nationalsozialismus und heute", bei der angebliche Zusammenhänge der psychologischen Kriegsvorbereitung vor 1939 mit der vermeintlichen Situation heute gefunden werden sollen. Erstmals wird es im Gegensatz zu Düsseldorf auch zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Zentralkomitee kommen, bei der unterschiedliche Vorstellungen über die Kirchengemeinde diskutiert werden sollen.

Die „Kirche von unten" ist eine lose Dachorganisation von 54 so unterschiedlichen Gruppen wie „Pax Christi", „Bund Religiöser Sozialisten" und „Homosexuelle und Kirche". Nach eigenen Angaben zählen „Christdemokraten, aber auch Kommunisten" zu den Mitgliedern, deren aktiver Teil auf 40 000 geschätzt wird. Im Gegensatz zu Düsseldorf, wo die offizielle Kirche den Opponenten Räume zur Verfügung stellte, müssen sie in München für die Saalmieten (knapp 100 000 Mark) selbst aufkommen.

Schwebezustand zwischen Bonn und Warschau

Der Fraktionsvize der Union, Rühe, besuchte Polen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau befinden sich nach Einschätzung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, derzeit in einer „Art Schwebezustand". Es sei keine völlig klare Position auf polnischer Seite zu erkennen, sagte Rühe, der als erster deutscher Politiker seit geraumer Zeit einen von erheblichen Spannungen begleiteten Besuch in Warschau hinter sich hat. In einem Gespräch mit der WELT sagte Rühe gestern, er habe in Polen deutlich gemacht, daß es „nicht engere Beziehungen um jeden Preis" zu Bonn geben könne und die unsinnige „Revanchismus-Kampagne" gegen die Deutschen aufhören müsse.

Er habe den Eindruck, daß diese von Moskau vorgegebene Kampagne im Hinblick auf Polen auch „innenpolitische Gründe" habe. Schließlich seien dort am 17. Juni Kommunalwahlen. Außerdem gebe es nach wie vor „tiefe Spannungen" zwischen der Mehrheit der Bürger, für die Solidarnoc noch große Bedeutung habe, und der kommunistischen Führung. Die zunächst vorgesehene Begegnung mit ZK-Barcikowski und Vizepremier Rakowski seien kurzfristig unter Hinweis auf eine Entscheidung „auf höchster Ebene" abgesagt worden. Daraufhin habe er es abgelehnt, mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister zu konferieren. „Wer nicht über unsere Politik und die Beziehungen mit mir spechen will, mit dem spreche ich nicht über Handel und Finanzen", betonte Rühe.

Er habe auch in Warschau die ungelösten Probleme angesprochen, denen die dort lebenden Deutschen und Deutschstämmigen ausgesetzt seien. Es gebe Ausreisewünsche und Beschränkungen des kulturellen Lebens für diesen Personenkreis. „Die Polen bestreiten das Problem", das jedoch unbestreitbar vorhanden sei. Bonn dürfe hier nicht nachlassen, auf diese Problematik auf internen Kanälen aufmerksam zu machen und, wo möglich, Abhilfe zu schaffen.

Ihm sei daran gelegen gewesen, so betonte Rühe, in Warschau die „Berechenbarkeit und die Klarheit der deutschen Politik deutlich zu machen". Zu den Elementen dieser Politik gehöre auch, daß sich Bonn bei der Gestaltung der Beziehungen nicht nur auf die Sowjetunion und die „DDR" beschränken werde, sondern offen sei für ein vernünftiges Verhältnis auch mit allen anderen osteuropäischen Ländern.

Dies gilt zum Beispiel für Bulgarien, mit dessen Außenminister Rühe nach dem Aufenthalt in Warschau konferiert hatte. Wahrscheinlich wird der bulgarische Parteichef Schiwkoff im Herbst, im September oder Oktober, zu einem offiziellen Besuch nach Bonn kommen. In Warschau habe er auch deshalb auf die breitgefächerte Interessenlage Bonns hingewiesen, sagte Rühe, weil es noch immer eine „untergründige Befürchtung" gebe, das Verhältnis Bonns zur „DDR" könne zu polnischen Lasten gehen.

Unter dem Aspekt Klarheit und Berechenbarkeit der deutschen Politik sei ihm auch daran gelegen gewesen, in Warschau ausführlich die deutschen Rechtspositionen darzulegen. Tatsächlich hatte dieses Vorgehen von Rühe in Warschau Verstimmung ausgelöst. Vor dem Institut für internationale Fragen habe er erklärt, nach deutschem Verfassungsrecht bestehe das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt in den Grenzen vom 31. 12. 1937. Demgegenüber heiße es im Warschauer Vertrag, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bilde. Bonn habe seinerzeit betont, daß es sich bei dieser Grenzregelung um den „Ausschluß jeder gewaltsamen Veränderung der bestehenden Grenze" handele. Nach Artikel 7 des Deutschlandvbertrages werde die endgültige Grenzfestlegung jedoch bis zu einem Friedensvertrag „aufgeschoben".

Außerdem habe er in Warschau auf die Entschließung aller Bundestagsparteien vom 17. Mai 1972 hingewiesen, die besage, daß die Verträge keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen schaffen würden, betonte Rühe. Leider sei es heute bei politischen Besuchen in Warschau noch so, daß in den Gesprächen „zu 90 Prozent über kontroverse Themen diskutiert wird", betonte Rühe. Aber er habe sich auch bei diesem Besuch verpflichtet gefühlt, die Politik Bonns ohne Schärfe, aber auch ohne Einschränkungen zu vertreten.

Rau lehnt Zusammenarbeit mit Grünen in Düsseldorf ab

„Neuen Mittelstand als Wählerpotential zurückgewinnen"

DW. **Duisburg**

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 wird nach den Worten des Ministerpräsidenten und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau entschieden, ob die Sozialdemokraten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes auch künftig „das Wächteramt" gegen die Politik der Bonner Regierung behalten können.

Rau, der auf dem SPD-Bezirksparteitag Niederrhein seine in Düsseldorf mit absoluter Mehrheit regierende Partei als das „soziale Gewissen" der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete, will auf jeden Fall eine ähnliche Situation wie in Hessen vermeiden.

Bei allem Verständnis für die Politik Holger Börners, der mit den Grünen zusammenarbeiten müsse, erklärte der Düsseldorfer Regierungschef: „Ich will eine klare sozialdemokratische Mehrheit."

Für die Landtagswahlen im kommenden Mai gab sich Rau sehr optimistisch. Den Wahlsieg könne die SPD nur dann verspielen, wenn sie den Fehler mache, „Diskussion und Streit" zu verwechseln.

Als Ziel für die nächsten Wahlen nannte er, den neuen Mittelstand – Techniker und Ingenieure – als Wähler zurückzugewinnen. Seine Partei müsse bei allen internen Diskussionen über eine Entwicklung nach links oder rechts „die Aufsteiger" miteinbeziehen, denn auch das traditionelle SPD-Wählerpotential der Facharbeiterschaft sei „inzwischen aufgestiegen".

Gleichzeitig räumte Rau ein, daß seine Partei viele ehemalige Wähler nicht mehr erreicht. Hier sei eine „Sogwirkung von Gruppen ohne persönliche Repräsentanz feststellbar".

Mit großer Mehrheit bestätigten die 300 Delegierten des mit 70 000 Mitgliedern drittgrößten SPD-Bezirks in der Bundesrepublik den Vorsitzenden Heinz Schleußer in seinem Amt. Seine beiden Stellvertreter sind Karin Jung und Thomas Schröer.

Heimliche Mithörer beim Kuratorium?

WERNER KAHL, **Berlin**

„Ideologische Irrläufer" unterstellen seit Ende der sechziger Jahre dem Begriff von der „Wiedervereinigung" Restauration und Reaktion. Das erklärte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Johann Baptist Gradl, am Wochenende in Berlin. Das Bemühen Ost-Berlins, diesen Begriff als „gewaltsamen Anschluß" zu diffamieren, hätte zwar wenig Erfolg gezeigt, seitdem würden jedoch „manche Politiker" im Westen von diesem Ziel abrücken, sagte der Senior der Deutschlandpolitiker auf der Jahrestagung des Kuratoriums.

Uneingeladener, aber nicht unwillkommener Mithörer der Reden und Diskussionen über das deutschlandpolitische Bild von Gegenwart und Zukunft anläßlich des dreißigjährigen Wirkens des Kuratoriums war vermutlich die Ostberliner Führung. Sie seien gewiß, sozusagen für die Ohren der SED-Funktionäre auch in die Richtmikrofone zu sprechen, die der Staatssicherheitsdienst in der gegenüberliegenden Häuserzeile gegen den Ostflügel des Reichstagsgebäudes in Dauerstellung gebracht hat, betonten der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, und Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen.

Erschütternde Bilanz

Die Lauscher an der Mauerwand bekamen nicht nur die erschütternde Bilanz der Sowjetisierungs- und Isolierungspolitik seit 1945 zu hören; 2 687 000 Menschen flüchteten aus Mitteldeutschland bis zum Mauerbau 1961. Gradl hob auch hervor, daß sowjetische Funktionäre jetzt auf Reisen im Westen Rechnungen über „Plus und Minus" anstellen, was der UdSSR eine andere Deutschland- und Europapolitik einbringen könnte. Es wäre merkwürdig, meinte der 80jährige Politiker, wenn nicht auch die Sowjets überlegen würden, ob es nicht auf längere Sicht vorzuziehen sei, sich „aus der mitteleuropäischen Problemlage" zu lösen. Für ihn sei es allerdings nicht erkennbar, daß die eigentlich deutsche Frage gegenwärtig auf der Tagesordnung im Kreml steht. Die Vermutung sei jedoch nicht unbegründet, daß die jüngere Elite von Politik und Ökonomie in der Sowjetunion neuen Gedanken zumindest prüfend nachgeht.

Das Ausland müsse erfahren, so Gradl, daß „in Deutschland die Frage zu drängen beginnt, wann das deutsche Volk als Ganzes über sich wird bestimmen können und nicht mehr als Frontgebiet gegensätzlicher Machtblöcke in Europa gespalten sein wird". Zur Zukunftssuche nach Frieden, Sicherheit und Einheit gehört in Gradls Bilanz die „gedankliche Vorbereitung und Systematisierung deutschland- und friedenspolitischer Möglichkeiten". Ermutigend sei dabei die mühselige Bewegung, die in das innerdeutsche Verhältnis zu kommen scheine.

„Politische Unklugheit"

Der Kölner Staatsrechtler Martin Kriele kritisierte das Verhalten von Politikern im Westen gegenüber dem Kreml als „politische Unklugheit von katastrophalen Ausmaßen". Politiker, die bei Menschenrechtsverletzungen und vergleichbaren Vorgängen in der westlichen Hemisphäre sogleich mit massiven Protesten aufwarteten, würden im Ostblock mit servilen Bekundungen auftreten. Im Fall Jurij Andropows habe man sich im Westen gescheut, das Konto des KGB-Chefs aufzublättern. Das Koordinatensystem der Bundesrepublik im Verhältnis zum Westen und Osten habe sich ganz einfach verschoben, sagte Kriele. Der ehemalige Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Wetzel, forderte konkrete Schlußfolgerungen aus den Analysen der Jahrestagung des Kuratoriums: „Die Verletzung der Rechte der Menschen drüben ist die Methode der deutschen Teilung und darum haben wir um sie zu kämpfen."

Berliner Abschied im „Internationalen Carstens Center"

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Nach genau 127 kurzweiligen Minuten im Ehrenparkett, umwogt von Fluten deutscher Sangeskunst, ging der Kapitän zufrieden von Bord und steuerte mit Gattin Veronika die Kombüse zum Nachtmahl an. Am üppigen kalten Büffet des Berliner Congress-Centrums hörte es dann am späten Freitag abend jeder, der die Nähe des treuen Berlin-Gastes suchte: „Mir hat diese Veranstaltung", resümierte Bundespräsident Karl Carstens, „doch recht gut gefallen."

Staatsmännisches Lob für den aufwendigsten, längsten und buntesten Zapfenstreich, mit dem die deutsche Öffentlichkeit je einen ihrer Präsidenten in Pension geschickt hatte. „Käpt'n good bye", es sollte unter diesem Titel ein „großer Abschied von Berlin" werden, ein persönlicher Wunsch Carstens, dem die ARD mit dem Abend unter dem Funkturm Rechnung tragen wollte. Der Ehrenbürger der Stadt erlebte also eine vom immerfrohen Hans Rosenthal präsentierte Revue, deren Ständchen dem zu Ehrenden auf den Leib geschneidert worden waren.

Vor 2200 Zuschauern und den Alt- und Neubundespräsidenten, Walter Scheel und Richard von Weizsäcker, zielten dabei die Verse in erster Linie auf die ungehemmte Wanderslust des Staatsoberhauptes ab, der gestern bereits wieder 20 Kilometer des Frankenwaldes abschritt. Staatsschauspieler Martin Held umschrieb dieses Verlangen treffend mit Curt Flatow („Er nahm die Beene in die Hand und ist von Ort zu Ort gerannt"), und Hermann Prey besang just jene „Täler weit, o Höhen", die der am 30. Juni ausscheidende Präsident so zu durchstreifen liebt.

„Wir bleiben dieser Stadt treu", hatte Carstens wenige Stunden vor dem Abschiedsspektakel bei Lachsmedaillons, Spargelcremesuppe und Rehrücken in seinem Berliner Amtssitz Schloß Bellevue verkündet, wo er die Vertreter Berliner Politik zur Abschiedstafel geladen hatte. Einige der Gäste fanden sich dann, in sängerischer Eintracht verbunden, am Showabend auf der Bühne wieder. Die Mehrzahl der CDU/FDP-Senatsmannschaft als „Berliner Stadtmusikanten", angeführt von ihrem Alltagsdirigenten Eberhard Diepgen (CDU), beweinten dabei nicht nur unverhohlen den Verlust Richard von Weizsäckers („Durch ihren Abschied ging der Richard weg"), sondern appellierten auch an die Segelleidenschaft des Mannes, der in seiner Amtszeit Berlin 64 Besuche abstattete: „Pack den großen Koffer ein, tu den Kompaß mit hinein und dann segel 'mal am Wannsee."

Der musikalische Solobeitrag des Regierenden Bürgermeisters Diepgen entpuppte sich wenig später als schlichte Kostprobe zum Vor-Wahlkampf, eng angelehnt an Marlene Dietrich: „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Rathaus eingestellt – und sonst gar nichts." Daß Deutschland mehr ist als die dann von Gunter Gabriel besungenen „Fischer von Schwerin und der Ku'damm von Berlin", hatte Carstens während seiner Amtszeit in mehr als 400 Reden dargestellt: Den rhetorischen Einsatz des Weltreisenden listete Friedrich Nowottny sorgsam auf und packte die abertausenden Begrüßungsvorgänge auf der Gala in die Formel: „Er schüttelte und wurde geschüttelt."

Unbeeinflußt von rührenden Lieder und melancholischen Heimatversen hatte Carstens zuvor, bei der Verabschiedung von der Berliner Presse eine Bilanz seiner fünfjährigen Amtszeit gezogen, die stets von enger Verbundenheit zur Stadt geprägt war. Seine Berlin-Besuche seien die „eindrucksvollsten und erfreulichsten Erlebnisse meiner Amtszeit gewesen", schilderte der 69jährige Staatsrechtler seine Eindrücke.

Mit der hohen Zahl an Berlin-Reisen habe er „die innere und äußere Verbindung Berlins zum Bund sichtbar machen" wollen, lebenswichtige Verbindungen, die weiterentwickelt und gefestigt werden müßten. Was er bei seinen Staatsbesuchen stets vertreten habe, formuliete er in seinem Amtssitz am Rande des Tiergartens zum erneuten Mal: „Berlin ist ein Zeichen unserer Entschlossenheit, die Trennung zu überwinden und in einem eigenen Vaterland wieder zusammenzufinden."

Als sein Vermächtnis verstanden wissen möchte er die Warnung davor, „die Welt nur in düsteren und düstersten Farben zu schildern". Wenige Stunden später nur wischte unter dem Berliner Funkturm die Flut vorfabrizierter Fröhlichkeit jeden Ansatz von Pessismismus fort und erfüllte so das erste Mal den Carstens'schen Herzenswunsch. Das an diesem Abend umgetaufte „Internationale Carstens Centrum", so das erwartete Bonmot des „Dalli-Dalli"-Mannes Rosenthal, ließ zwei Stunden lang Politik aufs engste mit Show verschmelzen. Die Volkstanzgruppen der einzelnen Bundesländer winkten Carstens zum Abschied nach, und das leichtgeschürzte Fernsehballett swingte zu den Klängen des RIAS-Tanzorchesters, das den neuen Schlager intonierte: „Adieu, adieu Herr Bundespräsident."

Und Berlin wäre auch nicht Berlin, hätte sich nicht auch für diesen Anlaß ein passender Vers von Kurt Tucholsky gefunden. So durfte dann Carl Raddatz das Gedicht „Mutters Hände" rezitieren, das mit den Worten schloß: „Nun biste alt, nun streicheln wir deine Hände."

„DDR"-Bahn forciert die Elektrifizierung

AP, **Ost-Berlin**

Die „DDR"-Reichsbahn hat seit 1981 insgesamt 500 Kilometer Eisenbahnstrecke neu elektrifiziert. Das teilte der Minister für Verkehrswesen der „DDR", Otto Arndt, nach einer Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN auf der zentralen Festveranstaltung anläßlich des bevorstehenden „Tages des Eisenbahners 1984" mit.

Der Anteil der von elektrischen Lokomotiven gezogenen Züge an der gesamten Zugförderung habe sich im selben Zeitraum um die Hälfte auf mehr als 30 Prozent erhöht. Der Anteil der Eisenbahn an der Transportleistung des Binnenverkehrs habe sich von 68,9 Prozent im Jahr 1980 auf gegenwärtig fast 80 Prozent erhöht, teilte der Minister ADN zufolge weiter mit. Bei der Bundesbahn waren 1983 eigenen Angaben zufolge rund 40 Prozent des Schienennetzes elektrifiziert. Auf diesen Strecken erbringe sie 85 Prozent aller Zugförderleistungen.

Reagan zeigt sich in Irland optimistisch

DW. Galway

US-Präsident Ronald Reagan ist in der westirischen Stadt Galway aus Anlaß des 500. Stadtjubiläums mit der Ehrenbürgerwürde ausgzeichnet und anschließend in der Universität von Galway zum Ehrendoktor der Rechte ernannt worden. In seiner Dankesrede wies er indirekt die Proteste der zahlreichen Demonstranten zurück, die in Galway und vielen anderen Städten der Republik Irland mit Sprechchören und Transparenten gegen die Ehrungen Einspruch erhoben.

Amerika, sagte Reagan, habe in den letzten vier Jahrzehnten eine schwere Last der Verantwortung auf sich genommen, um zu helfen, den Frieden zu erhalten sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Menschenwürde überall in der Welt zu fördern: „Manchmal hat es dabei, wie bei allen menschlichen Unternehmungen erwartet werden muß, Fehler gegeben. Im ganzen aber glaube ich, daß die Vereinigten Staaten eine bewunderswerte Bilanz haben."

Die freie Welt sei heute mit einem „enorm mächtigen Gegner" konfrontiert, fügte er hinzu. Freiheit wie in Amerika oder Irland gebe es dort nicht: „Ein Besuch in jenem Land oder in seinen Kolonien würde keine öffentlichen Abweichungen zeigen, kein Versammlungsrecht und keine unabhängigen Gewerkschaften. Was wir sehen, ist eine starke und aggressive Militärmaschine, die die Grundfreiheiten ausschließt."

Reagan versicherte, er wünsche nichts mehr als die Reduzierung der „schrecklichen" Nuklearwaffen auf beiden Seiten: „Die amerikanische Politik hat zum Ziel, die Aggression abzuschrecken und unseren Verbündeten und anderen Freunden zu helfen, sich selbst zu verteidigen. Gleichzeitig tun wir alles, um das Risiko des Krieges zu vermindern." Eine Vereinbarung über atomare Rüstungskontrolle stoße jedoch auf Schwierigkeiten, da es am Verhandlungstisch auf der anderen Seite einen leeren Stuhl gebe: „Trotzdem bleibe ich auf lange Sicht optimistisch", meinte der US-Präsident.

In Galway hatten etwa 1500 Menschen, darunter viele katholische Geistliche, gegen den Besuch Reagans demonstriert. Auf mitgeführten Plakaten wurde die Mittelamerika-Politik und die Stationierung neuer US-Raketen in Europa verurteilt.

Costa Ricas Präsident will die Europäer „aufklären"

Über die Lage in Mittelamerika / Monge auch in Bonn

WERNER THOMAS, San José

In 35 Tagen wird der Präsident Costa Ricas, Luis Alberto Monge, zwölf westeuropäische Nationen besuchen, darunter auch die Bundesrepublik, wo er heute eintrifft. Noch nie war ein Präsident des mittelamerikanischen Landes so lange in so vielen Ländern. Monge geht es jedoch nicht um Reiserekorde. „Ich will meine Gesprächspartner aufklären über die wahre Situation Mittelamerikas", sagte er in einem „WELT"-Interview wenige Tage vor seinem Abflug. „Auf dem alten Kontinent müssen einige Vorstellungen korrigiert werden."

Der korpulente Sozialdemokrat, ein jovialer Mann, der Costa Rica seit mehr als zwei Jahren regiert, betrachtet sein Land als „Opfer einer Propagandakampagne der Kommunisten". Das Klischee werde verbreitet, Costa Rica sei ein amerikanischer Satellit geworden und beuge sich dem Druck der USA aufzurüsten. Monge: „Wir sind eine unabhängige Nation geblieben. Die Wirtschaftshilfe Washingtons (mittlerweile eine Million Dollar pro Tag) beeinflußt nicht unsere Entscheidungen." Auch von einem Aufrüstungsdruck spürt er nichts. „Die Amerikaner greifen uns lediglich bei der Modernisierung unserer Sicherheitskräfte unter die Arme", erläuterte er. Berichte, daß dieser Staat ohne Armee nun wieder einen Militärapparat aufbaue, hält er für „Unsinn". Monge: „Die andere Seite tut alles, um uns schlechtzumachen."

Konflikt mit Nicaragua

Wie ein roter Faden zieht sich das Stichwort Nicaragua durch die in Monges Residenz geführte Unterhaltung. Der schwelende Konflikt zwischen beiden Ländern geht auf die ideologischen Meinungsverschiedenheiten zurück. Monges Partei der Nationalen Befreiung ist sozialdemokratisch ausgerichtet. Die Sandinisten nennt der Präsident dagegen „überzeugte Marxisten-Leninisten", und er beschuldigt sie, die Ost-West-Komponente in einen Nord-Süd-Konflikt gebracht zu haben.

„Die Ursachen dieser Probleme sind wohl sozialer und wirtschaftlicher Natur", erläuterte Monge. „Die rechten Militärdiktaturen, die Oligarchie, die Armut und das Elend. Die Kommunisten versuchen jedoch aus dieser Situation Kapital zu schlagen."

Solche Absichten würden in Westeuropa zu wenig durchschaut. Der Präsident spricht von einer „etwas romantischen Einstellunga der Europäer gegenüber der Revolution in Mittelamerika".

Luis Alberto Monge wünscht sich mehr wirtschaftliche und technische Hilfe Westeuropas für seine Nation; politisch bräuchten sich die Länder des alten Kontinentes dagegen nicht stärker zu engagieren. „Es gibt ja die Stiftungen", erinnerte der frühere sozialdemokratische Parteifunktionär. Er weiß, daß die Friedrich-Ebert-, die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Naumann-Stiftung in Mittelamerika handfeste Politik machen.

Für Neutralität

Seine Regierung halte fest an dem Neutralitätsprinzip, das innenpolitische Gegner wie der ehemalige Außenminister Bernd Niehaus als „schöne Illusion" kritisieren. Niehaus: „Die Kommunisten freuen sich. Wir können nicht für die Demokratie kämpfen, wenn wir uns für neutral erklären." Monge sieht dagegen keinen Widerspruch.

Er kontert auch die Vorwürfe der Sandinisten, Costa Rica leiste der Rebellenbewegung „Demokratische Revolutionsallianz" (ARDE) Hilfe: „Wir tolerieren politische Aktivitäten, weil wir das Asylrecht respektieren. Auf dem Boden unseres Landes befinden sich jedoch keine Kämpfer dieser Organisation." Der Präsident begrüßte das Abkommen zur Bildung einer bilateralen Grenzüberwachungskommission: „Wenn die Sandinisten in Zukunft wieder von Grenzverletzungen sprechen, werden wir die Beobachter zur Untersuchung in diese Gebiete schicken."

Fühlt sich Costa Rica vom nördlichen Nachbarland bedroht? Der Präsident registriert zwar „ein krasses militärisches Mißverhältnis" – 100 000 Uniformträger in Nicaragua und nur 6000 Mann Sicherheitskräfte in Costa Rica –, aber er weist darauf hin, daß seine Nation der interamerikanischen Verteidigungsorganisation (TIAR) angehört, die einen Schutz gegen äußere Angriffe garantiere, auch die USA sind TIAR-Mitglied. So lassen ihn gelegentliche Warnungen der Comandantes kalt. „Wir sollten uns nicht einschüchtern lassen." (SAD)

Frostiger Dialog Thatcher–Botha

Demonstration gegen Rassenpolitik Südafrikas / London für freie Wahlen in Namibia

FRITZ WIRTH, London

Zum ersten Mal seit 23 Jahren trafen am Wochenende die Regierungschefs Großbritanniens und Südafrikas wieder zu Gesprächen zusammen. Sie wurden von beiden Seiten als „umfassend, offen und teilweise frostig" bezeichnet. Zu gleicher Zeit versammelten sich in der Londoner Innenstadt rund 20 000 Menschen zur größten britischen Anti-Apartheid-Demonstration der letzten zwei Jahrzehnte. Sie vermochten die Gespräche jedoch nicht zu behelligen, denn Frau Thatcher hatte den südafrikanischen Premierminister für sechs Stunden auf ihren Landsitz Chequers 50 Kilometer außerhalb Londons eingeladen.

Die britische Premierministerin, die sich wiederholt als strenge Apartheid-Gegnerin zu erkennen gegeben hat, ließ Botha ihre Abneigung gegen die südafrikanische Rassenpolitik wissen und erklärte, daß es für sie absolut unakzeptabel sei, daß die Rechte eines Menschen von seiner Hautfarbe abhängen sollten. Sie brachte zugleich die Verletzung der Menschenrechte in Südafrika zur Sprache und wies in diesem Zusammenhang auf den seit vielen Jahren inhaftierten afrikanischen Nationalistenführer Nelson Mandela hin.

Botha sagte später in einem Fernsehinterview, daß er sich nicht durch die von Frau Thatcher vorgetragenen Bedenken gegen die Apartheid beleidigt fühle und die ganze Sache nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes betrachte. Es gibt keinen Zweifel, daß man auf südafrikanischer Seite mit dem Verlauf dieser Gespräche durchaus zufrieden war.

Im Mittelpunkt der Begegnung stand das Namibia-Problem. Die britische Regierung plädiert dafür, daß Namibia so schnell wie möglich eine frei gewählte Regierung erhalten sollte. Es wurde jedoch nicht klar, in welchem Maße sie sich dem amerikanischen und südafrikanischen Standpunkt anschließt, daß als Vorbedingung zu freien Wahlen erst alle fremden Truppen aus dem südafrikanischen Raum abgezogen werden müssen.

Ein Ersuchen Bothas, das Londoner Büro des „African National Congress" schließen zu lassen, wurde von Frau Thatcher mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß es bisher nicht die Gesetze des Landes verletzt habe und deshalb bleiben könne. Zugleich ließ sie Botha ihr Unbehagen über die Aktivitäten der sogenannten Abteilung der „schmutzigen Tricks" in der südafrikanischen Botschaft im Umgang mit südafrikanischen Dissidenten wissen.

Der teilweise frostige Ton Frau Thatchers im Umgang mit Botha hat Kritik auf dem rechten Flügel der Konservativen Partei ausgelöst. Man ist dort der Meinung, daß Frau Thatcher sich damit zu sehr dem Druck der Apartheidgegner in Großbritannien gebeugt habe. Bischof Trever Huddleston, der Präsident der britischen Anti-Apartheid-Bewegung, behauptete, daß die britische Regierung mit ihrer Einladung Bothas „dem südafrikanischen Regime neue Respektabilität gegeben" habe. Der stellvertretende Parteivorsitzende der Labour Party, Roy Hattersley, nannte die Einladung Bothas eine „Beleidigung für alle farbigen Bürger Großbritanniens".

Seite 2: Apartes zur Diktatur

London will Streikrecht einschränken

Gesetzentwurf sieht Urabstimmung vor / Lehre aus dem Ausstand der Bergarbeiter

HELMUT VOSS, London

Der heute in die 13. Woche gehende, bröckelnde Bergarbeiterstreik in Großbritannien wird wahrscheinlich zu einer weiteren Einschränkung des britischen Arbeitskampfrechts führen, um Urabstimmungen durchzusetzen. Wie Arbeitsminister Tom King am Wochenende auf einer Tagung konservativer Gewerkschafter in der Industriestadt Birmingham bekanntgab, bereitet die Regierung eine Zusatzklausel für einen zur Zeit dem Oberhaus vorliegenden, voraussichtlich im Herbst in Kraft tretenden Gesetzentwurf vor, der „rollende Streiks" nach dem Vorbild der Bergarbeiter unter Strafe stellen würde. Gewerkschaften dürfen dann nur Streiks ausrufen, wenn die Arbeitsniederlegung zuvor von der Mehrheit ihrer Mitglieder per Abstimmung gebilligt wurde.

King gab selbst zu, daß die jüngste List des gefürchteten, marxistischen Bergarbeiterführers Arthur Scargill für die geplante Änderung der „Trade Union Bill" verantwortlich ist. Nachdem die 250 000 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft um „King Arthur" zweimal bei Streikaufrufen die erforderliche 55-Prozent-Mehrheit versagt hatten, manövrierte Scargill seine Kumpel beim dritten Versuch ohne vorherige Abstimmung in einen landesweiten Streik, indem er in dem als militant bekannten Revier von Yorkshire einen regionalen Streik ausrufen und die nichtbetroffenen Bergarbeiter durch „fliegende Streikposten" unter Druck setzen ließ.

Für alle Fälle ließ Scargill, der 1974 mit der Blockade eines Kohledepots wesentlich zum Sturz der konservativen Regierung Heath beigetragen hatte, auf dem Höhepunkt des Streiks vom Gewerrkschftsvorstand auch noch eine Verfassungsänderung verabschieden, nach der in Zukunft bei Streikabstimmungen eine einfache Mehrheit von 51 Prozent genügt. Trotzdem brachte der gegenwärtige Streik bisher nicht den von Scargill erhofften Erfolg, ein Nachgeben der Regierung in der Frage geplanter Stillegungen. Es wird damit gerechnet, daß heute sogar mehr als 25 Prozent der Zechen normal arbeiten.

King erläuterte in Birmingham, warum die Änderung der sich mit den Rechten der Gewerkschaften befassenden „Trade Union Bill" erst kurz vor deren letzter Lesung erfolgt. „Ich glaube nicht", sagte er in deutlicher Anspielung auf den Bergarbeiterkonflikt, „daß irgend jemand es sich hätte träumen lassen, daß eine Gewerkschaft Kampfmaßnahmen beginnen könnte, ohne die Mehrheit (ihrer Mitglieder) hinter sich zu haben. Wir wissen jetzt, daß so etwas möglich ist." King selbst glaubt nicht, daß es bei der Änderung des Gesetzentwurfes Probleme geben wird.

Die Regierung Thatcher hat in den letzten Jahren dank ihrer hohen Mehrheit und dank der Verunsicherung der Gewerkschaften als Folge der hohen Arbeitslosigkeit – allein 1982 verloren Englands 456 Gewerkschaften 600 000 Mitglieder – eine Reihe von Gesetzen einbringen können, die die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einengen. (SAD)

Warschauer ZK beklagt den „Schlendrian"

dpa, Warschau

Die polnische Partei hat sich am Wochenende bemüht, durch eine Sitzung des Zentralkomitees in der Industriestadt Lodz unter Teilnahme von 800 Arbeitern aus dem ganzen Land ihre Bindung an die Arbeiterklasse unter Beweis zu stellen. Partei- und Regierungschef Jaruzelski bezeichnete diese von großem Propaganda-Aufwand begleitete Veranstaltung in seiner Eröffnungsrede als eine der Formen des Dialogs mit der Arbeiterklasse.

Im Referat des Politbüros und vor allem in dem von Vizepremier Zbigniew Szalajda vorgetragenen Bericht der Regierung wurden die Arbeiter aufgerufen, durch größere Arbeitsdisziplin zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen. Die Arbeiter, die zu Wort kamnen, wetterten immer wieder gegen „Spekulanten", die sich auf Kosten der Arbeiterschaft bereicherten. Arbeiter und Bauern sollten, so forderten viele Redner, private Betriebe und Läden inspizieren, um das finanzielle Gebaren der Inhaber zu kontrollieren.

In den Berichten des Politbüros und der Regierung wurde beklagt, daß in Polen nur 61 Prozent der nominalen Arbeitszeit (42-Stunden-Woche) wirklich für Arbeit benutzt werden. Der Sozialismus garantiere das Recht auf Beschäftigung, verlange aber auch reelle Arbeit, wurde festgestellt. Anhand von Beispielen aus einzelnen Betrieben redete Szalajda den Arbeitern ins Gewissen und betonte, man habe zwar in den letzten Jahren ein größeres Gleichgewicht auf dem Binnenmarkt herstellen können, aber noch immer steige das Einkommen weit schneller als die Arbeitsproduktivität.

In der ungenutzten Arbeitszeit lägen große Reserven zur Überwindung des Arbeitskräftemangels. Er räumte ein, daß in Polen die Automatisierung weiter hinter anderen sozialistischen Länder herhinke. Beim Verbrauch von Energie und Rohstoffen übertreffe Polen dagegen bei weitem vergleichbare sozialistische Staaten wie Ungarn und die „DDR".

Das Politbüro appellierte in dem von ZK-Sekretär Tadeusz Porebski vorgetragenen Bericht über die „weitere Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus in Polen" an die Arbeiter, sich massiv an den Regionalwahlen am 17. Juni zu beteiligen.

Craxis Erfolg paßt den Parteien nicht

Von F. MEICHSNER

Über Rom liegt ein undurchsichtiger Schleier von Hypothesen, Spekulationen und Gerüchten. Sie alle betreffen die „Zeit nach Craxi". Eine Regierungskrise nach den Europawahlen in zwei Wochen gilt als so gut wie abgemacht. Was danach kommen soll, liegt freilich in nebliger Ungewißheit. Schemenhaft zeichnet sich die Gefahr des Auseinanderbrechens der Fünfparteien-Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen ab, während die Kommunisten mit allen Mitteln versuchen, aus dem Abseits wieder *ins politische* Spiel zu kommen.

KP-Sekretär Berlinguer eröffnete zu diesem Zweck am Samstag bereits de facto die Kampagne für die erst in einem Jahr fällige Staatspräsidenten-Neuwahl. Er bot die Stimmen seiner Partei für die Wiederwahl des fast 88jährigen Sandro Pertini an.

Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen ist der sozialistische Ministerpräsident Craxi. Er war im Sommer vergangenen Jahres auf Grund einer Vereinbarung der fünf Koalitionsparteien an die Regierungsspitze gelangt, obwohl seine Partei nur etwa zehn Prozent der Wählerschaft vertritt – verglichen mit 33 Prozent der Christdemokraten. Die Vereinbarung sollte für zwei Jahre, bis zur Staatspräsidenten-Neuwahl, *gelten. Seit einigen Wochen* betreiben jedoch starke Kräfte in der Democrazia Cristiana und die republikanische Partei des Ex-Ministerpräsidenten Spadolini die vorzeitige Ab*lösung Craxis im Palazzo Chigi.* Sie werfen ihm „Hang zum Aktivismus", Mangel an Vermittlerfähigkeiten und sogar autoritäre Tendenzen vor. Hinter diesen Anschuldigungen verbirgt sich nach Ansicht der Craxi-Gefolgschaft die Furcht, daß der sozialistischen Partei dank der Erfolge und der wachsenden Popularität ihres Parteisekretärs und Regierungschefs Einbrüche in die Wählerreservoirs der Christdemokraten und der Republikaner gelingen könnten.

ITALIEN

Ähnliche Befürchtungen haben im Blick auf ihre Wählerschaft offensichtlich auch die Kommunisten. Für wie ernst sie die Gefahr Craxi einschätzen, zeigt die Tatsache, daß sie heute nach Jahren der Ablehnung jeder politischen Zusammenarbeit mit der DC erklärtermaßen wieder bereit sind, einen christdemokratischen Ministerpräsidenten zu tolerieren, wenn dieser sein Regierungsprogramm mit ihnen abstimmt.

Ausgelöst wurden die koalitionsinternen Kontraste durch noch immer andauernde mehrmonatige Parlamentsschlacht um das Regierungs*dekret zur Abbremsung der gleiten*den Lohnskala. Diese Debatte steht im Zeichen der kommunistischen Obstruktionstaktik, die bisher die notwendige Ratifizierung des Dekrets verhinderte. Craxi zog daraus den Schluß, daß die Geschäftsordnung des Parlaments reformiert werden müsse, um die Stellung der Regierung zu stärken und der Opposition ihr De-facto-Vetorecht gegen wichtige Regierungsvorlagen aus der Hand zu nehmen. DC-Sekretär De Mita lehnt es jedoch ab, „während des Spiels die Regeln zu ändern". Er vertritt die Ansicht, daß mit einer *Machtdemonstration der parlamen*tarischen Mehrheit nichts gewonnen wäre. Was man brauche, sei Geduld, sei ein besseres Verhältnis zur (kommunistischen) Opposition.

Craxis These, die zur offenen Konfrontation mit der KP geführt hat, wird außer von den Sozialisten von den Sozialdemokraten, den Liberalen und der rechten Mitte der Christdemokraten unter Vizepremier Forlani geteilt. *Hinter De Mita stehen die* christdemokratische *Linke*, Außenminister Andreotti und Spadolinis Republikaner.

Im Kern geht es dabei ganz offensichtlich um die Machtposition des Ministerpräsidenten, und auch die im kommenden Jahr fällige Staatspräsidenten-Neuwahl ist wohl eine Karte in diesem Spiel. Pertini, dessen Verhältnis zu seinem sozialistischen Parteigenossen Craxi allgemein als nicht besonders herzlich dargestellt wird, hat bisher noch nicht *klar zu erkennen gegeben, ob* er wieder kandidieren oder auf eine zweite Amtsperiode verzichten will. Die Unterstützung der Kommunisten für eine eventuelle Wiederkandidatur hat er sich jedenfalls dieser Tage u.a. bereits dadurch gesichert, daß er dem Anti-Kommunisten Craxi gegenüber äußerte: „Ich bin kein Gegner der Kommunisten".

Auch die De Mita-Gefolgschaft in der DC scheint einer Wiederkandidatur Pertinis positiv gegenüberzustehen. Verbreiterten Spekulationen zufolge spielt dabei die Erwartung eine Rolle, daß Pertini, um sich eine Stimmenmehrheit zu sichern und die DC für den eventuellen Verzicht auf eine Eigenkandidatur zu entschädigen, das Amt des Regierungschefs nach dem erwarteten Sturz Craxis wieder *einem Christdemokraten anbieten* könnte.

KOR: Appell an die Europawähler

vv. Bonn

Das „Komitee des Gesellschaftlichen Widerstandes" (KOR) in Polen hat sich in einem Appell aus dem Untergrund in Warschau an die Wähler zur Europawahl am 17. Juni gewandt. *Darin heißt es: „Wir appellie*ren an die westeuropäischen Wähler, bei ihrer Stimmabgabe auch die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen, daß das Forum des Europäischen Parlaments auch den Millionen ihrer Nachbarn Zutritt gewährt, denen Gewalt den Mund verbietet. Wir bitten darum, jenen Kandidaten die Stimme zu geben, die auch Anwalt der Interessen der Völker Mittel- und Osteuropas sein werden."

Erstaunen über Absage an Kohl

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das von den westlichen Alliierten erzwungene Fernbleiben des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl bei den bevorstehenden Feiern zum 40. Jahrestag der Invasion am 6.Juni *wird vom auflagenstärksten Massen*blatt Österreichs, der Wiener „Kronenzeitung", in einem Kommentar als schwerer politischer Fehler bezeichnet. Die „bombastischen Feiern zum 6. Juni" glorifizierten statt dessen den Sieg über den heutigen Verbündeten. Damit wäre das deutsche Volk herausgefordert, das für die „Winkelried-Funktion" in der NATO ausersehen sei, und bei einem Angriff aus dem Osten herhalten müsse.

Selbstmord eines Sowjetgenerals?

AFP, Moskau

Der sowjetische General Semjon Romanow soll Selbstmord begangen haben, wie in nicht-sowjetischen Militärkreisen in Moskau versichert wird. Als damaliger Stabschef der Luftver*teidigung* war Romanow vermutlich für den Abschuß eines koreanischen Passagierflugzeugs im vergangenen September verantwortlich. Der Tod des 62jährigen Generalobersten „in Ausübung seiner Dienstgeschäfte" war am 22. Mai von der Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) ohne nähere Angaben zu den Umständen gemeldet worden. Westliche Beobachter hatten daraufhin auf einen Unfall geschlossen.

Moskau spricht von „Revanchismus"

dpa, Berlin

In der *Bundesrepublik Deutsch*land gibt es nach sowjetischer Auffassung derzeit ein „Aufleben revanchistischer Tendenzen" und eine „offene Rehabilitierung des Nazismus". Dies könne dazu führen, daß „die Möglichkeiten einer gegenseitigen fruchtbaren Zusammenarbeit" zwischen West und Ost untergraben und „das auf diesem Gebiet Erreichte zunichte gemacht würde", heißt es in einem Kommentar von Radio Moskau, den „Neues Deutschland" abdruckte. Dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, wurde vorgeworfen, sich zu den Grenzen des Reiches von 1937 bekannt zu haben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Folgen kürzerer Arbeitszeit

Die früheren Arbeitszeitverkürzungen von 48 auf 45, auf 42,5 Stunden und dann auf die 40-Stunden-Woche mit freiem Samstag sind wegen der sich überstürzenden Hektik damals immer wieder auf schwerste wirtschaftliche Bedenken gestoßen. Tatsächlich konnte die Industrie die ausgefallenen Arbeitsstunden so kurzfristig wie sie gefordert wurden nicht durch *Automatisierung* oder Neuinvestierung auffangen.

Die entstandenen Arbeitslücken mußten durch Gastarbeiter aufgefüllt werden, denen wir heute nicht nur ethische Verpflichtung schulden, sondern wir haben die erkämpfte Freiheit mit einem unübersehbaren Sozialproblem zu bezahlen. Wir bezahlen auch mit ins preisgünstigere Ausland verlagerten Arbeitsplätzen, die uns heute in Millionenhöhe fehlen.

Über die Machbarkeit wirtschaftlicher Gewalteingriffe hat man sich damals wie heute immer nur an Großbetrieben orientiert, hat man nicht bedacht, daß *die Basis* unseres Wohlstandes die Mittelstandsfirmen sind, die über die Hälfte aller Arbeitnehmer beschäftigen und sie beruflich ausbilden. Diese Kräfte können besser beurteilen als ihre Kollegen in den Großbetrieben, daß die neue Arbeitsbeschaffungsformel für die meisten Unternehmer *nicht stimmt*, wonach 7 Arbeitskräfte wöchentlich je 5 Stunden auf Kosten des Arbeitgebers verbummeln müssen, der dann die fehlenden 35 Stunden mit einer Neueinstellung ausgleichen muß.

Die Mittelstands-Arbeitnehmer wissen, daß ihre Firmeninhaber schon *jetzt* wegen der hohen Arbeitskosten – die zu den höchsten in der Welt zählen – oft nur um ihre nackte Existenz kämpfen müssen und weitere Kostenerhöhungen gar nicht verkraften können.

Von allen Industrienationen der Welt liegen wir mit an der höchsten Lohnspitze. Wir haben die kürzeste Arbeitszeit, die meisten bezahlten Feiertage und den längsten Urlaub. *Die deutsche Produktionsstunde ist* doch heute schon so teuer, daß wir unsere *eigenen* Gebrauchsgüter auf deutschen Arbeitsplätzen nicht mehr herstellen können. Was ist in unseren Geschäften überhaupt noch deutsche Ware? Eine Bratpfanne? Ist der Stiel als Detailstück wirklich bei uns gefertigt?

Im Wettbewerb auf dem Weltmarkt sind wir nicht nur im Schiffbau unterlegen, sondern auch auf vielen anderen technischen Gebieten, auf denen wir einst marktführend waren.

Wenn unser Leistungs- und Lernwille erhalten geblieben wäre, durch den nach 1948 unter beispielloser Mitwirkung der damaligen Gewerkschaftsführer „das deutsche Wirtschaftswunder" entstand, hätten wir als stärkste europäische Industrienation die Arbeitslosigkeit genau so wenig nötig gehabt wie z. B. die vollbeschäftigte Schweiz. Die verständigen Schweizer Gewerkschaftsführer lassen ihrer Industrie zwei Jahre Zeit, um ihre heutige 42-Stundenwoche heil auf 40 Stunden zu bringen, und das noch *bei geteilten Kosten.*

Echte Arbeitsaufträge beschaffen kann keine Regierung, keine Gewerkschaft, keine sonstige Institution, sondern allein nur ein florierender Betrieb. Ein Unternehmen braucht für den Kampf um gesunde Aufträge Gewerkschaftsführer als echte wirtschaftsgerecht denkende Partner, nicht als im Irrglauben verbissene Gegner.

Otto Tuchenhagen, Büchen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

als „Marsch" auf Bonn wird zu Unrecht die Demonstration der IG Metall in der Bundeshauptstadt von Presse, Rundfunk und Fernsehen bezeichnet.

Anders als *die tagelangen Fußmär*sche, die hungernde Demonstranten im Ausland durchmachen, um ihr Ziel zu erreichen, war es am 28.5. so: Gewerkschafter samt Verpflegungstroß fuhren in schönen Autobussen und Sonderzügen in Bonn ein und versammelten sich in der Stadt, um abends auf die gleiche komfortable Weise deutscher Arbeitnehmer (mit Arbeitnehmersparzulage und Wohn*geld) wieder zu entschwinden.* Das kann man doch bestenfalls als Tagesfahrt nach Bonn oder Ausflugsfahrt bezeichnen.

H. Hennemann, Bonn

Bild des Zentrums

Sehr geehrte Redaktion,

Der WELT herzlichen Dank für die Besprechung des Buches „Katholiken im Kaiserreich" (WELT vom 26. April), das die Anfänge des Zentrums sozialgeschichtlich erleuchtet. Als Mangel dieser Monographie hat Franz Herre richtig erkannt, daß Wesen und Verhalten des Zentrums nicht nur sozialgeschichtlich erfaßt werden können. Das Manko der gegenwärtigen Presse (einschließlich der WELT) *liegt allerdings in der konsequent be*triebenen Aussperrung des Zentrums aus ihren Blättern.

Das Zentrum hat seit 1945 nie aufgehört zu existieren und wird am 17. Juni bundesweit zur Europawahl antreten. Das Zentrum besteht heute wie damals aus „verdammt heterogenen *Elementen". Aber eines haben* alle gemeinsam, Arbeiter wie Unternehmer, sie sind niemals einem liberalistischen Zeitgeist aufgesessen und vertreten bis heute wertgebundene *christliche Positionen.* Freilich war das Zentrum niemals nur „eine katholische Partei". Insofern ist bereits der Titel des besprochenen Buches nicht ganz korrekt. Das Zentrum *ist auch heute eine Partei katholi*scher und evangelischer Christen, deren Notwendigkeit durch die CDU/CSU-FDP-Ehe deutlicher wird denn je: Nur das Zentrum fühlt sich *konsequent dem* Naturrecht verbunden, fordert die gesetzliche Revision des Mordparagraphen 218, verlangt in der Familien-, Sozial- und Friedenspolitik die Priorität ethischer Werte aus wahrer christlicher Grundhaltung.

Wollte man ein Buch über das Zentrum nach 1945 schreiben, so wäre der Inhalt tragisch, und die Großmacht Presse käme nicht gut weg. Sie würde sich als undemokratisch herausstellen, da sie jahrzehntelang eine vorsätzliche Taktik des Totschweigens betrieben hat und damit bis heute dem Zentrum jede Möglichkeit zur politischen Selbstdarstellung raubt. Fürwahr ein seltsames Demokratieverständnis.

Bernhard Müller, Kisslegg 2

Wort des Tages

„In ihren Anfängen stehen die höchsten Geister ungefähr auf einem Niveau mit den niedersten, ein Beweis, daß geistige Größe nur durch Übung, Gewöhnung und Anpassung sich emporbildet. Dadurch wird wiederum die Anpassungsfähigkeit selbst gestärkt und das Talent ans Licht gebracht."

Giacomo Leopardi, ital. Dichter (1798–1837)

Freie Universität

„Die Universitäten sollen sich mehr Selbständigkeit erkämpfen"; WELT vom 16. Mai

Herrn Peter Philipps gebührt Dank für die gründliche Behandlung des Themas der Errichtung und Finanzierung nichtstaatlicher Hochschulen innerhalb eines bildungspolitischen Umfeldes, auf dem staatliche Universitäten dominieren. Die Ausführungen über den Universitätsverein Witten-Herdecke im Sinne „der einzigen bisher arbeitenden deutschen privaten Hochschule" sind jedoch nicht richtig. Bereits seit 1976 besteht und arbeitet die F. U. H., die 1980 unter dem Namen „Freie Universität Norddeutschland – Wissenschaftliche Hochschule in nichtstaatlicher Trägerschaft mit Sitz in Seevetal bei Hamburg" – nach Niedersachsen verlegt worden ist. Ohne Unterbrechung hat diese Privatuniversität ihren Lehrbetrieb aufrechterhalten, wie auch ihre Vorlesungsverzeichnisse bis zum Jahre 1984 bezeugen. Gegenwärtig wird an dieser nichtstaatlichen Hochschule die Möglichkeit des Studiums evangelischer Theologie auf bibeltreuer Grundlage gewährleistet. Neben der Evangelisch-Theologischen Fakultät besteht eine im Aufbau befindliche Philosophische Fakultät; die Errichtung weiterer Fakultäten ist vorgesehen. Inzwischen wurde die erste Universitätspartnerschaft mit einer skandinavischen Hochschule abgeschlossen.

Prof. Dr. Helmut Saake, Hamburg 65

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Rektor und akademische Senat der Tierärztlichen Hochschule in Brünn in der Tschechoslowakei hat dem Tierarzt des Frankfurter Zoologischen Gartens, Dr. med. vet. **Günter Klöppel**, für seine hervorragenden Leistungen bei der Zucht und Fürsorge um die Gesundheit von Zootieren ausgezeichnet. Die Ehrung erhielt der Facharzt für Pferde, Zoo- und Wildtiere auf dem 26. Internationalen Symposium über Erkrankungen der Zoo- und Wildtiere in Brünn. Klöppel, gebürtiger Frankfurter, ist seit März 1946 am Zoologischen Garten in Frankfurt am Main tätig.

*

Die vom Stifterverband für Deutsche Wissenschaft verwaltete Kind-Philipp-Stiftung für Leukämieforschung hat gestern in Frankfurt am Main ihren mit 10 000 Mark dotierten Forschungspreis für 1983 an die beiden Mediziner **Claus R. Bartram** von der Universitäts-Kinderklinik Ulm und **Gerard Grosveld**, Erasmus Universität Rotterdam, verliehen. Die beiden Wissenschaftler haben mit ihren Untersuchungen die Hypothese untermauert, daß eine Leukämie-Zelle aus einer Normalzelle durch eine subtile Chromosomenveränderung entsteht.

GEBURTSTAG

Ein prominentes ehemaliges Mitglied des Bundesfinanzhofs, München, Professor Dr. **Wilhelm Hartz**, feiert am 4. Juni seinen 80. Geburtstag. Der Dekan der Juristischen Fakultät der Friederich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Professor Dr. **Max Vollkommer**, wird am 7. Juni dem früheren Senatspräsidenten Hartz während einer Feierstunde im Bundesfinanzhof die „Goldene Doktorurkunde" aushändigen. Hartz war nach 1933 *zunächst in der Berliner Finanzver*waltung tätig und Lehrer an der Reichsfinanzschule in Berlin. Nach dem Krieg ging er als Ausbildungsleiter zur Oberfinanzdirektion Düsseldorf und wurde Vorsteher eines Finanzamtes. 1953 wurde er zum Bundesrichter am obersten deutschen Steuergericht, dem Bundesfinanzhof, berufen. 1961 wurde er dort Senatspräsident. 1969 ging er in den Ruhestand.

VERÄNDERUNG

Der Direktor der Japan Air Lines (JAL) für Nordrhein-Westfalen in *Düsseldorf* **Heinz Schmitz**, ist nach 24jähriger leitender Tätigkeit für JAL in den Ruhestand gegangen. Schmitz war der dienstälteste deutsche Angestellte der JAL-Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Nachfolger von Schmitz wird der 49jährige **Takayoshi Matsuda**, der bisher in Tokio tätig war. Matsuda ist seit 1962 bei JAL.

KIRCHE

Der Domprobst und Vorsitzende des Kölner Metropolitankapitels, Prälat **Heinz-Werner Ketzer**, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Apostolischen Protonotar ernannt worden. Ketzer, seit 1978 Domprobst in Köln, war seit 1960 als Pfarrer in der Gemeinde Heilige Drei Könige in Neuss und seit 1976 dort auch als Stadtdechant tätig. Die lange seelsorgerische Arbeit prägte sein Wirken als Domprobst und wird bei seinen zahlreichen Aktivitäten – auch in einer breiten Öffentlichkeit – deutlich. Ketzer wurde 1914 in Düsseldorf geboren und empfing 1939 die Priesterweihe. 1940 wurde er zum Militärdienst eingezogen und kehrte im September 1945 aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** ist am Samstag abend im Frankenwald zu seiner 62. und letzten offiziellen Wanderung während seiner fünfjährigen Amtszeit eingetroffen. Das Staatsoberhaupt wurde von Bayerns stellvertretendem Ministerpräsidenten **Karl Hillermeier** empfangen, der am Abend ein Essen für den Gast auf Burg Lauenstein gab. Am Sonntag ist Carstens mit seiner Frau **Veronika** von Tettau aus entlang des Thüringen von Bayern trennenden „Rennsteigs" nach Ludwigsstadt gewandert. Auf der 23 Kilometer langen Route durch den Frankenwald begleiteten Tausende von Wanderern den Bundespräsidenten. Am Ende seiner Wanderung wird Karl Carstens 1547 Kilometer auf „Schusters Rappen" zurückgelegt haben. Carstens hatte vor seiner Fahrt in den Frankenwald seinen letzten Berlin-Besuch als Bundespräsident absolviert. Vom Flughafen Tempelhof war er am Samstag nach Nürnberg geflogen.

Erzbischof **Bruno Wüstenberg**, Pro-Nuntius in den Niederlanden, ist am Donnerstag in Freiburg im Breisgau im Alter von 72 Jahren gestorben. Wüstenberg, 1912 in Duisburg geboren, im März 1938 von Weihbischof **Hammels** im Kölner Dom zum Priester geweiht, war nach einer dreijährigen Kaplanstätigkeit in Ulm 1941 nach Rom gegangen. Dort war er beauftragt, mit der Betreuung von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen. Zwei Jahrzehnte leitete Wüstenberg die deutsche Abteilung des Päpstlichen Staatssekretariats, bevor er 1966 von Papst **Paul VI.** zum Titular-Erzbischof von Tyrus und Nuntius in Japan ernannt wurde. Seine Bischofsweihe erhielt er im Dezember 1966 in Köln. Vor seiner Ernennung zum Apostolischen Pro-Nuntius in den Niederlanden im Jahr 1979 durch **Johannes Paul II.** wirkte er vier Jahre im gleichen Amt in der Republik Elfenbeinküste und in der Volksrepublik Benin.

WELT-Serie: Hinter den Fassaden der „DDR" / Folge 3: „Ich war der denkbar schlechteste FDJ-Sekretär"

„In Polen als Terrorist mit Munition verhaftet"

Von JÖRG HEJKAL

Mit 16 Jahren lernte ich ein Mädchen kennen. Jugendliebe. Wir waren in der 10. Klasse täglich zusammen, haben uns gegenseitig unsere Sorgen und unsere Probleme erzählt, haben sie gemeinsam gelöst – auch Familiäres. Die Mutter meiner Freundin war arbeitslos. Sie war geschieden. Die Frau arbeitete in der Rezeption eines Hotels. Dort hat man Umgang mit Devisen, und ihr wurde zur Last gelegt, Devisen beiseite geschafft zu haben. Angeblich etwas mehr als hundert Mark. Man wollte in diesem Hotel ein Exempel zur Abschreckung für die anderen Leute statuieren, und das traf nun sie. Ihr wurde fristlos gekündigt. Ein dreiviertel Jahr war sie arbeitslos. Das brachte sehr viele Probleme für uns.

Eigentlich war die Familie meiner Freundin im Sinn der „DDR" eine höhere Familie gewesen. Die Eltern waren beide eine zeitlang im Ausland, meine Freundin war mit, ihr Bruder auch. Sie lebten damals in Paris. Der Vater arbeitete als Außenhandelsvertreter – das bedeutete schon etwas.

Die Familie hielt sich bereits ein Jahr und ein paar Monate in Paris auf, da wurde sie plötzlich zurückgerufen, aus dieser Lebenswelt herausgerissen. Paris. Dagegen ist Halle eine ganze andere Welt. Die Familie mußte nach Halle umziehen.

> „Da war dieser harte Hinweis auf seine Existenz beim Staatssicherheitsdienst, auf sein Werk, das er sich aufgebaut habe, und das ich vielleicht sogar fortsetzen müsse, ob ich wolle oder nicht."

Die Mutter meiner Freundin wurde damit nicht fertig, der Vater auch nicht. Er wurde zum Alkoholiker, sodaß am Ende die Scheidung stand. Auf der einen Seite dieser Komfort, diese volle Entfaltung in Paris, und dann diese Beengung in Halle.

Da lag der Gedanke an die Ausreise aus der „DDR" nahe. Mit diesem Gedanken bin ich in die Freundschaft gegangen. Ich war bis zu meiner Inhaftierung mit meiner Freundin zusammen. Wir hatten uns verlobt, weil so vielleicht einmal die Ausreise im Wege der Familienzusammenführung möglich werden könnte.

Mein Vater, der beim Staatssicherheitsdienst arbeitet, hat diese Verbindung nicht gutgeheißen. Er wußte, daß die Mutter meiner Freundin Westbekanntschaften und durch ihre Tätigkeit im Hotel auch private Kontakte hatte. Er konnte mir diese Freundschaft zwar nicht verbieten, aber er meinte, es wäre nicht die Frau fürs Leben und heiraten könne ich sie mit Rücksicht auf seine Dienststellung ohnehin nicht. Ich habe mit der Angst leben müssen, meine Freundin zu verlieren.

Ich selbst hatte ständig Probleme – im Grunde Probleme mit meiner Lebensart. Meine Eltern glaubten, ich sei nicht gesellschaftskonform, zu vorlaut, zu unruhig. Sie kritisierten meine nach außen gekehrte Protesthaltung. Jeans, lange Haare. Beispielsweise habe ich mich vor dem Staatsemblem mit einer abschätzigen Gestik fotografieren lassen. Mein Vater hielt mir lange Moralpredigten. Oft ging es hart zu. Auch mit Tätlich*keiten. Das begann unter dem* Einfluß von Veranstaltungen, an denen ich teilnahm. Mit 17 Jahren war ich in der *Studentenbewegung.*

Den stärksten *Zusammenprall* mit meinem Vater hatte ich 1978. Da wurde ich in Polen verhaftet. Ich war 17 Jahre alt. Ich befand mich auf Urlaub, es waren meine letzten Sommerferien in der Schule. Ich bin mit meiner Freundin für eine Woche nach Sobot (Zoppot) gefahren. Meinen Eltern sagte ich das natürlich nicht, ihnen erzählte ich, daß ich mit Freunden 15 Kilometer vom Wohnsitz entfernt zelte. Meine Eltern waren ganz überrascht, als eines Nachmittags ein Telex bei der Dienststelle meines Vaters ankam: Der Sohn sei an der Grenze als Terrorist mit Munition verhaftet worden.

In Sobot hatte ich ein Privatquartier. *Dort fand ich* Sprengmittel, Zündschnur, Munition für Maschinengewehr – eine Plastiktüte voll solcher Sachen. Aus jugendlichem Übereifer oder aus Abendteuerdrang nahm ich die *Plastiktüte* mit. Der polnische Zoll an der Grenze zur „DDR" entdeckte das und holte mich sofort aus dem Zug. Man stellte fest, daß es scharfe Munition war. 1978 wurden in Polen Terroristen gesucht. Man spielte meinen Fall ein bißchen hoch.

Aber den Polen wurde schnell bekannt, daß *mein* Vater beim Staatssicherheitsdienst war und daß man die Sache am besten im Sande verlaufen lasse. Nach drei Tagen Arrest übergaben mich die Polen an die „DDR"-Behörden. Als ich in Pasewalk an*kam, stand schon der Wagen vom* Staatssicherheitsdienst, Abteilung Halle, bereit. Drei Sicherheitsbeamte brachten mich umgehend nach Halle. Dort wurde ich vernommen, und zwar von einem *Bekannten* meines Vaters, wie sich später herausstellte. Diese Sache ging ziemlich glimpflich ab. Protokoll und Entschuldigung wurden mit diktiert, und damit war die Sache eigentlich abgeschlossen.

Ich hatte aber gelogen, daß ich die Munition irgendwo gefunden hätte. Ich wollte keine anderen Menschen belasten. *Zur gleichen Zeit* wurde auch meine Freundin vernommen, und da ergaben sich Unstimmigkeiten. Am nächsten Tag wurde ich abermals vernommen. Diesmal mußte ich mein Protokoll selbst schreiben, etwa zwölf Seiten. Anschließend wurde ich verwarnt.

Doch nach einem halben Jahr erreichte den Staatsanwalt ein Schreiben von polnischer Seite, so daß dieser Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen mich wegen unerlaubten Besitzes von Munition einleitete. *Ich machte geltend, daß ich vor einem* halben Jahr schon vernommen worden sei. Eine Stunde ging es hin und her, man kam zu keinem Schluß. Dann machte ich den Vorschlag, daß ich zur Aussage bereit sei, wenn jemand vom Staatssicherheitsdienst komme und bestätige, daß der Vorfall abgeschlossen sei. Man ließ mich drei Stunden warten, um mich schließlich für den nächsten Tag zu bestellen. Da war dann jemand vom Staatssicherheitsdienst anwesend, und die Sache wurde innerhalb einer Stunde durch*gezogen. Das Ergebnis war, daß der* Staatsanwalt die Ermittlung einstellte und sich darauf beschränkte, mir einen öffentlichen Tadel auszusprechen.

Das geschah in der Berufsschule. Anwesend waren der Direktor, der Lehrmeister, der Partei-Leiter, der Parteisekretär der Schule und vier FDJ-Sekretäre, *zwei Jungen und* zwei Mädchen. Ich selbst war damals FDJ-Sekretär, und so kam es nicht nur zur Schelte wegen meiner Tat, sondern auch gesellschaftlich. Mir wurde vorgehalten, *daß ich als* FDJ-Sekretär ein Vorbild sein müsse. Ich hätte meine Aufgaben vernachlässigt, wie ich das wiedergutmachen wolle? Man schlug vor, ich solle als FDJ-Sekretär aktiver werden. Degradiert hat man mich nicht.

Die Berufsschule liegt in Halle-Neustadt, sie gehört der Post. Ich war damals bei der Post eingestellt, lernte aber Kfz-Schlosser, und da die Post in diesem Beruf nicht ausbildet, war ich für zwei Jahre zur Handwerksschule delegiert. So erhielt ich den Tadel in der *Berufsschule der Post ausgesprochen*, obwohl ich in die Handwerksschule ging.

Mein Vater hatte sich für mich sehr eingesetzt; aber er hat mir auch angedroht, daß er sich in seiner Existenz nicht noch einmal von mir gefährden lasse, daß er sich eher von mir lossagen würde. Da war dieser harte Hinweis auf seine Existenz, auf sein Werk, das er sich aufgebaut habe im Leben und das ich zu respektieren hätte, vielleicht sogar fortsetzen müsse, ob ich wolle oder nicht. Es setzte auch Prügel.

Mein Vater hielt mir mein Betragen in der Schule vor. Den Lehrern gegenüber verstieße ich gegen sozialistische Verhaltensnormen, die eigentlich für jeden Schüler verbindlich sein sollten. Gemeint war wohl, daß man die Klassenmoral, dieses kollektive Verhalten, nicht zerstören dürfe, indem man den Schülern begreiflich macht, daß man mit einer gezielten Aktion in der Gruppe auch gegen den *Lehrer auftreten könne. Zum* Beispiel bei einer Klassenarbeit, wenn der Lehrer sie einfach aus einer Stimmung heraus schreiben lasse, obwohl die Wissensgrundlage überhaupt noch nicht vorhanden sei. In jeder Klasse gibt es eine Gruppe, es sind vielleicht drei bis vier Jungen, die bei *solchen Gelegenheiten sagen: Hört* mal zu, wir sind doch nicht bekloppt, wir machen das nicht! In meiner Klasse waren es drei, und einer davon war ich. In unserer Klasse waren dreißig Jungen und Mädchen. Wir störten ständig den Unterricht und den Lehrer sowieso. Man kann das Aufmüpfigkeit nennen.

Mai-Demonstrationen? Da war ich nicht dabei. *FDJ-Veranstaltungen?* Ich habe mich daran nicht beteiligt. Oder Subotnik? Das ist ein freiwilliger Arbeitseinsatz; der Ausdruck kommt von dem russischen Wort Subota für Samstag. An diesem Tag soll Lenin – so wurde uns das vermittelt – freiwillig und unentgeltlich zum Wohle der Gesellschaft gearbeitet haben. In der Praxis ist es so, daß sich eine Klasse bereiterklärt, beispielsweise in Vorbereitung irgendeines Jahrestages die Fahrradanlage an der Schule oder die Grünanlage in bestem Zustand zu halten. Diese Arbeiten mußten am Samstag oder nach Schluß des Unterrichts erledigt werden. Von solchem ehrenhaften Einsatz habe ich Abstand genommen und lieber irgendwelche Dummheiten angestellt.

FDJ-Sekretär war ich erst in der Berufsschule. Diese Funktion habe ich übernommen, weil ich damals glaubte, als ein solcher Führer in unserer Klasse der Kfz-Schlosser den *stärksten Einfluß zu haben – auch im* Sinne meines Bemühens, mich durchzusetzen: Wenn ich sage, hier wird nichts gemacht, dann wird auch nichts gemacht.

Dafür, *daß* ich FDJ-Sekretär werden konnte, war nicht die Beurteilung meiner Person, sondern mein Elternhaus ausschlaggebend. Beide Eltern waren in der Partei – vorbildlich. Ich war auch Mitglied in einer Organisation des Gewerkschaftsbundes. Zum Sekretär wird man nach *dem Statut der FDJ gewählt. Das ist* schon alles vorher besprochen und wird dann pro forma abgespult.

Mein Problem war, daß ich jeglichen Zwang in der Entwicklung meiner Persönlichkeit ablehnte. Als den größten Zwang empfand ich den gesellschaftlichen Weg: Drei Jahre Armee, Mitglied des Staatssicherheitsdienstes – das alles stand von vornherein fest, weil mein Vater das so wollte. Ich hätte Jura studiert, wäre irgendwo hingekommen und hätte vielleicht gar nicht mal so schlecht *gelebt. In der „DDR" ist das so, daß* die Leute, die neu emporkommen, sich immer wieder aus den Parteireihen rekrutieren.

Ich allerdings hatte schlechten Umgang, dekadenten Umgang, so hieß es in der Urteilsschrift, als ich 1982 verurteilt wurde. Gemeint waren hauptsächlich Studenten, die Theologie oder Philosophie studierten, die von zu Hause aus schon einen kritischen Nerv mitgebracht hatten. Da kommt man plötzlich zu Ansichten, die in diesem Alter eigentlich völlig normal sind, die aber derjenige nicht kennt, der steril in den gesellschaftlichen Prozeß eingebunden ist: Elternhaus, *keine Westverwandtschaft*, nirgendwo abweichende Meinungen. So einer geht nur immer den Weg geradeaus, er kann nur diesen Weg gehen. Er hat keine Vergleichsmöglichkeiten.

Bei uns war die Familie beim Abendessen zusammen. Hauptsächlich wurde darüber gesprochen, was am Tage angefallen war, wie man sich verhalten hat. Dabei kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen über meine Vorstellungen, über meine Ideen, zum Bespiel, daß ich nicht den Weg gehen wollte, den mein Vater mir vorschrieb. Mit 16 Jahren habe ich mich dann abgesetzt von diesen Festlichkeiten des abendlichen *Mahls.*

Meines Erachtens hatte ich eine gesunde Einstellung zu den Dingen, nur merkwürdigerweise kam es immer wieder so heraus, daß meine Einstellung zu allem falsch sei. Ich habe mich selbst geprüft und ich kam zu dem Ergebnis, mein Verhalten sei völlig gerechtfertigt. Mein Konflikt in der FDJ verschärfte sich, ich wurde sehr passiv. Ich war der denkbar schlechteste FDJ-Sekretär. Und das wurde mir auch zur Last gelegt.

Ich hatte Ideen von der Freiheit. *Für mich hat der Begriff Freiheit* eine andere Bedeutung als für die meisten Menschen. Ich meinte Freiheit im Rahmen des Möglichen, des derzeit menschlich Möglichen. Zum Beispiel fragte ich mich: Was läuft da ab im anderen Teil Deutschlands, in diesem mysteriösen Land, wo man nicht hin darf? Es ist Deutschland. Aber es wurde uns in der „DDR" immer wieder als Ausland deklariert. In meiner persönlichen Empfindung war es das nicht.

Doch drüben wird man belehrt: Deutschland gibt es nicht. Es gab mal Deutschland. Jetzt gibt es nur die „BRD", und die ist Ausland. West*deutschland gibt es nicht.* Wenn einer Westdeutschland sagt, dann ist das dekadent und sehr verdächtig. Wer den Begriff „Bund" oder „Bundesrepublik" verwendet, macht sich verdächtig. Wer nicht „BRD" sagt, der denkt schon falsch.

Aber es gibt doch so etwas wie einen Nationalstolz. Man kennt Deutschland, kennt die deutsche Geschichte, man weiß, daß Deutschland eine Einheit war. Man findet sich mit dieser Inlandgrenze nicht ab. Warum darf man keine Verwandten in der Bundesrepublik haben? Vielleicht weil da die Möglichkeit von Spionage, der Weitergabe von Daten und Informationen, gegeben wäre. Aber allein die Vorstellung, daß sich im *eigenen Land zwei Menschengruppen* gegenüberstehen, zwingt zu Fragen wie diesen: Muß das so sein? Wie ist es dahin gekommen? Was ist falsch gemacht worden in der deutschen Geschichte? Kann man etwas dagegen tun, kann man etwas verändern?

In der Schule war Freiheit jener Freiraum, der einem bleibt zwischen dem Gesetz, das einem vorschreibt, was man zu tun und zu lassen hat, und den gesellschaftlichen Anforderungen. Doch praktisch blieb da nichts übrig. Man hat nicht die Freiheit der Freizügigkeit im geographischen Sinne, auch nicht im naturrechtlichen Sinne des Menschen, der selbst über elementare Rechte verfügt, zum *Beispiel* freie Wahl seines Ortes, freie Wahl seiner Freunde.

Ich habe mir meine Freunde nie selbst wählen dürfen, und wenn ich sie dennoch hatte, durfte ich sie nicht nach Hause bringen. Mein Vater verlangte von mir, daß ich in die Wohnung nur jemand mitbringe, den er kennt. Das bringt für einen jungen *Menschen Probleme. Ich durfte nicht* irgendeinen Schüler aus meiner Klasse mitnehmen. Oft bekam ich von meinem Vater zu hören, wie wichtig er im Leben stehe und daß es für ihn schon eine Bedrohung sei, wenn irgend jemand hereinkomme, den er nicht kenne. Später erfuhr ich, daß mein Vater sich über meine Freundschaften Notizen machte. Ich fand selbst solche Notizen, von seiner Hand geschrieben.

Ich habe dauernd gegen die Vorschriften verstoßen, die mir in der Schule, im Elternhaus, im menschlichen Zusammenleben gemacht worden sind. In mir hat sich ein Protest ausgeprägt, den ich nicht mehr steuern konnte. Das war schon ein Protest gegen alles, was irgendwie mit Aufforderung, mit Bestimmung zu tun hatte.

Darüber habe ich sehr oft mit mei*nem Vater gesprochen, schon als* Fünfzehnjähriger. Manchmal bis in die Nacht um zwei Uhr. Mein Vater hat vor dem Krieg oder während des Krieges in der Tschechoslowakei als *Deutscher, wohl als Sudetendeut*scher, gelebt. Meine Mutter kam aus Stettin. Die deutsche Frage stand in der Familie nicht zur Debatte. Es hieß einfach: Das ist jetzt die CSSR, unser Bruderland, und das ist Polen, die Volksrepublik. Ich habe nie zu hören bekommen, daß es Gebiete gibt, die einmal zu Deutschland gehörten. Das habe ich mir später erarbeitet.

In der Heimatkunde wird den Kindern beigebracht, wie sich die „DDR" entwickelt hat. Es gibt nur eine *„DDR"-eigene Geschichte*, und es *gibt eine Geschichte der Arbeiter*klasse, der Arbeiterbewegung. Westdeutschland als Teil Deutschlands existiert einfach nicht. Es gibt nur die „BRD", und die dort leben, sind Ausländer. *Die ostpreußischen Gebiete* werden in der Schule als urpolnisch behandelt.

In der Schule bekommt man im Staatsbürgerkunde-Unterricht die sozialistischen Normen und Werte vermittelt. Wie man sich zu verhalten habe, was das sozialistische Recht für eine Neuheit und Errungenschaft sei, welche Vergünstigungen doch hier im Staat der Arbeiter- und Bauernmacht für die Werktätigen vorhanden *seien und daß alles doch sehr großzügig* sei.

In diesem Unterrichtsfach kamen viele Behauptungen auf: Das ist so und kann nicht anders sein, es muß so sein. Ich hatte es aber aus dem Gefühl heraus anders erfahren, und mit diesem Protest, diesem Widerstand gegen das, was einem da gesagt wurde, kamen mir ganz neue Gedanken. Ich suchte nach Wegen, um zu erforschen, was richtig oder falsch sei an dem, was gelehrt wurde. Mit der Zeit kam ich zu dem Schluß, daß es in der „DDR" die Selbstverwirklichung im freiheitlichen Sinne nicht geben kann. Das war nun ein politischer Standpunkt. Viele kommen irgendwann auf diesen Gedanken.

*Hat man diesen Standpunkt gefun*den, dann ist es ganz offensichtlich, daß man in der Schule in schwere Konflikte gerät. Man möchte gute Leistungen haben, gute Zensuren, aber diese guten Leistungen stehen im Widerspruch zu der Haltung, die man selbst hat. Man müßte schizophren sein, auf der einen Seite müßte man gute Noten bringen, auf der anderen Seite müßte man eine Haltung ausprägen, die dem entge*gensteht. Also verdrängt man das.* Aber viele zerbrechen daran.

> „Ich habe nie zu hören bekommen, daß es Gebiete gibt, die einmal zu Deutschland gehörten. Es hieß einfach: Das ist jetzt die CSSR, unser Bruderland, und das ist Polen, die Volksrepublik."

Für die Mutter meiner Freundin stand es 1980 fest, daß sie ausreisen werde. Sie hatte einen Mann aus der Bundesrepublik Deutschland kennengelernt, der in Halle arbeitete. Aus dieser Liebesbeziehung hat sich der Wunsch entwickelt, auszureisen und in die Bundesrepublik überzusiedeln. Das dauerte allerdings einige Monate bis 1981.

Meine Freundin wollte zunächst gemeinsam mit mir in der „DDR" bleiben. Wir hätten auch nicht schlecht gelebt. Wir hätten eine Drei-Zimmer-Wohnung gehabt, Neubau. Wir hätten alles gehabt, was sich junge Leute in der „DDR" wünschen können. Doch eines hätten wir nicht gehabt: den Rückhalt der Familie meiner Freundin. In meiner Familie herrschte eine Liebeskälte. Die Arbeitsbeziehung meines Vaters ging der Eltern-Sohn-Beziehung vor. So entschloß ich mich im Sommer 1980, die „DDR" 1981 zu verlassen.

Motiv war diese private Angelegenheit, aber auch ein anderer Grund: der Wunsch nach Selbstverwirklichung; ein Drang, etwas zu überwinden, was eigentlich gar nicht überwindbar ist. Ich wollte das hinter mir lassen, es irgendwie überspringen. Ich wußte: da kämpfe ich gegen eine Macht, die ich niemals beseitigen kann, auch nicht in der Gruppe. Dieser Macht wollte ich aus dem Wege gehen.

Meine Freundin und ich wollten nunmehr gemeinsam die „DDR" verlassen. Wir waren zu dem Schluß gekommen, daß es für uns wirklich keine Zukunftsaussicht gibt in diesem Land. Wir dachten, daß wir über die Familienzusammenführung der Tochter mit der Mutter, die dann ja schon drüben sein würde, herauskommen könnten.



Sein Weg schien vorgezeichnet

Jörg Hejkal (Foto) hat mit seinem Gefährten des Fluchtunternehmens in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin, Bernd *Macke, eines gemeinsam: Ihre Väter ge*hören beide dem Staatssicherheitsdienst an. Der blonde 22jährige Hejkal wurde vier Wochen vor dem Bau der Mauer 1961 in Halle an der Saale geboren. Dort besuchte er eine 10-Klassen-Schule. Er machte eine Lehre als Kraftfahrzeugschlosser und holte auf der Abendschule das Abitur nach. Seine Mutter arbeitete als Kindergärtnerin. Die Eltern waren in der Sozialistischen Einheitspartei vorbildliche Genossen. Dafür, daß der Sohn zum Sekretär der Staatsjugendorganisation FDJ gewählt wurde, war nicht die Beurteilung seines Auftretens, sondern sein Eltern*haus entscheidend. Sein gesellschaftspo*litischer Weg schien vorgezeichnet: Funktion in der Staatsjugend, drei Jahre Armeedienst, dann zum Staatssicherheitsdienst. Das alles habe von vornherein festgestanden, weil sein Vater es so wollte. Der Staatssicherheitsdienst als Erbhof. Wie Bernd Macke in den vorangegangenen Folgen der WELT-Serie hat Jörg Hejkal spontan die Konflikte geschildert, die zu dem riskanten Fluchtunternehmen führten. FOTO: HANS-W. HÖFT

In der nächsten Ausgabe:
Der erste Versuch, über Ungarn nach Jugoslawien zu gelangen. Geglückte Flucht über die Drau – aber die Jugoslawen lieferten den Deutschen aus der „DDR" aus.

Moskauer Zeitschrift greift polnischen „Revisionisten" an

Prominenter Marxist forderte grundlegende Änderungen des „realen Sozialismus"

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit zunehmender Heftigkeit wenden sich seit der Amtsübernahme durch Tschernenko einflußreiche sowjetische Medien wieder gegen den sogenannten „Nationalkommunismus" und gegen abweichende kommunistische Konzepte im Ostblock. Nachdem erst kürzlich die Moskauer Zeitschrift „Fragen der Geschichte der KPdSU" den Revisionismus gewisser Bruderparteien attackiert hatte, *greift nun ein anderes einflußreiches* Moskauer Journal einen prominenten „Revisionisten" an – und zwar einen Polen, der dem gegenwärtigen *Warschauer Regime* Jaruzelskis keinesfalls ganz fern steht. Die Moskauer Zeitschrift „Fragen der Philosophie" („Woprossy Filosofii") verurteilt in ihrer jüngsten Ausgabe den prominenten polnischen Marxisten Adam Schaff als „Antikommunisten und Antimarxisten", weil dieser in seinem Buch „Die kommunistische Bewegung am Kreuzweg" (vor drei Jahren in Wien auf deutsch erschienen) grundlegende Veränderungen in der Struktur des „realen Sozialismus" gefordert hatte.

Ketzerische Feststellungen

Jeder, der beabsichtigt oder unbeabsichtigt den „realen Sozialismus" anschwärze, so stellt die Moskauer Zeitschrift fest, begebe sich damit „auf die andere Seite der Barrikade". Das trifft nach sowjetischer Lesart auch auf Adam Schaff zu, weil dieser zwei grundlegende (und in Moskauer Sicht besonders ketzerische) Feststellungen getroffen hat: Erstens behauptet Schaff, daß der Leninismus eine „ausschließlich russische Narodniki-Tradition ist". (Die Narodniki – Volkstümler – waren eine anarchistisch-sozialistische Bewegung *mit terroristischem Hintergrund* gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland.) Der Leninismus ist laut Schaff nichts anderes als eine Technik der Machtergreifung in einem unterentwickelten Land. Zweitens erklärt Schaff, daß alle „Deformationen" und Krisen des sozialistischen Systems und der kommunistischen Bewegung eine direkte Folge der Struktur des „realen Sozialismus" seien. Anders gesagt: Die Krise des Kommunismus ist laut Schaff durch die Sowjets und durch das sowjetische Modell verursacht worden.

Die sowjetische Zeitschrift bringt die Thesen Schaffs in direkten Zusammenhang mit den „Schwierigkeiten des Aufbaus des Sozialismus" in Polen. Diese Schwierigkeiten seien aber deshalb entstanden, weil die frühere Führung der polnischen Partei zu Beginn der achtziger Jahre von den „leninistischen Prinzipien" abgewichen sei und eine „anarchistische Situation" geschaffen habe.

Besonderen Zorn erregt in Moskau die Feststellung Schaffs, wonach Lenin das sozialistische Modell von Karl Marx „über Bord geworfen" und Rußland in eine Revolution geführt habe, für die das Land noch nicht reif gewesen sei. Laut Schaff wurde der „russische Fehler" wiederholt, als man das sowjetische Modell auf die Länder Osteuropas übertrug. Deshalb ist es, laut Schaff, in den osteuropäischen Staaten zu einer „Entfremdung von der Revolution" gekommen. Einen Ausweg aus dieser osteuropäischen Krise sieht der Pole in der Abkehr vom Zentralismus und von der staatlichen Planwirtschaft zu Gunsten einer „Selbstverwaltung".

Die Moskauer Philosophie-Zeitschrift stellt nun fest, daß eine Hinwendung der osteuropäischen Län*der zu den Vorschlägen Schaffs, etwa* zu den, wie es in Moskau heißt, „utopischen Idealen von Souveränität und Autonomie" letztlich zu „wirtschaftlicher Anarchie, Arbeitslosigkeit und Konkurrenz" führen müsse. In diesem Zusammenhang ist für die osteuropäischen Wirtschaftsreformer nicht sehr ermutigend, daß die Sowjets Begriffe wie Konkurrenz, Autonomie und Souveränität mit Anarchie gleichsetzen.

Polnische Brille

Schaff begehe den Fehler, kreidet ihm „Woprossy Filosofii" an, auf die gesellschaftlichen Prozesse, die in den „real-sozialistischen" Staaten vonstatten gehen, nur durch die Brille der negativen polnischen Erfahrungen zu schauen. Natürlich hätten diese real-sozialistischen Staaten noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, räumt die Moskauer Zeitschrift ein. Doch rühre das hauptsächlich aus der Tatsache, daß sich der reale Sozialismus in einer Atmosphäre entwickeln müsse, in welcher der Imperialismus einen „grausamen psychologischen Krieg" gegen ihn führe.

Die sowjetische Zeitschrift nimmt dann Adam Schaff auch deswegen aufs Korn, weil der Pole erklärt hatte, daß sich die Kommunisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine andere Lösung als den „realen Sozialismus" einfallen lassen müßten. Zornig weist die sowjetische Publikation auch Schaffs Formel zurück, wonach Lenin die „Diktatur des Proletariats" mit der unbegrenzten Herrschaft eines bürokratischen Apparats gleichgesetzt habe, der „im Namen des Proletariats" seine Herrschaft ausübe.

Erneut Tanker im Golf beschossen

DW. Manama/Teheran

Die Beschießungen von Tankern im Persisch-Arabischen Golf gehen weiter. Der Irak hat gestern zwei große Schiffe nahe der iranischen Küste südöstlich der Ölverladeinsel Kharg beschossen. Radio Bagdad meldete, zwei „große Seeziele" seien getroffen worden. Aus Schiffahrtskreisen in Bahrain hieß es dazu, der unter türkischer Flagge fahrende Tanker „Buyuk Hun" habe 50 Meilen südlich von Kharg Notsignale gefunkt.

Unterdessen setzten die Golf-Staaten ihre dipolmatischen Bemühungen um eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges fort. Der kuwaitische Ministerpräsident Scheich Saad el Abdullah machte deutlich, daß sein Land trotz der Beschwerde im UNO-Sicherheitsrat gegen Iran an „gutnachbarlichen Beziehungen" mit Teheran interessiert sei. Kuwait sei aber auch entschlossen, seine Souveränität und sein Territorium gegen jede Aggression zu verteidigen. In diesem Zusammenhang verlangt Kuwait von Washington die Lieferung von amerikanischen „Stinger"-Luftabwehrraketen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte, darüber sei noch nicht entschieden worden.

Teheran ist nach den Worten von Ministerpräsident Hussein Musavi nach wie vor entschlossen, den Krieg gegen Irak bis zur Vernichtung der Regierung in Bagdad fortzusetzen. Dagegen erklärte der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, sein Land sei nicht auf eine „Katastrophe am Golf erpicht". Man werde sich große Mühe geben, diese zu vermeiden, allerdings dürfe die Ehre der Revolution nicht aufs Spiel gesetzt werden. Auch Rafsandschani forderte die Beseitigung des irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

Den Haag bezahlt Entscheidung mit einem Verlust an Einfluß

Aufschub der Stationierung hat die Atlantische Allianz nicht erschüttert

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Fast auf den Tag 40 Jahre nach der Landung der Alliierten in der Normandie, die den Niederlanden die Freiheit brachte, beginnt dieses Land, sich aus der Solidarität der westlichen Völker zu lösen. Der neuerliche Aufschub der Stationierungs*entscheidung wird in der Allianz als* advokatisch geschickt verpackte endgültige Absage an die Stationierung angesehen. Die Entscheidung des Kabinetts in Den Haag, *die* nur die politische Realität in den Niederlanden widerspiegelt, bedeutet, daß andere Völker für Sicherheit und Freiheit in Europa ihr Territorium zur Verfügung stellen müssen. Die Niederlande wollen mit dem, was dort als schmutziges Geschäft der Abschreckung angesehen wird, nichts zu tun haben: Andere können das erledigen. Man selbst wendet sich den Tagesgeschäften zu, nicht ohne das Gefühl moralischer Überlegenheit über die Verkommenheit solcher, die bereit sind, den Versuch der nuklearen Erpressung zurückzuweisen.

Der Vorgang hat die atlantische Allianz nicht erschüttert, ihr aber Anlaß gegeben, über die zukünftige Rolle der Niederlande bei der Verteidigung nachzudenken. Sie ist frei von dem Gefühl, die Niederlande in irgendeiner Form jetzt „bestrafen" zu wollen oder auf eine andere Weise zu zeigen, daß man mit dem Votum in Den Haag nicht einverstanden ist. Die NATO funktioniert, Den Haag ist weiter Mitglied der Allianz und Mitglied seiner Gremien. Aber das Gewicht der Niederlande in ihnen wird sich nach der Voraussage aller Eingeweihten vermindern, wenn es wesentliche Anteile aus der gemeinsamen Unternehmung abzieht.

Die Allianz wäre erschüttert worden, wenn anstelle der Niederlande die Bundesrepublik Deutschland so gehandelt hätte. Sie ist das Herzstück und der Angelpunkt der Allianz in Europa, um das sich alles dreht, eine vermeintliche Folge ihrer geographischen Lage und politischen Verfassung. Eine Absage der Bundesrepublik an die Stationierung würde über Nacht das Bild Europas verändert und zu einer Neuorientierung der Politik Frankreichs und Großbritanniens im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten geführt haben. Die These kann gewagt werden, daß *sich dann auch die Niederlande an*ders entschieden hätten. Jetzt liegt *zwischen ihnen und der östlichen* Bedrohung die Bundesrepublik, ein schmales Handtuch zwar, aber breit genug, um eigene Wege gehen zu können, *die viel mit der Vorstellung zu* tun haben, Gefahr könne *nicht aufzie*hen, wenn man sie nicht wahrnimmt.

DIE ANALYSE

In Brüssel macht niemand sich mehr Illusionen darüber, daß die Niederlande eines Tages doch noch ihre 48 Cruise Missiles stationieren würden. Man erinnert daran, daß frühestens im Winter 1985 das Parlament in Den Haag über einen möglichen Stationierungsbeschluß des Kabinetts abstimmen würde. Das wäre kurz vor den Wahlen im Mai 1986. Wer die Lage in den Niederlanden kenne, wisse, daß unter diesen Umständen ein positiver Beschluß niemals zustande kommen werde. Das habe auch das Kabinett bei seiner wortreichen Entscheidung gewußt, allerdings unerwähnt gelassen.

Die Niederlande haben sich dagegen entschieden, das Territorium des Gegners unter Risiko zu stellen, um ihn auf diese Weise von einer Aggression abzuschrecken. Das ändert *nichts* an der Tatsache, daß niederländisches Territorium unter sowjetische Bedrohung gestellt ist. Die Sowjetunion kann schlagen, die Niederlande nicht. Sie *sind zum* Trittbrettfahrer der Allianz geworden.

Die Logik geböte nämlich, daß die *Niederlande zum Ausgleich die kon*ventionelle Verteidigung verbessern. Das Gegenteil ist richtig. Unter Verteidigungsminister Job de Ruiter, ei*nem Juristen*, der *mißmutig in sei*nem Amt sitzt und zu strategischen Lebensfragen seines Landes beharrlich schweigt, ist die Einsatzfähigkeit des *I. Niederländischen Korps*, *das* im Ernstfall zur Verteidigung nach Deutschland vorrücken müßte, ernsthaft infrage gestellt. Reserveverbände werden *aufgelöst*, *insbesondere* auf Kosten der Artillerie. In der Luftverteidigung drohen Lücken, weil Den Haag sparen möchte. Luftbasen werden geschlossen. Wichtige Entscheidungen zur Stärkung der elektronischen Kriegsführung wurden auf Jahre verschoben. Darunter leidet unmittelbar die Verteidigung der Bundesrepublik. Deutsche und Briten müßten die entstandene Lücke schließen. Das wird nicht dazu führen, daß die NATO den Niederlanden einen Verweis erteilt. Man wird sie eher fortlaufend ermahnen, mehr zu tun, in den Tagesentscheidungen aber übergehen.

Seite 2: Die Lage in Holland





Zyprioten: Hilfe der USA überdeckt Akt der Invasion

DW. Bonn

Die Ankündigung Ronald Reagans, 250 Millionen Dollar für den Aufbau einer Siedlung für zypriotische Flüchtlinge im griechischen Teil der Insel zur Verfügung zu stellen, hat bei den Zyprioten griechischer Nationalität Unmut ausgelöst. In einem Brief des Bürgermeisters von Kyrenia, Tsimon, an den US-Präsidenten heißt es, daß die Absicht des Weißen Hauses bei den rund 200 000 Flüchtlingen aus dem türkisch besetzten Teil der Insel einen Schock ausgelöst habe. Nach Meinung der Flüchtlinge wird mit dieser Maßnahme der „kriminelle Akt der Invasion" durch türkische Truppen verdeckt. Zur Wiederherstellung des Friedens und der Menschenrechte sei nicht finanzielle Unterstützung notwendig, sondern die Bestrafung der Türkei. Ideale wie Frieden, Freiheit und Menschenrechte könnten weder durch Millionen noch Milliarden Dollar aufgewogen werden.

Sicherheitspolitik der SPD kritisiert

AP, Hamburg

Scharfe Kritik an den sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD, wie sie auf dem Parteitag in Essen geäußert worden waren, hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" geübt. Nach Meinung Wörners hat sich die SPD auf ihrem Parteitag symbolisch von der Atlantischen Allianz verabschiedet und damit den si*cherheitspolitischen Konsens* der großen staatstragenden Parteien in der Bundesrepublik Deutschland aufgekündigt. Die SPD habe zwar *nicht den Austritt der Bundesrepublik* aus der NATO *gefordert*, doch habe sie das Verbleiben der Bundesrepublik in der westlichen Verteidi*gungsgemeinschaft* an *Bedingungen* geknüpft, von denen jeder innerhalb und außerhalb der SPD wisse, „daß sie vom Bündnis nicht erfüllt werden können". Wörner ist *der Ansicht, die* Sozialdemokraten wollten die Unvereinbarkeit ihrer Sicherheitspolitik nicht selber feststellen, sondern vom Bündnis feststellen lassen. „*Man* will nicht selbst kündigen, sondern sich kündigen lassen", erklärt der Minister.

Einheit nur in vereintem Europa

dpa, Hamburg

Ohne ein vereintes Europa wird es nach Auffassung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, keine deutsche Einheit geben. Auf der Abschlußkundgebung der mecklenburgischen Heimattage in Ratzeburg erklärte der Minister gestern vor mehr als 3000 Mecklenburgern, „die *Teilung* unseres Landes ist ein Stück der Teilung Europas. Nur wenn es gelingt, Europa zu vereinen, werden auch Mauern *und Stacheldrähte in unserem Land* fallen."

Genscher fordert von FDP „kämpferischen Aufbruch"

Fortsetzung von Seite 1

Wahlen zum erweiterten Parteivorstand fort. Nur vier von 13 Beisitzern schafften es im ersten Wahlgang. Endgültig scheiterten später der frühere Hamburger Spitzenkandidat Rolf Biallas sowie der ehemalige Bremer FDP-Chef Horst Jürgen Lahmann. In der Stichwahl kam die einstige „Wende"-Kritikerin Hildegard Hamm-Brücher zur allgemeinen Überraschung auf das beste Ergebnis.

Unter den *selbst von Delegierten* als „chaotisch" bezeichneten Zuständen litt auch die ursprünglich als Schwerpunkt gedachte Programmdebatte. *Die Bildungs- und* Gesellschaftspolitik, bei der die Freien Demokraten ein „Defizit" ausgemacht hatten, wurde kurz entschlossen zur weiteren *Beratung* an die Gremien zurückverwiesen. Die ehemalige Generalsekretärin und neue Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer hat*te als bisherige Vorsitzende* der Programmkommission den Leitantrag des Parteivorstands zu diesem Thema mit einer Rede eingebracht, die im Saal *nur auf schwache Resonanz* stieß. Sie hatte mit einer umfangreichen Sammlung von Zitaten von Friedrich Naumann über Karl Her*mann Flach bis zu* Werner *Maihofer* die Notwendigkeit einer Programmfortschreibung begründen wollen.

Helmut Haussmann, ihr Nachfolger als Generalsekretär, der jetzt auch statt des ursprünglich vorgesehen Baum den Vorsitz in der Programmkommission übernehmen soll, hatte nach seiner Wahl seinen Willen zu einer engen Zusammenarbeit mit den „Landesvorsitzenden und Mandatsträgern" bekundet. Beide hatten in ihren Reden jedoch Genscher mit keinem Wort erwähnt. Haussmann erhielt gestern den Auftrag, bis zum 18. Juni seine Vorschläge für die weitere Programmarbeit dem Vorstand vorzulegen.

Durch die Diskussion über die Folgen des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes geriet der Parteitag zusätzlich unter Zeitdruck: Weit über vier Stunden wurden benötigt, um den Mindestbeitrag auf 10 Mark heraufzusetzen und erstmalig der Bundespartei vom Beitragsaufkommen der 72 000 je eine Mark zur Verfügung zu stellen. Unter dieser Debatte litt auch die Behandlung des Themas Umweltschutz. Im Kern einigte sich der Parteitag darauf, dem Umweltschutz Verfassungsrang zu geben. Zu dem Unwillen der Delegierten wegen Genschers überraschender Abtrittserklärung für 1986 befürchtete Lambsdorff, daß jetzt die Nachfolgerdiskussion „nicht zur Ruhe kommen" werde. Er sei über die Ankündigung des FDP-Chefs „nicht glücklich". Die zum Abschluß des Parteitags demonstrierte Einigkeit konnte nicht übertünchen, daß sich am Rande eine Gruppe abgestimmt hatte, möglicherweise vier Landesverbände *zur* Einberufung eines Sonderparteitags zu aktivieren.

Bundeskanzler hofft auf „Regelung der Vernunft"

Fortsetzung von Seite 1

chen. Dagegen sind die Unternehmer bereit, die kürzere Wochenarbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen einzuführen. So hatten sie bei den in der vergangenen Woche unterbrochenen Verhandlungen im Südwesten neben 3,3 Prozent mehr Einkommen und einer „Tarifrente" für alle 58jährigen auch angeboten, für alle Nacht- und Wechselschichtarbeiter die 38-Stunden-Woche einzuführen. Das hatte die IG Metall nicht akzeptiert. In der Vorstandssitzung am Wochenende war es offenbar als Fehler eingestuft worden, dieses Angebot nicht auf Erweiterungsmöglichkeiten abzuklopfen. Der Vorstand wies deshalb den Stuttgarter Bezirksleiter Eisenmann an, die Verhandlungen baldmöglichst wiederaufzunehmen. Gesamtmetall-Präsident Thiele erklärte gestern zu den gewerkschaftlichen Vorstellungen, die 35-Stunden-Woche sei den Arbeitgebern abzutrotzen, wenn man sie nicht auf einmal, sondern in einem Stufenplan einführe: „Eine generelle kürzere Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer ist und bleibt für uns der falsche Weg, den wir nicht beschreiten werden."

Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr hatte in einem Interview für die Wochenendausgabe der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" diesen Stufenplan erneut zur Sprache gebracht. Die IG Metall sei zum Kompromiß bereit; die 35-Stunden-Woche müsse nicht auf einen Schlag kommen, man dürfe sich aber auch nicht mit „Trippelschritten" von zehn oder 15 Minuten wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung begnügen. Nach Ansicht der Arbeitgeber enthält Mayrs Interview keinen neuen Aspekt. Der Vorsitzende sei nur zum Stand des zweiten Spitzengesprächs vor den Streiks zurückgekehrt. Arbeitgeberpräsident Thiele verwies darauf, daß bei einer generellen Wochenarbeitszeitverkürzung kein Spielraum mehr für Lohn- und Gehaltserhöhungen bliebe; auch wäre dann der angebotene Vorruhestand für die älteren Arbeitnehmer nicht mehr finanzierbar, von dem bis 1988 elf Prozent der Metall-Beschäftigten Gebrauch machen könnten.

Der ehemalige Arbeitsminister Hans Katzer (CDU) mahnte die Bundesregierung in einem Interview des „Spiegel", den Konsens mit den Gewerkschaften „nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen". Die Rede von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in der Aktuellen Stunde des Bundestags zur Lage im Arbeitskampf, wonach die Führung der IG Druck „*eine andere* Republik" wolle, bezeichnete Katzer als „provozierend".

Zu politischer und zu finanzieller Hilfe für die streikenden Metaller hat der Tübinger Literaturprofessor Walter Jens aufgerufen. Seinen Spendenaufruf haben auch Günter Grass, Heinrich Böll und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt unterschrieben.

Neuer Dienst der Bahn

Mk. – Die Bundesbahn bietet in dieser Woche zum ersten Mal ihren neuen Markenartikel „InterCargo" an. Die Bahn will ihren Kunden garantieren, daß eine Sendung, die werktags bis 16 Uhr aufgegeben wurde, spätestens am Morgen zwischen acht und neun Uhr beim Empfänger ist. Dazu werden 88 Güterzüge, die absolute Vorfahrt haben, elf Wirtschaftszentren im Nachtsprung miteinander verbinden. Angeschlossen sind rund 1200 Bahnhöfe.

Das Schienenverkehrsunternehmen zielt damit auf einen Markt, dem der Nicht-Massengüter, auf dem es sich bisher gegenüber dem Straßengüterfernverkehr nicht behaupten konnte, der aber lukrativer ist als der für Massengüter, bei denen die Bahn noch dominiert.

Ob dieses Angebot angenommen, ob dieses neue System ein Erfolg wird, läßt sich natürlich erst in einigen Monaten sagen. Aber das spielt nicht nur für die Bahn eine Rolle, obwohl auf lange Sicht ihr Betriebsergebnis auch entscheidend davon bestimmt wird, ob sie einen Ersatz für die schrumpfenden Transporte von Massengütern finden kann. Von Bedeutung ist das, was hier passiert, auch für andere Bereiche. Immerhin beflügelt dieses Angebot den Wettbewerb. Das Straßengüterverkehrsgewerbe wird herausgefordert und muß reagieren. Unter dem Strich kommt dieses der Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft zugute. Allerdings nur, wenn die Verlader das neue Angebot zunächst einmal vorurteilslos prüfen. Es kann sich lohnen.

Gut geführt

J. G. – Der Mann habe als familienfremder Manager nach dem Kriege mit drei Millionen Mark Umsatz angefangen. Als er aufhörte, waren es 150 Millionen Mark Umsatz und für ihn ein Jahressalär von mehr als 1,5 Millionen Mark. Mit solchem Beispiel illustriert der Unternehmensberater Gerhard Kienbaum seine These, daß gut geführte Familienunternehmen ihre Spitzenmanager oft besser bezahlen als Publikumsgesellschaften ihre Vorstände. Der Akzent liegt freilich auf „gut geführt". Immer noch sieht der Berater bei alten Familienfirmen die Crux nicht vollends ausgeräumt, daß die Erben in der dritten oder vierten Generation alle unternehmerischen Entscheidungen in die (inkompetente) Gesellschafterversammlung legen. Sein Rat in solchen Fällen: Schleunigst Satzungsänderung, „um die Firma vor dem Clan zu schützen". Der von solchen Fesseln befreite und erfolgsabhängig honorierte Manager kann dann zuweilen sogar ungeahnte Wunder vollbringen. Und nach Kienbaums Ansicht eher neue Arbeitplätze schaffen, als es heute von den Großunternehmen zu erwarten sei.

WOHNUNGSPOLITIK / Haus- und Grundeigentümer verlangen ein Umdenken

„Eine Million leere Wohnungen erfordern Rückzug des Staates"

PETER GILLIES, Essen

Wenn der Staat bei bis zu einer Million leerstehender Wohnungen wie bisher den sozialen Mietwohnungsbau fördert und die Mieten reguliert, läuft er die Gefahr weiterer riesiger Fehlinvestitionen. Deswegen erfordert ein „radikales Umdenken der Wohnungspolitik" den Rückzug des Staates und eine schrittweise Liberalisierung des Mietrechts. Dazu forderte die 98. Jahrestagung des Zentralverbandes der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Essen die Regierungen von Bund und Ländern einstimmig auf.

Der Kongreß, zu dessen Abschluß der Bundeskanzler die Streikenden nochmals zur Vernunft mahnte, stand im Zeichen eines völlig gewandelten Wohnungsmarktes. Verbandspräsident Theodor Paul machte folgende Rechnung auf: Am Jahresende 1983 hätten 25,3 Millionen Haushalte rund 26,4 Millionen Wohnungen gegenübergestanden, davon 24,7 Millionen bewohnt. Von den 1,7 Millionen leerstehenden Wohnungen stünden 0,8 Millionen nicht zur Vermietung zur Verfügung (Zweit-, und Ferienwohnungen). Global sei also ein Überschuß von 0,8 bis 1,0 Millionen Einheiten festzustellen.

Wenn in bestimmten Regionen Wohnungsmangel beklagt werde, so sei dies ein Verteilungsproblem innerhalb des Bestandes, dürfe den Staat jedoch keinesfalls zur Fortsetzung seiner Mietwohnungssubventionen verleiten. Schon bisher seien viele Milliarden fehlinvestiert worden, beklagte Paul. Der Markt habe durch Mietnachlässe und Leerstände gegen bestimmte Standorte und Wohnformen entschieden.

Den langfristigen Neubaubedarf beziffert der Verband auf weniger als 150 000 Wohnungen pro Jahr. Die Bundesregierung geht indes von einer doppelt so hohen Zahl aus. Sie bestreitet auch die Leerstandsrechnung und schätzt die Zahl auf rund 200 000 Einheiten. Dem steht jedoch eine Aussage der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegenüber, deren Staatssekretär Hanns Winter in Essen den Leerstand auf 200 000 allein für dieses Bundesland bezifferte.

Verbandspräsident Paul zog als Beispiel die gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg (Saga) heran, die allein 1983 rund 8,7 Millionen Mark als Kosten des Leerstands ausgewiesen habe. Vielfach würden mit öffentlichen Mitteln Mietshäuser hochgezogen und – da sich zu diesen Kostenmieten keine Mieter finden – sofort von der Mietenbindung freigestellt, damit Besserverdienende einziehen könnten. Auch die Andeutung von Landespolitikern, Sozialwohnungen wieder abzureißen, sieht der Verband als Beweis für eine „absurde" Förderpolitik an. Es sei weit sozialer, diese Art der Förderung einzustellen und den wirklich Bedürftigen mit Wohngeld zu helfen.

Friedrich-Adolf Jahn (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, wollte jedoch der Forderung nach Freigabe der Kostenmiete nicht folgen. Eine Lockerung könne nur in langfristigen Schritten erfolgen, wobei die Akzeptanz der Bürger sichergestellt sein müßte. Jahn hält, wie er in einer Podiumsdiskussion sagte, den Neubaubedarf noch für „erheblich". Dagegen meinte Hans H. Gattermann (FDP), die Wohnungswirtschaft dürfe nicht mehr länger „Hätschelkind" des Staates sein. Er müsse sich auf das sozial Unabweisbare beschränken. Ernst Waltemathe (SPD) nannte die jüngsten Förderprogramme ein „Strohfeuer", die Bundesregierung sei wohnungspolitisch „ausgebrannt". Baukonjunkturell und sozial seien die Aussichten „mies".

Sehr deutlich bekannten sich die Teilnehmer des Kongresses zur verstärkten Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes und zur Förderung der Eigentumsbildung. Sie beklagten, daß die Grundsatzentscheidung über die steuerliche Zukunft des Eigenheims noch aussteht. Einstimmig wurde die Entschließung gefaßt, den Bau und Erwerb von eigengenutzten Wohnungen systemgerecht steuerlich zu fördern sowie die Modernisierung und das Energiesparen zu begünstigen. Abgelehnt wurde die geltende Besteuerung des Nutzungswertes der selbstbewohnten Wohnung.

US-AKTIENMÄRKTE

Beginn des Sommerspurts oder nur Befreiungsschlag?

H. A. SIEBERT, Washington

Nach der kräftigen Erholung am Freitag fragt sich die Wall Street, ob an den US-Aktienmärkten der traditionelle Sommerspurt begonnen oder ob es sich nur um eine Art Befreiungsschlag nach langer Baisse gehandelt hat. Antworten gibt es so viele wie Broker. Es steht jedoch fest, daß viele Kurse auf ein Niveau gesunken sind, das sie auch für zweifelnde Anleger attraktiv macht. Man spricht von einem „oversold market". Daran gemessen war die Börse also reif für eine Umkehr.

Den eigentlichen Anstoß gaben dann zwei Prognosen, die aber mehr auf Erwartungen als auf gesicherten Erkenntnissen beruhten. So glaubt Henry Kaufman von Salomon Brothers nicht mehr, daß in den USA eine Geldverknappung unmittelbar bevorsteht, was die Zinsen weiter nach oben treiben würde. Nach seinem revidierten Urteil läßt das Federal Reserve System die Zügel eher schleifen, und zwar aus Rücksicht auf die Lage amerikanischer Banken und in den hochverschuldeten Entwicklungsländern. Interpretiert man Kaufman richtig, dann wartet die „Fed" ab.

Für bare Münze genommen wurde außerdem die Voraussage der Evans Economics, wonach sich das wirtschaftliche Wachstumstempo in Amerika noch in diesem Quartal auf real null Prozent reduzieren soll. Nach den schon vorliegenden April-Daten und den 8,8 Prozent in der Januar-März-Periode ist eine solche scharfe Konjunkturwende völlig ausgeschlossen; eine derartige Entwicklung tritt frühestens gegen Jahresende oder Anfang 1985 ein, wenn die Inflation stärker aufflammt. Realistischer sind zweifellos die Projektionen der Administration. Sie rechnet für das zweite Quartal mit einer Zunahme der Wertschöpfung um real fünf bis sechs, im Gesamtjahr 1984 inzwischen mit mehr als fünf Prozent. Ähnlich optimistisch sieht es auch das Conference Board in New York, dem 4000 Unternehmen angehören.

Aber die Börse greift nach allem, was eine Verlangsamung des Booms und damit sinkende Zinsen verspricht. Kein Wunder also, daß die Aktienkurse zum Wochenschluß in die Höhe schossen. Am Freitag gewann der Dow-Jones-Industrie-Index mit einem Schlag 19,50, im Wochenverlauf netto 17,25 Punkte. Mit 1124,35 Punkten liegt das populäre Barometer damit „nur" noch um 12,7 Prozent unter seinem Rekord vom 29. November. Der breitere Nyse-Index stieg an den vier Börsentagen um 1,04 (1,44) auf 88,16 Punkte.

Ernst zu nehmende Wall-Street-Analysten blieben vorsichtig. Für sie spricht die weiterhin bestehende Unsicherheit gegen eine Sommer-Hausse „querbeet". Wenn überhaupt, konzentriert sich das Interesse auf Spekulationspapiere im High Tech- und Pharmabereich. Genannt werden zudem Ölwerte im Zusammenhang mit dem Persischen Golf.

Ernte-Spekulationen

Von LEO FISCHER

Vorbei sind offensichtlich die Zeiten, in denen kriegerische Ereignisse oder ähnliche Hiobsbotschaften an den Rohstoffmärkten Preisstürme auslösten. Die Verschärfung der Auseinandersetzungen im Persischen Golf und die Bombardierung von Öltankern beeinflußte nicht einmal den Preis des direkt betroffenen Rohstoffes Öl. Auch das früher als „Kriegsmetall" geltende Kupfer zeigte überhaupt keine Preiswirkung. Und das klassische „Krisenmetall" Gold reagierte nur kurzfristig und in sehr engen Grenzen auf die Ereignisse im Persischen Golf. Ja, selbst die zwischenzeitlich überwundenen Liquiditätsschwierigkeiten bei zwei bedeutenden US-Banken führten nicht zu der früher in solchen Fällen üblichen Flucht in das gelbe Metall. Zwar erzielte der Goldpreis, wie die „Financial Times" registriert, am 25. Mai mit 7,75 Dollar den höchsten Tagesgewinn seit November letzten Jahres – auf der Suche nach Superlativen bei Gold ist man eben bescheiden geworden –, aber eine nachhaltige Wirkung auf die Notiz des gelben Metalls blieb aus. Die Rohstoffbörsen gingen sehr schnell wieder zur Tagesordnung über. „Business as usual", hieß die Parole bei Händlern und Spekulanten.

Von weitaus größerem Einfluß als Krieg und Bankenkrise für die Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten sind offensichtlich der Zinsanstieg in den USA und die daraus erwachsenden Befürchtungen, der Konjunkturaufschwung könnte vorzeitig abgewürgt werden. Tatsächlich deuten die jüngsten Indikatoren auf eine allerdings durchaus erwünschte Abschwächung der starken Aufschwungkräfte in den USA hin. Dies wird auch vor allem als Grund für den zwischenzeitlichen Preisverfall bei Kupfer (bis auf 1005 Pfund) angesehen. Dabei haben die Kupferbestände in den Lagerhäusern der Londoner Metallbörse in den letzten 16 Wochen ununterbrochen abgenommen und fielen auf das niedrigste Niveau seit Dezember 1982. Allerdings entsprach dieser Rückgang den Erwartungen. Das Überschußproblem am Kupfermarkt scheint jedenfalls noch nicht gelöst.

Insgesamt standen die Metalle eindeutig im Schatten der „soft commodities", besonders von Kaffee und Kakao. Kaffee erreichte die höchste Notiz seit dem historischen Höchststand von 1977, Kakao stieg auf einen Spitzenpreis seit 5½ Jahren.

Ausgelöst wurde die Hausse bei Kaffee durch Nachrichten über eine geringere Ernte an der Elfenbeinküste (1983/84) und in Brasilien (1984/85); im ersten Fall liegt der Grund in der anhaltenden Trockenheit, im zweiten Fall in heftigen Regenfällen. Selbst die dritte Quotenanpassung seit Beginn des Kaffeejahres am 1. Oktober, mit der im Mai eine weitere Million Sack (je 60 Kilo) zum Export freigegeben wurde, konnte den Preisanstieg zunächst nicht stoppen. Erst gegen Monatsende kam es vor allem aus markttechnischen Gründen zu einem Preisrückschlag. Zum anderen nahmen aber auch die Befürchtungen zu, daß eine Fortsetzung des rasanten Preisanstiegs den sogenannten Indikatorpreis des Internationalen Kaffee-Abkommens derart in die Höhe treiben könnte, daß nicht nur weitere Exportquoten freigegeben, sondern alle nach den Kaffee-Abkommen bestehenden Export-Restriktionen vorläufig suspendiert werden, mit der wahrscheinlichen Folge eines rapiden Preisverfalls. Aus diesen Bedenken heraus hat das brasilianische Kaffee-Institut offensichtlich seine Bereitschaft angedeutet, sich an Maßnahmen zu beteiligen, die eine Dämpfung des Preisauftriebs zum Ziel haben.

Auch die Kakao-Hausse hatte ihren Ausgangspunkt in Brasilien. Händler erwarteten Anfang Mai, daß Brasilien nicht mehr als 1,5 Millionen Sack (je 60 Kilo) ernten werde, nach früheren Schätzungen von zwei Millionen und einer Vorjahresernte von drei Millionen. Verstärkt wurde der Preisaufschwung, als die Internationale Kakao-Organisation eine Schätzung veröffentlichte, nach der das erwartete Produktionsdefizit im Erntejahr 83/84 rund 112 000 Tonnen betragen werde. Weiteren Auftrieb erhielten die Haussiers anschließend durch die Schätzung des Londoner Handelshauses Gill and Duffus, das die 83/84er Fehlmenge sogar auf 132 000 Tonnen bezifferte. Bei der letzten Prognose hatte Gill and Duffus das Defizit nur auf 56 000 Tonnen geschätzt.

Aber auch der Kakaopreis konnte sein hohes Niveau nicht behaupten. Wie bei Kaffee drückten Gewinnmitnahmen die Notiz wieder beträchtlich unter den Monatshöchststand. Keine Rolle spielte dabei, daß die zweite Verhandlungsrunde für ein neues Kakao-Abkommen ohne konkretes Ergebnis in Genf zu Ende ging. Ein Resultat war ohnehin noch nicht erwartet worden, und Fortschritte sollen erzielt worden sein. Wahrscheinlich wird das bestehende und im September auslaufende Abkommen am 16. Juli in London verlängert, um Zeit für weitere Verhandlungen, die im Oktober in Genf geführt werden sollen, zu gewinnen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Mai 1984	Ende April 1984	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	1017,25	1025	1095,25	964,50
Zink	L	£/t	779	678,50	789,50	663,50
Zinn	L	£/t	9102,50	8962,50	9145	8337,50
Blei	L	£/t	319,75	327,75	353,75	273,75
Gold	L	$/Unze	383,45	376,20	406	364
Silber	L	p/Unze	658,25	639,10	679,70	561,20
Platin	L	£/Unze	282,25	276,80	284,90	260,50
Weizen	C	Cts/bu	363,50	350,62	396,50	321,62
Mais	C	Cts/bu	353,87	341,37	361,62	316,50
Kakao[1]	L	£/t	2088,50	1954,60	2103,50	1638,50
Kaffee[1]	L	£/t	2322,50	2113	2530,50	1942,50
Zucker	L	£/t	108	109	137	105,75
Sojaöl	C	Cts/lb	37,28	32,47	41,08	24,76
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	86,60	89,35	90,10	86,30
Schweißwolle	S	Cts/kg	577,50	564,50	607	555,10
Kautschuk	L	p/kg	68,35	73	94,75	68,35
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		1073	1065,6	1087,5	1040,2
Reuter's (31. 9.31=100)	London		2014,6	1995,5	2020,4	1939,1

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT

» Hätte man jene Beträge, die zur Erhaltung überlebter Strukturen verwendet wurden, in neue Technologien investiert, so wären viele Länder heute in einer bedeutend besseren Lage. «

Dr. Yves Dunant, Verwaltungsratspräsident der Sandoz AG, Basel

FOTO: DIE WELT

Mehr Mitarbeiter für Dienstleistungen

AP, Wiesbaden

Im Jahresdurchschnitt waren 1983 in der Bundesrepublik rund 25,187 Millionen Menschen erwerbstätig und damit 445 000 oder 1,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilte, war nur im Dienstleistungsbereich die Zahl der Erwerbstätigen mit 8,644 Millionen (plus 0,5 Prozent oder 43 000) höher als 1982. Von den anderen Wirtschaftszweigen verzeichnete das produzierende Gewerbe bei einer Beschäftigtenzahl von 10,567 Millionen mit minus 3,5 Prozent (oder 383 000) die höchste Abnahmerate. In der Sparte Handel und Verkehr gab es einen Rückgang um zwei Prozent oder 95 000 Erwerbstätige auf 4,605 Millionen. Von den 25,187 Millionen Beschäftigten waren 21,962 Millionen (87,2 Prozent) als Abhängige tätig.

FRANKREICH

Mehr ausländische Autos auf schrumpfendem Markt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Pkw-Export hat sich im April etwas erholt. Im Jahresvergleich nahm er um 1,5 Prozent zu. Für die ersten vier Monate verblieb damit aber immer noch ein Rückgang um vier Prozent. Gleichzeitig schrumpfte der Inlandsabsatz um 15,6 Prozent. Renault verlor 34 Prozent und die Peugeot-Gruppe (Peugeot-Talbot-Citroën) 12,8 Prozent.

Dagegen verbuchten die Importeure Absatzverluste von nur 8,3 Prozent (vier Monate), was in dem stark geschrumpften Markt eine Verbesserung bedeutet. Ihr Zulassungsanteil hat inzwischen einen Rekordstand von 38 Prozent erreicht. Spitzenreiter ist die Ford-Gruppe gefolgt von Fiat, VW und General Motors.

Die schlechte Verkaufsentwicklung hat die französische Automobilindustrie zu starken Produktionseinschränkungen gezwungen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurde die Pkw-Produktion um neun Prozent reduziert. Jedoch erwartet der Branchenverband, daß es im Verlaufe der nächsten Monate zu einer gewissen Erholung der Pkw-Nachfrage kommt. Für den Nutzfahrzeugsektor bleiben die Prognosen pessimistisch gestimmt.

Beim Importeurverband hält man sich mit Stellungnahmen sehr zurück. Dort wird befürchtet, daß eine weitere Zunahme des Marktanteils ausländischer Wagen die protektionistischen Tendenzen verstärken könnte. Es geht dabei weniger um die Japaner, deren Anteile in letzter Zeit eher geschrumpft sind und insgesamt unter dem behördlichen Drei-Prozent-Limit (aller Zulassungen) liegen, als um die verschärfte deutsche Konkurrenz.

VEREINIGTE STAATEN

Beschäftigungsrekord, aber noch viele Schwachpunkte

H.-A. SIEBERT, Washington

Präsident Reagan kann auf dem Wirtschaftsgipfel in London mit einer weiteren „glücklichen Meldung" aufwarten, wie er selbst erklärte: Nach dreimonatiger Stagnation ist in den USA die Arbeitslosenrate wieder gesunken, und zwar im Mai von 7,8 auf 7,5 Prozent. Sie hat damit das Niveau erreicht, das Reagan bei seinem Amtsantritt im Januar 1981 vorfand. Am Ende der Rezession im Dezember 1982 war die Quote auf 10,7 Prozent gestiegen. Seitdem fanden 5,3 Millionen Amerikaner einen Job. In der Weiterverarbeitung wurden zwei Drittel der in der Rezession entlassenen Arbeiter wiedereingestellt.

Wie das US-Arbeitsministerium mitteilte, wurden im Mai 890 000 Arbeitsplätze geschaffen; die zivile Gesamtbeschäftigung erreichte 105,3 Millionen – ein neuer Rekord. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich um 330 000 auf 8,5 Millionen. Ermittelt werden in Amerika die Daten durch Befragung von 60 000 Haushalten. Auf die Arbeitslosenquote müßten ein bis 1,5 Prozent aufgeschlagen werden, um sie mit der deutschen Rate vergleichbar zu machen. Am stärksten nahm die Beschäftigung bei den Männern zu. Ohne Arbeit waren noch 6,5 (6,9) Prozent. Bei den Frauen, von denen 50,5 Prozent arbeiten, sank die Quote von sieben auf 6,8, bei den Teenagern von 19,4 auf 19 Prozent.

Schwachpunkte sind nach wie vor Bundesstaaten wie Michigan, Illinois oder Ohio, also die Zentren der sogenannten Altindustrien. Dort macht die Arbeitslosenrate immer noch neun bis zwölf Prozent aus. Am Stahl ist die Erholung bisher vorübergegangen, soweit Jobs betroffen sind. Der Autoindustrie geht es besser, aber etwa ein Siebtel der Arbeitsplätze sind für immer verlorengegangen. Die Zunahme konzentrierte sich auf den Dienstleistungs- und High-Tech-Bereich.

DIHT / Technologiebörse soll Mittelständlern Hilfestellung geben

Viele Erfindungen bleiben ungenutzt

SABINE SCHUCHARDT, Bonn

Ein großer Teil der Erfindungen und Forschungsergebnisse liegt ungenutzt in Schubladen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) beklagt, daß der Umsetzung von technischen Neuentwicklungen in marktfähige Produkte in der Bundesrepublik noch nicht genügend Bedeutung beigemessen wird. Durch seine Technologiebörse, die inzwischen auf eine über zweijährige Tätigkeit zurückblicken kann und neuerdings auch weltweit zu nutzen ist, will der DIHT in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern neuen Techniken zu einer stärkeren wirtschaftlichen Nutzung verhelfen.

Die Technologiebörse hat die Aufgabe, erste Kontakte zwischen Anbietern technischer Neuerungen und Technologiesuchenden herzustellen. Insbesondere mittelständische Unternehmen sollen aus dieser Einrichtung, so der DIHT, jenseits von staatlicher Förderung eine Hilfestellung zur Vermarktung ihrer neuen Produkte erhalten.

Die kammerzugehörigen Unternehmen haben die Möglichkeit, in einer beim DIHT veröffentlichten und halbjährlich aktualisierten Liste kostenlos ihre Technologieangebote und -gesuche zu plazieren. Nicht nur komplexe Spitzentechnologien, sondern auch eine breite Palette von technischen Detaillösungen haben Zugang zur Börse und stoßen, wie Umfragen einzelner Kammern zeigen, auf reges Interesse der technologiesuchenden Unternehmen.

Etwa 2000 Technologieangebote und -gesuche werden zur Zeit an der Börse notiert, ungefähr viermal mehr als vor zwei Jahren. Sie sind seit der diesjährigen Hannover-Messe, auf der vom DIHT und den Industrie- und Handelskammern ein Pilotprojekt zur weltweiten Technologievermittlung gestartet wurde, in einer internationalen Datenbank gespeichert und von dort auch weltweit abrufbar.

Weitere Überlegungen des DIHT gehen dahin, die Technologieangebote und -gesuche in Zukunft auch über Bildschirmtext zu verbreiten. Die grenzüberschreitende Kooperation soll durch die Einbeziehung der deutschen Außenhandelskammern in die Vermittlungstätigkeit der Technologiebörse und durch die technische Zusammenarbeit mit nationalen Behörden anderer Länder, wie sie zum Beispiel mit Kanada bereits praktiziert wird, verstärkt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesanleihe in Vorbereitung

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Konditionen für eine neue Bundesanleihe von voraussichtlich wieder zwei Milliarden DM wird das Bundesanleihekonsortium heute festlegen. Frankfurter Rentenhändler gehen davon aus, daß die Anleihe einen Kupon von 8,25 Prozent bei einem Ausgabekurs von „unter pari" haben wird. Die Renditen der Anleihen von Bund, Bahn und Post lagen zuletzt bei 8,11 Prozent. Die letzte öffentliche Anleihe war eine Emission der Deutschen Bundesbahn mit einem Kupon von 8,25 Prozent zum Ausgabekurs von 100,25 Prozent.

Dumpingzoll gefordert

Brüssel (VWD) – Der Dachverband der europäischen Stahlhersteller, Eurofer, hat auf Grund deutscher Beschwerden bei der EG-Kommission die Einleitung eines Anti-Dumpingverfahrens gegen Brasilien, Portugal, Venezuela, Trinidad und Tobago beantragt. Diese Länder bieten dem Verband zufolge Walzdraht zu Schleuderpreisen an, vor allem auf dem deutschen Markt.

Ecu an der Pariser Börse

Paris (dpa/VWD) – Die europäische Währungseinheit Ecu wird von heute an offiziell an der Börse von Paris gehandelt. Das französische Finanzministerium hat die Berücksichtigung des Ecu bei der amtlichen täglichen Notierung der Wechselkurse beantragt und vom 4. Juni an erreicht. Nach seinen Angaben ist die Börseneinführung des Ecu eine logische und erwünschte Folge der starken Zunahme von Operationen in Ecu.

Banken-Hearing

Washington (VWD) – Am 13. Juni will der Bankenausschuß des US-Repräsentantenhauses mit einem Hearing über die Schwierigkeiten der Continental Illinois National Bank & Trust und der Rettungsversuche durch die Bundesaufsichtsbehörde beginnen. Nach Angaben des Ausschußvorsitzenden Fernand St. Germain sollen dabei nicht nur die Gründe für die Rettungsaktion, sondern auch ihre Kosten und die Auswirkungen auf das Bankensystem sowie die Pläne für die Zukunft der Bank ausgelotet werden.

EG-Abschlachtaktion

Frankfurt (dpa/VWD) – Annähernd 1,3 Millionen Milchkühe müssen in der EG bis 1986 geschlachtet werden. Auf dieses Ergebnis der restriktiven Milchmarktpolitik der EG hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, Wolfgang von Geldern, in Frankfurt hingewiesen.

Peru will Aufschub

Lima (dpa/VWD) – Peru strebt ein Abkommen mit seinen ausländischen Gläubigerbanken an, nach dem seine bis 1985 fällig werdenden Schulden in Höhe von 1,05 Milliarden Dollar erst innerhalb von neun bis zehn Jahren zurückgezahlt werden sollen. Die ersten vier bis fünf Jahre sollen außerdem Freijahre sein. Das teilte der peruanische Ministerpräsident Sandro Mariategui in Lima vor seinem Abflug nach Paris mit, wo heute neue Umschuldungsverhandlungen zwischen dem südamerikanischen Land und seinen im „Club von Paris" zusammengeschlossenen privaten Gläubigerbanken beginnen. Die gesamten Auslandsschulden Perus werden auf über zwölf Milliarden Dollar beziffert.

Weg der Kurse

	1.6.	24.5.
Boeing	39,50	37,875
Chrysler	24,375	22,375
Citicorp	29,75	29,75
Coca-Cola	55,75	55,125
Exxon	40,25	40
Ford Motors	38,50	36,125
IBM	107,875	106,75
PanAm	5,625	5,375
US Steel	27,125	26,75
Woolworth	34,875	33,25

NWK

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, HAMBURG

EIN UNTERNEHMEN DER VEBA

Bilanz zum 30. September 1983

AKTIVA	Stand am 1. 10. 1982 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 30. 9. 1983 DM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	61 357 649	1 001 457	1 454 734	35 062	—	—	60 939 434
Bauten	363 668 871	12 875 471	3 694 739	2 113 933	362 594	—	374 600 942
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	3 634 500	89 900	9 738	—	—	—	2 714 662
Bauten	22 481 424	290 869	212 293	—	—	—	22 560 000
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	18 094 668	140 448	2 014 678	—	—	—	16 220 438
4. *Bauten auf fremden Grundstücken*	5 667 391	12 129 501	—	2 101 326	—	—	19 898 218
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 641 419 665	6 595 858	263 350	12 397 220	1 625 057	—	1 658 524 336
Stromverteilungsanlagen	1 478 564 371	39 727 722	4 366 171	25 526 141	160 100	—	1 539 291 963
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 718 079	9 439 155	70 184	1 325 521	—	7 028 850	14 383 721
7. Anlagen im Bau	30 628 154	42 272 500	150 418	881 818	20 635 911	—	52 996 143
8. Anzahlungen auf Anlagen	29 081 285	52 600 215	576 126	—	21 597 359	—	59 508 015
9. Konzessionen	2 400 000	—	—	—	—	2 399 999	1
10. Bergwerksgerechtsame	1	—	—	—	—	—	1
	3 666 716 058	177 163 096	12 812 431	44 381 021	44 381 021	9 428 849	3 821 637 874
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	536 909 574	126 085 538	44 171 165	—	—	—	618 823 947
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 3 867 185)	14 355 240	1 474 905*)	4 257 547	—	—	363 827	11 208 771
	551 264 814	127 560 443	48 428 712	—	—	363 827	630 032 718
	4 217 980 872	304 723 539	61 241 143	44 381 021	44 381 021	9 792 676	4 451 670 592
II. Kernbrennelemente							
1. Fertige Kernbrennelemente	59 072 527	7 509 430	—	37 832 586	—	34 631 716	69 782 827
2. Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen auf Kernbrennelemente	105 562 665	55 256 536	854 592	—	37 832 586	7 991 000	114 141 023
	164 635 192	62 765 966	854 592	37 832 586	37 832 586	42 622 716	183 923 850

	DM	DM	DM
III. Umlaufvermögen			
A. Vorräte			
1. Brennstoffe		211 891 760	
2. Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		21 122 207	233 013 967
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
1. Geleistete Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM 68 196 066; Vorjahr: DM 114 278 929)		130 891 665	
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM –)		198 312 429	
3. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben		145 811	
4. Guthaben bei Kreditinstituten		1 406 932	
5. Wertpapiere		40 500	
6. Forderungen an verbundene Unternehmen *(davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 93 454 486; Vorjahr: DM 79 540 849)*		165 140 017	
7. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon Forderungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG: DM 652 772 017; Vorjahr: DM 681 513 391)		652 817 965	
8. Rückdeckungsanspruch an die Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	327 775 800		
abzüglich Policedarleben	234 900 000	92 875 800	
9. Sonstige Vermögensgegenstände (davon Forderungen gegenüber Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover: DM 12 870 671; Vorjahr: DM 7 215 514)		47 932 162	1 289 563 281
			6 158 171 690

*) davon Zuschreibung wegen Teilauflösung der Abzinsung: DM 55 484

PASSIVA	DM	DM	Stand am 30. 9. 1983 DM
I. Grundkapital			
1. Stammaktien		320 000 000	
2. Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		160 000 000	480 000 000
II. Offene Rücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage		304 646 692	
2. Andere Rücklagen			
Rücklage für Anlagenerhaltung			
Stand am 1. 10. 1982	141 810 024		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	5 000 000	146 810 024	
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle			
Stand am 1. 10. 1982	38 000 000		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	—	38 000 000	
Sonstige Rücklagen			
Stand am 1. 10. 1982	184 272 500		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	10 000 000	194 272 500	683 729 216
III. Sonderposten mit Rücklageanteil			
1. gemäß § 6 b Abs. 3 EStG		1 126 788	
2. gemäß § 52 Abs. 5 EStG		13 949 637	15 076 425

IV. Wertberichtigungen	Stand am 1. 10. 1982 DM	Zuweisungen DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Stand am 30. 9. 1983 DM	
Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	1 425 544	665 172	—	—	—	2 090 716	
Bauten	199 489 689	14 649 446	1 516 229	409 149	175 496	212 856 559	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	—	89 900	—	—	—	89 900	
Bauten	9 288 284	555 215	138 685	—	—	9 704 814	
3. Grundstücke ohne Bauten	—	54 524	—	—	—	54 524	
4. Bauten auf fremden Grundstücken	3 548 830	829 423	—	—	—	4 378 253	
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 394 675 453	75 958 601	161 909	4 615 749	1 094 063	1 473 993 831	
Stromverteilungsanlagen	885 643 861	81 994 805	3 658 459	1 423 559	158 528	965 245 258	
6. Anlagen im Bau	942 521	—	—	—	942 521	—	
7. Anzahlungen auf Anlagen	4 077 849	—	—	—	4 077 849		
	2 499 092 051	174 797 086	5 475 282	6 448 457	6 448 457		2 668 413 855

	DM	DM
V. Rückstellungen		
1. Pensionsrückstellungen	329 701 804	
2. Andere Rückstellungen	774 809 632	1 104 511 436
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren		
1. Anleihen		
6% DM-Anleihe 1958	—	
6% DM-Anleihe 1961	6 000 000	
6% DM-Anleihe 1962	12 500 000	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	18 500 000	
2. Darlehnsverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	345 669 429	
Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	4 000 000	
Sonstige	170 953 502	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	520 622 931	
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	2 012 092	541 135 023
Von 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 346 034 864		
VII. Andere Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	116 997 590	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112 653 364	
3. Erhaltene Anzahlungen	41 100	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 56 066 226; Vorjahr: DM 73 869 734)	246 219 298	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	40 651 868	516 563 220
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten		76 737 180
IX. Bilanzgewinn		72 005 335
		6 158 171 690

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften für verbundene Unternehmen: DM 18 790 600
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen: DM 22 698 301

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1982 bis 30. September 1983

		DM	DM
1. Umsatzerlöse		2 771 231 958	
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		8 701 467	2 762 530 491
2. Aktivierte Eigenleistungen			3 257 971
3. Gesamtleistung			2 765 788 462
4. Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie f. bezog. Waren (einschl. Kernbrennelemente)			1 895 463 629
5. Rohertrag			870 324 833
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		16 381 018	
7. Erträge aus Beteiligungen		13 171 803	
8. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		202 490	
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4 538 761	
10. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		3 997 580	
11. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		12 934 855	
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		1 394 964	
13. Sonstige Erträge (davon außerordentliche DM 10 513 303)		300 954 937	353 576 408
			1 223 901 241
14. Löhne und Gehälter		192 782 774	
15. Soziale Abgaben		26 881 175	
16. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		51 441 205	
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		184 225 935	
18. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen		363 827	
19. Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		14 764 320	
20. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		1 356 640	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		82 576 921	
22. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	144 113 791		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	1 258 662		
	142 855 129		
b) sonstige	233 080		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	726		
	232 354	143 087 483	
23. Aufwendungen aus Verlustübernahme		90 838 103	
24. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil		1 126 788	
25. Sonstige Aufwendungen		347 451 472	1 136 896 643
26. Jahresüberschuß			87 004 598
27. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			737
			87 005 335
28. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			15 000 000
29. Bilanzgewinn			72 005 335

Vom 1. 10. 1982 bis 30. 9. 1983 geleistete Pensionszahlungen DM 12 155 138. Voraussichtliche Pensionszahlungen in den folgenden Geschäftsjahren in Prozentsätzen, bezogen auf den vorgenannten Betrag: 1983/84 108%; 1984/85 117%; 1985/86 126%; 1986/87 136%; 1987/88 147%.

Hamburg, den 20. März 1984

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Krämer Hartmann Müller Cramer

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, den 20. März 1984

TREUARBEIT AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Dr. Schlüter, Wirtschaftsprüfer — Weise, Wirtschaftsprüfer

In der Hauptversammlung am Dienstag, dem 29. Mai 1984, wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982/83 aus dem sich unter Einschluß des Gewinnvortrages von DM 737 ergebenden Bilanzgewinn von DM 72 005 335 an die Aktionäre DM 72 000 000, d. h. eine Dividende von DM 7,50 je Aktie im Nennwert von DM 50, mithin 15 % auf das nom. DM 480 000 000 betragende dividendenberechtigte Grundkapital auszuschütten.

Der verbleibende Restbetrag von DM 5335 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Auszahlung der Dividende abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer erfolgt ab sofort gegen Abgabe der Dividendenscheine

Nr. 38 zu den stimmrechtlosen Vorzugsaktien
Nr. 39 zu den Stammaktien

Zahlstellen sind folgende Banken sowie deren Niederlassungen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Bremer Bank
Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale
Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank – Girozentrale
Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale
Maffei & Co GmbH
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale
sowie
Schweizerischer Bankverein, Basel

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat: Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Düsseldorf, Vorstandsvorsitzender der VEBA Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin, Vorsitzender; Hans Schwalbach, Kiel, ehem. Vorsitzender des Bezirks Nord-West der Gewerkschaft ÖTV, Kiel, stellv. Vorsitzender (bis 11. 5. 1983); Paul Zloto, Bremen, Maschinist, ab 11. 5. 1983 stellv. Vorsitzender; Gerhard W. Bülow, Hamburg, Rechtsanwalt, Landesgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. Hamburg und Schleswig-Holstein (ab 27. 1. 1984); Bernd Bengen, Rechtsupweg, Schlosser (bis 11. 5. 1983); Klaus-Berti Dietrich, Stadland, Elektrotechniker (ab 11. 5. 1983); Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen; Gottfried Hecht, Winnenden, Geschäftsführer der Hauptabteilung Energie- und Wasserversorgung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart; Krino Hedemann, Wiesmoor, Schaltwärter; Professor Dr. phil. Johann D. Hellwege, Hannover, Staatssekretär des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Hannover (ab 11. 5. 1983); Dr. rer. pol. Hartmut Hoffmann, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Wilhelm Hubrich, Berne, Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der Gewerkschaft ÖTV, Bremen; Dipl.-Ing. Erhard Keltsch, Hamburg, ehem. Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft, Hamburg; Gerhard Kittel, Lübeck, Schlosser (ab 11. 5. 1983); Walter Lienau, Lübeck, Maschinist (bis 11. 5. 1983); Dr. jur. H. C. Alwin Münchmeyer, Hamburg (bis 11. 5. 1983); Hans Hermann Münchmeyer, Hamburg (ab 11. 5. 1983 bis 21. 11. 1983); Dr. jur. Klaus Otto Nass, Hannover, Staatssekretär a. D. (bis 11. 5. 1983); Hans Nebel, Heikendorf, Staatssekretär a. D.; Horst Pantel, Deinste, Schweißer; Dipl.-Ing. Dietrich Schnakenberg, Stade, Vermessungsingenieur (bis 11. 5. 1983); Dr.-Ing. Ulrich Segatz, Gehrden, Sprecher des Vorstands der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Alfred Soltwisch, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Walter Suchanek, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Wolfgang Taube, Seevetal, Leiter der Lastverteilungs- und Netzkommandostelle; Wilhelm Vagts, Raisdorf, Stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Nord-West der Gewerkschaft ÖTV, Kiel (ab 11. 5. 1983); Heinrich Voss, Hinte, Schlosser (ab 11. 5. 1983);
Vorstand: Dr. rer. nat. Hermann Krämer, Seevetal, Sprecher des Vorstands; Ulrich Hartmann, Hamburg; Klaus H. Müller, Hamburg; Dipl.-Ing. Heinz Cramer, Hamburg (stellv. ab 1. 10. 1983).



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechell

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, HAMBURG

EIN UNTERNEHMEN DER VEBA

Bilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVA	Stand am 1. 10. 1983 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 31. 12. 1983 DM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	60 939 434	115 917	—	663 704	—	—	61 719 055
Bauten	374 600 942	3 308 059	16 065	5 935 422	—	—	383 828 358
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	2 714 662	—	20 665	49 166	—	—	2 743 163
Bauten	22 560 000	—	—	162 299	—	—	22 722 299
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	16 220 438	3 567	34 293	—	—	—	16 189 712
4. Bauten auf fremden Grundstücken	19 898 218	2 277	7 958	—	—	—	19 892 537
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 658 524 336	20 714 871	14 297 543	23 598 672	—	—	1 688 540 336
Stromverteilungsanlagen	1 539 291 963	23 246 571	1 188 520	44 704 676	—	—	1 606 054 690
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	14 383 721	1 663 984	14 618	155 110	—	1 569 382	14 618 815
7. Anlagen im Bau	52 996 143	10 782 393	1 323 592	8 497 265	36 994 781	—	33 957 428
8. Anzahlungen auf Anlagen	59 508 015	12 244 959	78 727	—	46 771 533	—	24 902 714
9. Konzessionen	1	—	—	—	—	—	1
10. Bergwerksgerechtsame	1	—	—	—	—	—	1
	3 821 637 874	72 082 598	16 981 981	83 766 314	83 766 314	1 569 382	3 875 169 109
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	618 823 947	108 561 500	18 742 094	—	—	—	708 643 353
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 3 820 672)	11 208 771	205 648	69 988	—	—	53 354	11 291 077
	630 032 718	108 767 148	18 812 082	—	—	53 354	719 934 430
	4 451 670 592	180 849 746	35 794 063	83 766 314	83 766 314	1 622 736	4 595 103 539
II. Kernbrennelemente							
1. Fertige Kernbrennelemente	69 782 827	3 706 247	—	38 431 486	—	12 337 837	99 582 723
2. Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen auf Kernbrennelemente	114 141 023	1 800 165	10 459 977	—	38 431 486	—	67 049 725
	183 923 850	5 506 412	10 459 977	38 431 486	38 431 486	12 337 837	166 632 448

	DM	DM	DM
III. Umlaufvermögen			
A. Vorräte			
1. Brennstoffe		188 568 218	
2. Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		19 642 240	208 210 458
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
1. Geleistete Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM 70 990 907; per 30. 9. 83 DM 68 196 066)		123 713 192	
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM –)		235 464 255	
3. Schecks		8 750	
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben		132 001	
5. Guthaben bei Kreditinstituten		715 236	
6. Wertpapiere		40 500	
7. Forderungen an verbundene Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 83 149 196; per 30. 9. 83: DM 93 454 486)		142 213 563	
8. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon Forderungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG: DM 433 926 440; per 30. 9. 83: DM 652 772 017)		433 971 755	
9. Rückdeckungsanspruch an die Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	350 700 864		
abzüglich Policedarlehen	245 200 000	105 500 864	
10. Sonstige Vermögensgegenstände (davon Forderungen gegenüber Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover: DM 6 269 960; per 30. 9. 83: DM 12 870 671)		26 849 973	1 068 610 069
IV. Rechnungsabgrenzungsposten			8 472 595
			6 047 029 129

*) davon Zuschreibung wegen Teilauflösung der Abzinsung: DM 1557

PASSIVA	DM	DM	Stand am 31. 12. 1983 DM
I. Grundkapital			
1. Stammaktien		320 000 000	
2. Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		160 000 000	480 000 000
II. Offene Rücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage		304 646 692	
2. Andere Rücklagen			
Rücklage für Anlagenerhaltung			
Stand am 1. 10. 1983	146 810 024		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Rumpfgeschäftsjahres	8 000 000	154 810 024	
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle			
Stand am 1. 10. 1983	38 000 000		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Rumpfgeschäftsjahres	—	38 000 000	
Sonstige Rücklagen			
Stand am 1. 10. 1983	194 272 500		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Rumpfgeschäftsjahres	8 000 000	202 272 500	699 729 216
III. Sonderposten mit Rücklageanteil			
1. gemäß § 6 b Abs. 3 EStG		1 087 292	
2. gemäß § 52 Abs. 5 EStG		12 554 673	13 641 965

IV. Wertberichtigungen	Stand am 1. 10. 1983 DM	Zuweisungen DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Stand am 31. 12. 1983 DM	DM
Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	2 090 716	—	—	—	—	2 090 716	
Bauten	212 856 559	3 146 626	10 466	—	—	215 992 719	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	89 900	49 166	—	—	—	139 066	
Bauten	9 704 814	135 957	—	—	—	9 840 771	
3. Grundstücke ohne Bauten	54 524	—	—	—	—	54 524	
4. Bauten auf fremden Grundstücken	4 378 253	383 971	—	—	—	4 762 224	
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 473 993 831	14 353 601	14 297 543	—	—	1 474 049 889	
Stromverteilungsanlagen	965 245 258	20 725 711	1 128 751	—	—	984 842 218	
6. Anlagen im Bau	—	—	—	—	—	—	
7. Anzahlungen auf Anlagen	—	—	—	—	—	—	
	2 668 413 855	38 785 032	15 436 760	—	—		2 691 772 127

	DM	DM
V. Rückstellungen		
1. Pensionsrückstellungen	346 343 131	
2. Andere Rückstellungen	685 530 634	1 031 873 765
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren		
1. Anleihen		
6% DM-Anleihe 1961	4 000 000	
6% DM-Anleihe 1962	10 000 000	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	14 000 000	
2. Darlehnsverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	324 311 928	
Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	3 000 000	
Sonstige	178 524 564	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	505 836 492	
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM —)	2 010 591	521 847 083
Von 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 351 061 177		
VII. Andere Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95 583 061	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	76 196 019	
3. Erhaltene Anzahlungen	50 100	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 30 401 474; per 30. 9. 83: DM 56 068 226)	249 251 474	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	21 709 713	442 790 367
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten		75 330 771
IX. Bilanzgewinn		90 043 835
		6 047 029 129

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften für verbundene Unternehmen: DM 18 597 822

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1983 bis 31. Dezember 1983

		DM	DM
1. Umsatzerlöse		769 239 316	
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		1 896 089	767 343 227
2. Aktivierte Eigenleistungen			990 177
3. Gesamtleistung			768 333 404
4. Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie f. bezog. Waren (einschl. Kernbrennelemente)			572 984 687
5. Rohertrag			195 348 717
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		5 686 680	
7. Erträge aus Beteiligungen		468 750	
8. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		25 101	
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		377 946	
10. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		339 306	
11. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		13 433 161	
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		1 434 461	
13. Sonstige Erträge (davon außerordentliche DM 7 487 581)		77 530 157	99 295 564
			294 644 281
14. Löhne und Gehälter		52 235 499	
15. Soziale Abgaben		7 803 756	
16. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		8 253 597	
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		40 364 414	
18. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen		53 354	
19. Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		276 054	
20. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		1 233 015	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		15 745 686	
22. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	39 787 724		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	465 000		
	39 322 724		
b) sonstige	128 728		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	147		
	128 581	39 451 305	
23. Aufwendungen aus Verlustübernahme		10 494 097	
24. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil		—	
25. Sonstige Aufwendungen		84 695 004	260 605 781
26. Jahresüberschuß			34 038 500
27. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			—
			34 038 500
28. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			16 000 000
			18 038 500
29. noch nicht verteilter Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982/83			72 005 335
30. Bilanzgewinn			90 043 835

Vom 1. 1. bis 31. 12. 1983 geleistete Pensionszahlungen DM 12 652 425 (davon im Rumpfgeschäftsjahr DM 3 158 287). Voraussichtliche Pensionszahlungen in den folgenden Geschäftsjahren in Prozentsätzen, bezogen auf den vorgenannten Betrag: 1984 109%; 1985 118%; 1986 128%; 1987 139%; 1988 151%.

Hamburg, den 20. März 1984

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Krämer Hartmann Müller Cramer

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, den 20. März 1984

TREUARBEIT AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Dr. Schlüter, Wirtschaftsprüfer — Weise, Wirtschaftsprüfer

Für das Rumpfgeschäftsjahr 1983 ergibt sich unter Einschluß des noch nicht verteilten Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1982/83 von DM 72 005 335 ein Bilanzgewinn von DM 90 043 835. Nach der Ausschüttung der Dividende für das Geschäftsjahr 1982/83 in Höhe von DM 72 000 000 verbleiben für die Verwendung im Rumpfgeschäftsjahr 1983 DM 18 043 835. In der Hauptversammlung am Dienstag, dem 29. Mai 1984, wurde beschlossen, für das Rumpfgeschäftsjahr 1983 an die Aktionäre DM 18 000 000, d. h. eine Dividende von DM 1,875 je Aktie im Nennwert von DM 50, mithin zeitanteilig 15 % auf das nom. DM 480 000 000 betragende dividendenberechtigte Grundkapital auszuschütten.
Der verbleibende Restbetrag von DM 43 835 ist auf neue Rechnung vorzutragen.
Die Auszahlung der Dividende abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer erfolgt ab sofort gegen Abgabe der Dividendenscheine
Nr. 38 zu den stimmrechtlosen Vorzugsaktien
Nr. 39 zu den Stammaktien
Zahlstellen sind folgende Banken sowie deren Niederlassungen:
Hamburgische Landesbank – Girozentrale
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Bremer Bank
Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale
Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank – Girozentrale
Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale
Maffei & Co GmbH
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale
sowie
Schweizerischer Bankverein, Basel

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Aufsichtsrat: Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Düsseldorf, Vorstandsvorsitzender der VEBA Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin, Vorsitzender; Hans Schwalbach, Kiel, ehem. Vorsitzender des Bezirks Nord-West der Gewerkschaft ÖTV, Kiel, stellv. Vorsitzender (bis 11. 5. 1983); Paul Zioto, Bremen, Maschinist, ab 11. 5. 1983 stellv. Vorsitzender; Gerhard W. Bülow, Hamburg, Rechtsanwalt, Landesgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. Hamburg und Schleswig-Holstein (ab 27. 1. 1984); Bernd Bengen, Rechtsupweg, Schlosser (bis 11. 5. 1983); Klaus-Berti Dietrich, Stadland, Elektrotechniker (ab 11. 5. 1983); Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen; Gottfried Hecht, Winnenden, Geschäftsführer der Hauptabteilung Energie- und Wasserversorgung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart; Krino Hedemann, Wiesmoor, Schaltwärter; Professor Dr. phil. Johann D. Hellwege, Hannover, Staatssekretär des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Hannover (ab 11. 5. 1983); Dr. rer. pol. Hartmut Hoffmann, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Wilhelm Hubrich, Berne, Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der Gewerkschaft ÖTV, Bremen; Dipl.-Ing. Erhard Keltsch, Hamburg, ehem. Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft, Hamburg; Gerhard Kittel, Lübeck, Schlosser (ab 11. 5. 1983); Walter Lienau, Lübeck, Maschinist (bis 11. 5. 1983); Dr. jur. h. c. Alwin Münchmeyer, Hamburg (bis 11. 5. 1983); Hans Hermann Münchmeyer, Hamburg (ab 11. 5. 1983 bis 21. 11. 1983); Dr. jur. Klaus Otto Nass, Hannover, Staatssekretär a. D. (bis 11. 5. 1983); Hans Nebel, Heikendorf, Staatssekretär a. D.; Horst Pantel, Deinste, Schweißer; Dipl.-Ing. Dietrich Schnakenberg, Stade, Vermessungsingenieur (bis 11. 5. 1983); Dr.-Ing. Ulrich Segatz, Gehrden, Sprecher des Vorstands der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Alfred Soltwisch, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Walter Suchanek, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover; Dipl.-Ing. Wolfgang Taube, Seevetal, Leiter der Lastverteilungs- und Netzkommandostelle; Wilhelm Vagts, Raisdorf, Stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Nord-West der Gewerkschaft ÖTV, Kiel (ab 11. 5. 1983); Heinrich Voss, Hinte, Schlosser (ab 11. 5. 1983);
Vorstand: Dr. rer. nat. Hermann Krämer, Seevetal, Sprecher des Vorstands; Ulrich Hartmann, Hamburg; Klaus H. Müller, Hamburg; Dipl.-Ing. Heinz Cramer, Hamburg (stellv. ab 1. 10. 1983).

GETREIDEERNTE / Rekordergebnis erwartet

Unsicherheit in der UdSSR

AFP, London

Die sowjetische Getreideernte dürfte auch 1984 im sechsten Jahr hintereinander schlecht ausfallen und unter den 105 Mill. Tonnen des vergangenen Jahres bleiben. Dies wird im jetzt veröffentlichten Bericht des Internationalen Weizen-Rates festgestellt. Der Bericht erscheint im gleichen Augenblick, in dem in Kreisen des Getreidehandels Gerüchte über beabsichtigte große sowjetischen Weizenkäufe in der EG und Argentinien umlaufen.

Nach den Schätzungen des Weizenrates könnte die Weltweizenernte 1984 ein neues Rekordergebnis von etwa über 500 Mill. Tonnen gegen 496 Mill. Tonnen 1983 erreichen. Er unterstreicht jedoch, daß zahlreiche „Unsicherheitsfaktoren", insbesonders in der UdSSR, vorhanden sind. Hier hält die Dürre in wichtigen Produktionszonen an. In Osteuropa wirkten sich die Regenfälle Anfang Mai in Ungarn und der CSSR günstig aus. In Polen ist für eine günstige Ernte weiterer Regen nötig, während die *„DDR" und Rumänien mit guten Erträgen* rechnen können.

Was die Vereinigten Staaten angeht, so waren hier die ersten offiziellen Schätzungen über die Winterweizenernte (53,9 Mill. gegen 54,3 Mill. Tonnen 1983) angesichts der Zunahme der Anbaufläche um vier Prozent enttäuschend. Die Produktion von Frühjahrsweizen dürfte diesen Rückgang jedoch kompensieren, so daß eine Ernte von 69,4 Mill. Tonnen gegen 66 Mill. Tonnen 1983 erwartet werden kann. In Westeuropa haben die Regenfälle die Ernteaussichten verbessert. Die Weizenernte der Europäischen Gemeinschaft dürfte einen neuen Rekordstand von 63 Mill. Tonnen (plus vier Mill. Tonnen) erreichen.

Auch China erwartet eine sehr gute Ernte; die indische Weizenproduktion erreichte den Rekordstand von 45 (42,5) Mill. Tonnen. Im Nahen Osten kann die Türkei mit einer Rekordernte rechnen. Saudi-Arabien erwartet eine Verdoppelung auf 1,3 Mill. Tonnen.

Die Ernteaussichten in Lateinamerika sind günstig. In Afrika dürften die Regenfälle von Anfang Mai das Ernteergebnis in den Küstenregionen begünstigen. Dagegen sehen die Ernteaussichten in Jordanien und Israel im laufenden Jahr nicht so günstig aus, berichtet der Weizenrat.

BRASILIEN / Außenhandelsüberschuß von neun Milliarden Dollar angestrebt

Import-Restriktionen sollen bleiben

AFP, Brasilia

Brasilien ist nicht bereit, seine protektionistische Politik aufzugeben. Sie ermöglichte im vergangenen Jahr im Außenhandel einen Rekordüberschuß von mehr als sechs Milliarden Dollar. Brasilia hat sich für 1984 einen Überschuß von neun Milliarden Dollar zum Ziel gesetzt. Alle Versuche, die Zollbarrieren auch nur geringfügig zu senken, stoßen auf heftige Proteste des Großteils der brasilianischen Unternehmen, die bei einer „Liberalisierung" den freien Wettbewerb fürchten.

Luis Eulalio Vidigal, der Präsident des möchtigen Industrieverbandes von São Paulo, warnte jetzt erneut vor eventuellen Versuchen zur Öffnung des Marktes. Er erklärte, falls die Handelspolitik Brasiliens geändert werden solle, müsse die Regierung mit erbittertem Widerstand aus dem Unternehmerlager rechnen. Er stützte sich dabei auf eine jetzt veröffentlichte Studie seines Verbandes, die zur Verteidigung der Einfuhrbarrieren ausgearbeitet wurde. Darin wird unterstrichen, daß die brasilianische Industrie 1983 rund 4,5 Milliarden Dollar an Devisen einsparte, indem sie Erzeugnisse herstellte, die früher weitgehend aus dem Ausland bezogen wurden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Maschinenbau und Chemie. Vidigal unterstrich, daß die Behörden dieser „Wiedereroberung des Binnenmarktes" Rechnung tragen müßten. Bei allen Maßnahmen zur Liberalisierung der Einfuhren müsse diese neue Entwicklung berücksichtigt werden. Beschlüsse, die darauf hinausliefen, die Bemühungen der Industriellen, Einfuhrprodukte durch eigene Erzeugnisse zu ersetzen, zu annullieren, seien zumindest „unpatriotisch", erklärte er.

In der Studie des Industrieverbandes von São Paulo wird fesfgestellt, daß die Industrie 1980 für 15,2 Dollar importieren mußte, um Landesprodukte im Wert von 100 Dollar herzustellen. Dieser Betrag sei heute auf einen Bruchteil zurückgegangen. Der Verband fordert die Regierung nachdrücklich auf, daß die Möglichkeiten, Einfuhrgüter durch im Lande erzeugte Produkte zu ersetzen, begrenzt sind und langsam auf technologische Hindernisse stoßen.

Die Regierung ihrerseits ist beim Versuch einer Öffnung des brasilianischen Marktes äußerst vorsichtig. So erklärte der für den Außenhandelssektor der Brasilianischen Staatsbank zuständige Direktor Carlos Viacava, die Importbeschränkungen würden nur dann aufgehoben, wenn dies unbedingt notwendig sei. Das heißt, wenn diese Einfuhren die Herstellung von Landeserzeugnissen, die für den Export bestimmt sind, erleichtern.

Wichtigstes Ziel Brasiliens sei es, 1984 einen Überschuß im Außenhandel von neun Milliarden Dollar zu erreichen, setzte er hinzu. Es sei selbst möglich, daß zwölf Milliarden erwirtschaftet würden, da in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bereits ein Überschuß von 5,45 Milliarden Dollar erreicht wurde. Um möglichst viel exportieren zu können, schreckt Brasilien inzwischen auch vor Druckmitteln nicht zurück. So kündigte der staatliche Erdölkonzern Petrobras in der vergangenen Woche an, daß Brasilien nur noch aus jenen Ländern Rohöl einführen wird, die auch brasilianische Erzeugnisse kaufen. Wie aus unterrichteten Kreisen bekannt wurde, hat die Petrobras den Erdölbezug aus einigen Ländern mit diesem Argument bereits stark eingeschränkt.

FRANKREICH / Verhandlungen über Arbeitszeit

Ziel ist 35-Stunden-Woche

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum ersten Mal haben der französische Unternehmerverband CNPF und sämtliche Gewerkschaften auf einem gemeinsamen Treffen Verhandlungen über die „Flexibilität der Arbeitszeit" verabredet. Dabei sollen alle Beschäftigungsaspekte einschließlich weiterer Arbeitszeitverkürzungen behandelt werden. Die beiden ersten Verhandlungstage am 25. Juni und 2. Juli dienen der Aufstellung der Tagesordnung.

Gemeinsam gefordert wird von den Gewerkschaften „die 35-Stunden-Woche", die Staatspräsident Mitterrand Anfang 1981 in seinem Wahlkampf versprochen hatte. Jedoch bestehen Meinungsverschiedenheiten über ihren Termin. Die sozialistische Regierung nannte zunächst 1985 und später 1988. Inzwischen hat sie eine gesetzliche Regelung mit einem vollen Lohnausgleich grundsätzlich abgelehnt.

Die kommunistische CGT als größte Gewerkschaft nimmt die schärfste Position ein: 35 Stunden im nächsten Jahr ohne Kaufkraftverlust. Allerdings besteht auch sie nicht mehr auf einer gesetzlichen Regelung, wie sie vor zwei Jahren dem Übergang von der 40- zur 39-Stunden-Woche zugrundelag. Wie damals so soll nach Auffassung der CGT die Arbeitszeitverkürzung aber einheitlich für ganz Frankreich gelten.

Dagegen ist die linkssozialistische *CFDT grundsätzlich bereit, eine* Reallohnkürzung zu akzeptieren. Auch will sie den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Branchen und Regionen sowie den Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung tragen. Die drittgrößte Gewerkschaft, Force Ouvrière, nimmt eine mittlere Position ein, fordert dabei aber vollen Lohnausgleich.

Demgegenüber schlägt das Patronat vor allem größere Geschmeidigkeit in den Arbeitsbedingungen vor, insbesondere *durch Ausdehnung* der Teilarbeitszeit. Von der Regierung gefordert wird die Lockerung des Entlassungsschutzes und eine Verminderung der sozialen Lasten.

Durch die Arbeitszeitverkürzung von 40- auf 39-Wochen-Stunden und durch die Verlängerung des gesetzlichen Urlaubs von 4 auf 5 Wochen, dem zweiten Sozialwerk der Sozialisten, waren nach Regierungsschätzungen in Frankreich nur 70 000 Stellen geschaffen bzw. erhalten worden.

MINERALÖL / Golf-Konflikt nicht überbewerten

Vor allem Spekulationen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die internationale Mineralölversorgung ist besser als sie auf Grund der Nachrichten aus der Golf-Region erscheint. Nach Angaben der französischen Elf-Aquitaine-Gruppe sind in jüngster Zeit weit weniger Tanker und Abfertigungsanlagen dem Iran-Irak-Krieg zum Opfer gefallen als aus Teheran und Bagdad gemeldet worden war. Die Übertreibung der Kriegskonsequenzen hat laut Elf spekulative Gründe: Die Ölexportstaaten – nicht nur Iran und Irak – wollen einem weiteren Preisverfall am Weltölmarkt Einhalt gebieten. Dies ist ihnen bisher weitgehend gelungen, und zwar vor allem deshalb, weil die Versicherungsgesellschaften ihre Prämien für den Tankertransport stark erhöhten.

Inzwischen aber soll Iran verschiedenen *Ölkonzernen zum Ausgleich* der Prämienerhöhungen Preisreduktionen angeboten haben. Teheran verhandelt außerdem mit den japanischen Mineralölgesellschaften, die das Kampfgebiet des Persischen Golfs nicht mehr anlaufen, über die Wiederaufnahme der Bezüge zu Vorzugsbedingungen. An der Stabilisierung sind auch die Gesellschaften selbst interessiert. Ein Preisverfall würde ihre Gewinne schmälern.

Bei der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris weist man darauf hin, daß sich die Ölvorräte der OECD-Staaten auf einem hohen Stand halten. Die an Land entsprachen zuletzt einem Verbrauch von 95 Tagen. Rechnet man dem die schwimmenden Lager hinzu, die außerhalb des Golfs (vor allem von Saudi-Arabien) unterhalten werden, und unterstellt man eine unveränderte Produktion in den nicht gefährdeten Öllländern, dann kommt man *nach Expertenschätzungen auf eine* Versorgungssicherheit für 10 bis 12 Monate.

Preussag organisiert Baubereich neu

dos, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, hat ihren Unternehmensbereich Bau, der einen Umsatz von 714 Mill. DM repräsentiert, neu organisiert und in „Anlagenbau" umbenannt. Statt der bisherigen drei Geschäftsbereiche Inland, Ausland und Produkte gliedert sich der Unternehmensbereich nunmehr in zwei Geschäftsbereiche: Wasser- und Energieversorgung sowie Feuerschutz.

Dem Bereich Wasser- und Energieversorung sind unter anderem Bohrgesellschaften in Saudi-Arabien und Nigeria, die Arbeitsgebiete Pipelinebau und Spezialtiefbau sowie die Sparten Kunststoffe und Armaturen zugeordnet. Dem Geschäftsbereich Feuerschutz unterstehen die Auslandsgesellschaften Pefipresa (Spanien), Pefiport (Portugal) und Protec *Feu (Frankreich) sowie die* Arbeitsgebiete stationärer Feuerschutz, Brandschutz und Export.

RENTENMARKT / Kein Sog aus den USA

Zinsen kaum verändert

Voller Ängste schauen die Profis an den Rentenmärkten auf die heftigen Zinsausschläge in den USA, wo zehn*jährige Regierungsbonds nach einem* Anstieg um ¼ Prozentpunkt zeitweilig die Marke von 14 Prozent streiften, bevor die Rendite schließlich auf rund 13,8 Prozent zurückging. Obwohl amerikanische Regierungstitel damit eine um mehr als 5 ½ Prozent höhere Rendite bieten als deutsche, locken sie offenbar kaum nennens*werte Beträge aus dem deutschen* Markt an. Sonst wären unsere Zinsen nicht so stabil, wie dies aus der von der Börsen-Daten-Zentrale, Frankfurt, zusammengestellten Tabelle abzulesen ist. (cd)

Emissionen	1.6. 84	25.5. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,63	7,62	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,72	7,70	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,66	7,66	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,87	7,87	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,67	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,38	7,37	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,22	8,21	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,67	7,67	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,93	7,91	8,06	8,45	10,32

VIEH- UND FLEISCH AUSSENHANDEL

Kritik an Agrarpolitik

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Ungewöhnlich heftige Kritik hat der Verband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch an der Agrarpolitik der Bundesregierung geübt. Auf der Tagung zum 60jährigen Bestehen des Verbandes wies dessen Vorsitzender Hans Spitta *darauf hin, daß zwar die* Basis im gesellschaftspolitischen und allgemeinwirtschaftlichen Bereich überschaubarer geworden sei. „Aber in dem uns betreffenden Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft haben wir weder mehr Marktwirtschaft noch weniger Regulierungen und auch nicht mehr Sicherheit für unsere speziellen wirtschaftlichen Aufgaben erlangt. Das Gegenteil ist der Fall", betonte Spitta.

Die Abhängigkeit von Entscheidungen staatlicher Organe sei noch gewachsen. Dadurch seien die Risiken für die Firmen größer geworden. Die Garantiemengen-Regelung für Milch, die auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden soll, habe bisher unbekannte Regulierungen im Detail zur Folge. Spitta erinnerte daran, daß bei Rindfleisch seit langem eine solche Regelung praktiziert werde, die im Grundkonzept vernünftiger sei als das, was jetzt bei der Milch gemacht werde. Denn: „Die Begrenzung der Interventionsmenge bei Rindfleisch engt die staatlichen Ankaufsmengen ein, nicht die Produktion beim einzelnen Landwirt."

Scharf ging der Verband auch mit den für den Abbau des Grenzausgleichs ins Auge gefaßten nationalen Ausgleichsmaßnahmen ins Gericht, die jetzt noch einmal um mehr als eine Milliarde Mark aufgestockt werden sollen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ernährungsministerium, Wolfgang von Geldern, verteidigte die Maßnahmen mit dem Hinweis auf die steigende Überproduktion in der EG.

GELSENWASSER / Umstrukturierung abgeschlossen

Phase der Normalisierung

dpa/VWD, Gelsenkirchen

Die Gelsenwasser-Gruppe, Gelsenkirchen, Deutschlands größtes gemischtwirtschaftliches Wasserversorgungs-Unternehmen mit Interessen im Erdgasgeschäft, setzt für das laufende Jahrzehnt auf eine normale Entwicklung, erklärte Vorstandsvorsitzender Benno Weimann. Bei der Erläuterung des Jahresabschlusses 1983 sagte Weimann, die vor über 20 Jahren durch die Kohlenkrise erzwungene Umstrukturierung des Unternehmens sei nunmehr weitgehend *und erfolgreich abgeschlossen.*

Gelsenwassser sei jetzt in einen Zeitabschnitt der Normalisierung eingetreten. Man sei dafür gewappnet, auch ohne Wachstum auszukommen, insbesondere im Wassersektor. Gelsenwasser hatte vor 20 Jahren einen Absatz von 216 Mill. Kubikmeter, davon 100 Mill. Kubikmeter für den Bergbau. 1983 habe der Absatz des inzwischen zu einer Unternehmensgruppe erweiterten Versorgungsunternehmens 288 Mill. Kubikmeter betragen, mit nur noch 34 Mill. Kubikmeter Absatz im Bergbau.

Die Erdgasversorgung wurde 1973 durch die Übernahme der Niederrheinischen Gas- und Wasserwerke mit einem Absatz von 878 Mill. Kilowattstunden aufgenommen. Inzwischen erreicht der Absatz 3,2 Mrd. Kubikmeter. Weimann, der auch besonders aktiv im Umweltschutz tätig ist, verwies darauf, daß durch diesen Erdgaseinsatz und das damit verbundene Zurückdrängen des Öls die Schwefeldioxidimmissionen im Münsterland erheblich reduziert werden konnten.

Im Wasserbereich werden über 100 Kommunen mit 2,5 Mill. Einwohnern versorgt. Die Erdgasversorgung läuft über 50 Konzessionspartner und bedient mehr als 60 000 Haushalte. Der Wasserabsatz war im vergangenen Jahr mit 288 Mill. Kubikmeter um 2,7 Prozent niedriger als 1982. Der Gasabsatz stieg dagegen um 11 Prozent auf 3,2 Mrd. Kilowattstunden. Gelsenwasser erwirtschaftete einen Jahresüberschuß von 18,25 Mill. DM. Davon wurden 2 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. 16,25 Mill. DM werden wie im Vorjahr auf das Grundkapital von 125 Mill. DM ausgeschüttet (12 Prozent Dividende und 1 Prozent Bonus). Die Investitionen sollen 1984 wie im Vorjahr 80 Mill. DM erreichen. Änderungen im Wasserpreis, so Weimann, sollen nicht vor 1985 eingeleitet werden.

TRANSPORTVERSICHERER / Ergebnis verbessert, aber nicht zufriedenstellend

Nur zwei spektakuläre Großschäden

HARALD POSNY, Düsseldorf

Stärker als noch zu Jahresbeginn erwartet, ist das Prämienaufkommen der deutschen Transportversicherer für 1983 gesunken. Die Beitragseinnahmen der Gesamtsparte fielen um 7 Prozent unter die 2 Mrd. DM-Grenze, auf rund 1,95 Mrd. DM, zurück. Dabei waren nach Angaben des Deutschen Transport-Versicherungsverbands (DTB) vom Rückgang alle Sparten konjunkturbedingt betroffen. Besonders deutlich jedoch fiel der Rückgang des Prämienaufkommens bei der Seewarenversicherung (mehr als 10 Prozent) aus, der auch mit Export in der 2. Jahreshälfte von der Prämie her nicht ausgeglichen worden ist.

Neben den konjunkturellen Einflüssen hat sich für die positive Ertragsituation die Tatsache ausgewirkt, daß der Markt nur von zwei spektakulären Großschäden betroffen war. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1983 sei jedoch von der Note „zufriedenstellend" weit entfernt.

Im Seekaskobereich (Schiffsverluste und Haftpflicht), deren Schadenverlauf 1981 seinen Höhepunkt hatte, zeigten sich nach neuerlichem Prämienrückgang um 16,5 Prozent auf 155 Mill. DM Sanierungserfolge. Die Brutto-Schadenquote (Brutto-Beiträge zu bezahlten und reservierten Schäden) ging seit 1981 von 141,7 auf 74,1 (96,3) Prozent im letzten Jahr zurück. Das wurde einmal durch Beitragsanpassungen bei ungünstigem Verlauf, die individuelle Einführung von Abzugsfranchisen und höhere Beiträge für ältere Schiffe erzielt.

Außerdem wurde die Zeichnung einer Reihe von ungünstig verlaufenden Risiken, insbesondere ausländischer Flaggen, vom deutschen Markt aufgegeben. Ausländische Seekaskorisiken machen derzeit nur noch 7,5 (1978: 22) Prozent des Marktvolumens aus. Die Baurisikoversicherung spiegelt mit einem Prämienrückgang von 21 auf 16 Mill. DM die Situation der deutschen Werften wider. Diesen Beiträgen stehen Risiken von bis zu 400 Mill. DM im Einzelfall gegenüber.

Das Ergebnis der See- und Binnenwarenversicherung wird auch 1983 negativ ausgefallen sein, obwohl sich die Schadenquote vor Kosten auf 80,1 Prozent leicht verbessert hat. Damit erwirtschaftete allein dieser Bereich, der die Hälfte des Gesamt-Prämienvolumens bestreitet, Verluste. Auffallend ist die schlechtere Schadenquote im Seewarenbereich, was vor allem auf zwei Großschäden, die Kollision der „Ever Level" (25 Mill. DM) und eine terroristische Brandstiftung auf das Warenlager eines deutschen Großunternehmens in Peru (38 Mill. DM) zurückgeht. Zur Deckung aller Schäden, also auch der Masse der mittleren und kleinen – reicht die Prömie, so der DTV, nach wie vor nicht aus, so daß hier die Sanierungsbemühungen gezielt fortgesetzt werden.

Im Warenbereich gelangen die Versicherer durch Überangebote bestimmter Warengruppen (z. B. Früchte, Kartoffeln) in zusätzliche Schwierigkeiten: Ein Preisrutsch verführe allzu leicht die durch langfristige Kontrakte gebundenen Abnehmer, die transportierten Güter schon wegen kleinster Schäden auf Kosten der Transportversicherer zuurückzuweisen.

Abgenommen haben 1983 die Diebstähle von Lastkraftwagen samt Ladung: von 112 auf 89 Fälle mit einer Schadensumme von 9,8 (14) Mill. DM. Dabei war auch die Zahl der Diebstähle in der Bundesrepublik (41 Fälle mit 3,1 Mill. DM Schaden) rückläufig.

NEW-YORK-HAMBURGER GUMMI-WAAREN

Immer noch im Verlust

JAN BRECH, Hamburg

Die seit Jahren mit strukturellen Problemen belastete New-York-Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG (NYH) hat auch im Berichtsjahr mit Verlust abgeschlossen. Den Jahresfehlbetrag weist die Gesellschaft mit 1,0 Mill. DM aus, der sich einschließlich eines Verlustvortrags von 1,7 Mill. DM zu einem Bilanzverlust von 2,7 Mill. DM summiert.

Das Unternehmensergebnis, so schreibt der Vorstand im Bericht für 1983, ist trotz eines verbesserten operativen Ergebnisses unbefriedigend geblieben. Der Gesamtumsatz der NYH stieg demgegenüber um 3,7 Prozent auf 67,5 Mill. DM. Die Thermoplastverarbeitung brachte ein Wachstum von 21 Prozent, der Bereich Kämme und Konsumgüter hielt trotz verhaltener Nachfrage das Volumen und den Marktanteil. In noch keine tragende Umsatzgröße sind dagegen die neuen Gummiprodukte hineingewachsen, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind. Nach dem Abschlußwichtiger technischer Entwicklungen im Bereich Gummi und Kunststoffe soll in diesem Jahr erneut verstärkt in die Fertigung neuer Produkte investiert werden.

Von den gesamtwirtschaftlichen Bedingungen hänge es ab, schreibt der Vorstand, ob sich die gute Entwicklung von Umsatz und Auftragseingang in den ersten Monaten 1984 auch im zweiten Halbjahr fortsetzen kann. Das Geschäftsvolumen sei im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent höher, verbunden mit einer spürbaren Ertragsverbesserung.

An dem Grundkapital der NYH von 6 Mill. DM ist seit Beginn dieses Jahres neben dem Mehrheitsaktionär Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG (Elikraft), Frankfurt a. M., eine schweizerische Treuhändergesellschaft beteiligt. Die Hamburger Vereins- und Westbank hat ihre Schachtelbeteiligung verkauft.

ALLGEMEINE RENTENANSTALT

Belebung im Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Stuttgart, zeigt sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1984 eine weitere Belebung des Neugeschäfts, weshalb Vorstandsvorsitzender Dieter Paulus die Perspektiven für das gesamte Jahr recht günstig einschätzt. Das Geschäftsjahr 1983 brachte dem Institut deutliche Zuwachsraten. So stiegen die Beitragseinnahmen um 10 Prozent.

Der Schwerpunkt beim Neugeschäft (plus 5,4 Prozent) lag bei den Einzel-Kapitalversicherungen, die um 15,1 Prozent zunahmen. Demgegenüber verringerten sich Bausparrisiko-Versicherungen um 14,5 Prozent. Im Gefolge der schwierigen Wirtschaftslage nahm die Stornoquote auf 5,2 (4,5) Prozent zu. Der Anstieg der laufenden Kapitalerträge um 21,6 Prozent auf 375,2 Mill. DM resultiert zum Teil aus einer Sonderausschüttung der Leonberger Bausparkasse, die jedoch großenteils zu einer Kapitalerhöhung verwendet wurde. Ohne Einbeziehung der Sonderausschüttung blieb der Durchschnittsertrag bei 7,6 Prozent.

Nachhaltige Kostenerleichterungen aus laufenden Rationalisierungsprojekten verspricht sich die Rentenanstalt erst ab 1984. Immerhin stieg der Bruttoüberschuß um über 30 Prozent auf knapp 295 Mill. DM. Es wird eine Dividende von unverändert 18 Prozent ausgeschüttet. Für 1982 war zusätzlich ein Jubiläumsbonus von 5 Prozent gezahlt worden.

Allgem. Rentenanstalt	1983	±%
Beiträge (Mill. DM)	677,3	+ 10,0
Neuzugang	2462,6	+ 5,4
Leistg. f. Vers. fälle	247,6	+ 13,1
Vers. bestand	18 451	+ 15,1
Kapitalanlagen	4373,8	+ 10,8
Bruttoüberschuß	294,5	+ 30,7
Rückst. f. Beitr. Rückerstattung	748,2	+ 25,0
Stornoquote (%)	5,2	(4,5)
Abschl. Kostensatz (‰)	35,4	(33,7)
Verw. Kostensatz (%)	6,7	(6,9)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Europa-Geldautomaten

Bielefeld (hdt.) – In 416 Orten der Bundesrepublik sind zur Zeit etwa 1000 Geldautomaten installiert, die sich steigender Beliebtheit erfreuen. So berichtet die Sparkasse Bielefeld von monatlich rund 30 000 Abhebungen bei ihren inzwischen fünf Automaten. Die deutsche Kreditwirtschaft rechnet damit, daß das Automatennetz in den nächsten fünf Jahren auf 5000 ausgeweitet wird. Konkrete Pläne bestehen auch für die grenzüberschreitende Nutzung solcher Systeme, zumal eine Reihe europäischer Länder inzwischen über ein sehr engmaschiges Automatennetz verfügen. Zur Zeit werden technische Anpassungen vorgenommen und getestet.

Pentaplast im Aufschwung

Düsseldorf (J. G.) – Einen weiteren Anstieg ihres seit Jahren kräftig wachsenden Gruppenumsatzes auf 300 (280) Mill. DM erwartet die Klöckner Pentaplast GmbH, Montabaur, für 1983/84 (30. 9.). Das mit nun 15 (10) Mill. DM Kapital dem Klöckner-Stahlkonzern gehörende Unternehmen, das zu den weltgrößten Anbietern von Hart-PVC-Folien gehört, baut derzeit neben der Erweiterung seines bereits großen USA-Betriebes auch die Kapazität im Stammwerk weiter aus.

Exportplus bei Westfleisch

Münster (hdt.) – Die Westfleisch Vieh- und Fleischzentrale eG, Münster, konnte ihren Umsatz 1983 infolge gefallener Preise zwar nur um 0,6 Prozent auf 1,44 (1,43) Mrd. DM erhöhen. Der Fleischabsatz stieg jedoch mengenmäßig um 8,3 Prozent. Insgesamt wurden auf den vier Versandschlachthöfen Coesfeld, Hamm, Paderborn und Lübbecke mehr als 2,9 Mill. Schweine und Rinder einschließlich Kälber geschlachtet. Im Export stiegen die Umsätze um 50 Prozent auf 155 Mill. DM. Wichtigster Abnehmer war Italien vor Griechenland und Frankreich.

Dunlop tilgt den Verlustvortrag

dos, Hannover

Die Dunlop AG, Hanau, deren europäische Reifenaktivitäten Anfang 1985 auf die Sumitomo Rubber Industries Ltd. übergehen, hat im Geschäftsjahr 1983 die Ertragswende geschafft. Bei einer Steigeurng des Umsatzes um 5,4 Prozent auf 886 (841) Mill. DM weist das Unternehmen nach eigenen Angaben einen Jahresüberschuß von 9,4 Mill. DM aus, nachdem 1982 noch ein Verlust von 22,4 Mill. DM hingenommen werden mußte.

Nach Auflösung von 33,5 Mill. DM offenen Rücklagen, die jetzt noch mit 2,6 Mill. DM zu Buche stehen, wurde der Verlustvortrag vollständig getilgt. Nach den Worten von Dunlop-Vorstandschef James M. Muir ist das Unternehmensergebnis nach den ersten vier Monaten 1984 positiv. Damit sei eine „ausgezeichnete Ausgangsbasis" für den reibungslosen Übergang der Reifenaktivitäten auf die neue Dunlop Sumitomo-Gruppe geschaffen worden.

BMA / Aussichten für das laufende Jahr besser

Kräftiger Umsatzrückgang

dos, Braunschweig

Die mehrheitlich zur Deilmann-Gruppe gehörende Braunschweigische Maschinenbauanstalt AG (BMA) hat im Geschäftsjahr 1983 einen Verlust von 3,64 Mill. DM hinnehmen müssen, nachdem im Vorjahr noch 0,29 Mill. DM Gewinn an Deilmann abgeführt wurde. Nach Angaben des Vorstands ist die Ursache für diese Entwicklung neben der geringeren Gesamtleistung vor allem in den Umstrukturierungsmaßnahmen zu sehen. Dazu gehört die Stillegung des Zweigwerks in Schladen und die daraus resultierenden Sozialplanaufwendungen.

Der Umsatz der BMA verringerte sich im Berichtsjahr kräftig auf 81,5 (92,7) Mill. DM. Das Fehlen realisierungsfähiger Großprojekte – das Unternehmen befaßt sich vor allem mit der Herstellung von Anlagen für die Zuckerindustrie – habe zu einer unbefriedigenden Auslastung der Kapazitäten geführt. Zudem seien 1983 keine Großprojekte zur Abrechnung gekommen.

Inzwischen habe sich die Situation aber gebessert. Der Auftragsbestand lag Ende 1983 um rund 64 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Positive Auswirkungen verspricht sich der Vorstand ertragsmäßig von den Entlastungen im Fixkostenbereich. Die Mitarbeiterzahl, die 1983 um fast 50 auf 692 zurückging, werde sich 1984 weiter verringern. Mit Ägypten sei ein Vertrag über den Bau einer Rohzuckerfabrik im Wert von rund 110 Mill. DM geschlossen worden. Der Eigenfertigungsanteil der BMA sei aber wesentlich geringer.

Zufrieden äußert sich der BMA-Vorstand der Tochtergesellschaften Starcosa und Balco Filtertechnik. Bei einer auf 19,6 (16,6) Mill. DM erhöhten Gesamtleistung führte Starcosa 1 (0,72) Mill. DM an die Mutter ab. Bei beiden Gesellschaften werde 1984 mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

NACHRICHTEN

Gregor Braun gewann

Ulm (sid) – Die Sieger des siebten Veranstaltungstages der deutschen Kriteriumsserie für Radprofis in Ulm hießen Gregor Braun (Neustadt) und Hans Hindelang (Germaring). Braun gewann das Rundstreckenrennen über 83,2 km in 1:49:00 Stunden. Hans Hindelang siegte im Temporennen über 15 Runden und baute seine Führung im Gesamtklassement auf 10 Punkte aus.

Mancini verlor Titel

Hamburg (dpa) – Leichtgewichts-Boxweltmeister Ray Mancini (USA) verlor den Titelkampf (WBA-Version) gegen seinen Herausforderer Livingstone Bramble in der 14. Runde durch Abbruch. Außenseiter Gene Hatcher gewann durch K.o. in der elften Runde über *Johnny Bumphus* (beide USA) den Titel im Junior-Weltergewicht, und der Mexikaner Gabriel Bernal blieb Weltmeister im Fliegengewicht (WBC-Version) durch K.-o.-Sieg in der elften Runde über Antoine Montero (Frankreich).

UdSSR schlägt Pakistan

Moskau (sid) – Nach einem 1:1 und einem 2:0-Sieg gewann die Hockey-Nationalmannschaft der UdSSR auch das dritte Länderspiel gegen Weltmeister Pakistan überraschend mit 4:0.

Proteste gegen Rugby

Port Elizabeth (dpa) – Zahlreiche Politiker und Sportverbände haben gegen das erste Rugby-Länderspiel protestiert, das die englische Nationalmannschaft in Südafrika bestritt. 52 000 Zuschauer erlebten den 33:15-Erfolg Südafrikas, das wegen seiner Apartheid-Politik von den meisten Sportlern und Verbänden gemieden wird.

Nicht im Herbst

Paris (sid) – Vom 29. April bis zum 5. Mai werden 1985 die Internationalen Tennismeisterschaften von Deutschland ausgetragen. Darauf einigten sich Vertreter des Deutschen und des Internationalen Tennis-Verbandes, so daß die Titelkämpfe nicht, wie ursprünglich befürchtet, im Herbst stattfinden müssen.

Göppingen muß zahlen

Göppingen (dpa) – Wegen „Nichtabführung von Spielanteilen" aus den Heimspielen gegen Günzburg und Gummersbach muß der mit 1,2 Millionen Mark hochverschuldete Handball-Bundesligist Frischauf Göppingen ein Bußgeld von 500 Mark zahlen. Außerdem muß er 7637 Mark Abgaben an die betroffenen Vereine überweisen.

Chinesen vorne

Hongkong (dpa) – Der Chinese He Zhiwen gewann in Hongkong das Tischtennis-Masters-Turnier durch einen 3:1-Sieg gegen Mannschafts-Weltmeister Xie Saike. Europameister Ulf Bengtsson (Schweden) wurde Dritter vor dem Polen Andrzej Grubba.

Holighaus wieder Meister

Aalen (dpa) – Zum vierten Mal seit 1971 wurde der 43jährige Flugzeugkonstrukteur Klaus Holighaus (Kirchheim) deutscher Meister im *Segelfliegen der offenen Klasse*. Der 25jährige Hanfried Hesselbach (Braunschweig) siegte in der erstmals seit 1955 wieder ausgetragenen Doppelsitzer-Klasse.

Vier Heber-Weltrekorde

Reims (dpa) – Alexander Gunjaschew und Alexander Kurlowitsch (beide UdSSR) sorgten bei den internationalen französischen Gewichtheber-Meisterschaften für vier Weltrekorde. Sie steigerten die Bestmarke im Superschwergewicht zunächst auf 208,5 kg (Gunjaschew), dann auf 210 kg (Kurlowitsch) und schließlich auf 211 kg durch Gunjaschew, der gleichzeitig seinen Zweikampf-Weltrekord um 2,5 kg auf 465 kg verbesserte.

Weltcup in den Pyrenäen

Kitzbühel (dpa) – Die 57 Weltcup-Skirennen (Herren: 30 – Damen: 27) der kommenden Saison werden im Dezember und Januar in Europa sowie im Februar und März in den USA, Kanada und Japan stattfinden. Erstmals werden auch Rennen in den französischen und spanischen Pyrenäen ausgetragen.

Hofer entlassen

***Köln** (dpa) – Manfred Hofer*, deutscher Championjockey von 1982, ist nach zweijähriger Zusammenarbeit und wochenlangen Meinungsverschiedenheiten von seinem Trainer Bruno Schütz (Köln) fristlos entlassen worden.

Claaßen: Fünfter Titel

Köln (dpa) – Weltmeisterin Barbara Claaßen war bei den deutschen Judo-Meisterschaften erneut die herausragende Teilnehmerin und gewann ihren fünften Titel in der Klasse bis 72 kg. Für eine Überraschung in der Klasse bis 61 kg sorgte Andrea Burucker (*Braunschweig*) *mit ihrem* Endkampf-Sieg über die mehrfache Meisterin Petra Wahnsiedler (Rüsselsheim).

FORMEL 1 / Großer Preis von Monaco wegen Regens abgebrochen – Alain Prost mit McLaren-Porsche wieder vorne

Deprimiert, gestürzt: ATS jetzt bald ohne Winkelhock?

dpa/sid, Monte Carlo

Wie bitter das Geschäft in der Formel 1 sein kann – darüber kann wohl kaum einer mehr erzählen als der deutsche Autorennfahrer Manfred Winkelhock aus Waiblingen. In Monte Carlo verunglückte er zehn Minuten vor dem Trainingsende am *Donnerstag schwer. Er zog* sich dabei einen Muskelriß am Schultergelenk zu und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Sein ATS-BMW wurde als Totalschaden ins Fahrerlager transportiert. Den Arm in der Schlinge tragend, schilderte Winkelhock *den Hergang* des Unfalls: *„Ich kam* auf die spitze Mirabeau-Kurve zu, als mein Wagen plötzlich ausbrach. Das Fahrzeug ist wie ein Tischtennisball gekreiselt und abwechselnd auf beiden Seiten der Straße in die Leitplanken geschleudert."

Eine der Planken war an der Aufprallstelle gut einen Meter eingedrückt. Winkelhock: „Ich habe überhaupt nichts mehr machen können." Wie schwer der Unfall war, zeigte sich am 200 000 Mark teuren ATS. Er wurde vorne links und hinten rechts völlig zerstört. Motor und Getriebe waren herausgebrochen und stark beschädigt.

Aber Frust über seine unglaubliche Serie kann Winkelhock (31), nunmehr im dritten Jahr beim deutschen Formel-1-Rennstall ATS, wohl kaum noch empfinden. Mit einiger Gelassenheit nahm er die erste Anordnung der Ärzte entgegen, wieder in Monte Carlo noch in den nächsten 14 Tagen bei einem Rennen zu starten. „Der einzige Trost für mich ist die Tatsache, daß ich bei diesem *Aufprall auf* die Leitplanke nicht schwerer verletzt wurde", meinte Winkelhock, dem der ATS urplötzlich und völlig unerklärlich ausgebrochen war. Wieder einmal Unerklärliches – eine fast schon gewohnte und tragische Feststellung für Winkelhock, der zusammen mit dem ATS-Rennstall von Günter Schmid im Grand-Prix-Sport ein trauriges Häuflein Elend bildet.

Die Bilanz ist in der Tat schlimm: Bei 31 Grand-Prix-Rennen seit 1982 für ATS fiel Winkelhock 21 Mal vorzeitig aus, konnte sich fünfmal nicht für das Rennen qualifizieren, wurde dreimal wegen Reglementsverstoß disqualifiziert und sah überhaupt nur fünfmal die Zielflagge, wobei er 1982 in Rio de Janeiro durch den Ausschluß von Piquet und Rosberg zu seinen bislang einzigen zwei WM-Punkten kam. Wie wenig das Auto aus dem Rennstall des größten europäischen Felgenherstellers trotz des Einsatzes des BMW-Vierzylinder-Turbos seit 1983 leistet, beweist *auch, daß er in den letzten 30 Rennen* seit Rio de Janiero mit Winkelhock nicht ein einziges Mal in die Wertung kam.

Schmid zahlte für sein immer mehr unverständliches Engagement in der Formel 1 seit 1977 mit bisher 88 Grand-Prix-Einsätzen einen hohen Preis: Für jeden der insgesamt acht Punkte, die von Jarier (Frankreich), Stuck (Deutschland), Borgudd (Schweden), Salazar (Chile) und Winkelhock in diesen Rennen errungen wurden, schätzungsweise zwei bis drei Millionen Mark.

An den fahrerischen Qualitäten Winkelhocks ist nicht zu zweifeln. Ihm die Mißerfolge des einzigen deutschen Formel-1-Rennstalls anhängen zu wollen wäre grundfalsch. Für Defekte aber gab es fast alle Möglichkeiten: Kupplung- und Bremsschäden, fehlender Benzindruck, Elektrikfehler, Motorexplosion, Turbolader-Explosion, Auspuffbruch, defekte Zylinderkopfdichtung (an siebenter Stelle liegend 1983 in Zeltweg) und gar Radbruch. Unter Günter Schmid mußten bereits jeweils ein halbes Dutzend Manager und Chefkonstrukteure ihren Hut nehmen. Zuletzt ging der mehrfach gefeuerte und wieder eingestellte Österreicher Gustav Brunner zu Alfa Romeo. Jetzt führt Schmid allein Regie: „Ich suche das selbst, bis ich einen geeigneten Mann gefunden habe."

Am gestrigen Rennen (siehe nebenstehenden Bericht) nahm Winkelhock dann doch teil. Willi Dungl, *medizinischer* Betreuer des zweimaligen Weltmeisters Niki Lauda und vormals Masseur der österreichischen Ski-Nationalmannschaft, bekam Winkelhock nach vier Behandlungen soweit fit, daß er im Abschlußtraining vom 27. Platz, der zum Start nicht *berechtigt hätte, auf den zwölften* Trainingsplatz vorrückte.

Doch Winkelhock will trotzdem nicht mehr.

Stefan Bellof trickste forsch und mutig die Weltelite aus

sid, Monte Carlo

Die Überlegenheit der McLaren-Porsche in der Formel-1-Weltmeisterschaft wurde auch beim Großen Preis von Monaco in Monte Carlo nicht gestoppt, doch der Held des Tages war zweifellos der Gießener Stefan Bellof. In seinem sechsten Grand Prix, gleichzeitig der sechste WM-Lauf, wurde der 26jährige mit dem leistungsmäßig unterlegenen Tyrrell-Ford hinter dem französischen WM-Spitzenreiter Alain Prost und dem Brasilianer Ayrton Senna da Silva auf Toleman-Hart Dritter.

Bei strömendem Regen herrschte unter Fahrern und Offiziellen minutenlang totale Konfusion. Der Rennleiter hatte den Wettbewerb völlig überraschend in der 32. von 77 vorgesehenen Runden abgebrochen. Beobachter wollen gesehen haben, wie Prost bereits mehrmals signalisiert hatte, daß der streckenweise vollkommen unter Wasser stehende, 3,3 km lange Stadtkurs nicht mehr regulär befahrbar war. Als die „Rote Fahne" das vorzeitige Ende signalisierte, stoppte Prost bereits vor der Ziellinie, während Senna und Bellof jubelnd an ihm vorbei fuhren: Doch gemäß dem Sportgesetz wurde der Stand nach der 31. Runde gewertet.

In der WM-Wertung wurde, weil mehr als 33, aber weniger als 66 Prozent der vorgesehenen Distanz bewältigt wurden, nur die halbe Punktzahl vergeben. Es führt weiterhin Prost mit jetzt 28,5 vor seinem österreichischen Teamgefährten Niki Lauda mit 18 und dem Franzosen René Arnoux auf Ferrari mit 14,5. Bellof rückt mit fünf Zählern auf den neunten WM-Rang vor.

Nur die rote Flagge konnte Stefan Bellof am Sonntag in Monte Carlo beim Rennen seines Lebens stoppen. In der 32. runde wurde der Große Preis von Monaco abgebrochen. Der Abbruch verhinderte den größten Triumph des 26jährigen Gießeners: Als 20. und Letzter des Trainings war er ins Rennen gegangen. Bellof, der erst sein sechstes Formel-1-Rennen bestritt, nutzte in großartiger Manier den Vorteil aus, den ihm sein PS-unterlegener Wagen bot. Sein Tyrrell, das einzige aller Fahrzeuge mit dem herkömmlichen Saugmotor, konnte den 3,3 Kilometer langen Rundkurs mit nicht ganz gefülltem Tank aufnehmen.

Von seinem Respekt vor der Strekke („der Kurs ist ungewöhnlich schwer zu fahren") war im Rennen nichts zu spüren. Schon nach elf Runden hatte sich Bellof auf den achten Platz vorgeschoben, in der 20. Runde war er Fünfter und in der 29. Runde schob er sich unter dem Jubel der 180 000 Zuschauer am Franzosen René Arnoux vorbei auf Platz drei – diesen Rang hatte als letzter Deutscher Jochen Mass 1977 in Montreal erreicht.

Besonders, wie sich Bellof an dem Franzosen vorbei preßte, war den Zuschauern einen Sonderapplaus wert. Kurz vor der Mirabeau-Kurve, einem engen Rechtsknick, war Arnoux, der immerhin schon seinen 85. Grand Prix bestritt, einen Moment unaufmerksam, blieb zu weit links und lud Bellof geradezu zum Überholen ein. Der Gießener quetschte sich forsch zwischen den Ferrari und die Leitplanken, Arnoux mußte nachgeben, wollte er eine Kollision vermeiden.

Beim Abbruch war Manfred Winkelhock (Berglen-Steinach) mit seinem ATS-BMW schon längst wieder einmal am Ende. Der 31jährige, seit 30 Rennen ohne WM-Punkt, war in der 23. Runde ausgeschieden.

Das Rennen wurde bis zum Abbruch allerdings einmal mehr von den McLaren Porsche beherrscht. Prost hatte früh die Führung übernommen, die er zwischenzeitlich in der 11. Runde dem Briten Nigel Mansell überlassen mußte. Als dieser in der 16. Runde seinen Lotus-Renault an die Leitplanken steuerte, schien Prost mit einem Vorsprung von teilweise 34 Sekunden ungefährdet zu sein. Als die „Rote Flagge" das Rennen stoppte, hatten die beiden Neulinge Senna und Bellof gewaltig aufgeholt und lagen nur noch 7,4 bzw. 21,1 Sekunden zurück.

Neues Debakel auch für das Brabham-BMW-Team. Der Italiener Corrado Fabi, der seinen in den USA beschäftigten Bruder Teo ersetzte, schied nach einem Dreher vor dem Tunnel aus, Weltmeister Nelson Piquet gab mit stotterndem Motor auf. Der Brasilianer hat in diesem Jahr noch keinen Grand Prix in der Wertung beendet.

TENNIS / Claudia Kohde ohne jede Chance

Petra Keppeler, viel Erfolg, aber dennoch Streit bei den Damen

DW/sid/dpa, Paris

Auch Claudia Kohde, die derzeit beste deutsche Tennisspielerin, hat es erwartungsgemäß nicht geschafft, den Siegeszug von Martina Navratilova zu stoppen. Im Achtelfinale der 54. Internationalen Meisterschaften von Frankreich in Paris benötigte die Nummer eins in der Welt nicht einmal eine Stunde, um die hochgewachsene Saarbrückerin (1,83 m) mit 6:0, 6:1 zu besiegen. Als letzte deutsche Spielerin war gestern nachmittag noch die Augsburgerin Petra Keppeler im Wettbewerb, die sich mit Hana Mandlikova (CSSR) auseinandersetzen mußte (Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

„Das hatte ich wirklich nicht erwartet", zuckte Claudia Kohde nach den harten Aufschlägen, plazierten *Vor- und Rückhandschlägen sowie* den unerreichbaren Volleys von Martina Navratilova nur noch mit den Schultern, „ich hatte mir keine riesige Chance ausgerechnet, aber eine ganz kleine eigentlich doch". Auch die 9515 Dollar für das Erreichen des *Achtelfinales waren für sie in der* ersten Enttäuschung kein Trost.

Aus deutscher Sicht war die 19 Jahre alte Petra Keppeler die große Überraschung in Paris. Mit 17 Jahren verließ sie die Schule, um Tennis-Profi zu werden. Nur ein Jahr später änderte sie ihre Meinung – sie ging wieder zurück auf die Schulbank. „Tennis ist nicht alles", hatte sie damals gesagt. Die Wohnung in München gab sie kurzerhand wieder auf und zog zurück zu den Eltern nach Augsburg.



Von der Schulbank in die Weltklasse: Petra Keppeler. FOTO: RZEPKA

Die Verträge mit zwei Tennis-Sportartikel-Herstellern schickte sie auch zurück. Ihren Entschluß begründete sie damals so: „Ich hatte auf einmal das Gefühl, noch viel zu wenig zu wissen, um mit der Schule aufhören zu können." Ihre Tennis-Kolleginnen konnten es alle nicht fassen: „Sie wollten es alle nicht glauben."

Sicherlich beeinflußt wurde die Augsburgerin von ihrer damaligen Doppelpartnerin Eva Pfaff, die sich vor ihrem Sprung auf Rang 23 der Weltrangliste auch erst einmal das Sprungbrett für eine spätere berufliche Karriere schuf. Petra Keppeler: „Tennis spielen kann ich wohl schon ganz gut, aber das Leben aus dem Koffer muß man wohl auch erst lernen, und außerdem habe ich nach dem Abitur ja noch genug Zeit."

In Paris meldete sich die talentierte Oberprimanerin in der internationalen Szene zurück. In der deutschen Rangliste nur noch die Nummer sieben und in der Welt auf Rang 169 eingestuft, bewies sie gleich in der ersten Runde ihre Kämpferqualitäten. Das fast schon verloren geglaubte Spiel gegen die an Nummer 16 und in der Welt auf Rang 20 geführte Argentinierin Madruga gewann sie zuletzt fast souverän mit 2:6, 7:5, 6:1. In der zweiten Runde hatte dann die um genau 123 Plätze höher rangierende Engländerin Anne Hobbs beim 3:6, *2:6 keine Chance.* „Ein bißchen Spaß muß schon dabei sein" – so lautet ihre Devise. Ihre Gegnerinnen werden darüber nicht lachen können.

Trotz der beachtlichen Erfolge der deutschen Tennis-Damen in Paris: Sechs Wochen vor dem 22. Federation-Cup in Sao Paulo (16. bis 22. Juli) herrscht noch immer völlige Unklarheit über die Besetzung des Teams. So wurde Claudia Kohde, derzeit die beste deutsche Spielerin, vom Deutschen Tennis-Verband (DTB) durch einen seltsamen „Schläger-Paragraphen" geradezu in eine Absage getrieben. Der Passus besagt, daß Cup-Spielerinnen in Sao Paulo ein Produkt aus dem sogenannten „DTB-Pool" spielen müssen. Aus diesem Pool werden nämlich alle Kosten für *das einwöchige Turnier gezahlt.* Die Preisgelder (bis zu 64 000 Dollar) will freilich der DTB für sich behalten.

Claudia Kohde aber spielt mit einem amerikanischen Schläger. Sie sagt: „Wer verlangt, daß ich plötzlich mit einem anderen Schläger spielen soll, hat wenig Ahnung vom Tennis. Jeder Anfänger weiß, wie lange die Umstellung auf einen anderen Schläger dauert." Auch ihre Verhandlungen mit dem DTB um die Prämien für den Federation-Cup, die geringer sind als in den Vorjahren, sind noch nicht zu einem akzeptablen Ende geführt worden. Im Augenblick sieht es so aus, als sollte es keine Diskussionsgrundlage mehr zwischen DTB-Sportdirektor Günter Sanders und Jürgen Kilsch, dem Vater und Manager von Claudia Kohde, geben.

Bislang ihre Zusage gegeben hat die Münchnerin Sylvia Hanika, die in den Jahren zuvor ständig eine Absage erteilt hatte. Eva Pfaff, zwei Monate lang verletzt und von der Bestform weit entfernt, wird die gekürzten Prämien letztlich ebenso akzeptieren wie die Deutsch-Amerikanerin Bettina Bunge, die sich derzeit als Nummer 32 der Weltrangliste über die Turniere quält.

Die kleine, 14 Jahre alte Steffi Graf aus Heidelberg findet „die ganze Situation nicht sehr schön". Und die Augsburgerin Petra Keppeler sieht das Problem ohnehin gelassen: „Ich bin nicht nominiert, ich bin auch nicht traurig, mit all dem nichts zu tun zu haben."

MILITARY / Sonja Sterzinger (24) starb nach einem Sturz bei der deutschen Meisterschaft



Alle Rettungsversuche kommen zu spät: Sonja Sterzinger nach ihrem Sturz. FOTO: AP

Nach dem ersten Sturz sagte sie: „Die letzten Hindernisse schaffe ich noch"

D. LUDWIG/dpa, Achselschwang

Am Abend zuvor soll sie gesagt haben: „Morgen lasse ich es knacken, auf Teufel komm raus". Sie kam bis zum drittletzten Hindernis, dann überschlugen sich Pferd und Reiterin. Der Wallach Top House, etwa zehn Zentner Gewicht, begrub sie unter sich. Sonja Sterzinger aus Würzburg starb gegen 16.00 Uhr, am 2. Juni 1984, in der Klinik in Augsburg. Sie wurde nur 24 Jahre alt.

Die Ärzte gaben als Todesursache an: Schädelbasisbruch mit Gehirnquetschung. Den zerbrochenen Oberkörper hatten sie gar nicht mehr aufgeschnitten, um vielleicht noch andere Ursachen des Todes festzustellen.

Das vorolympische Fest der Militaryreiter um den deutschen Titel hatte in herrlicher Landschaft bei herrlichem Sonnenschein oberhalb des Ammersees mit der Geländeprüfung um 9.30 Uhr begonnen. Sonja Sterzinger trug die Nummer 23. Um 13.10 Uhr verkündete der Lautsprecher eine Unterbrechung. Um diese Zeit lag Sonja Sterzinger schon eine halbe Stunde im Koma. Dort, wo sie stürzte, verfärbte sich das Gras rot. Blut war aus Ohren, Nase und Mund geronnen.

Was nur konnte in diesem Mädchen vorgegangen sein, im Gehirn einer durchaus erfahrenen Reiterin? Ein Hindernis zuvor war das Pferd bereits entkräftet zu Boden gegangen. Sonja Sterzinger vernahm nicht die Warnungen der Kreatur. Sie wollte nur ins Ziel. Und das sagte sie auch dem Hindernisrichter, der ihr nach dem ersten Sturz wieder in den Sattel half: „Die letzten Hindernisse schaffe ich noch."

Im Ziel kam sie nicht an. Wenige Meter weiter brachte Top House am dunkelbraunen Schwartenzaun die Beine nicht mehr hoch. Er blieb hängen. Der ruckartige Stop schleuderte die Reiterin aus dem Sattel. Das über das Hindernis hinwegstürzende Pferd erdrückte die Reiterin. Ärztliche Hilfe war sofort da, der Kreislauf konnte auch wieder in Gang gebracht werden, doch es war nur ein Aufschub vor dem Sterben. Sonja Sterzinger hörte in jenen Augenblicken nicht mehr die Schreie ihrer Mutter, die mit ihrem Vater ausgerechnet an diesem Hindernis stand. Sie hörte nichts mehr.

Stille lastete schwer auf der Landschaft. Es war die Stunde des Todes. Auf dem großen Sandplatz neben dem Ziel stand der Hubschrauber der Bundeswehr. Doch kein Blatt des Rotors dreht sich. Die Zuschauer stan-



Sonja Sterzinger und ihr Pferd Top House. FOTO: DPA

den gelähmt und teilweise auch verlegen herum. Dann rollte langsam das gelbe Sanitätsauto heran. Das Blaulicht flackerte hektisch auf dem Dach, fast böse. Im Leib des Transporters lag die bewußtlose Sonja Sterzinger. Einer öffnete die hintere Tür, nur kurz, dann schloß er sie wieder. Das Blaulicht wurde gegen 13.32 Uhr abgedreht, so, als habe einer gesagt das Leben der Reiterin Sonja Sterzinger gelöscht.

Die leidgeprüfte Mutter brach zusammen, als sich der Hubschrauber mit der schwerverletzten Tochter doch noch erhob. In diesen Augenblicken lebte die Reiterin noch, zwei Stunden später war sie tot. Sie hatte das Bewußtsein nicht mehr wiedererlangt.

Nach einer Untersuchung von einer halben Stunde ging der Wettkampf weiter. Nur wenige der Zuschauer ahnten etwas vom Tod der Reiterin. Und im Zelt spielte die Musik...

*

Etwas später kommentieren die Funktionäre den Todessturz. Dieter Graf Landsberg-Velen, Präsident der Reiterlichen Vereinigung: „Sie ist mit sehr hochangelegten Intentionen in den Ritt gegangen und war sehr, sehr schnell." Bundestrainer Bernd Springorum: „Ich hatte ihr geraten, das Pferd schonend zu reiten und problemlos über den Kurs zu bringen." Er schien schon gespürt zu haben, daß der Ehrgeiz hier alle anderen Gedanken zurückgedrängt hatte.

Zwei junge Reiter treten zum Geländeritt nicht mehr an. Das Reiterfest der Meisterschaft wird abgesagt. Aber der Wettbewerb geht weiter. Zum Beispiel auch so: Günter Lange reitet, knapp vier Stunden nach dem Todessturz, an Hindernis 26 heran. Sein neunjähriger Wallach Tameloh ist völlig erschöpft. Mit Entsetzen sehen Reiter und Zuschauer, wie beide gegen das Hindernis prallen. Noch einmal reitet Lange an. Der Ehrgeiz ist größer als die Kräfte des Pferdes. Zuschauer rufen „aufhören". Die Richter am Hindernis reagieren nicht, obwohl sie doch Reiter und Pferd schützen sollen. Zwei erfahrene Kollegen von Lange, Gerhard Sybrecht und Harry Klugmann, werden energisch, sorgen dafür, daß der Ritt sein Ende nimmt. Sie stoppen Günter Lange: „Günter, hör auf!" Schließlich begreift auch Lange – am Hindernis 26. Hatte er vorher, in den vier Stunden vorher, nichts begriffen?

*

Neuer Deutscher Meister wurde der erst 21 Jahre alte Hamburger Burkhard Tesdorpf aus Hamburg mit seinem Pferd Freedom vor dem Sulzthaler Dieter Hesselbach auf Royal Blue.

STAND PUNKT

Frage nach der Verantwortung

Fünf Tote hat die Vielseitigkeitsreiterei seit 1982 in Deutschland und England gefordert. Fünf Tote, von denen jeder einer zu viel ist. Der eine oder die andere wurden, so sagen Freunde und auch Funktionäre, Opfer übersteigerten Ehrgeizes, weil ihnen das notwendige Risikobewußtsein gefehlt habe. Die Wahrheit beim tragischen Tod der Würzburger Reiterin Sonja Sterzinger, deren engagierter Ehrgeiz ihr zum schrecklichen Verhängnis wurde, ist von anderer Art. Der Tod des Schweizers Ernst Baumann bei der Weltmeisterschaft 1982 in Luhmühlen wäre genauso vermeidbar gewesen wie der Tod Sonja Sterzingers, wenn selbstherrliche Reiterführer Respekt vor der Kreatur und Sinn für dringend notwendige Reformen gehabt hätten.

Nach den umstrittenen Vielseitigkeitsprüfungen 1980 bei der leistungsschwachen Moskauer Olympia-Prüfung, als überforderte Pferde im Gelände strauchelten, und beim Alternativ-Festival in Fontainebleau, als argentinische und amerikanische Reiter mit ihrem skrupellosen Verhalten die Tierschützer auf den Plan riefen, forderte die Deutsche Reiterliche Vereinigung (FN) Reformen: Wer im Gelände stürze, müsse ausscheiden. Angeschlagene Pferde hätten ohnehin keine sportlichen Chancen mehr. Jedes Weiterreiten sei sinn- und verantwortungslos. Ein Jahr lang wurde dieses System probeweise praktiziert. Im deutschen Military-Zentrum Luhmühlen ging man mit gutem Beispiel voran. Ein Jahr lang.

Seit 1982 gilt in der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI) wieder, was Englands und Amerikas Reiterführer predigen, allen voran Prinz Philip. Die Pferde und Reiter schützende Idee, gestürzte Pferde zu eliminieren, wurde von der FEI verworfen. Wer stürzt, darf weiter reiten, auch wenn sein Pferd am Ende seiner Kräfte oder der Reiter überfordert ist.

Wäre der gutgemeinte FN-Vorschlag Wirklichkeit geworden, hätte Sonja Sterzinger schon nach ihrem Sturz am Wassergraben ihren verhängnisvollen Ritt beenden müssen. Doch es galt das unbarmherzige Reglement der FEI, die in ihrer konsequenten Selbstherrlichkeit nur selten für zeitgemäße Reformen zu haben war. Sonja Sterzinger durfte weiter reiten, weil es die Regeln erlaubten.

Die Frage muß erlaubt sein: Wie lange braucht die FEI noch, um endlich zu begreifen, daß ihre Regularien und Satzungen paraphierte Verantwortungslosigkeit sind, die weder die Pferde vor ihren Reitern noch die Reiter vor sich selber schützen. Die Toten sind zu einer unzuträglichen Belastung für diesen Sport geworden und rücken die Military – unnötig und vermeidbar – wieder ins Zwielicht.

KARL MORGENSTERN

HANDBALL

Aufschwung in kleinen Schritten

sid, Bitola

Zwei Monate vor den Olympischen Spielen in Los Angeles hat am westlichen Ende Jugoslawiens, nur 13 Kilometer zur Grenze nach Griechenland, für die deutschen Handballspieler der Kampf um die 15 Olympia-Plätze begonnen. War beim 24. Turnier um die „Jugoslavia-Trophäe" im mazedonischen Bitola der 24:16-Auftaktsieg über Italien noch ein Muster ohne Wert, so lieferte dann das beachtliche 18:21 gegen den Olympia-Favoriten Jugoslawien schon brauchbare Hinweise für Bundestrainer Simon Schobel, mit welchen Spielern er in Los Angeles rechnen kann. Mit dem dritten Platz nach dem 22:20-Erfolg über Japan hinter Turniersieger Polen (20:17 im Finale über Jugoslawien) zeichnet sich zumindest mit Blick auf die Stammbesetzung ein Silberstreif am Horizont ab.

Die Zielrichtung ist genau abgesteckt: Die B-Weltmeisterschaft Ende Februar 1985 in Norwegen soll jetzt umgangen werden, indem in Los Angeles die direkte Qualifikation für die A-WM in der Schweiz geschafft wird. Gummersbachs Torwart Andreas Thiel, ein sicherer Kandidat für Los Angeles, glaubt: „Wenn wir uns für die Schweiz qualifizieren, können wir uns in Ruhe auf diese Aufgabe konzentrieren." Für Los Angeles drängen sich neben Thiel bei den Torhütern noch Siegfried Roch (Großwallstadt) und Stefan Hecker (Essen) – alle drei boten in Bitola gute Leistungen – und auch der Berliner Klaus Wöller auf, der in den Länderspielen gegen Ungarn (21. und 24. Juni) in Süddeutschland noch einmal einem Test unterzogen werden soll.

Auf den Außenpositionen zählen Uwe Schwenker (Kiel), Jochen Fraatz *(Essen) und Arnulf Meffle (Hofweier)* ebenso zur Stammbesetzung wie die beiden Kreisläufer Uli Roth (Schwabing) und Dirk Rauin (Essen). Im Rückraum haben im Moment Rüdiger Neitzel (Gummersbach), Martin Schwalb (Göppingen), Thomas Springel (Essen), Mittelspieler Michael Roth (Schwabing) und Abwehrspezialist Thomas Happe (Essen) die besten Aussichten. Problemfall Nummer eins ist nach dem verletzungsbedingten Ausfall von Manfred Freisler (Wallau-Massenheim) und Michael Paul (Großwallstadt) der halblinke Rückraum. Rüdiger Neitzel konnte gegen Jugoslawien diese Position nicht zufriedenstellend ausfüllen.

Zwangsläufig kam dadurch wieder der Name Erhard Wunderlich ins Gespräch. Der frühere Gummersbacher soll beim heute beginnenden Lehrgang in Steinbach zum Kader stoßen, wenn er von seinem Verein die Freigabe erhält. Wegen der Spiele des FC Barcelona um den Gold-Pokal fällt der Spielmacher und Torjäger für die Testspiele gegen Ungarn mit Sicherheit aus. Er wird also Schobel erst Ende Juni in der Vorbereitung ganz zur Verfügung stehen. Neben Wunderlich will Schobel nur noch den Berliner Karl-Heinz Schulz und den Linkshänder Andreas Dörhöfer (Schwabing) testen.

RINGEN

13 Athleten für Olympia nominiert

dpa/sid, Freiburg

Wegen des Olympia-Boykotts der osteuropäischen Länder wird das Ringer-Turnier in Los Angeles zu einer Rumpfveranstaltung verkümmern. Das wurde beim 19. Großen Preis von Deutschland offensichtlich. Bei diesem letzten großen Wettbewerb vor den Olympischen Spielen zeigten die russischen Ringer gestern deutlich ihre Vormachtstellung. Sie gewannen elf der insgesamt 16 Wettbewerbe; die anderen Sieger hießen Ion Draika (Rumänien), Chris Rinke (Kanada), Jukka Rauhala (Finnland) sowie Hartmut Reich und Uwe Neupert (beide „DDR").

167 Ringer aus 18 Nationen nahmen in Freiburg an diesem Wettbewerb teil, der zur „Ersatz-Olympiade" hochstilisiert worden war. Der Deutsche Ringer-Bund (DRB) betrachtete ihn gleichzeitig als Abschluß der vorolympischen Wettkämpfe und erhielt letzte Hinweise auf die internationale Konkurrenzfähigkeit seiner Athleten. „Nach den gezeigten Leistungen sind in Los Angeles sechs Medaillen möglich", zog Vizepräsident Helmut Pauli ein Fazit. Sie sind nur wegen der Abwesenheit der des Ostblocks möglich. In Freiburg war die Ausbeute mit insgesamt vier zweiten Plätzen noch vergleichsweise gering.

Abgesehen vom Pech des Vize-Europameisters Martin Knosp (Aufgabe nach Verletzung) bestätigte nur Markus Scherer (Schifferstadt) die hohen Erwartungen. In einem hochklassigen Kampf unterlag er erst im Finale des Papiergewichts dem sowjetischen WM-Dritten Teno Kasaraschwilij mit 11:16 Punkten.

Gerade erst von einem Regenerationsaufenthalt im spanischen Estepona zurückgekehrt, zeigten mehrere Olympia-Kandidaten so schwache Leistungen, daß ihre Nominierung für Los Angeles in Frage gestellt ist. Fritz Niebler (Fliegengewicht), Lothar Ruch und Siegfried Seibold (beide Mittelgewicht) sind ebenso gefährdet wie der eingebürgerte Türke Ahmed Cakici (Leichtgewicht). Rückschläge erlebten auch Martin Herbster im Federgewicht und Vize-Europameister Reiner Trik im Mittelgewicht.

Nach diesem Turnier scheinen 13 Ringer fest für die Olympischen Spiele nominiert zu sein, fünf weitere haben wegen des Boykotts noch Qualifikationschancen. Das 13köpfige Aufgebot: Freistil, Papier: Reiner Heugabel (Goldbach); Bantam: Hans Partsch (Aalen); Feder: Martin Herbster (Graben-Neudorf); Leicht: Erwin Knosp (Urloffen) oder Ahmed Cakici (Goldbach); Welter: Martin Knosp (Urloffen); Mittel: Reiner Trik (Winzeln); Halbschwer: Bodo Lukowski (Witten).

Griechisch-römisch, Papier: Markus Scherer (Schifferstadt); Bantam: Pasquale Passarelli (Nürnberg); Feder: Bernd Gabriel (Schwalbach-Saar); Welter: Karl-Heinz Helbing (Witten); Halbschwer: Uwe Sachs (Freiburg-Haslach); Schwer: Fritz Gerdsmeier (Aschaffenburg).

LEICHTATHLETIK / Meisterschaften der „DDR" – Wieder ein Weltrekord im Stabhochsprung

Kubanerin springt 1,99 Meter hoch

dpa, Turin

Höhepunkt des Leichtathletik-Wochenendes war zweifellos der neue Stabhochsprung-Weltrekord des sowjetischen Athleten Sergej Bubka. Der 20jährige überquerte in Saint-Denis bei Paris 5,88 m (siehe untenstehenden Bericht). Ebenfalls in Saint-Denis erreichte Dreisprung-Weltmeister Zdzislaw Hoffmann (Polen) hervorragende 17,34 m, und Hochsprung-Weltmeisterin Tamara Bykowa (UdSSR) überquerte 1,96 m.

In Verona stellte Silvia Costa mit 1,99 m eine neue Weltjahresbestleistung im Hochsprung der Frauen auf. Die Kubanerin startete beim Vergleichskampf zwischen der UdSSR, Ungarn, Polen und Italien außer Konkurrenz. Die italienische Ex-Weltrekordlerin Sara Simeoni erreichte 1,92 m und gewann den offiziellen Wettbewerb.

Bei dem parallel stattfindenden Wettbewerb der Männer in Turin schaffte Hammerwerfer Jurij Sedych (UdSSR) mit 81,52 m neue Weltjahresbestleistung. Herausragend auch die 100-m-Siegerzeit des Polen Marian Woronin, der in der europäischen Jahresbestzeit von 10,15 Sekunden gewann. Sehr schnell war über 800 m der Italiener Donato Sabia in 1:45,35 Minuten.

Die besten Leichtathletik-Leistungen in Amerika wurden am Wochenende aus Eugene (US-Bundesstaat Oregon) gemeldet. Der Amerikaner Farley Gerber erreichte über 3000 m Hindernis in 8:19,27 Minuten ebenso eine neue Jahresweltbestzeit wie der in den USA studierende Brasilianer Joaquim Cruz. Der Weltmeisterschafts-Dritte von Helsinki erreichte über 800 m 1:45,10 Minuten. Antonio McKay kam über 400 m mit 44,83 Sek. bis auf zwei Hundertstel an die Jahresbestleistung des Nigerianers Innocent Egbunika heran. Danny Harris lief die 400 m Hürden in 48,81 Sekunden.



Er scheint über den Wipfeln der Bäume zu schweben: Sergej Bubka bei seinem Weltrekordsprung. FOTO: AP

Gute Leistungen, keine Rekordwelle

sid/dpa/DW. Erfurt

Eine große Rekordwelle gab es zwar nicht bei den „DDR"-Leichtathletik-Meisterschaften in Erfurt, doch die Meister produzierten Weltklasse-Leistungen am Fließband. Selbst 93,68 m reichten Weltmeister Detlef Michel im Speerwerfen nicht zum Titelgewinn. Europameister Uwe Hohn, der vor einer Woche mit 99,52 m Europarekord erzielte, übertraf ihn im letzten Durchgang noch um zwölf Zentimeter. Übrigens: Hohns europäische Bestleistung könnte vielleicht auch neuer Weltrekord sein. Denn für die 99,72 m des Amerikaners Tom Petranoff – erzielt vor einem Jahr – fehlen noch immer die Rekordunterlagen. Bisher wurde dieser Wurf vom internationalen Verband nicht anerkannt.

Zurück zu dem, was sich in Erfurt vor 26 000 Zuschauern tat. Eine Art Rekord gab es im 400-m-Finale der Frauen, denn noch nie blieben drei Läuferinnen eines Verbandes im gleichen Rennen unter 50 Sekunden. Während Olympiasiegerin Marita Koch nach geradezu irrwitzig schnellem Anfangstempo (200 m in 22,2 Sekunden) auf der Zielgeraden fast auf der Stelle trat, aber in der neuen Jahres-Weltbestzeit von 48,86 Sekunden dennoch zum neunten Mal in ihrer Laufbahn unter 49 Sekunden blieb, steigerte sich Sabine Busch auf 49,24 und Dagmar Rübsam auf 49,58 Sekunden. Um das aber noch einmal zu verdeutlichen: Marita Koch, die Europameisterin von 1983 in Athen und frühere Weltrekordlerin, lief die Distanz auf den ersten 200 m in 22,2 Sekunden an! Daraus ergibt sich zum Beispiel diese Hochrechnung: Eine Durchgangszeit von 23,5 Sekunden plus einer Zeit von 24,0 Sekunden für die letzten 200 m ergäbe am Ende einen neuen, fantastischen Weltrekord von 47,50 Sekunden. Zur Erinnerung: Die Rekordmarke der Tschechoslowakin Jarmilla Kratochvilova steht bei 47,99.

Zwei Rekorde gab es dennoch in Erfurt: Beim 400-m-Sieg über Matthias Schersing (45,29) und Jens Carlowitz (45,30) lief Thomas Schönlebe (Karl-Marx-Stadt) in 45,13 Sekunden so schnell wie kein anderer Junior in Europa. Zur Erklärung: Der Junioren-Weltrekord des Amerikaners Darrell Robinson, gelaufen 1982, steht bei 44,68 Sekunden und der absolute Europarekord von Erwin Skamrahl aus Groß-Ilsede seit dem vergangenen Sommer bei 44,50. Schönlebe, der 19jährige Abiturient, der WM-Sechste von Helsinki mit nur einer Hundertstelsekunde Rückstand auf den Dortmunder Hartmut Weber, soll seine Höchstform aber erst in acht Wochen erreichen – dann nämlich, wenn er eigentlich in Los Angeles starten sollte. Schönlebe, damit ist also durchaus zu rechnen, wird sich in diesem Jahr wohl noch beträchtlich steigern.

Die 4 x 100-m-Frauenstaffel des SC Motor Jena erreichte mit Weltmeisterin Marlies Göhr als Schlußläuferin – sie hatte am Vortag in 10,89 Sekunden ihren achten „DDR"-Titel über 100 m gewonnen – inoffiziellen Vereins-Weltrekord. 42,20 Sekunden wurden in diesem Jahr selbst von keiner Nationalstaffel bisher erreicht. Freilich: Neben Marlies Göhr standen in dieser Staffel mit Bärbel Wöckel die 200-m-Olympiasiegerin und mit Ingrid Auerswald die anerkannt beste Kurvenläuferin der Welt.

Noch einen Jenaer Sieg gab es erwartungsgemäß im Weitsprung der Frauen, den Weltmeisterin Heike Daute mit sieben Metern gewann. Vier Wettkämpfe hat sie in dieser Saison bestritten und jedesmal schaffte sie sieben Meter und mehr. Hochsprung-Olympiasieger Gerd Wessig, lange Zeit verletzt, später als Zehnkämpfer tätig, versuchte sich wieder in seiner Spezialdisziplin. Er gewann mit 2,27 m – eine für Weltklasse-Springer indiskutable Siegerleistung.

Phänomen Sergej Bubka und die Jagd auf die Sechs-Meter-Marke

Letztes Jahr in Helsinki: Da kam die Frage nach seinen Träumen und Wünschen, kurz nachdem Sergej *Bubka der erste Weltmeister im Stab*hochsprung geworden war, damals noch ganz und gar überraschend. „Vom olympischen Gold und vom Weltrekord träume ich", antwortete der 19jährige Sowjetrusse aus Donetzk. Aus dem ersteren wird nichts, weil darüber die alten Herren im Kreml abschlägig befunden haben. Das zweite aber hat Bubka in der letzten Woche gleich zweimal erreicht. In Preßburg schaffte er 5,85 m, in Saint-Denis bei Paris nun 5,88 m. Über die Nachrichten-Agenturen wurde danach folgende Aussage Bubkas verbreitet: „Ich bin von dieser Entwicklung selbst überrascht. Erst Ende des Monats oder Anfang Juli hatte ich mit der Bestform gerechnet. Dies läßt hoffen, daß noch eine Steigerung möglich ist."

Noch zwölf Zentimeter fehlen ihm an der Sechs-Meter-Marke, an der sich bereits die beiden Franzosen Pierre Quinon (1983 in Köln) und Thierry Vigneron (1984 in Göteborg) vergeblich versuchten. Sechs Meter? Ist das der neue, unausgesprochene Traum des verhinderten Olympiakämpfers Sergej Bubka? Quinon hat uns nach den Hallen-Europameisterschaften den (Denk-)Satz mit auf den Weg gegeben: „Möglicherweise kann man schon bei den Olympischen Spielen in Los Angeles den ersten Sechs-Meter-Sprung notieren." Und Vigneron setzte noch eins drauf: „Es *ist mein sehnlichster Wunsch*, der erste Sechs-Meter-Springer der Welt zu werden."

Und nun träumt Sergej Bubka wohl davon. Ein Mann, den sie in der Zunft der Glasfiberspringer auch nach seinem Weltmeistertitel nicht *ernst genommen hatten. Allenfalls* für einen Günstling des sowjetischen Stabhochsprung-Cheftrainers Jurij Wolkow hielten sie ihn, weil Bubkas Trainer Vitalij Petrow besonders gut mit Wolkow befreundet ist. Wahrscheinlich hat diese Freundschaft den Höhenflug des jüngeren der beiden stabhochspringenden Bubka-Brüder durchaus beflügelt, aber mehr wohl auch nicht. Denn Wolkow kann nicht daran gelegen sein, ausgerechnet für seinen Sohn Konstantin – seit Jahren ein Springer der Weltspitze – einen Konkurrenten im eigenen Lager heranzuziehen. Was aber die Konkurrenz in Frankreich, in den USA und auch in der Sowjetunion außer acht gelassen hat: Sergej Bubkas Karriere vollzog sich stets in recht großen Leistungsschüben. Im Alter von 16 Jahren übersprang er 5,10 m, mit 17 dann 5,40 m, 1981 war er bei 5,55 m weltbester Junior. Im vorigen Jahr überwandt er 5,71 m, das war lediglich der 12. Platz der Weltrangliste und nur der vierte in der Sowjetunion. Das schien nichts zu bedeuten. Doch Bubka steigerte sich in gewohnter Manier – bis jetzt um 17 Zentimeter.

Der erste, der erkannte, wie vehement, aber vor allem wie beharrlich Bubka in den Stabhochsprung-Himmel stürmte, war der Amerikaner Billy Olson – übrigens auch einer von denen, die fast allerorten und zu beinahe jeder Zeit ihr Spiel mit den Weltrekordhöhen treiben. Billy Olson sagte Mitte Februar dieses Jahres: „Bubka ist ein Phänomen. Er wird im Sommer noch höher springen." Ausgangslage dieser Erkenntnis war eine Rekordjagd ohnegleichen: Dreimal verbesserte Bubka im letzten Winter die Hallen-Weltbestleistung – 5,81 m, 5,82 m, 5,83 m. Als er nach Erreichen der ersten Bestmarke mit seinem Glasfiberstab kollidierte und sich dabei die Lippe spaltete, mußte diese Wunde zwar genäht werden, doch von seinem Weg brachte das Bubka keineswegs ab. Die nächsten großen Sprünge folgten prompt. In der Halle und im Freien. Bis zur Sechs-Meter-Marke sind es jetzt nur noch 12 Zentimeter.

Das deutet an, was in Los Angeles passieren kann – ohne Bubka. Nach *den Spielen ist er vielleicht nur noch* einer, der die Weltrekord-Jagd in dieser Saison eröffnet hat, mehr nicht.

K.Bl.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Bundesliga-Qualifikationsspiel: Duisburg – Frankfurt 0:5 (0:1).

Aufstiegsrunde zur 2. Liga, Gruppe Süd:

VfL Bürstadt – FC Homburg 0:2
TSV 1860 München – Freiburger FC 4:2

1. FC Homburg	3	2	1	0	6:3	5:1
2. 1860 München	3	1	1	1	6:5	3:3
3. VfR Bürstadt	3	1	1	1	3:4	3:3
4. Freiburg	3	0	1	2	5:8	1:5

Pokalfinale in Luxemburg: Avenir Beggen – Union Luxemburg 4:1. – **Länderspiele in Marseille:** Frankreich – Schottland 2:0 (2:0), in Wembley: England – UdSSR 0:2 (0:0), in Lissabon: Portugal – Jugoslawien 2:3 (2:2). – **Freundschaftsspiele:** Hildesheim – Hamburg 1:7, Bielefeld – Bremen 3:1, Karlsruhe – Racing Straßburg 2:2, Belgien – Belgische „U-21"-Auswahl 5:2. – **Deutsche Meisterschaft der Damen**, 2. Runde, Hinspiele: Tennis Borussia Berlin – KBC Duisburg 1:3.

HANDBALL

Länderspiele der Frauen (Juniorinnen): Deutschland – USA in Wuppertal 31:18, Deutschland – USA in Dinslaken 22:22. – **Junioren-Länderspiele:** Frankreich – Deutschland 16:21.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Hannover – Kahlenberg 4:1, Leverkusen – Gladbach 1:5, Club der Alster Hamburg – Uhlenhorst Mülheim 0:1, RW Köln – SW Köln 1:2. Gruppe Süd: Frankenthal – Berliner HC 2:2, München – Rüsselsheim 0:1, Stuttgart – Limburg 1:1, Heidelberg – Steglitz 1:0. – **Bundesliga,** Damen, Gruppe Nord: Großflottbek – Hamburg 1:5, Raffelberg Duisburg – Düsseldorf 0:1, Braunschweig – Crefelder HTC 1:0, BW Köln – Leverkusen 1:1, Großflottbek – Braunschweig 1:3, Düsseldorf – Leverkusen 1:1, Raffelberg Duisburg – BW Köln 0:0, Uhlenhorst Mülheim – HC Hamburg 2:0. – Gruppe Süd: RW Stuttgart – Charlottenburg Berlin 2:3, Stuttgarter Kickers – Brandenburg Berlin 0:3, Berliner HC – Hanau 0:1, München – Frankfurt 1:1, RW Stuttgart – Brandenburg 3:3, Stuttgarter Kickers – Charlottenburg Berlin 0:1.

VOLLEYBALL

Vier-Nationen-Turnier der Damen, 1. Spieltag in Müllheim: Schweiz – Kanada 0:3, Deutschland – Südkorea 1:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 21. Spieltag: Spandau – Düsseldorf 19:2, Braunschweig – Duisburg 98 3:11, Hannover-Linden – Offenbach 5:5, ASC Duisburg – Hamm 10:8, Cannstatt – Würzburg 10:8, Esslingen – Fulda 9:7.

TENNIS

Französische Meisterschaften in Paris, Damen, Einzel, dritte Runde: White (USA) – Hanika (Deutschland) 6:4, 6:2, Arraya (Peru) – Pfaff (Deutschland) 5:7, 6:2, 6:2, Goles (Jugoslawien) – Bunge (Deutschland) 6:3, 1:6, 6:3, Kohde – Graf (beide Deutschland) 6:2, 2:6, 6:1, Keppeler (Deutschland) – Elissenko (UdSSR) 6:1, 6:4, Horvath – Rinaldi (beide USA) 6:0, 6:3, Garrison (USA) – Reggi (Italien) 7:5, 6:4, Navratilova (USA) – Calleja (Frankreich) 6:1, 6:3, Evert-Lloyd (USA) – Sawschenko (UdSSR) 6:2, 4:6, 6:2. – Damen-Doppel, erste Runde: Hetherington/Pelletier – Bunge/Pfaff 7:5, 6:3, Kohde/Mandlikova (Deutschland/CSSR) – Arraya/Longo (Peru/Argentinien) 6:2, 6:0, Graf/Sasak (Deutschland/Jugoslawien) – Sawschenko/Tomanova (UdSSR/CSSR) 6:7, 6:3, 9:7. – Herren-Einzel, dritte Runde: Gottfried (USA) – Gehring (Deutschland) 7:6, 6:4, 6:4, McEnroe – Purcell (beide USA) 6:4, 6:4, 6:1, Arias (USA) – Panatta (Italien) 7:6, 6:3, 6:3, Sanchez (Spanien) – Stadler (Schweiz) 6:1, 6:4, 7:6, Cancellotti (Italien) – Novacek (CSSR) 6:3, 6:2, 6:3, Sundstroem (Schweden) – Gildemeister (Chile) 2:6, 0:6, 7:5, 6:3, 6:4, Connors (USA) – Jaite (Argentinien) 4:6, 6:4, 6:3, 6:1, Higueras (Spanien) – Motta (Brasilien) 5:7, 3:6, 6:1, 6:2, 6:1.

REITEN

CSIO in Luzern/Schweiz, Preis der Nationen: 1. Deutschland 12 Fehlerpunkte (Ligges auf Ramzes 0+8, Meyer zu Bexten auf Merano 0+0, Sloothaak auf Farmer 4+0, Wiltfang 16+verzichtet), 2. Holland 12,5, 3. Australien 16, 4. Schweiz 20, 5. Italien und Frankreich je 24, 7. Österreich 48, 8. Schweden 60, 9. England 65.

RINGEN

Großer Preis der Bundesrepublik Deutschland, griechisch-römischer Stil: 48 kg: 1. Kasaraschwili (UdSSR), 2. Scherer (Deutschland), 3. Seres (Ungarn); 52 kg: 1. Paschajan (UdSSR), 2. Cismas (Rumänien), 3. Jankovics (CSSR), 4. Rifat (Türkei); 57 kg: 1. Fomin (UdSSR), 2. Zamfir (Rumänien), 3. Michalik (Polen), 4. Sigde (Norwegen), 5. Lutterer (Deutschland); 62 kg: 1. Litwinow (UdSSR), 2. Swierad (Polen), 3. Reichelt („DDR"), 4. Gabriel (Deutschland); 68 kg: 1. Prokudin (UdSSR), 2. Koransky (Polen), 3. Negrisan (Rumänien), 4. Svensson (Schweden), 5. Wilhelmsen (Dänemark); 74 kg: 1. Mamiaschwili (UdSSR), 2. Tallroth (Schweden), 3. Rusu (Rumänien), 4. Helbing (Deutschland); 82 kg: 1. Draika (Rumänien), 2. Apschazawa (UdSSR), 3. Malina (Polen), 4. Seibold (Deutschland); 90 kg: 1. *Kanigin (UdSSR)*, 2. Sachs (Deutschland), 3. Matei (Rumänien), 4. Marx (Österreich). – Nationenwertung: 1. UdSSR 47 Punkte, 2. Rumänien 32, 3. Deutschland 22, 4. Polen 18, 5. Tschechoslowakei 10, 6. Schweden 8, Freistil: 48 kg: 1. Gogolew (UdSSR), 2. Falandys (Polen), 3. Heugabel (Deutschland); 52 kg: 1. Reich („DDR"), 2. Tutsch (Deutschland); 57 kg: 1. Bagdasajan (UdSSR), 2. Schwendtner (CSSR), ... 5. Partsch (Deutschland); 62 kg: 1. Karajew (UdSSR), 2. Robinson (Kanada), ... 5. Laier (Deutschland); 68 kg: 1. J. Rauhala (Finnland), 2. Hoensch (CSSR), 3. E. Knosp (Deutschland); 74 kg: 1. Palamarew (UdSSR), 2. P. Rauhala (Finnland), ... 6. M. Knosp (Deutschland); 82 kg: 1. Rinke (Kanada), 2. Syring („DDR"), ... 4. D. Otto (Deutschland); 90 kg: 1. Neupert („DDR"), 2. Lukowski ... 4. Cichon (beide Deutschland).

MOTORSPORT

Rallye Vorderpfalz, vierter von zehn Läufen zur deutschen Meisterschaft, 600 km, 16 Sonderprüfungen, Endstand: 1. Weber/Wanger (Neufahrn/*Ludwigshafen) Opel Manta 4536 Straf*punkte, 2. Ragnotti/Thimonier (Frankreich) Renault 5 Turbo 4560, 3. Demuth/Lux (München/Belgien) Audi Quattro 4605, 4. Hohenester/Cantonati (Gaimersheim/Zweibrücken) Audi Quattro 4635, 5. Hero/Müller (Schmelz/Honzrath) Porsche 911 4763, 6. Hartmut und Ute Jene (Philippsburg) Porsche 911 4941. – DM-Stand nach dem vierten von zehn Läufen: 1. Demuth/Lux 112 Punkte, 2. Webert/Wanger 88, 3. Hero/Müller 87.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Surinam (E. Apter), 2. Twistboy, 3. Florin d'Or, Toto: 24/14, 14, –, ZW: 60, DW: 116, 2. R.: 1. Oglio (E. Schindler), 2. Orongo, 3. High and Mighty, Toto: 20/10, 12, 13, ZW: 68, DW: 232, 3. R.: 1. Pacer (E. Schindler), 2. Traxila, 3. Wolsey, Toto: 40/13, 16, 12, ZW: 212, DW: 520, 4. R.: 1. Cynthia (Frl. V. Furler), 2. Leonid, 3. Penn (o.W.) und Adelsruf, Toto: 60/22, 46, 17, ZW: 904, DW: 3792, 5. R.: 1. Monan (F. Puchta), 2. Aranjou, 3. Tullio, Toto: 17/12, 19, 15, ZW: 108, DW: 316, 6. R.: 1. Obligado (K. Woodburn), 2. König Pallasch, 3. Jubilar, Toto: 40/20, 22, 22, ZW: 320, DW: 1752, 7. R.: 1. Ovosius (G. Ording. jr.), 2. Geneveva, 3. Lipumba, Toto: 124/26, 18, 18, ZW: 676, DW: 2052, 8. R.: 1. Rhodanos (E. Apter), 2. Prairie Beetle, 3. Abu, Toto: 212/30, 17, 30, ZW: 1412, DW: 13 724.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 10, 23, 32, 36, 43, Zusatzzahl: 48. – **Spiel 77:** 1 9 7 4 0 9 1. – **Rennquintett:** *Rennen A: 9, 10, 5. – Rennen B: 29, 21, 34.* (Ohne Gewähr).

WASSERBALL / Spandau 04 zum sechstenmal hintereinander Meister

Durchschnittseinnahme nur 137 Mark Trainer will nicht mehr betteln gehen

DIETER DOSE, Berlin

Die jungen Leute in Pferdekutschen am Sonntagnachmittag auf dem Berliner Kurfürstendamm waren nicht von einer Himmelfahrts-Herrenpartie übriggeblieben. Die Kutschen brachten die Wasserballer von Spandau 04 vom Freibad in die Stammkneipe zur Siegesfeier: Spandau wurde zum sechstenmal hintereinander deutscher Wasserballmeister. Schon vor dem letzten Spiel gegen Duisburg 98 stand der neue Triumph fest. Da hatten die Spandauer den 1. SC Düsseldorf mit 19:2 besiegt. Am Tag darauf gab es dann ein 18:5 über den Tabellendritten Duisburg 98. Überragender Spieler war der zehnfache Torschütze Hagen Stamm, der mit dem 8:1 den 300. Saisontreffer erzielte und in einer spannenden Aufholjagd versuchte, seinen dreimal erfolgreichen Mannschaftskollegen Frank Otto noch von der Spitze der Bundesliga-Torschützenliste zu verdrängen. Das gelang nicht ganz, denn Otto hatte in der Schlußabrechnung mit 83 Toren einen Treffer mehr als Stamm.

Spandau (Europacupsieger von 1982) hatte erst vor zwei Wochen den deutschen Pokal gewonnen, ebenfalls zum sechstenmal hintereinander. Spandau – das ist fast die Nationalmannschaft. Sieben Spieler des Klubs sollen zum Olympia-Team von Los Angeles gehören.

Der siebente ist erst kürzlich dazugekommen: Amando Fernandez (28), gebürtiger Mexikaner und seit einigen Wochen deutscher Staatsangehöriger. Zweimal hat der Publizistik-Student schon bei Olympischen Spielen für Mexiko gespielt.

Trotz der Riesenerfolge über Jahre hinaus blüht Wasserball in Berlin meist im verborgenen. Nur einmal kamen 1000 Zuschauer – als Spandau das Europacupfinale gegen den sowjetischen Meister Dynamo Alma Ata gewann. Durchschnittseinnahme bei den Heimspielen der vergangenen Saison: 137 Mark.

„Als Fußballer wären meine Jungen schon längst Millionäre", sagt Trainer Alfred Balen (53), der Vater des Erfolges, ein Jugoslawe. Er ist gelernter Jurist und beherrscht fünf Sprachen perfekt. Balen – ein Spandauer Zufallstreffer. Denn eigentlich hatte ihn der Berliner Schwimmverband 1969 aus Mexiko geholt, um die Schwimmer als Landestrainer auf Vordermann zu bringen.

Balen fand in Spandau „historischen Boden" vor. Schon Anfang des Jahrhunderts wurde dort Wasserball gespielt. Nicht nur mit Talenten aus Berlin formte Balen seine Truppe, die in der Bundesliga in den letzten vier Jahren nur zwei Spiele verlor. Vom ASC Duisburg holte er den Riesen Thomas Loebb (1,97 m), von Aegir Uerdingen Roland Freund, vorher schon Nationalspieler in Rumänien. Er kam als Aussiedler nach Deutschland. Mexikaner Fernandez entdeckte der Trainer bei den Olympischen Spielen in Montreal.

Star der Mannschaft ist Frank Otto, seit Jahren der Torschützenkönig der Bundesliga mit insgesamt mehr als 600 Toren. „Er hat den härtesten Schuß der Welt", sagen internationale Wasserball-Experten über den 1,92 m großen und 90 Kilo schweren Regierungsinspektor.

In den Schoß gefallen sind den Spandauern die pausenlosen Erfolge nicht. Zweimal täglich Training ist die Norm. Geld (außer Sporthilfe) gibt es nicht zu verdienen. Verein und Landessportbund erreichten, *daß die* Spieler – Polizisten, Studenten, Senatsangestellte – beruflich abgesichert sind und genügend Freizeit zum Training haben. „Ich komme im Verein und in der Nationalmannschaft im Jahr auf 80 bis 90 Spiele", sagt Frank Otto. Für ihn, Roland Freund, Thomas Loebb, Hagen Stamm, Frank Kison, Torwart Peter Röhle und Amando Fernandez endete gestern die Siegesfeier frühzeitig. Heute müssen sie schon wieder zu einem Lehrgang der Nationalmannschaft antreten.

Dennoch ist nicht alles eitel Sonnenschein beim Meister. Zwar wi*derstanden Otto und Freund bisher* allen Verlockungen italienischer Vereine, die Jahreseinkommen bis zu 75 000 Mark netto boten, immer häufiger aber deutet Trainer Balen seinen Weggang an. „Ich habe die Bettelei satt", empört ihn die geringe Unterstützung, die Berlins erfolgreichste Mannschaft bei den Behörden findet. Vor dem Pokalfinale mußten die Spandauer zum Training nach Braunschweig fahren – in Berlin stand kein Bad zur Verfügung...

Derzeit bemüht sich der Deutsche Schwimmverband noch um eine Ak*kreditierung Balens für Los Angeles.* „Ich will bei meinen Jungen sein, aber nicht als Tourist", sagt er. Denn das Verhältnis zwischen den Spandauer Nationalspielern und Bundestrainer Nikolai Firoiu ist unterkühlt, das zwischen Balen und dem Rumänen ebenfalls wie Hund und Katze.

Alfred Balen hat, assistiert von einigen seiner als Jugendtrainer wirkenden Nationalspielern, vorgesorgt. Nachfolger für die Otto, Röhle, Stamm usw. wachsen schon heran. Spandaus B-Jugend ist deutscher *Meister*, die A- und C-Jugend Vizemeister.

RUDERN

Zehn trainieren in Klausur für den neuen Achter

dpa, München

Dem Deutschen Ruder-Verband (DRV) steht eine Machtprobe ins Haus. Zehn junge Männer haben sich in Osnabrück in Klausur begeben, um zu beweisen, daß der Verband voreilig handelte, als er am vergangenen Dienstag seinen Olympia-Achter auflöste. In Eigeninitiative will sich eine neuformierte Mannschaft bei der letzten Olympia-Qualifikation vom 16. – 18. Juni auf dem Rotsee in Luzern doch noch die Fahrkarte nach Los Angeles erkämpfen.

Konflikte sind programmiert. Denn der neue Achter wird nicht von *Bundestrainer Peter Schmidt*, sondern von dem jungen Sportstudenten Ralf Holtmeyer (28) betreut. Holtmeyer ist Trainer beim Osnabrücker Ruderverein.

Auch die Athleten haben sich ausdrücklich vom Verband distanziert und wollen ihr Projekt privat finanzieren. Sie wollen „beweisen, daß wir doch nicht so langsam sind, wie die Herren glauben", erklärte Ralf Thienel (München), Initiator des „Rebellen-Achters". Er selbst sowie Frank Schütze (Hannover), Georg Bauer (Essen), Jürg Raabe (Minden) und Tilman Probst (Karlsruhe) gehörten zu dem nach einer Niederlage bei den deutschen Meisterschaften aufgelösten Achter. Die neue Crew wird ergänzt durch Joachim Westphal (Dortmund), Stefan Piesik (Essen), Andreas Schütte (Osnabrück) und Andreas Bode (Bramsche).

Abzuwarten bleibt die Reaktion des Verbandes, wenn dieses Team die Olympia-Norm erfüllen sollte. Immerhin wurde zuletzt auch der von Holtmeyer trainierte Osnabrücker Vierer mit Steuermann trotz eines Unentschiedens am grünen Tisch *hinter dem Verbands-Vierer* eingestuft.

LIZENZEN

Scharfe Kontrolle des DFB zahlt sich langsam aus

sid, Frankfurt

Das Schicksal des Bonner SC *(1977)*, des FC St. Pauli *(1981)* und des TSV 1860 München (1982) ist den ehemaligen Bundesligaklubs Darmstadt 98 und Hannover 96 erspart geblieben. Der Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) konnte in diesem Jahr auf Lizenzentzüge „wegen fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit" verzichten. Die beiden Vereine der 2. Liga erhielten als letzte Klubs in zweiter Instanz die Lizenz für den Verbleib im bezahlten Fußball.

„Darmstadt und Hannover haben Auflagen zu erfüllen wie der Großteil aller Vereine", sagt Wilfried Straub. Der DFB-Liga-Sekretär gilt als Begründer des wirtschaftlichen Überwachungssystems, das Jahr für Jahr verfeinert wurde. Seine größten Sorgenkinder mit Schulden in Millionenhöhe unterstehen längst der totalen Kontrolle. Monatliche Soll-Ist-Vergleiche der kalkulierten Einnahmen und Ausgaben gehören beim Gros der Vereine längst zum Alltags-Geschäft.

Doch trotz des Sicherheitsnetzes und trotz drastischer Strafen bei Verstößen gegen verhängte Auflagen gibt es immer noch schwarze Schafe, die durch unverantwortliche finanzielle Kraftakte die Existenz ihrer Vereine leichtfertig aufs Spiel setzen. Negatives Beispiel in der letzten Saison dürfte der zum dritten Mal abgestiegene Rekordmeister 1. FC Nürnberg sein, der von der UEFA-Cup-Teilnahme träumte und seine Fehl-Investitionen und Planungen mit dem sportlichen Abstieg bezahlen mußte.

Die „Bildung einer Liquiditätsreserve" forderte der Liga-Ausschuß bis zum Stichtag 22. Juni als Bedingung für die Nürnberger Lizenz. Die Folge: Mit Reinhardt (für 1,1 Millionen Mark Ablösesumme nach Leverkusen), Trunk (knapp 500 000 nach Kaiserslautern), Heck (300 000 nach Mannheim) und dem Norweger Anders Giske (Schalke 04?) mußten Spielerverkäufe die Riesenlöcher in der Vereinskasse stopfen. Was für Nürnberg gilt, trifft im selben Maße für Mit-Absteiger Kickers Offenbach zu – der OFC machte innerhalb eines Jahres ein Minus von über zwei Millionen Mark – wie nun für Hannover und Darmstadt.

Wie bei genauer Befolgung der Anleitungen aus der DFB-Zentrale Erfolge zu erzielen sind, demonstrierte Offenbachs Nachbar Eintracht *Frankfurt*. Angesichts von *fünf* Millionen Mark Schulden verlangte der DFB drei Millionen Mark Sicherheitsrücklage und die Trennung von den Topverdienern Pezzey, Nickel und Tscha. Der Sparkurs war sportlich ein Vabanquespiel, doch nach dem 5:0 im ersten Qualifikationsspiel beim MSV Duisburg zweifelt niemand mehr am Klassenerhalt der Frankfurter. Um über eineinhalb Millionen Mark konnten die Schulden gesenkt werden.

„Ich habe es immer als peinlich und unangenehm empfunden, daß mir jemand Anweisung geben mußte, wie ich sinnvoll zu wirtschaften habe", bekannte Frankfurts Schatzmeister Wolfgang Knispel auf der Mitgliederversammlung. Der Steuerberater arbeitete mit Akribie und Engagement an der Aufarbeitung der Sünden seiner Vorgänger.

Ein Beispiel, das Schule machen sollte, dann können Wilfried Straub und der Liga-Ausschuß mit Recht behaupten: Das Lizenzierungs-Verfahren trägt Früchte, beim Finanzgebaren der Vereine hat die Vernunft die Oberhand gewonnen. Folgende Mannschaften erhielten für die Saison 1984/85 die Lizenz ohne Auflagen: VfB Stuttgart, Hamburger SV, Bayern München, Borussia Mönchengladbach, 1.FC Köln, Werder Bremen, Bayer Leverkusen und Bayer Uerdingen.

FUSSBALL / So gut wie sicher: Frankfurt bleibt in der Bundesliga

Ein Rentner gab 50 Mark, „weil ihr mir so viel Freude gemacht habt"

B. WEBER, Frankfurt

Das 5:0 von Eintracht Frankfurt im ersten Qualifikationsspiel um den letzten freien Platz in der Bundesliga beim MSV Duisburg, die mit dem unerwarteten Ergebnis verbundene Euphorie und die Gewißheit, daß die Frankfurter den *Klassenverbleib in* der ersten Liga bereits jetzt gesichert haben, bringt alle auf Trapp. Dadurch wurde nun endgültig ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen, das dem Vereinsnamen „Eintracht" nach langen Zwietracht-Jahren wieder in vollem Umfang gerecht wird.

Beispiele von gestern: Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann erschien beim Training und beglückwünschte noch einmal alle Spieler. Ein Rentner ging auf Jürgen Mohr, der die Mannschaftskasse verwaltet, zu, drückte ihm 50 Mark in die Hand und sagte: „Wenn ich sie übrig hätte, würde ich Euch 1000 Mark geben, so viel Freude habt ihr mir in den letzten Wochen gemacht." Die Frankfurter Zeitungen führen die Begeisterung mit balkenroten Schlagzeilen. Die „Abendpost" formulierte gestern: „Die neue Eintracht – jung und gut!"

Gewiß, hier mag jahrelang erlebter Frust die Euphorie zuweilen ein wenig zu üppig ins Kraut schießen lassen, und dennoch: Auch bei aller Sachlichkeit ist nicht mehr zu übersehen, daß diesem Eintracht-Team die Bundesliga-Zukunft gehört, daß es schon in der nächsten Saison zumindest annähernd die gleichen Akzente setzen kann wie es vor Jahren die abgetretenen oder abgewanderten Stars Grabowski, Hölzenbein, Nickel, Tscha Bum und Pezzey geschafft haben. Die Bundesliga-Trainer Rolf Schafstall (Bochum), Otto Rehhagel (Bremen) und Uli Maslo (derzeit ohne Verein) erlebten das 5:0 auf der Tribüne des Wedau-Stadions mit und vertraten später einhellig die Auffassung, den von der Eintracht entwickelten spielerischen Glanz schon lange nicht mehr gesehen zu haben. Schafstall: „Selbst wenn man sein Urteil dahingehend einschränken muß, daß die Duisburger so gut wie nie die richtige Einstellung zu ihrem Gegner fanden – die Frankfurter erinnerten mich in vielen ihrer Aktionen an die früheren Mönchengladbacher."

Tatsächlich: Ob es der 19jährige Vorstopper Thomas Berthold, der 18 Jahre alte Verteidiger Armin Kraatz oder der 20jährige Mittelfeldantreiber Martin Trieb war, sie alle gingen zu Werke als seien sie schon Bundesliga-Routiniers. Die absoluten Glanzlichter aber setzten der 21jährige Ralf Falkenmayer auf, der sich sein spätes Europameisterschafts-Ticket bei der Nationalmannschaft mit einer Superleistung nachträglich verdiente, und der einzig wirklich erfahrene Eintracht-Spieler: *der 27jährige* Ronald Borchers. Er führte nicht nur glänzend Regie, er kämpfte auch um jeden Ball und gab seinem Team in der kritischen Phase kurz nach dem Seitenwechsel, als die Duisburger den 0:1-Rückstand mit aller Gewalt wettmachen wollten, den nötigen Halt. Borchers gab später strahlend von sich: „Wir schweben jetzt alle auf einer rosaroten Wolke".

Indes ist zu vermuten, daß Borchers selbst inzwischen nicht mehr so „schwebt". Sein Vertrag läuft aus und das Eintracht-Präsidium ist auf keinen Fall bereit, ihn zu den auch nur annähernd gleichen Bedingungen wie bisher (rund 330 000 Mark pro Jahr) zu verlängern. Vereinsvorsitzender Klaus Gramlich: „Damit würden wir das gesamte Gehaltsgefüge sprengen und ein unzufriedenes Umfeld in der Mannschaft schaffen". Andererseits: Borchers lehnt es strikt ab, sich auf die beabsichtigte Reduzierung seines Salärs um die Hälfte einzulassen. Im Freundeskreis verkündete er: „Selbst wenn ich für die Ablösesumme von rund 800 000 Mark, die die Eintracht für mich fordern wird, nicht sofort einen neuen Klub finde, gebe ich nicht nach. Da mache ich lieber eine Weile blau".

NATIONALELF / Treffen heute in Frankfurt

Jupp Derwall: „Portugal ist für jeden eine Gefahr"

dpa, Frankfurt

Der Countdown des Titelverteidigers läuft. Nach einem Kurzurlaub, der für die Teilnehmer am Pokal-Finale nur drei Tage dauerte, trifft sich die deutsche Fußball-Nationalmannschaft heute in Frankfurt. Hier beginnt für sie die Europameisterschaft 1984 am Abend (18.45 Uhr) mit einem Trainingsspiel beim Landesliga-Verein SpVgg Oberrad, bevor sie am Dienstagmittag nach Paris fliegt und dort im Vorort St. German-en-Laye als erstes Team Quartier bezieht.

Die Tatsache, daß ihm die kürzeste Vorbereitungszeit aller acht EM-Trainer bleibt, sieht Bundestrainer Jupp Derwall nicht unbedingt als Nachteil. Seine Bestandsaufnahme: „Die andern sind seit Mitte Mai zusammen und haben mehr Testspiele bestritten. Doch ich weiß nicht, ob ich mit ihnen tauschen würde. Zehn Tage bis zum Start gegen Portugal sind für *unsere Verhältnisse eine ganze Menge* und sollten reichen. Ich bin sicher, wir werden gut vorbereitet und fit ins Turnier gehen. Wichtig ist, daß die Stimmung stimmt und die Spieler nach der Saison den Kopf frei haben."

Die Portugiesen, am 14. Juni in Straßburg erster Gruppengegner, sah der Bundestrainer am Samstag bei der 2:3-Niederlage in Lissabon gegen den EM-Teilnehmer Jugoslawien. Zweimal führten die Gastgeber durch Jordao (14./33.), doch Susic (20.) und Halilovic (43.) gelang der Ausgleich, bevor Stojovic kurz vor Schluß mit einem Elfmeter für die Entscheidung *sorgte* (83.). Die *Kombination aus* Portugals Spitzenklubs Benfica und Porto bestach bis zur Pause durch Zweikampfstärke und Ballfertigkeit, wobei das bewegliche Mittelfeld mit Regisseur Chalana die Glanzpunkte setzte. *Jeweils fünf Auswechslungen* der Trainer Cabrita und Veselinovic störten den Spielfluß später empfindlich.

Derwalls Fazit: „Es war nur 45 Minuten lang ein echter Test, doch beide Mannschaften verdienen größten Respekt. Wer nach der Auslosung von einer leichten deutschen Gruppe sprach, befindet sich auf dem Holzweg. Die Portugiesen sind für jede Mannschaft eine Gefahr und mit ihrem südländischen Stil ebenso schwer auszurechnen wie Rumänen und Spanier, die mich beim 4:0 in der Schweiz beeindruckt haben."

Die Zuversicht des Bundestrainers, in Frankreich zumindest das Halbfinale zu erreichen, blieb von den frischen Eindrücken freilich unberührt: „Wir müssen unser Spiel machen, dann können wir jeden Gruppengegner schlagen. Schusters Fehlen ist ein Handicap, und auch Dremmler hätte ich wegen seiner Erfahrung gern mitgenommen. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir ohne neue Verletzungen auch so eine gute Mannschaft haben."

Die Generalprobe der Portugiesen am Samstag in Luxemburg läßt Derwall von Berti Vogts besuchen. Für die DFB-Auswahl steht bis zum EM-*Start zweimal täglich Training im* Stadion des französischen Erstliga-Klubs St. Germain auf dem Programm, dazu am Freitag ein weiterer Test gegen eine französische Militär-Auswahl. Assistenztrainer Horst Köppel fuhr schon gestern nach Paris. Mit Masseur Adolf Katzenmeier und Fahrer Walter Kohr reiste er im DFB-Bus an.

*

Heute werden entscheidende Maßnahmen des DFB um die deutsche Olympia-Mannschaft erwartet. Präsident Hermann Neuberger hat die Präsidenten der Bundesliga-Klubs nach Frankfurt geladen. Es geht um eine mögliche Verschiebung des Saisonbeginns (geplant 18. August), weil die Olympischen Spiele erst am 12. August beendet sind. Sollte die deutsche Mannschaft für das Turnier von Los Angeles nominiert werden, will Olympiatrainer Erich Ribbeck auf keinen Bundesligaspieler verzichten. Ribbeck: „Natürlich laufen die Interessen auseinander, aber ich hoffe, wir kommen zu einer gütlichen Einigung." Die Präsidenten der Bundesliga-Vereine haben bereits ihre Kompromißbereitschaft siganalisiert.

GALOPP

Gleich zwei auf Platz 1

K.GÖNTZSCHE, Mülheim/Ruhr

Minutenlang kreisten gestern vor über 12 000 Zuschauern die beiden Stuten Las Vegas und Slenderella nach dem 126. Preis der Diana, dem deutschen Stuten-Derby auf der Galopprennbahn in Mülheim/Ruhr vor der Tribüne. Es dauerte lange, ehe der Zielrichter ermittelt hatte, wer als Siegerin in die Turf-Statistik eingehen würde. Dann *mußte* Mülheims Manager Wilfried Schnitzler die Siegerscherpe teilen: Las Vegas mit Patrick Gilson und die 26:10-Favoritin Slenderella (Georg Bocskai) *mußten* sich Scherpe und klassischen Erfolg im toten Rennen teilen, Romana mit Lutz Mäder belegte respektable fünf Längen dahinter den dritten Platz. Für La Colorada blieb das vierte und letzte *Platzgeld*.

Zum erstenmal seit der Austragung dieses Rennens 1857 in Berlin-Hoppegarten (Siegerin Sinope) gab es in diesem Rennen ein totes Rennen auf dem ersten Platz. Auch die mehrfache Vergrößerung der Zielfotografie konnte keinen Vorteil für eine der beiden Stuten ausweisen.

Las Vegas (für Trainer Sven von Mitzlaff war es bereits der zehnte Diana-Erfolg) schien sicher zu gewinnen, als Slenderella nach einem ungünstigen Rennverlauf noch einmal alle Kräfte mobilisierte und den Hals-Sieg erzwang.

Exakt vor zehn Jahren hatte die Stute Loisach den *Preis der Diana* gewonnen, sie ist die Mutter von Las Vegas. Besitzerin und Züchterin beider Pferde ist Ilse Bscher aus Köln-Marienburg, die Tochter des Adenauer-Beraters Robert Pferdmenges. Slenderella entstammt der Zucht des Gestüts Schlenderhan, beide Besitzer bekamen den Sieg mit je 49 000 Mark aus der Gesamtdotierung von 120 000 Mark belohnt.

Das Französische Derby im Chantilly bei Paris gewann zum siebten Mal Jockey Yves Saint-Martin mit Darshaan aus dem Stall des Aga Khan vor Sadler's mit Pat Eddery. Darshaan ist noch ungeschlagen.

Toto: Preis der Diana: Sieg 24/13, Pl. 30, 15, 26, ZW: 308 und 196, DW: 2836 und 1992.

Mit neuem Gesicht: Das Hörfunkmagazin „Zwischen Rhein und Weser"

Raus ins Land, ran an die Probleme

Für die Premiere heute nachmittag hat die Redaktion sogar eine Heilige bemüht: Sankt Klothilde. Sie wird angerufen bei Kinderkrankheiten. Was nicht heißen soll, daß man beim WDR glaubt, sich für den neuen Hörfunk-Sproß „Zwischen Rhein und Weser" tunlichst des himmlischen Beistandes versichern zu sollen. Im Gegenteil. Die Väter setzen auf gutes Gedeihen, obwohl bei drei*einhalb Stunden Sendezeit* täglich von Montag bis Freitag gelegentliche Anfälle von Schwäche nicht zu vermeiden sind. Mit Sankt Klothilde hat es eine andere Bewandtnis: Ab sofort soll auch der NRW-Landes-Heilige vom Tag mit einer Kurzbiographie einen Platz in der Sendung haben.

„Zwischen Rhein und Weser" ist nicht neu. Die Sendereihe ging bereits am 30. April 1950 zum erstenmal über UKW von Köln aus ins Land, und man erinnert sich an prominente Namen, die ihren Weg als Moderatoren durch die Jahre begleitet haben: Werner Höfer, Peter von Zahn, Hans-Otto Wesemann, Walter Steigner, Franz Wördemann, Christian von Chmielewski oder Gerd Ruge. Aber von heute an, da auch die seit langem geplanten fünf Regionalprogramme des Hörfunks ihre Fenster öffnen und WDR I damit „eine lupenreine Regio*nalschiene" geworden ist*, präsentiert sich „Zwischen Rhein und Weser" als Landesmagazin in veränderter Form und größerem Format.

Das neue Magazin will dem Hörer „eine kompakte, zusammenfassende und konzentrierte Informationsleiste und ein informativ-unterhaltsames Landesprogramm" anbieten. Den journalistischen Kern jeder Sendung bildet das Schwerpunktthema. „Hier werden wir heiße Eisen mutig anpakken und kontrovers diskutieren", verspricht Ulrich Hinz, der seit dem kürzlichen Tod von Klaus-Martin Meyer die „Rhein-und-Weser"-Redaktion kommissarisch leitet. „Wir wollen raus ins Land und ran an die Probleme."

Für die heutige Auftaktsendung wird ein Reporter mit dem Ü-Wagen zur Landeszentrale der NPD nach Bochum-Wattenscheid fahren und sich vor Ort mit „beiden Seiten" Gedanken machen über den Rechtsextremismus. „Es ist unsere Absicht, mit den Schwerpunktthemen auch Nachrichten zu machen", sagt Hinz. „Wir werden nicht nur abfragen und nachtragen, was andere vor uns bereits an Information aufgetischt haben. Wir wollen auch selbst etwas einleiten. Dabei sollen die Themen mit allen möglichen Formen journalistischer Darstellung eingekreist werden".

Die große Reportage, die ebenfalls einen Stammplatz in der Sendung erhält, will sich um Themen wie etwa neue Industrieansiedlungen oder den Nahverkehr kümmern. Der kompakten Information ist die Zeit zwischen 5.00 und 5.30 Uhr vorbehalten. In diesen Programmblock wird das aktuelle Geschehen *im Lande in* geraffter Form nach Art einer News-Show aufbereitet.

Neu im veränderten Hörfunk-Magazin ist außer dem Landes-Heiligen vom Tage die „Minuten-Lyrik". Unter diesem Titel sollen Kurztexte von Literaten aus dem Lande vorgestellt werden. Ungewohnt ist auch das Vorhaben, Aktuelles aus der Sicht und in der Sprache der Jugend an den Hörer zu bringen. „Wir wollen nicht didaktisch werden und die Sprache der jungen Leute erläutern und erklären", meint Ulrich Hinz. „Aber warum sollen wir nicht als Momentauf*nahme auch* mal einen Jugendlichen über ein Problem so reden lassen, wie er und seine Altersgenossen es heute tun?"

Die Macher des neuen „Rhein-und-Weser"-Magazins verkneifen es sich, von einem Straßenfeger zu sprechen wie die Fernsehkollegen, bevor ihre „Aktuelle Stunde" aktuell wurde. Sie, so versichern die Redakteure, wollen nicht die große Trommel rühren, sondern durch ordentliche Arbeit auffallen.

EGON WOLFF

STUDIO

Mit 1,8 Millionen hatten am Jahresende 1983 rund sieben Prozent der *deutschen Haushalte die Möglichkeit*, Radio- und Fernsehprogramme über **Breitband-Verteilnetze** zu empfangen. 605 000 Haushalte nutzten bereits diese Empfangsmöglichkeit. Bis Ende 1984 rechnet die Bundespost mit einer Verdoppelung des Versorgungsgrades, bis Ende 1986 mit einer Verdreifachung, so daß 5,5 Millionen Haushalte die Breitbandverkabelung nutzen könnten. Neben dem Empfang der orstüblichen Programme mit ausgezeichneter Qualität kommen die Dritten Fernsehprogramme anderer Bereiche über das Richtfunkverteilnetz der Post und die Einspeisung der von Satelliten abgestrahlten TV- und Radioprogramme dazu. Weiterhin baut die Post in den nächsten zwei Jahren ihr Richtfunkverteilnetz aus und errichtet rund 70 Satelliten-Erde-Empfangsstationen. agi

KRITIK

Die lustlosen Seelöwen

Das mußte alten Carrell-Anhängern ja nun spanisch vorkommen, daß der Holländer bei der zweiten Ausgabe seines Versuchs mit dem Titel **„Die verflixte 7"** (ARD) kaum heftiger aus dem Sessel reißen konnte als mit der ersten. Irgend etwas scheint mit dem Mann, der eben erst in Cannes zum besten Maître de plaisir im europäischen Fernsehen gekürt wurde, seit seinem mißratenen Silvester-Comeback nicht im Lot zu sein.

Da half auch der Lichtblick mit dem spanischen Neo-Flamencisten Paco de Lucia nichts, nicht die gut gemeinten Folklore- und Artistikeinlagen, die schrecklich konsequent haarscharf am Kunstgewerblichen vorbeitanzten. Denn diese „Spielshow", deren Spritzigkeit gar noch gegenüber der Äppelwoi-Gemütlichkeit im „Blauen Bock" zurückhing, ist gar keine – allenfalls ein Superpack von Banalitäten. Weiß das deutsche Publikum wirklich nicht, wo Valencia liegt oder daß die Slapstick-Torte im Gesicht des Chefs nun allmählich ausgedient haben dürfte?

Wie spannend doch, daß die ganze zweite Hälfte hindurch eine nach *xMillionen* zählende TV-Gemeinde Zeuge sein durfte, wie ein Ehepaar weder ein Auto noch einen Video-Set noch einen Argentinien-Flug gewann. Was Wunder auch, daß die Seelöwen des Roby Gasser eigentlich keine *Lust zum Auftritt* verspürten.

Aber was macht das? Schließlich ist es mit Rudi Carrell wie mit jedem noch so hochnotpeinlichen Schlagersternchen á la Andrea Jürgens: Da wird nicht nach dem Qualitätsstand der Profession gefragt, sondern allenfalls nach der Größe der Lorbeeren, auf denen sie es sich kommod gemacht haben.

ALEXANDER SCHMITZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Entscheidung am Atlantikwall
11.05 Ein schlichtes Herz
Ital. Spielfilm (1977)
12.25 Bilder aus der Wissenschaft
U. a. Über die geheimnisvolle Epidemie: AIDS
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.20 Per Anhalter durch die Galaxis (6)
Letzter Teil der englischen Fernsehserie
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Vor dem Sturm (6)
Letzter Teil des Fernsehspiels
Lewin von Vitzewitz wurde als französischer Gefangener auf die Festung Küstrin gebracht, und nur Hoppenmarieken, das verwahrloste Kräuterweib, könnte ihn retten.
21.15 Francesca, Lieselotte, Colette
Frauenalltag in einer Männerwelt
22.00 Solo für Spaßvögel
Mit Boris Hybner
Am Piano: Jiri Knot
Regie: Arno Imhoff
Weit über Prags Grenzen hinaus hat er sich bereits einen Namen gemacht, er widmet sich in erster *Linie realistischen Themen*, bei denen er auf heitere Art und Weise die Empfindungen und Stimmungen ganz normaler Menschen umzusetzen versucht.
22.30 Tagesthemen
23.00 Zärtliche Stunden
Spanischer Spielfilm (1981)
Buch und Regie: Carlos Saura
Im Alter von fast 50 Jahren steht der Spanier Juan immer noch im Bann seiner Kindheit. Er fühlt sich mitschuldig am Tod seiner geliebten Mutter, die sich damals das Leben nahm, nachdem ihr Mann *sie verlassen* hatte.
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
9. Folge: Hoppela.
16.18 Elternsache: Grundschule
9. Folge: Damit der Elternabend *glückt*
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Gepäcknetz durch Europa (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Taco
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der Mann mit den tausend Masken
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Grafeneck – Die Zeit des Lebens
Beobachtungen in einer Heilanstalt
Von Hartmut Schoen
Im „Dritten Reich" wurden hier von den Nationalsozialisten 11 000 behinderte Kinder und Erwachsene vergast und verbrannt.
20.15 Der längste Tag
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Bereits am 19. August 1942 hatten die Alliierten versucht, bei Dieppe zu landen – vergeblich. Fast zwei Jahre lang wurde nun eine erneute Invasion intensiv vorbereitet.
Dazw. heute-journal / Politbarometer
23.20 Wunderheiler mit Methode
Franz Anton Mesmer – ein Vorläufer der modernen Psychotherapie
Im 18. Jahrhundert hatte Franz Anton Mesmer im vorrevolutionären Paris begonnen, durch Auflegen von Magneteisen bestimmte Nervenleiden zu heilen.
0.05 heute



Szene mit Assumpta Rodes und Juan Inaki Alerra aus dem spanischen Spielfilm „Zärtliche Stunden" – 23.00 Uhr in der ARD FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Mit Sonja Kurowsky und Reinhard Münchenhagen
21.45 „Samstag" aus „Licht"
Karlheinz Stockhausens zweiter Schöpfungstag
Bericht von Heinz Josef Herbort
22.15 *Hilferufe*
Menschen in der Krise
Jutta M.: Wir kommen nicht voneinander los
Anschl. Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
20.00 Tagesschau
20.15 Man muß sich anpassen
Langzeitbeobachtung eines Sanierungsprojektes
21.00 Das Montagsthema
22.00 Arizona
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Jean Arthur, William Holden u. a.
Regie: Wesley Ruggles
23.55 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Papotin & Co.
19.00 Computerzentrale
19.15 Spitzentiere auf dem Laufsteg
20.00 Horizonte
Themen: Die Altkatholiken / Nicaragua / Weihbischof Walter Kampe wird 75
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
Mit schmutzigen Händen
22.30 Focus on Jazz

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Deutsch (61)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Die echten Mächtigen von Dallas
21.05 *Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten*
Im alten „Biograph"
Mit Bob Monkhouse
21.30 Alle Macht den Richtern?
Die Flucht der Politiker zur Justiz
22.15 Sangoma und Charlie Mariano
Jazz Fest Berlin 1983

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Vorsicht, Medikamente!
Über Wirkungen und Nebenwirkungen von Arzneimitteln
22.50 Der Whistler
Amerikanischer Spielfilm (1944)
23.50 Rundschau

OLYMPIA / Volleyball-Turnier mit der Damen-Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland

Rekord: 132 Länder haben schriftlich zugesagt

dpa/sid, Los Angeles

Die Boykott-Spiele werden zu Rekord-Spielen. Trotz der Absage der Sowjetunion und ihrer engsten Verbündeten werden über 132 Länder an den Olympischen Spielen (28. Juli bis 12. August) in Los Angeles teilneh*men. Das* geht aus den Anmeldungen hervor, die dem olympischen Organisationskomitee (LAOOC) nach Ablauf der Frist am Sonntag um 13.00 Uhr (MEZ) vorlagen. Danach haben 132 Nationale Olympische Komitees (NOK) ihre Teilnahme *schriftlich* zugesagt, fünf weitere meldeten sich mündlich an. Ihren Start will sich das LAOOC noch schriftlich bestätigen lassen, ehe heute endgültige Zahlen auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben werden.

Die bisherigen Rekordspiele fanden 1972 statt. In München nahmen 122 Länder mit 7147 Sportlern teil. In Los Angeles wird damit gerechnet, daß die Teilnehmerzahl 7500 betragen wird. Damit werden auch die Zahlen von Moskau deutlich übertroffen. 1980 gingen lediglich 81 Länder an den Start.

Nach Ablauf der Meldefrist stellt sich die Teilnahme-Situation der 157 vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) anerkannten NOKs so dar: Ihren Boykott gaben bekannt: UdSSR, Bulgarien, „DDR", Vietnam, Mongolei, Laos, CSSR, Afghanistan, Ungarn, Polen, Kuba, Nordkorea, Südjemen und Äthiopien. Ohne jede Nachricht ist das LAOOC bisher aus Angola, Jordanien, Lesotho und Somalia. Allerdings gibt es Berichte aus Amman, nach denen 25 Sportler aus Jordanien nach Los Angeles kommen sollen. Eine *mündliche* Startzusage liegt aus Burma, Madagaskar, Obervolta, Seychellen und Tschad vor.

Die letzte Absage war in Los Angeles am 1. Juni von Äthiopien erfolgt. Das NOK *begründete seinen Boykott* mit der Solidarität zu den kommunistischen Ländern und mit der gegenwärtig durch Südafrika laufenden Rugby-Tour der englischen Auswahl. IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch nannte diese Gründe als „nicht stichhaltig". Eine solche Rugby-Tour habe es auch 1980 gegeben, und dennoch sei Äthiopien in Moskau an den Start gegangen. Nach dem Fernbleiben von den Spielen in Montreal wegen Sportkontakten von Neuseeland zu dem Apartheid-Land Südafrika müssen die Sportler Äthiopiens nun zum zweiten Mal innerhalb von acht Jahren aus Boykott-Gründen den Spielen fernbleiben.

In Tokio wurde bekannt, daß so*wjetische Stellen* bereits kurz nach der Boykott-Verkündung am 8. Mai japanischen Reiseunternehmen 5000 Olympiakarten im Wert von 100 000 Dollar zum Kauf angeboten haben. Die UdSSR hatte diese Karten Ende vergangenen Jahres beim LAOOC gekauft.

In Moskau wurden Einzelheiten für geplante Alternativ-Sportfeste in neun sozialistischen Ländern be*kannt*gegeben. Die Veranstaltungen, die nach den Spielen von Los Angeles stattfinden, sollen auch für Athleten aus nicht-boykottierenden Ländern offen sein. Wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass verbreitete, sollen Männer-Leichtathletik, Basketball, Rudern, Schwimmen, Radsport, Schießen, Hockey und Segeln auf den Olympia-Anlagen von Moskau und Tallin stattfinden. Freistilringen, Gewichtheben und Turnen wurde nach Bulgarien vergeben, griechisch-römisch Ringen und Fechten nach Ungarn, Handball und Kanu in die „DDR", Boxen, Wasserball und Volleyball nach Kuba, Moderner Fünfkampf nach Polen, Frauen-Leichtathletik und Rhythmische Sportgymnasik in die CSSR, Tischtennis nach Nordkorea und Sambo-Ringen in die Mongolei.

Die deutschen Volleyball-Damen sind nun endgültig für die Sommerspiele nominiert. In Los Angeles soll das deutsche Team zusammen mit den USA, China und Brasilien in einer Gruppe spielen. In der zweiten Vorrunden-Gruppe treffen Peru, Japan, Korea und Kanada aufeinander.

Das olympische Handball-Teilnehmerfeld ist ebenfalls komplett. Folgende Mannschaften werden demnach um die Medaillen spielen: Männer: Jugoslawien, Dänemark, Rumä*nien*, Deutschland, Schweden, Schweiz, Spanien, Island, Südkorea, Japan, Algerien und die USA als Gastgeber. Frauen: Jugoslawien, China, Deutschland, Österreich, Südkorea und die USA.

Pankraz, Gramsci und der erstürmte Überbau

Für einen Gramscismus von rechts" heißt eine der Streitschriften, die der teils bewunderte, teils gefürchtete Debattierklub „Grèce" in Paris herausgibt. „Grèce" versteht sich als Organ der „Neuen Rechten" Frankreichs, und deshalb leuchtet der Bezug auf den Gramscismus nicht ohne weiteres ein. Dieser „Gramscismus", benannt nach dem ersten italienischen Kommunistenchef Antonio Gramsci, ist der Sammelbegriff für die Taktik der entschiedenen Linken in den westlichen Ländern, den Sozialismus gleichsam von oben einführen zu wollen, durch eine Art „Kulturrevolution". In besagter Broschüre von „Grèce" werden die Rechten nun dazu aufgerufen, es den Kommunisten nachzumachen und ihrerseits „die Höhen der Kultur" zu besetzen. Der Gedanke ist interessant, aber Pankraz bezweifelt, ob er auch realistisch ist.

Gramsci selbst, der 1937 in einem Gefängnis Mussolinis starb, war übrigens gar kein lupenreiner Kommunist, sondern ein Schüler Benedetto Croces und ein in der Wolle gefärbter Hegelianer, der nie an den von den orthodoxen Marxisten behaupteten Primat der „ökonomischen Basis" vor dem „ideologischen Überbau" glauben mochte. Die jeweils herrschenden Gedanken waren ihm keineswegs, wie das *Dogma befiehlt*, „die Gedanken der Herrschenden", er sah vielmehr, daß der liberale Kapitalismus sich faktisch überhaupt nicht um die geistigen Inhalte kümmerte, daß es also viel leichter war, den „Überbau" zu *besetzen statt* Fabriken, Banken und industrielle Leitzentralen. Vom „Überbau" aus, so hoffte Gramsci, könne man dann an die sozialistische Umgestaltung der „Basis" gehen, deren Widerstand er sehr gering einschätzte.

In der Rückschau muß man sagen, daß der Gramscismus nicht ohne Erfolg geblieben ist, zumindest was den ersten Teil des Programms betrifft, die Eroberung des „Überbaus". Die Kommunisten gingen auf zwei Wegen vor, auf einem ideenpolitischen und einem personalpolitischen. Sie sorgten dafür, daß ihre Leute an wichtigen „Schalthebeln" postiert wurden, in der Leitung von pädagogischen Seminaren, in den Kulturredaktionen von Rundfunk und Zeitungen, in den Herausgebergremien von wichtigen Verlagsreihen, und gleichzeitig versuchten sie, jede neu aufkeimende Idee sogleich dem marxistischen Dogma anzugleichen oder sie, im Falle der Nichtangleichbarkeit, mit einem derart negativen Tabu zu umgeben, daß niemand mehr wagte, sie in öffentlicher Diskussion zu vertreten. Es kam darauf an, eine Herrschaftsgleichung aufzustellen: „links und marxistisch = kulturell bedeutsam", und dafür zu sorgen, daß sie allgemein geglaubt und respektiert wurde. Das ist in einigen Ländern auch voll gelungen.

In Italien, dem Ursprungsland des Gramscismus, geht kulturell schon seit langem faktisch nichts mehr ohne den Segen der Kommunisten. Und in der Bundesrepublik Deutschland übt die DKP weit über ihre politisch minimale Rolle hinaus einen enormen kulturellen Einfluß aus, dominiert Universitätsseminare, Verlagsprogramme und Schriftstellerverbände, verkleistert die Hirne unzähliger junger Nachwuchs-Intellektueller und tabuisiert recht wirkungsvoll Themen, Meinungen und Personen, die ihr oder der Ostberliner Zentrale ein Dorn im Auge sind.

Man kann schon verstehen, daß rechte Zirkel auf den Gramscismus neidisch werden und ihn gern für ihre Zwecke umfunktionieren möchten, besonders in einem Land wie Frankreich, in dem der Kommunismus als geistige Kraft tief blamiert ist, sich jedoch dank seiner durch konsequente Anwendung der gramscistischen Taktiken erworbenen institutionellen Allgegenwärtigkeit dennoch immer wieder kräftig ins Bild setzt. Aber wie stellt man sich einen neuen „Gramscismus von rechts" denn nun wirklich vor? Die „Grèce"-Broschüre vermag darüber keine befriedigende Auskunft zu geben. Die Rechte war nie eine der kommunistischen Partei vergleichbare Einheits-Organisation, sie verfügt also weder über ein einheitliches Weltbild, auf das hin der Überbau ausgerichtet werden könnte, noch über die organisatorischen Möglichkeiten, um überhaupt etwas auszurichten. Und das ist sogar gut so.

Die Kultur ist nämlich ein viel zu teures Gebilde, um – von wem auch immer – funktionalisiert und zweckentfremdet zu werden. Es laufen schon zu viele (linke) Kulturfeldwebel herum; man braucht ihre Spezies nicht noch von rechts her zu vermehren. Sie hetzen und verteilen Zensuren, sie schüchtern die Künstler ein, setzen sie unter „Solidaritäts"-Druck, messen ihre Werke einzig daran, ob sie auch das hinreichende Maß an Marxismus und „Fortschrittlichkeit" enthalten. Dabei sind ihnen längst die Ideen ausgegangen. Gramsci selbst war möglicherweise noch ein schöpferischer Theoretiker; die heutigen Exekutoren des Gramscismus sind nur noch Platzhalter. Sie glauben auch nicht mehr daran, daß sie von ihren kulturellen Schalthebeln aus die ökonomische Basis aufrollen können. Das kulturelle Administrieren ist ihnen zum Selbstzweck geworden. Im Grunde haben sie Gramsci verraten.

Natürlich muß man – darin haben die „Grèce"-Leute recht – den kulturell nur mäßig interessierten, oft auch dummen Politikern der Mitte, *die zum Teil tatsächlich die Herrschaftsgleichung* „Kultur = links" akzeptiert und verinnerlicht haben, den Star stechen, muß ihre Personalentscheidungen korrigierend zu beeinflussen suchen. Man muß von rechts neue Paradigmen anbieten, mit denen sich die Künstler auseinandersetzen können. Doch das militärische Vokabular des Gramscismus („Eroberung des Überbaus" usw.) muß dabei im Schrank bleiben. Wer nicht von Begabung und Verdienst her auf den Parnaß gehört, der soll ihn nicht mit politischen Ränken „erobern" wollen. Eroberte Trümmerfelder haben wir in der Kultur schon mehr als genug.

Pankraz

Köln entdeckt Rossinis „Diebische Elster" wieder

Hier ist Mozarts Erbe!

Sie krächzt zuweilen zwerchfellerschütternd aus ihrem Käfig, stiehlt zwei silberne Löffel und setzt damit fast eine Tragödie in Gang: die diebische Elster, Titelheldin der Oper Rossinis, „La gazza ladra". Die mit dem Trommelwirbel einsetzende Ouvertüre ist ein Schlager, das Werk selbst so gut wie unbekannt, in Deutschland seit Menschengedenken nicht aufgeführt worden. Die Kölner Oper spielt es nun, und damit die Entdeckung auch ins hellste Licht gestellt wird, wird die Aufführung zu Pfingsten auch im Fernsehen gezeigt.

Eine Entdeckung ist diese „Gazza ladra" fürwahr. Sie gehört dem kaum noch gepflegten Genre der Opera semiseria an, zwischen Tragödie und Buffo-Geplauder. Denn beinahe wird Ninetta standrechtlich erschossen wegen der gestohlenen Silberlöffel. Es ist einmal wieder Krieg in Italien, da herrscht Sonderrecht, auf Diebstahl steht die Todesstrafe. Wenn man dann auch noch den Podestà des Dorfes gegen sich hat, weil man seine Zudringlichkeiten abweist, dann ist der Justizirrtum programmiert, das böse Ende nahe. Erst in der letzten Sekunde wird die wahre Diebin ertappt, und zum Finale gibt's ein opulentes Happy-End.

Diese Handlung ist natürlich nicht der Rede wert, aber Rossinis Musik ist es dafür um so mehr.Denn wo weder die virtuosen Rouladen-Nummern noch die Keckheit der Opera buffa einen Anlaß finden, muß sich die Musik auf andere, auf lyrische Qualitäten besinnen. Rossini ist auch darin ein Meister. Das Werk quillt über von schöner und stimmungsvoller Musik. Da hat Ninetta gleich zu Beginn eine ergreifend schlichte Kavatine zu singen, ihr Liebesduett im Kerker geht nicht minder ans Herz, und in groß ausgeformten Ensembles lernt man, wer wirklich Mozarts unmittelbarer Erbe gewesen ist. Die „Elster" gehört zu Rossinis Bestem.

Dem Dirigenten Bruno Bartoletti, der die Aufführung an Hand der neuen kritischen Rossini-Werkausgabe dirigiert, vorzuwerfen, es fehle ein bißchen am Brio und am Rossinischen Kreiseln, trifft wohl nicht. Denn hier geht es eben nicht um die geschwind schnurrende Musik der Buffa, hier ist der etwas bedächtigere und elegischere Ton durchaus am Platz.

Das Stück so in Szene zu setzen, wie es geschrieben steht, war auch das Anliegen Michael Hampes, des Regisseurs, und seines Ausstatters Mauro Pagano. Es sieht alles aus, wie es in einem italienischen Dorf um 1800 wohl ausgesehen haben mag, es gibt kein szenisches Augenzwinkern, man geht ganz ernsthaft zu Werke, und das ist auch richtig so. Denn möglich wird die ganze Geschichte tatsächlich wohl nur dadurch, daß das omnipräsente Militär alle ziemlich nervös macht und der Krieg die Menschen aus ihrer dörflichen Verträglichkeit herausgerissen hat.

Nicht glücklich wird man mit Ileana Cotrubas, der Ninetta. Ihrer Stimme fehlen Gewandtheit und Jugend total. Sie kann die Ninetta noch spielen, singen nurmehr schlecht statt recht. Stimmlich sind Nucci Condó, Brent Ellis, Alberto Rinaldi und David Kuebler die stärkeren Stützen des Abends, aber zum Sängerfest können sie diese veritable Rossini-Trouvaille denn doch nicht machen.

REINHARD BEUTH

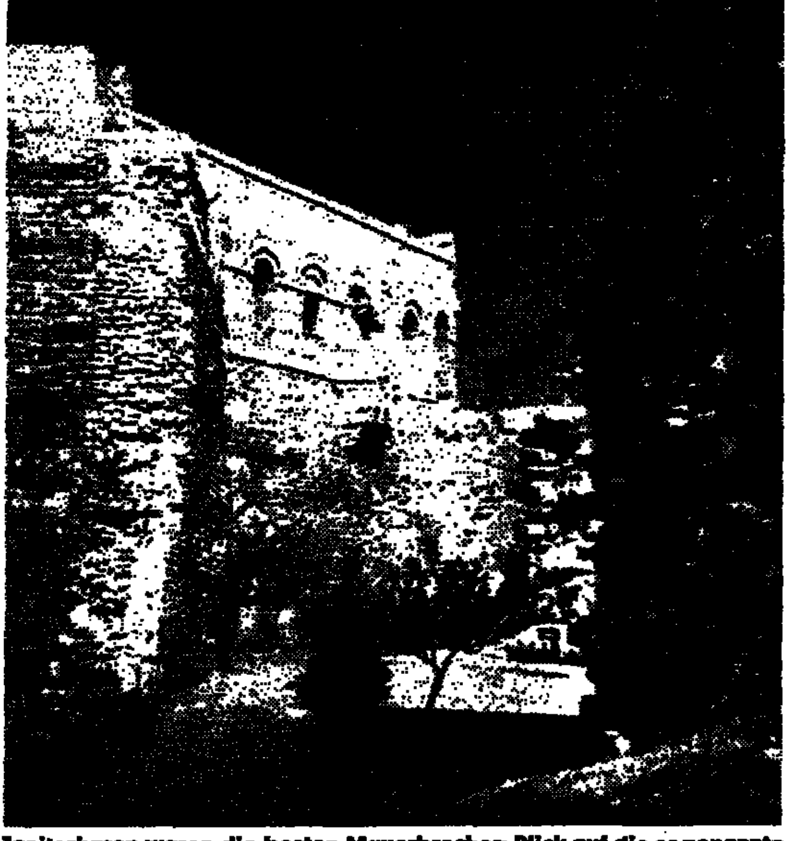
Auf dem Amselfeld ging ihr Stern auf – Zu Gerhard Schweizers Monographie über die Janitscharen

Die wilden Sklaven des Kochkessels

Gegen acht Uhr waren die Morgennebel verschwunden. Der 23. Juni 1369 versprach ein heißer Tag zu werden. Niedriges Schilf aus einem sumpfigen Boden wuchs dort, wo heute die Rebgärten des Amselfeldes im südlichen Jugoslawien zwischen den Bergen von Kosovo Polje stehen. Im Osten dehnte sich das Zeltlager der Türken unter Sultan Murad. Am westlichen Talausgang hatte der Serbenfürst Lazar seine Truppen postiert. Sie waren viermal stärker als die des Sultans.

Lazar zweifelte, ob die Türken den Angriff gegen diese Übermacht wagen würden. Doch gegen zehn Uhr begannen im türkischen Lager die Trompeten und Kesselpauken zu dröhnen. Mit wildem Kriegsgeschrei begrüßten die Janitscharen Sultan Murad. Wie einen schützenden Wall hatten sie ihre Zelte um das Haus ihres Herrschers aus Seide und Diamanten gebaut. Sie waren mit breiten *Krummsäbeln und Schilden aus* Weidengeflecht bewaffnet. Als Uniform trugen sie rote Jacken, blaue Pluderhosen und weiße Filzmützen mit einem wehenden Turbantuch. Ihr Kriegsruf war: „La ilaha illa-illahu" – *es gibt keinen Gott außer Allah.*

Fürst Lazar gab den Befehl zum vernichtenden Vorstoß. Ziel war der Kern des osmanischen Heeres. Aber vor dem Sultan warteten die Janitscharen, zur Schlachtenwende fanatisch entschlossen. *Sie kauerten hinter* ihren Bogen und empfingen die Angreifer mit einem Pfeilhagel. Dann warfen sie die Bogen weg und rissen den Krummsäbel aus der Scheide. Anders als die bosnischen und serbischen Krieger *trugen sie keine* schweren Brustpanzer und Beinschienen. So waren sie leichter zu verwunden, doch diesen Mangel glichen sie durch höhere Beweglichkeit aus.



Janitscharen waren die besten Mauerbrecher: Blick auf die sogenannte „Janitscharenbresche" in Istanbul, durch die 1453 die Türken eindrangen FOTO: DIE WELT

Auf die Kampfesweise der Janitscharen, *mit ihrer Mischung aus nur* scheinbar ungeordneter Flinkheit, absolutem Todesmut und perfektem Umgang mit der Waffe, waren die an europäische Schlachten gewöhnten Landsknechte der Serben nicht vorbereitet. *Auch die Ritter konnten mit* ihren Schwertern nicht so fintenreich und blitzschnell umgehen wie die Janitscharen. Ihre Reihen wurden immer dünner, und schließlich zogen sie sich über ein Feld von Leichen zurück. Die Schlacht *am Amselfeld* war zugunsten der Türken entschieden.

Im ganzen Abendland verbreitete sich die Kunde von der serbischen Katastrophe. Sie wurde in Wien und Venedig, in Rom und Genua, in Mailand und Palermo diskutiert. Und immer wieder fragte man nach dem Kampfwert jener Truppe, die den Sieg der Türken herbeigeführt hatte, nach den *Janitscharen*. Diese osmanische Elitetruppe ist im Abendland im Grunde bis heute ein Rätsel geblieben. Jetzt hat der Historiker Gerhard Schweizer die erste umfassende Untersuchung über sie vorgelegt: „Die Janitscharen – geheime Macht des Türkenreichs" (Verlag Das Berglandbuch, Salzburg, 305 S., 34 Mark).

Aus christlichen, jugendlichen Sklaven wurden die Janitscharen zwangsrekrutiert. Lieferquelle war der sogenannte „Knabenzins": Türkische Reiter umstellten ein Dorf in Griechenland, in Serbien, Bulgarien oder später auch in Ungarn; ein Fangkommando trieb alle Knaben zwischen acht und zwölf Jahren zusammen. Offiziere musterten sie. Die Kräftigsten wurden ausgesondert. Dann fragten die Offiziere, wer verheiratet sei. *Sorgfältig überprüfte ein* Schreiber das Heiratsregister. Dann durften die Verheirateten wegtreten. Für die anderen war das Schicksal entschieden. Sie waren nunmehr das uneingeschränkte Eigentum des Sultans. *Auf staubigen Straßen* wanderten sie nach Saloniki, dem zentralen Sammelplatz. Dort wurden sie beschnitten und mußten den Glauben des Islam annehmen. Alle fünf Jahre wurde dieser Knabenzins eingetrieben. *Die Chronisten* berichten von zehn- bis zwanzigtausend Jünglingen je Zug.

Zuerst kamen die angehenden Janitscharen zu Gutsherren und Bauern als Landarbeiter auf das karge, anatolische Hochland. Bis zum Umfallen mußten sie dort schuften, ständig angetrieben von brutalisierten Vorarbeitern. Unter strengste Strafe war das Sprechen in der Heimatsprache gestellt. Jeden Freitag mußten sie die Moschee besuchen. Mit dem 21. Lebensjahr wurden die jungen Männer kaserniert. Je zehn oder fünfzehn Rekruten unterstanden einem Feldwebel. Er unterwies sie im Fechten, Schießen und im Sturmangriff auch durch die kleinste Bresche einer angeschossenen Wehrmauer. Später kam der Umgang mit Minen und der Ausbau von Angriffsstollen unter den feindlichen Bastionen hinzu.

Der Drill kannte kein Pardon. Bis sieben Uhr abends mußten die Waf*fen auf Hochglanz gebracht* werden. Um vier Uhr morgens war Wecken. Nach einem Jahr durften die Janitscharen für ein Vierteljahr in direkter Nähe des Sultans als Leibgarde Dienst tun. Erstmals sahen sie da ihren *Herrscher in golddurchwirkten* Gewändern und unter einem Turban voller Diamanten und Smaragde. War der Sultan in gönnerhafter Laune, streute er Goldstücke aus. Dafür küßten sie ihm die Füße. Allmählich entstand ein ganz besonderes, fast intimes Verhältnis zwischen dem Herrscher und seinen Prätorianern.

Das merkwürdige Heiligtum der Janitscharen war der Kessel. Eifersüchtig hütete jede Kompanie ihren eigenen Kessel, der in Friedenszeiten auf dem Kasernenhof stand, während eines Kriegszugs in der Mitte des *Zeltplatzes. Die Essensausgabe* wurde zur Zeremonie. Im feierlichen Parademarsch brachte ein Dutzend Janitscharen den Kessel in die Küche. Bei der Rückkehr wartete schon ein Offizier mit einem überdimensionalen Schöpflöffel. Vor Empfang der Ration mußte jeder Janitschar eine tiefe Verbeugung vor dem Kessel machen. Wenn eine Kompanie während einer Schlacht ihren Kessel zurückließ, galt sie für immer als entehrt.

Auch Schweizer weiß keine einleuchtende Erklärung für diese irrationale Verehrung des Kessels. Seine These: Der Kessel war eine Erinnerung an die einst nomadisierenden Ur-Türken. Nur so, meint er, ist es verständlich, daß sich viele Offiziersränge der Janitscharen aus dem Dunstkreis der Kessel herleiteten. Der Tschorbadschibaschi, der „oberste Suppenkoch", hatte den Rang eines Oberst. Als Rangabzeichen trug er einen goldenen Küchenlöffel. Sein Stab setzte sich aus dem Adschibasch, „dem Oberstkoch", dem Sakkabaschi, dem „Oberstwasserträger", und dem Wekelichardsch, dem „Kücheneinnehmer", zusammen.

Mit der Bildung der Janitscharen hatten die Osmanenherrscher einen Soldatentyp von geradezu gespenstischer Disziplin und Todesverachtung geschaffen. Ohne die Janitscharen hätten die Sultane nie in so kurzen Abständen die welthistorischen Schlachten vom Amselfeld (1389), von Mohács (1526), die Eroberung Konstantinopels (1453), die Schlachten von Kairo (1517), von Bagdad (1534) und die zweimalige Belagerung von Wien (1529 und 1683) wagen können. Doch eineinhalb Jahrhunderte nach der Eroberung von Konstantinopel fragten sich die Sultane zum ersten Mal mit ängstlichem Blick auf die Janitscharen: Wer schützt uns vor unseren Beschützern?

Die Truppe war zu einer eigenständigen politischen Kraft an der Pforte geworden. Im Frühjahr 1622 ermordeten die Janitscharen den jungen *Sultan Osman II., weil er ihre* Privilegien beschneiden wollte, 1648 fiel ihnen Sultan Ibrahim zum Opfer. Am 14. Juni 1826 stürzten sie zum Zeichen des Aufruhrs die Kessel in ihren Kasernen um: Sultan Mahmud hatte nämlich eine neue Armee gebildet, trainiert von europäischen, vor allem preußischen Ausbildern. Diese trat gegen die Janitscharen an – und siegte. Ganz Europa sprach wochenlang vom „großen Gemetzel an den Mamelucken" im Hippodrom von Konstantinopel. Auf 15 000 Tote schätzten die Chronisten die Verluste der Janitscharen. Der Rest der Einheit wurde verbannt. So fand die legendäre Truppe nach fast einem halben Jahrtausend ein unrühmliches, schreckliches Ende.

PETER HORNUNG

Ausgrabung in Berlin: Roberto Ciulli inszeniert die Bauernposse „La Moschetta" von Ruzzante

Hinterm Gatter: Esel, Ziege, Hahn und Hühner

Im Grunde ist dies eine ganz robuste, fröhliche, erfreulich unkomplizierte, *arglos drastische Bauernposse*. Mehr nicht. Angelo Beolco (1502 bis 1542), genannt „Ruzzante" nach dem gefoppten Bauerntölpel, der immer wieder in seinen kleinen drastischen Stücken auftrat (und den Beolco selber *auch so gern verkörperte*) – Ruzzante ließ seine fröhlichen Rüpelstücke beim Karneval von Venedig aufführen. „La Moschetta", das jetzt seine deutschsprachige Erstaufführung in Berlin erlebte, bedeutet so *viel wie „mit verstellt gewählter Sprache sprechen"*. Also: seine Juxfiguren überhoben sich sprachlich. Bauern redeten tölpelhaft wie feine Leute. Das war ein Teil des naiven Vergnügens.

Solche Stücke waren weithin in Europa verbreitet. Hans Sachs war ihr deutscher Meister im gleichen 16. Jahrhundert. Wer ihr kräftiges Vergnügen heutzutage nachschmecken will, muß sein Geschichts- und Theaterbewußtsein also rüstig und rüde zurückschrauben. Dann kann man solche *Stücke vielleicht oder* besser: durchaus noch spielen.

Roberto Ciulli, der mit seinen Theaterleuten aus Mülheim an der Ruhr die alte Bauernposse für die Freie Volksbühne in Berlin koproduziert hat, geht aber unseligerweise sofort aufs hohe Regiepferd. Er hat sich den alten Kraftext von H. C. Artmann ganz hübsch drastisch übersetzen lassen. Dem hört man zuweilen noch ganz amüsiert zu. Dann aber vergreift sich Ciulli entsetzlich. Er hat sich von seinem Bühnenbildner, *Gralf-Edzard* Habben, eine Art Bauern-Ambiente bauen lassen. Die Handlung ist hinter hohe Gitter verlegt. Auf dem vergatterten Anger sind lebendige Hühner, ein flugs tätig werdender Hahn, sind eine liebliche Ziege und ein veritabler Esel zu sehen. Federvieh und Vierbeiner unterhalten dann das Publikum mehr als die menschlichen Figuren.

Die werden von Ciulli ständig in höchster Tonart des Ausdrucks beschäftigt. Sie brüllen. Sie strapazie*ren ihre Stimmen. Sie liefern die* kleine Handlung (nämlich wie der arme Bauer erst einmal besonders schlau und pfiffig sein will – und wie er dann seine schöne Frau gleich an zwei geile Nebenbuhler verliert). Der dünne *Vorgang* wird so *lähmend* laut und überzogen abgezogen, daß nicht nur die armen Tiere im Gehege akustisch leiden. Dem Zuhörer geht's nicht anders. Das Simple wird vertan.

Ciulli aber trachtet nach „Sozialkritik". Den „Prologus" hat er herrschaftlich verkleidet. Der sieht dem Vorgang der Übertölpelung durch das Bühnengatter, ständig speisend und prassend, zu. Am Ende killt und mordet er die Figuren des einfältigen Spiels. Also: Klassenkampf von oben. Da verließ das Publikum endlich, wenn es nicht schon vorher reihenweise geflüchtet war, die Geduld. Der kleine, sicher doch heute noch spielbare Spaß war verschenkt und durch rüde, intellektuelle Tüftelei vollends verdorben. „Ruzzante" war vollends *in die ganz falsche Ecke* gespielt und somit vertan.

Langeweile ist schlimm genug. Die Zuschauer, die sie bis zum törichten Ende überstanden, mußten mit dieser so irrig gepfropften Inszenierung Langeweile wahrlich quälend erdulden. Wenn aber dann noch eine radikal-mörderische Sozialkritik aufgepfropft wird, geht's über die Hutschnur.

Viel Gegenwehr gegen diese irrige und lähmende Produktion aus Mülheim in der Freien Volksbühne zu Berlin. *Natürlich gab's auch Beifall.* Aber der war eher von der mitleidsvollen Art.

Merke: Das unschuldsvolle, drastische Vergnügen scheint unseren Theaterleuten heute am schwersten zu fallen. Gesunde Einfalt entgeht ihnen offenbar ganz. Weh uns!

FRIEDRICH LUFT

„Footloose": Film mit tanzwütigen Teenagern in der amerikanischen Provinz

Anzug und Fliege müssen schon sein



Auf das große Tanzvergnügen aus: Kevin Bacon als Ren in dem Film „Footloose" FOTO: UIP

Bei „Footloose" ließe sich (vergleiche das Henne-Ei-Problem) die Frage stellen: Ist die Langspielplatte zum Film komponiert worden oder der *Film zur Langspielplatte?* Der Titelsong und „Holding out for a hero" von Bonnie Tyler haben es immerhin schon bis hinauf in die Hitlisten geschafft.

Der Film spielt vergnügungsfrohe Provinz-Teenager gegen eine spießige Elternschaft aus. Die High-School-Abgänger einer Kleinstadt im amerikanischen Mittelwesten möchten gern ein Tanzvergnügen haben. Pfarrer, Lehrer, Eltern sind dagegen. Aber Ren (Kevin Bacon), ein discotrainierter Zuzügler aus Chicago, setzt es in zähem Kampf durch – gegen den meinungsbildenden Pfarrer am Ort (John Lithgow), aber mit des Pfarrers attraktiver Tochter (Lori Singer).

Es gibt Hindernisse privater Natur, etwa den bis dahin als Anführer unangefochtenen Boyfriend der Pfarrerstochter. Und es gibt – in der Dramaturgie gleichrangige – Hindernisse öffentlicher Art, etwa Stadtratssitzungen über moralgefährdende Subjekte. Am Ende kommt man sich auf *halbem Wege entgegen. Das Tanzfest* findet statt. Allerdings außerhalb der Stadtgrenzen und in einer Form, die selbst dem Pfarrer geläufig ist – mit Anzug und Fliege, Abendkleid und Blümchen.

Diese Jugend hat ja gar nichts gegen die Eltern. Sie will die Bindungen an die Tradition gar nicht lockern. Daß die Füße gelockert werden dürfen, das genügt. „Footloose" präsentiert eine Generation mit der „Ich will Spaß"-Attitüde. Unter diesem Motto gibt es auch ein paar vergnügliche Szenen – etwa wenn die leichtsinnige Pfarrerstochter während der Fahrt auf zwei Autos oder vor einem herandonnernden Zug auf den Schienen balanciert, wenn zwei Trecker wie kämpfende Stiere gegeneinander lospreschen oder wenn ein fetter Tölpel tanzen lernen muß. Da zeigt Drehbuchautor Dean Pitchford auch, daß er in der kurzen Form wohlgeübt ist (er schrieb bislang Songtexte); für eine umfassende Handlung aber fehlt ihm einfach der Atem. Das möglicherweise *faszinierende* Porträt der amerikanischen Provinz, die nirgends provinzieller ist als im Mittelwesten, wird darüber schmählich vernachlässigt.

Zwei Streifenpolizisten zeigen Willkür, das Kirchenvolk singt fromm, einmal gar wird die Bibliothek von Unmoralischem gereinigt – es gibt ein paar Impressionen, doch insgesamt fehlen die Nuancen. Einzig John Lithgow stattet den eifernden Pfarrer mit Persönlichkeit aus. Sonst bleibt das Für und Wider von Musik und Tanz einziges Thema. Dementsprechend gibt es temporeiche und gut gefilmte Choreographien in Erinnerung an „Flashdance". Von Regisseur und Musical-Profi Herbert Ross („Funny Girl", „Am Wendepunkt") wäre mehr zu erwarten gewesen.

DIETMAR BITTRICH

JOURNAL

Olympisches Kulturfest mit Pina Bausch eröffnet

SAD, Los Angeles

Mit einer Gala-Vorstellung des Wuppertaler Tanztheaters unter Leitung seiner Gründerin Pina Bausch wurde das olympische Kunstfestival von Los Angeles eröffnet. Bis zum 12. August (dem Tag, an dem auch die am 28. Juli beginnenden sportlichen Wettkämpfe enden) geben Künstler aus 18 Ländern über 400 Vorstellungen und veranstalten 24 Ausstellungen. Pina Bausch selbst zeigte sich am Premierenabend nur als Tänzerin in „Café Müller" nach der Musik von Henry Purcell, während sie bei ihrer Adaption von Strawinskys „Le sacre du printemps" nicht mittanzte. Sie kam auch zum Schluß nicht auf die Bühne, sondern überließ den Triumph ganz ihren 14 Tänzern und 14 Tänzerinnen.

US-Universität erhielt Sacharow-Manuskript

AFP, Stanford

Eine Abhandlung des sowjetischen Physikers Andrej Sacharow über eine wissenschaftliche Auswertung des „Imaginären" in Zeit und Raum ist nach Angaben der kalifornischen Stanford-Universität aus der Sowjetunion in den Westen geschmuggelt worden und befindet sich seit einem Monat im Besitz ihrer Bibliothek. Es handelt sich bei der 24seitigen Schrift um das vierte Dokument, das ins westliche Ausland gelangte, seit Sacharow in Gorki im Exil lebt (1980). Darin werden Theorien Albert Einsteins zu Raum und Zeit analysiert. Das Manuskript wurde von der in Boston lebenden Verwandten des Friedensnobelpreisträgers der Universität übergeben.

Berlins Philharmoniker: „Irrsinnig deprimiert"

dpa, Berlin

Die Orchestergremien des Berliner Philharmonischen Orchesters berieten auf einer Sitzung über die neue Situation nach der Absage eines Gastspielkonzerts in Salzburg am 11. Juni durch den Chefdirigenten Herbert von Karajan. Der Dirigent hatte dem Orchester überraschend und ohne Angaben von Gründen mitgeteilt, daß er das unter seiner Leitung vorgesehene Konzert absage. „Wir warten auf eine echte Begründung", ließ Rudolf Weinsheimer vom Orchestervorstand verlauten. „Karajans Reaktion ist uns völlig unverständlich. So etwas war noch niemals da. Es ist ein deutliches, unglaubliches Signal. Wir sind irrsinnig deprimiert".

Paulin geht mit Flimm nach Hamburg

dpa, Bochum

Rolf Paulin, Direktoriumsmitglied des Bochumer Schauspielhauses, wird zur Spielzeit 1985/86 gemeinsam mit Jürgen Flimm ans Hamburger Thalia Theater wechseln. Paulin wird nach eigenen Angaben unmittelbarer Mitarbeiter von Flimm, derzeit noch Intendant des Kölner Schauspiels. Später wird er eventuell in die Geschäftsführung des Thalia Theaters wechseln. Paulin ist seit elf Jahren in Bochum für die Verwaltung zuständig.

Deutscher Komponist wird wiederentdeckt

dpa, Tübingen

Die Musikwelt wird sich einen „neuen" Komponisten merken müssen: Nikolaus Betscher (1745 bis 1811), der 14 Jahre Abt der Reichsabtei Rot war und jetzt nach 200 Jahren der Vergessenheit entrissen wurde. Die „Missa in C" (1794) des von dem Tübinger Universitätsmusikdirektor Alexander Sumski wiederentdeckten Musikers wird zu Pfingsten im nahen Rot an der Rot (10. Juni) und in Ravensburg (11. Juni) erstmals aufgeführt. Sumski fand im Schwäbischen Landesmusikarchiv der Universität Tübingen 23 Titel, darunter die C-Dur-Messe. Vor zwei Monaten wurden in der einstigen Roter Filiale Maria Steinbach bei Memmingen weitere 17 entdeckt. Bei diesen 40 allerdings unvollständigen Handschriften handelt es sich um große geistliche Werke.

Michael Raucheisen †

DW. Thun

Der international geschätzte und erfolgreiche Pianist und Liedbegleiter Michael Raucheisen ist im Alter von 95 Jahren in der Schweiz gestorben. 1889 in Rain am Lech geboren, erhielt Raucheisen seine Ausbildung an der Münchener Musikakademie. Schon damals lernte er seine spätere Frau, die Sopranistin Maria Ivogün, kennen, mit der er in den letzten 25 Jahren in der Schweiz lebte. Raucheisen war seit den 20er Jahren als Begleitpianist außerordentlich begehrt. Von Fritz Kreisler über Sigrid Onegin und Dusolina Giannini bis hin zu Elisabeth Schwarzkopf, Dietrich Fischer-Dieskau und Hermann Prey war Raucheisen ein Partner von Künstlern, die zur ersten Garde zählten.

Sechs Mörder ausgebrochen

SAD, New York

Hunderte schwerbewaffneter Polizisten, unterstützt von Bluthunden, sind in den US-Bundesstaaten North Carolina und Virginia Tag und Nacht im Einsatz, um sechs aus Todeszellen ausgebrochene Mörder aufzustöbern, die Donnerstag nach einem falschen Bombenalarm aus dem Zuchthaus Mecklemburg (Virginia) entkommen *konnten. Bereits 24 Stunden später* gab es den ersten Fahndungserfolg. Zwei Männer wurden dabei überrascht, als sie in einer Bar seelenruhig ihre Hot Dogs verzehrten.

Die auf freiem Fuß verbleibenden Vier gelten als äußerst brutal. „Es handelt sich um explosive, zu allem entschlossene Charaktere", sagte gestern früh der Fahndungsleiter Russ Edmonton, „wir haben Anlaß zu der Befürchtung, daß sie alles wagen – es ist ohnehin ein Wunder, daß sie bisher noch niemanden umgebracht haben."

Auf das Konto der sechs kommen zusammen 16 Morde. Für Hinweise, die zu ihrer Ergreifung führen, hat der Gouverneur von Virginia, Charles S. Robb, eine Belohnung in Höhe von 10 000 Dollar pro Kopf ausgesetzt.

Der Ausbruch war generalstabsmäßig vorbereitet; es gilt nicht als ausgeschlossen, daß die Mörder dabei Hilfe erhalten haben, möglicherweise sogar von Strafvollzugsbeamten: Denn nachdem sie mit ihren selbstgebastelten Messern zwei Aufseher überwältigt hatten, konnten sie sich Strafvollzugsuniformen besorgen und passierten in dem Tohuwabohu des von ihnen selbst ausgelösten Bombenalarms ungehindert die Wachen.

Zur Zeit kämmt die Polizei das Areal überall dort, wo einer der Gangster gesehen worden sein soll, Haus für Haus durch.



Beschwingten Schrittes in den Operettenhimmel: Dr. Benatzky und seine Frau Josma Selim 1927 vor dem Brandenburger Tor. FOTO: ULLSTEIN

Vergöttert vom Publikum, von Karl Kraus verrissen – Ralph Benatzky

Von HANS OTTO SPINGEL

Die Operette erweist ihre Legitimation dadurch, daß sie die Leute einen Abend lang bei guter Laune hält. Es geht in ihr – natürlich – um nichts anderes als die Himmelsmacht der Liebe. Natürlich birgt das dadurch ausufernde Gefühl Gefahrenherde und Krisen, aber am Ende ist alles in Butter. Generationen hindurch flossen die Tränen, wenn sich Herz auf Schmerz reimte, flossen – und fließen heute noch – vor Rührung, wenn das Happy-End die geschürzten Knoten der Verwechslungen und Eifersüchteleien wie mit Zauberhand auflöste.

In der k. u. k. Monarchie war die Dynastie derer zu Hause, die unbedenklich ins volle Menschenleben griffen. Beim gezielten Blick auf die Tantiemen verwandelte sich nicht selten mit magischer Gewalt Gefühl in Sentimentalität, Schmelz in Schmalz. Puszta und Primas, Walzer und Csardas garantierten volle Häuser, Champagner und Tokayer *flossen* in Strömen: Die Flaschen leerten sich, wie sich die Konten der Herren Strauss, Lehar, Kalman, Suppé, Fall, Millöcker oder Stolz füllten.

In die Phalanx der Herrscher über den Dreivierteltakt an der schönen blauen Donau brach zu Beginn dieses Jahrhunderts ein junger Mann ein, der einen neuen Akzent in die melodiöse Terzenseligkeit und die rhythmische Vorherrschaft der Walzer-Metropole brachte. Er hieß Ralph Benatzky und ist einer der Väter jenes Operettenstils, den wir als musikalisches Lustspiel kennen.

Benatzky wurde geboren am 5. Juni 1884 in Mährisch-Budweis, dem tschechischen Teil der Monarchie, mithin im musikalischen Herzen Europas. Der Sohn eines Dirigenten besuchte, ehe er – was Wunder – Musiker wurde, ein Gymnasium, studierte in Prag und München bis zum Dr. phil. Dann erst begann er sein Musikstudium u.a. in München bei Felix Mottl. Der Erste Weltkrieg unterbrach Benatzkys Ausbildung, er diente als Offizier in der österreichischen Armee. 1926 ging er nach Berlin und wurde dort einer der wichtigsten Mitarbeiter des Riesen im Showgeschäft, Erik Charell. Den Beginn seiner Karriere markierten, Basis seiner späteren Operetten-Welterfolge, unzählige Chansons. Die Sängerin *Josma Selim*, die er 1914 heiratete und die er mit seinen Chansons am Flügel begleitete, hatte mit ihrer Diseusen-Ausstrahlung wesentlichen Anteil an seinem Autoren-Erfolg.

Als er mit dem Theater anbandelte, wuchs der Erfolg ins Grenzenlose. Mehr als hundert abendfüllende Werke für die Bühne hat er geschrieben, deren wichtigste, etwa wie „Bezauberndes Fräulein", „Meine Schwester und ich" oder „Axel an der Himmelstür" voll von pointiertem *Witz und saftigem Humor steckten.* Seinen wohl größten, bis heute dauerhaften Erfolg hatte er mit der 1930 komponierten Operette „Im weißen Rössl".

Fabrikant Giesecke („Det Jeschäft is richtig") wurde zum Inbegriff des grobschlächtigen Emporkömmlings (aus Preußen selbstverständlich). Der schöne Sigismund, der nichts dafür kann, daß er so schön ist, der Oberkellner Leopold, der „net zuschau'n kann", und sogar der alte Kaiser Franz Joseph, der noch einmal die besonnte Vergangenheit der kaiserlichen Monarchie im Vielvölkerstaat kassenträchtig heraufbeschwört – sie alle sorgen noch heute für ausverkaufte Häuser.

„Mein Mädel ist nur eine Verkäuferin" und „Ach, Luise" haben unverwüstliche Schlager-Qualitäten. Benatzky schrieb zwei Opern und Filmmusiken („Mädchenpensionat", „Zu neuen Ufern", „Die ganz großen Torheiten" u.a.), komponierte *1918 ein* Lied für den Frieden („Hunderttausend Kinderhände"), für das er zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde, und ist Autor eines Romans („In Dur und Moll").

Er arbeitete zusammen mit Luigi Pirandello und mit dem Berliner Kabarettisten Fritz Grünbaum – jenes Mannes, der sich in den Zwanziger Jahren, als der literarische Rummel um Friedrich den Großen grassierte, beharrlich Friedericus Grünbaum nannte – und ihm wurde die Ehre zuteil, vom großen, einzigen Satiriker Karl Kraus in einer bitterbösen Polemik gnadenlos verrissen zu werden. Nach der Lektüre der derart unfreiwillig in die Literatur eingegangenen Verse Benatzkys „Ach holde Pipsi, / mein Schatz, ich lieb Sie", / „Sie Herzensdieb, Sie / sagt drauf die Pipsi" usw. ernannte Kraus den Autor hämisch zum „losesten Cupido, der je die Götter des Olymps an der Nase herumgeführt hat".

1930 übersiedelte Benatzky ins schweizerische Thun, 1940 nach Hollywood. 1948 kehrte er via Paris in die Schweiz zurück. Dort ist er am 10. Oktober 1957 gestorben.

Kinderärzte beruhigen Elternschaft

dpa, Siegen

Von einer wachsenden gesundheitlichen Bedrohung der Kinder durch verunreinigte Luft, gifthaltige Nahrungsmittel und andere Umweltverschmutzungen kann keine Rede sein. Der Berufsverband der Kinderärzte Deutschlands forderte am Wochenende auf seiner Tagung in Siegen allerdings eine sofortige Meldepflicht für die in den vergangenen Jahren verstärkt aufgetretene Husten- und Erstickungskrankheit Pseudo-Krupp. Die Erfassung aller *Einzelfälle müsse, auch ohne gesetzliche* Regelung, in einer zentralen Meldestelle gewährleistet sein. Es fehle insbesondere an einer Übersicht über die geographische Verbreitung der Krankheit, die vor allem bei Kleinkindern auftritt. Nach Auffassung der Ärzte hat sich dagegen auf anderen Gebieten die Gefahr von Gesundheitsschäden erfreulich verringert. Die Verwendung von Ultraschall statt Röntgenstrahlen und die Qualität der angebotenen Fertignahrung stellten, so hieß es, einen sichtbaren Fortschritt dar.

Selbstenttarnter Agent

SAD, London

Der heute in Südamerika lebende spanische Geschäftsmann Juan Pujol Garcia hat enthüllt, daß er unter den Decknamen „Garbo" und „Arabel" der deutschen Abwehr im Juni 1944 über die wahren alliierten Invasionspläne Falschmeldungen zuspielte und damit erreichte, daß vier deutsche Divisionen während der kritischen Landungsphase nicht in die Kämpfe eingriffen. Garcia traf erst jetzt in London mit seinen alten Vorgesetzten des britischen Geheimdienstes zusammen und erhielt eine Privataudienz bei Prinz Philip. Nach Kriegsende war Garcia aus Angst vor deutschen Racheaktionen mit Hilfe der Briten untergetaucht.

Taubstumme Dealer

AFP, Wien

Die österreichische Polizei verhaftete am Samstag einen 29jährigen Tunesier und seine gleichaltrige jugoslawische Lebensgefährtin, die 366 Gramm Heroin im Wert von 185 000 Mark schmuggelten. Für die Vernehmung des taubstummen Paares wurde ein Taubstummen-Dolmetscher engagiert.

Pfarrers Jobsharing

dpa, Köln

Die Gemeindepfarrstelle Köln-Pech wird seit kurzem von einem Ehepaar verwaltet. Nachdem die Rheinische Landessynode das kirchliche Jobsharing probeweise beschlossen hatte, ist Pfarrer Klaus Termath (33) für den Ortsteil Esch, seine Frau Ulrike (32) für den Ortsteil Auweiler zuständig.

Adler nach Plan

dpa, Berlin

In der „DDR" hat sich der Adlerbestand mit gegenwärtig 105 Seeadler-, 90 Fischadler- und 80 Schreiadlerpaaren stabilisiert. Eine Arbeitsgruppe zum Schutze der Tiere hat das Verbot von Veränderungen in einem Umkreis von 100 Metern um jeden Brutplatz durchgesetzt. Jedes Adlerpaar besitzt einen Betreuer. In der Bundesrepublik Deutschland leben lediglich nur noch fünf Seeadlerpaare.

Schadenersatz-Urteil

SAD, Wichita/Denver

Umgerechnet 27 Millionen Mark Schadenersatz sprach ein Gericht einem gelähmten 62jährigen Farmer zu, dessen Tochter ihm vor Jahren Impfstoff gegen Kinderlähmung auf die Hand gespuckt hatte. Der Farmer war danach an Polio erkrankt. Ausgesetzt wurde dagegen der Prozeß gegen einen Unbekannten in Denver. Im Streit wurde ein 44jähriger in Hand und Arm gebissen und erlag kurz darauf einer Blutvergiftung. Nach Feststellung eines Gerichtsmediziners enthält der menschliche Mund oftmals zahlreiche gefährliche Bakterien. Das Gericht stufte den Tod daraufhin als Unfall ein.

LEUTE HEUTE

Lennon for sale

Yoko Ono gibt im Juni allerhand von John Lennon unter den Hammer, so einen Rolls-Royce, Baujahr 1965, eine Wurlitzer-Musiktruhe mit Lichteffekten, einen Flügel und eine massiv goldene Schallplatte. Der Erlös fließt einer Stiftung für Waisenkinder und staatlichen Grundschulen zu.

Muck und „Alexis"

Während der Onkel **Friedrich Karl Flick** (56) vergeblich versucht, deutschen Schlagzeilen zu entkommen, hat sich die US-Presse seines Neffen



Gerd Rudolf „Muck" Flick angenommen. Der 40jährige promovierte Jurist soll als weiterer Prominenter in den Dunstkreis des „Denver-Clan" geraten sein. Das Wochenblatt „Star" will ihn doch tatsächlich mit **Joan Collins** (56) alias Alexis Carrington flirtend im vornehmen New Yorker Hotel „Sherry Netherlands" gesichtet haben. Das Blatt stellte Flick schmeichelhafterweise, wenn auch nicht ganz korrekt, als „Deutschlands bekanntesten Playboy und Erben des Mercedes-Benz-Vermögens" vor.

Untermieter bei Hoheit

Ihre Hoheit wollen Untermieter aufnehmen. **Prinzessin Anne** und **Mark Philips** beantragten jüngst bei der Bezirksbehörde die Einrichtung zweier Studentenwohnungen in einem Stallgebäude ihres südenglischen Gutes Gatcombe Park. Sich glücklich schätzen, bei der Herrscherfamilie logieren zu dürfen, können Studenten eines benachbarten Landwirtschaftscolleges. Die „Buden" sollen zum Sozialpreis von umgerechnet 300 Mark weggehen.

West-Ost-Ehrung

Der thüringische Landesbischof **Werner Leich** wurde in den USA mit der „Roosevelt Freedom Medal 1984" ausgezeichnet. Weitere illustre Medaillengewinner sind unter anderem ein amtsenthobener südafrikanischer Glaubensbruder, der ehemalige Bischof **Beyers Naude** und der frühere Premierminister **Harold Macmillan**.

Zwölf Wochen lang glühte der Feuerofen Borneos

Katastrophales Umweltdesaster / Zehn Milliarden Mark Schaden / Fläche von der Größe Niedersachsens vernichtet

dpa, Singapur

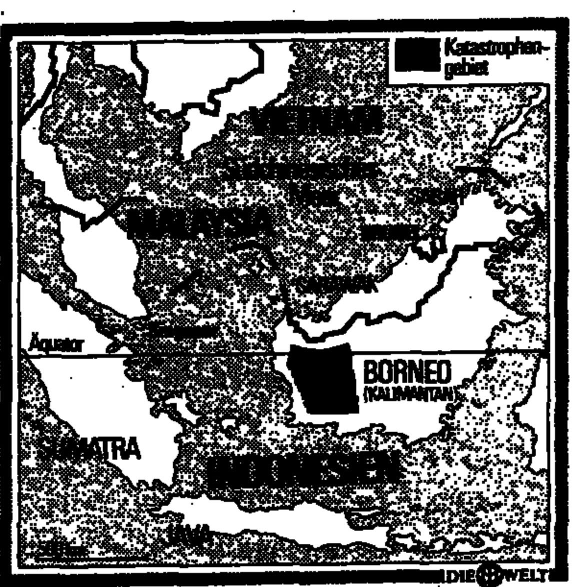
Im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte sich plötzlich und zunächst unerklärlich der Himmel über Singapur tagelang verdüstert. Nur mühsam quälte sich eine bleierne Sonne durch eine riesige Dunstschicht. Die Flugpläne *gerieten durcheinander. Feine* Rußflocken wirbelten zu Boden. Doch weder aus Malaysia oder Sumatra waren Buschfeuer gemeldet noch qualmten die Vulkane.

Dafür wütete das Inferno im Osten von Borneo, dem heutigen indonesischen Kalimantan. 1400 Kilometer trieben die Rauchwolken. Über Hunderte von *Kilometern fraß* sich von der Küste bis in die Höhenregionen des Landes ungehindert ein Feuer, das an die 20mal größer war als die australischen Buschfeuer, die 1983 weltweites Aufsehen erregt hatten.

Erst jetzt nach einem Jahr wird langsam das ganze Ausmaß der Katastrophe erkennbar, die amerikanische Wissenschaftler als eines der größten Umweltdesaster dieses Jahrhunderts einstufen. Mindestens 4,0 Millionen Hektar Regenwald und damit annähernd drei Prozent des Gesamtwaldbestandes im indonesischen Inselreich wurden ein Raub der Flammen. Seltene Baumsorten wurden für immer vernichtet. Nur im Dschungel Borneos beheimatete Vogel- und Insektenarten wurden ausgerottet. Zu Tausenden müssen Tiere, darunter Orang Utans, Bären und Leoparden, in dem Feuerofen Borneos verbrannt sein. Der Gesamtschaden in der Forstwirtschaft, wird sich wohl nie genau feststellen lassen. Schätzungen gehen von zehn *Milliarden Mark* aus.

Zunächst hatte man angenommen, die 1983 in der Pazifik-Region herrschende Dürre habe das Borneofeuer durch Selbstentzündung verursacht.

Jetzt scheint nach amtlichen Verlautbarungen aus Djakarta festzustehen, daß es durch die in Südostasien noch weitverbreitete Brandrodung ausgelöst wurde, mit deren Hilfe die Landbevölkerung den Boden zu kultivieren sucht.



Doch die anhaltende Trockenheit hatte den normalerweise feuchten Regenwald anfällig für den zündenden Funken gemacht. Das zundertrockene Laubwerk, der im Erdreich bis zu zwei Meter tiefe in Torf- und Braunkohleadern weiterschwelende Brand, ließen das Feuer immer wieder aufflammen.

Trotzdem ist die Wüstenei für die jetzt in den Dschungel vordringenden Naturwissenschaftler wiederum eine Fundgrube. Wie „Phönix aus der Asche" sprießen neue Lebensformen. Die in warmem Regen neben den verkohlten Stümpfen und aus der verbrannten Erde keimende neue Pflanzenwelt hat schon wieder menschliche Brusthöhe erreicht.

Das neue Grün wird erst einmal den Charakter des Waldes ändern. Es sind vornehmlich licht- und sonnenhungrige Pflanzen, die zu neuem Leben erwachen.

Und es dürfte Jahrzehnte dauern, bis sich das ewige Laubdach wieder dicht über den Dschungelwäldern schließt und diese damit in die feuchte Finsternis zurückfallen läßt.

Die bisher von tropischen Waldfrüchten lebenden Tiere haben sich, soweit sie überleben konnten, verflüchtigt. Aber auch die größten Plagegeister, die Blutegel, sind verschwunden. Dafür tummeln sich jetzt Myriaden von Moskitos im Sonnenlicht, bauen zahllose große Spinnen überall ihre Netze.

WILDERICH LOCHOW

WETTER: Gewittrig

Wetterlage: Eine sich abschwächende *Gewitterfront über Deutschland* verlagert sich nur sehr langsam nach Osten.

Vorhersage für Montag

Schleswig-Holstein und Berlin: Heiter bis wolkig und warm mit Höchsttemperaturen *von 23 bis 28 Grad. Nachmittags* einzelne Gewitter. Nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad. Schwacher Wind aus Südost.

Übriges Bundesgebiet: Überwiegend stark bewölkt und zeitweise gewittrige *Regenfälle. Höchsttemperaturen 18 bis* 22 Grad. Tiefstwerte nachts 13 bis 10 Grad. Schwacher Wind aus wechselnden Richtungen.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Weitere Aussichten:

Weiter Schauer oder Gewitter, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	23°	Kairo	26°
Bonn	22°	Kopenhagen	18°
Dresden	26°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	13°
Frankfurt	22°	Madrid	12°
Hamburg	23°	Mailand	18°
List/Sylt	17°	Mallorca	19°
München	24°	Moskau	20°
Stuttgart	23°	Nizza	18°
Algier	19°	Oslo	16°
Amsterdam	17°	Paris	13°
Athen	26°	Prag	25°
Barcelona	20°	Rom	30°
Brüssel	15°	Stockholm	20°
Budapest	26°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	26°
Helsinki	18°	Wien	23°
Istanbul	21°	Zürich	20°

***Sonnenaufgang am Dienstag:** 5.08 Uhr, Untergang: 21.33 Uhr, **Mondaufgang:** 11.01 Uhr, Untergang 1.52 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Königliches „Knockout" für die Architektengilde

FRITZ WIRTH, London

Von der besten – wenn auch nicht unbedingt architektonisch eindrucksvollsten Adresse in London –, aus dem Buckinghampalast also, kam ein Notschrei. Die Windsors, die Festrednerprofis des Landes, vom Protokoll und der Politik angehalten, nur Artiges, Verbindliches und Unkontroverses zu sagen, waren des Umgangs mit hochpolierten Klischees müde und machten aufgestauten Ärger Luft. Opfer wurde die Gilde der britischen Architekten.

Sie hatte Prinz Charles zum 150. *Jahrestag des „Royal Institute of Architects"* geladen und erwartete von ihm schönklingende rhetorische Nichtigkeiten. Zu hören bekamen sie jedoch eine Strafpredigt, angerei*chert mit Goethe-Zitaten.* Der Thronfolger, dem es seit gut 15 Jahren obliegt, die Endprodukte dieser Männer der Öffentlichkeit freizugeben und ihnen mit Erinnerungsplaketten gewissermaßen das königliche Siegel zu geben, hielt den Festakt für den günstigsten Augenblick, lang gehegten Zorn über die Architektenzunft abzuladen.

Das Ergebnis war eine Philippika gegen die seelenlose rechtwinklige Einheitsarchitektur aus Glas und Be*ton. „Warum muß alles vertikal,* rechteckig und funktional sein? Was ist falsch an Kurven und Bögen in der Architektur und an Designs, die Gefühle ausdrücken?" fragte er. Und dann wurde er konkreter: „Was haben wir aus unserer Hauptstadt seit der Bombardierung gemacht und was planen wir in einem der schönsten Teile dieser Stadt, dem Trafalgar Square?"

Gemeint war damit der beabsichtigte Anbau zur „National Gallery", einem turmartigen modernen Gebäude, das künftig Bilder aus der Renaissance-Zeit beherbergen soll. Der Prinz verglich es schonungslos mit einem Gebäude „adäquat für die städtische Feuerwehr" und nannte es *schließlich „ein ungeheures Furunkel* im Gesicht eines verehrten und eleganten Freundes".

Zunächst einmal war das ein Schlag ins Gesicht des anwesenden Architekten dieses Gebäudes, Peter Ahrends, der die königliche Rüge als „beleidigend und reaktionär" empfand und es auch öffentlich so äußerte. Die Kritik aus königlichem Hause jedoch machte nicht einmal vor sehr viel renommierteren Architekten halt. Er nahm sich gleich auch des *seit Jahrzehnten geplanten neuen* Wolkenkratzers am „Mansion House Square" an, den er „einen gigantischen Glaskasten nannte, der besser nach Chicago als nach London paßt". Das Bemerkenswerte: der *Entwurf* zu diesem Projekt stammt von Mies van der Rohe, der ihn noch kurz vor seinem Tode im Jahre 1969 fertigstellte.

In der Festversammlung atmete man ob dieser Kritik tief durch, zumal der Prinz schließlich im Rundumschlag der gesamten Zunft unterstellte, er habe das Gefühl, „daß Architekten dazu neigen, Häuser zum Wohlgefallen ihrer Kollegen und Kritiker, nicht aber für ihre Bewohner zu entwerfen". Und er fuhr fort: „Es scheint mir, daß einige Architekten *und* Städteplaner seit langem unentwegt die Gefühle und Wünsche der Masse der Bürger dieses Landes ignorieren."

Die Feststimmung unter den Jubiläumsgästen war *schnell dahin.* Im übrigen war es mehr als nur eine königliche Schelte, es war ganz ohne Zweifel das Todesurteil für die vom Prinzen so hart kritisierten Projekte, denn es ist schwer vorstellbar, daß der zuständige Umweltminister Ihrer Majestät, Patrick Jankin, nun noch *den Mut haben wird, die Baugeneh*migung für diese Bauten zu erteilen.

Nicht nur – im übrigen – aus Respekt vor dem künftigen Landesherren, sondern eher aus Furcht vor der britischen Öffentlichkeit. Denn es wurde schnell offenbar, daß Prinz Charles mit dieser Rede der Mehrheit der Briten und den Ausgelieferten von vier Jahrzehnten moderner Architektur aus der Seele gesprochen hat. Selbst so fortschrittliche Zeitungen wie der „Observer" und der „Guardian" klopften dem Thronfolger für seine mutige Rede zustimmend auf die Schultern.

Der erstaunlichste Ritterschlag jedoch kam vom Labour-Abgeordneten Willie Hamilton, jenem Mann, der seit *Jahrzehnten* die Windsors mit Schmähkampagnen verfolgt, Prinz Charles einst einen „verwöhnten Nichtsnutz" nannte, für die Abschaffung der Monarchie plädiert und den Buckinghampalast in ein Altersheim verwandeln möchte. „Ich stehe voll hinter dem Prinzen", sagte der Thronwächter. Prinz Charles und die von ihm geschmähten Architekten werden lernen müssen, mit dieser Drohung zu leben.

ZU GUTER LETZT

Hans-Dietrich Genscher dinierte am Samstagabend mit wenigen Partei- und anderen Freunden im berühmten Restaurant Stuhlmacher am Münsteraner Prinzipalmarkt, als ihm eine Braut, Frau Susanne Modersohn von „Entführern" zugebracht wurde. Genscher gratulierte der jungen Dame in Weiß mit den Worten: „Ich hoffe, daß Ihre Ehe länger währt als mein Vorsitz."